Heft 3 März 2000 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A öS 68 · CH sfr. 8,– · L lfr 193 · I lit 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

Streit: Ist Haider postmodern?

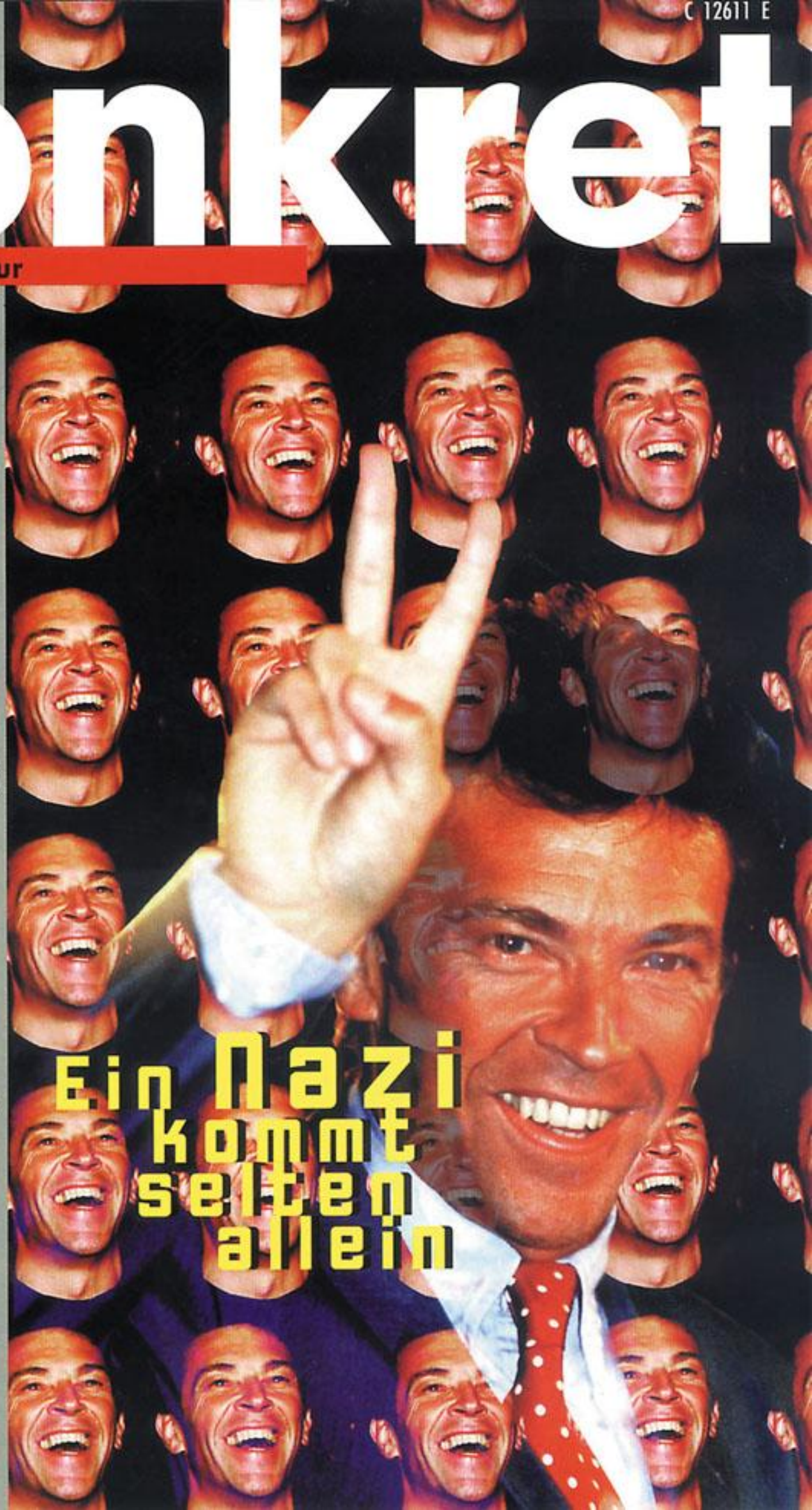
Rotgrün gegen Schwarzbraun: Wir schaffen es ohne Waffen-SS

Spenden: NS-Konten für die CDU?

Debatte: Kapitalismus, letztes Kapitel?

Kroetz: Theater für'n Arsch

4 391202 708006 03



Ein Nazi kommt selten allein

in konkret März 2000

hier konkret von Abdallah Frangi
Die Spannungen im Nahen Osten nehmen zu. Die deutsche Presse hat den Schuldigen zielsicher ausgemacht: »Zerbombt Israel den Friedensprozeß?« fragte die »Hamburger Morgenpost«, und die »Frankfurter Allgemeine« antwortete: »Diese (israelischen Luftangriffe auf Stellungen der Hizbollah) zerstören alle Friedenshoffnungen.« KONKRET sprach mit Abdallah Frangi, dem Generalbevollmächtigten und damit höchsten diplomatischen Vertreter der palästinensischen Autonomiebehörde in Deutschland, über die Haltung der Palästinenser in dieser Auseinandersetzung

von konkret

an konkret

Wir schaffen es ohne Waffen-SS von Hermann L. Gremliza

herrschaftszeiten

Papa wäre stolz von Erwin Riess
Die Welt als Wille und Vorstellung – Österreich unter Jörg Haider

Der neue Führer von Franzl Schandl, Gerhard Scheit, Martin Hantke
Ist Haider der Hitler der Postmoderne? Oder eher eine österreichische Version von Tony Blair? KONKRET-Streitgespräch mit Franzl Schandl und Gerhard Scheit

Steirisches Erz von Günther Jacob
Wie »postmodern« ist Jörg Haider?

Freunde im Altreich von Andreas Spannbauer
Vormarsch zum Weißwurstäquator: Wie deutsche Politiker dem österreichischen Nazi den Weg ebnen

Donaustrandpiraten von Dagmar Schuberth
Wie die österreichischen Parteien, Gewerkschaften und Spitzenbeamten gleich nach dem Krieg »arisiertes« NS-Raubgut unter sich aufteilten

Das »Octogon«-Komplott von Georg Hodel
Schwarze Kassen und geheime Konten in der Schweiz und in Liechtenstein gab es schon, bevor Helmut Kohl Kanzler wurde. Aktenfunde in der Schweiz belegen: Deutsche Geheimdienstler aus der Nazi-Zeit hatten zu Beginn der 50er Jahre im liechtensteinischen Schaan unter dem Namen »Octogon Trust« eine Waffenschieberzentrale eingerichtet. Sie vermittelte Rüstungsgeschäfte und leitete Provisionszahlungen in Millionenhöhe den Unionsparteien und dem Bundesnachrichtendienst (BND) zu

Woher stammen die Nazi-Millionen? von Georg Hodel

Aber nicht mit Moral von Matthias Beltz
Vor genau acht Jahren hat Matthias Beltz den Herausgeber dieser Zeitschrift einen »unsäglichen Chefideologen« genannt und sich damit einige Unliebenswürdigkeiten eingehandelt. Inzwischen scheint der Kabarettist vom Weg, den seine alten Genossen der Gruppe »Revolutionärer Kampf« eingeschlagen haben, ein wenig abgeirrt. Was er einer Talkrunde des NDR über die jüngsten deutschen Affären erzählte, lohnt, im »Zentralorgan für Förderer des Gulagbetriebs« (Beltz 1992 über KONKRET) abgedruckt zu werden

Ein Freund, ein guter Freund von Otto Köhler
Die rotgrüne Regierung tut ihr Möglichstes, um der deutschen Wirtschaft Entschädigungszahlungen an Sklavenarbeiter zu ersparen. Dazu zählt auch die unverfrorene Verbreitung historischer Unwahrheiten vor US-Gerichten

Untergang mit Perpektiven von Freerk Huisken
Bemerkungen zum »Manifest gegen die Arbeit« der Gruppe »Krisis«

Blase im Blindflug von Michael Heinrich
Hält das »Schwarzbuch Kapitalismus« von Robert Kurz, was der Titel verspricht?

Kleine Enzyklopädie von Oliver Tolmein
Über die Erinnerungen des Rechtsanwalts Heinrich Hannover

Wir helfen Naumann aufs Pferd VIII von Karl-Heinz Hansen
Schröders Kulturbeauftragter hat geschworen, die 35 nach Hitleroffizieren benannten Kasernen umzutaufen. Auch bei der Marine gibt’s viel zu tun

In diesem Sinne - Bakschisch für Mario von Karl-Heinz Hansen

In diesem Sinne - ... und tschüs! von Robert Kurz

In diesem Sinne - Aus der Hauptstadt von Alexander Scheidt

Droht Heil? von Rayk Wieland
Kulturkolumne

Kunst & Gewerbe von Kay Sokolowsky

Schließmuskelspiel von Joachim Rohloff
Das gewaltsame Ende von Petra Kelly und Gert Bastian kann im Berliner Ensemble besichtigt werden. Kann, muß nicht

Schwarten für den braunen Mann von Connie Uschtrin
Bertelsmann läßt seine NS-Vergangenheit untersuchen:Nun liegt der Zwischenbericht vor

Familien-Bande von Detlef Hartmann
Wie Martin Walser doch noch ein Brüderchen bekam

Buch des Monats von Peter O. Chotjewitz
Thomas Pynchon: Mason & Dixon. Roman. Rowohlt, Reinbek 1999, 1.088 Seiten, 58 Mark

Reimpatrouille II von Dietrich Kuhlbrodt
Fortsetzung der kleinen Aussprache über die »Jetztzeit«-Gedichte, die Peter Hacks in KONKRET 1/98 bis 12/99 veröffentlicht hat

Reimpatrouille II von Hermann Peter Piwitt
Fortsetzung der kleinen Aussprache über die »Jetztzeit«-Gedichte, die Peter Hacks in KONKRET 1/98 bis 12/99 veröffentlicht hat

Reimpatrouille II von Mark Siemons
Fortsetzung der kleinen Aussprache über die »Jetztzeit«-Gedichte, die Peter Hacks in KONKRET 1/98 bis 12/99 veröffentlicht hat

Auf dem Bindestrich von Marit Hofmann
Sehenswerte Bestsellerverfilmungen sind noch seltener als lesenswerte Bestseller - Frank McCourts irischamerikanische Erinnerungen bilden in jeder Hinsicht eine

Ausnahme

Replik auf eine Provokation von Gerhard Bolte

Hat Matthias Küntzel in seinem Essay über die Kritische Theorie und ihre Erklärungsversuche zum Holocaust (KONKRET 12/99 u. 1/2000) einen wunden Punkt getroffen oder blind um sich geschlagen?

Der Affekthut von Jürgen Roth

Die Kunst aus der Fettecke befreien und den Schwindlern, die den Pinsel nicht halten können, auf die Wurstfinger hauen – das war Hans Platscheks historischer Auftrag. Anfang Februar ist der Maler in Hamburg gestorben

Melodie & Rhythmus von René Martens

D'Angelo: Voodoo. EMI

Melodie & Rhythmus von René Martens

Lambchop: Nixon. City Slang/Virgin (CD)/ City Slang/EFA (LP)

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf

The ProjeKcts (4 CDs) – ProjeKct 1: Live At The Jazz Cafe. ProjeKct 2: Live Groove. ProjeKct 3: Masque. ProjeKct 4: West Coast Live. Discipline Global Mobile

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/00, S. 3

Abdallah Frangi

hier konkret

Die Spannungen im Nahen Osten nehmen zu. Die deutsche Presse hat den Schuldigen zielsicher ausgemacht: »Zerbombt Israel den Friedensprozeß?« fragte die »Hamburger Morgenpost«, und die »Frankfurter Allgemeine« antwortete: »Diese (israelischen Luftangriffe auf Stellungen der Hizbollah) zerstören alle Friedenshoffnungen.« KONKRET sprach mit Abdallah Frangi, dem Generalbevollmächtigten und damit höchsten diplomatischen Vertreter der palästinensischen Autonomiebehörde in Deutschland, über die Haltung der Palästinenser in dieser Auseinandersetzung

konkret: Die palästinensische Autonomiebehörde hat die israelischen Luftangriffe auf den Südlibanon scharf verurteilt. Wo bleibt die Kritik an den Hizbollah-Milizen, die doch durch ihre Angriffe den militärischen Konflikt begonnen haben?

Frangi: Das stimmt nicht. Die Hizbollah hat nicht begonnen. Vielmehr hat Israel versucht, einen Hizbollah-Führer umzubringen, und das hat die Eskalation ausgelöst. Und außerdem gelten die Angriffe der Hizbollah nicht israelischen Zivilisten, sondern nur Armee und Polizei, die illegal auf libanesischem Boden operieren.

konkret: Nicht nur, daß in den ersten zwei Februarwochen sechs Soldaten erschossen worden sind: Es sind doch auch Zehntausende israelische Zivilisten aus den Grenzgebieten geflohen, und der Rest muß sich in Bunkern verstecken, um vor den Katjuscha-Raketen der Hizbollah sicher zu sein.

Frangi: Sie stellen die Tatsachen auf den Kopf. Israel hält den Südlibanon seit vielen Jahren besetzt. Jedes Volk auf der Welt hat das Recht auf Widerstand gegen Fremdherrschaft, auch wenn dies eine israelische Besatzung ist.

konkret: Das libanesische Volk? Nicht die Bevölkerung des Libanon leistet Widerstand, sondern die terroristische Hizbollah. Das ist doch ein Unterschied.

Frangi: Die Hizbollah ist mittlerweile eine politische Bewegung, die von immer größeren Teilen der libanesischen Bevölkerung unterstützt wird. Die wachsende Unterstützung erklärt sich genau damit, daß Israel den Südlibanon weiterhin besetzt hält und die Hizbollah dagegen Widerstand leistet.

konkret: Aber der Vorwurf an Israel ist doch Schnee von gestern. Die Barak-Regierung hat sich mit Syrien längst darauf geeinigt, im Sommer aus dem Südlibanon abzuziehen. Ein entsprechender Vertrag, unter Vermittlung der USA zustande gekommen, war bereits unterschriftsreif. Bis jetzt: Die Hizbollah-Angriffe torpedieren diese Übereinkunft, und die syrische Regierung läßt die Hizbollah gewähren. Hat Damaskus kein Interesse am Frieden?

Frangi: Die Übereinkunft zwischen Jerusalem und Damaskus steht auf dem Papier, die westlichen Zeitungen berichten viel darüber, aber unterschrieben ist noch gar nichts. Und selbst wenn es unterschrieben wäre: Wir müssen leider immer wieder feststellen, daß es einen sehr großen Unterschied gibt zwischen den Verträgen, die Israel unterschreibt, und der Umsetzung dieser Verträge in Realität. Uns Palästinensern rauben die Israelis jeden Tag ein Stückchen Land, obwohl sie Verträge unterschrieben haben, in denen sie ihren Abzug zusicherten.

konkret: Sie kritisieren, daß Israel den Südlibanon besetzt hält. Daß aber Syrien den gesamten Libanon in eine Kolonie verwandelt hat und dem ganzen Land mit seinen 30.000 Besatzungssoldaten seinen Willen aufzwingt, erwähnen Sie nicht.

Frangi: Das können Sie nicht vergleichen. Die Syrer haben Libanon nicht besetzt, sondern sind dort auf Wunsch der libanesischen Regierung. Wie Sie sich vielleicht erinnern, wurden die syrischen Truppen ins Land gerufen, um den Einfluß der PLO im Libanon auszuschalten, um die PLO rauszuschmeißen. Obwohl das für uns eine schmerzliche Erfahrung war, wollen wir trotzdem bei der Bewertung der syrischen Präsenz objektiv bleiben: Die Anwesenheit der Syrer ist durch ein Abkommen zwischen dem Libanon und der Arabischen Liga (Tais-Abkommen) legitimiert, die israelische Besetzung ist völkerrechtlich illegitim.

konkret: Die Mehrheit der Israelis hat letztes Jahr Ehud Barak zum Premier gewählt und damit deutlich gemacht, daß sie einen Frieden mit den Palästinensern will. Wenn sich jetzt aber die Palästinenser in der Frage des Südlibanon so einseitig gegen die israelischen Sicherheitsinteressen stellen – sorgen sie dann nicht dafür, daß Barak seine Mehrheit wieder verliert? Zerstört diese Einseitigkeit nicht die Vertrauensbasis, die für einen Friedensprozeß unabdingbar ist?

Frangi: Was den Friedensprozeß zerstört, und was die Mehrheit für einen israelisch-palästinensischen Ausgleich zerstört, ist die schwankende und unzuverlässige Politik der israelischen Regierung selbst. Wir haben den Wahlsieg von Ehud Barak begrüßt, zweifellos, weil wir uns erhofft hatten, daß er mit der Politik Netanjahus bricht. Seit Oslo mußten wir erleben, wie die Israelis ein Abkommen nach dem anderen unterschrieben haben, und es dann nicht umsetzten. Unter Netanjahu war der Friedensprozeß vollständig blockiert. Deswegen unsere Hoffnungen auf Barak. Doch was hat er gemacht? Neue Versprechungen, neue Verträge – und die alte Politik.

Konkret 03/00, S. 4

von konkret

»Was tun gegen Haider?« – Unter diesem Titel veranstaltet KONKRET in München, wo die Förderer des österreichischen Nazis in der Staatsregierung sitzen, am 29. Februar mit Unterstützung der universitären »Linken Liste« eine Podiumsdiskussion. Neben KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza nehmen Karl Pfeifer, langjähriger Redakteur der »Gemeindenachrichten« der Jüdischen Gemeinde zu Wien, und ein Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland teil. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr in der »Lothringer Bierhalle« (Lothringer Straße 10, München-Haidhausen, S-Bahnhof Rosenheimer Platz).

Am 24. März jährt sich der Beginn des Überfalls der Nato-Staaten auf Jugoslawien. Während andere Publikationen noch mit der Nachlese beschäftigt sind, hat KONKRET schon in der letzten Ausgabe mit der Mobilisierung gegen den nächsten Krieg begonnen. Jürgen Elsässers Artikel »Der DM-Putsch« (KONKRET 2/2000) über die schon angelaufene Destabilisierung der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro wurde in der Zwischenzeit von der größten serbischen Tageszeitung »Vecernij Novosti« und ihrem westeuropäischen Ableger »Evropski Novosti« in einer zweiteiligen Serie nachgedruckt. Eine Konferenz des Serbischen Schriftstellerverbandes und der britisch-amerikanischen »Lord Byron Foundation«, die Ende Januar unter dem Titel »The Serbs and the West: Roots of Misapprehension« in Belgrad stattfand, widmete sich ebenfalls diesem Thema. Belgrader Blätter wie »Borba« und »Politika« berichteten ausführlich über das Treffen. In »Vecernij Novosti« hieß es unter anderem: »Jürgen Elsässer, der einzige Teilnehmer aus Deutschland, sprach über die neue deutsche Geopolitik und sparte nicht mit Kritik am eigenen Land ... Deutschland unterstützte schon immer die UCK mit Waffen, Ausrüstung und Geld – bis Ende 1998 gegen den Widerstand der US-Amerikaner. In dieser Zeit gab es große Differenzen zwischen den deutschen und amerikanischen Geheimdiensten wegen dieser Unterstützung. Als der Krieg unvermeidlich schien, änderten die USA ihre Haltung. Die Rivalität zwischen Deutschland und den USA führt zu einer ständigen Verschärfung der Situation auf dem Balkan.«

KONKRET-Mitarbeiter auf Lese- und Vortragsreise: Jürgen Elsässer spricht zum Thema »Berliner Republik – Republik des Vergessens« am 7. März in Halle (VL-Veranstaltungsraum, Ludwigstraße 37, 06110 Halle; Beginn: 20 Uhr). Am 17. März nimmt Elsässer im Rahmen des Kongresses »Soziale Arbeit hat Zukunft« in Potsdam an der Podiumsdiskussion »›Glatzenpflege‹ oder akzeptierende Jugendarbeit?« teil (ab 12 Uhr in der Fachhochschule, Am Alten Markt). Kay Sokolowsky und Jürgen Roth führen eine konspirative Lesung aus ihrem Buch *Der Dolch im Gewande – Komplotte und Wahnvorstellungen aus zweitausend Jahren* (**konkret texte** 20) am

18. März in der Kantine des Hamburger Schauspielhauses durch (Beginn: 21 Uhr). Am selben Ort liest Karl Heinz Roth am 20. März um 21 Uhr im Rahmen der Hamburger Verlagsmontage aus seinem neuen Buch: *Anschließen, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen für die Übernahme der DDR 1952-1990* (**konkret texte** 25). Mit anschließender Diskussion.

Zeitgleich mit Roths Buch er-

scheint Ende Februar als Band 24 der **konkret-texte**-Reihe der von Wolfgang Schneider herausgegebene Band *Wir kneten ein KZ. Aufsätze über Deutschlands Standortvorteil bei der Bewältigung der Vergangenheit*. Die Autoren (Hermann L. Gremliza, Günther Jacob, Heiner Möller, Joachim Rohloff, Gerhard Scheit, Rolf Surmann und Rayk Wieland) stehen für Lesungen zur Verfügung. Buch-Bestellungen (s. in diesem Heft S. 44 ff.) und Veranstaltungs-Anfragen bitte an den Verlag.

Bitte schon einmal vormerken: Erstmalig in diesem Jahr wird vom 30. Juni bis 2. Juli ein KONKRET-Sommergelage stattfinden. Die »Nachhilfe zu Kapital, Krise und Nation« richtet sich ausschließlich an KONKRET-Leserinnen und -Leser unter 27 Jahren, dürfte aber trotzdem bald ausgebucht sein. Wer ein Plätzchen ergattern will, findet auf Seite 29 eine Anzeige und davor eine Anmeldepostkarte.

Konkret 03/00, S. 6

an konkret

Aus allen Rohren geschossen

KONKRET 2/2000: »Rosa Nekrophilie« von Hermann L. Gremliza

Mir scheint, Sie loten in diesem Beitrag nicht tief genug. Wenn Sie die Motive der Demonstranten (auch meine) ergründen wollen, dann wäre die erneute Lektüre von Peter Hacks' »Gedenkstätte der Sozialisten« (KONKRET 1/98) vielleicht ganz hilfreich.

Hans-Joachim Braun

Neuenhagen b. Berlin

Die Darstellungen und die Meinungsbekundungen Ihres Herausgebers in seinem »Leidartikel« zur Luxemburg-Liebknecht-Ehrung 2000 in Berlin empfinde ich als beschämend und für einen Menschen linker Gesinnung als unwürdig. Daß mit dieser hämischen Abhandlung darüber hinaus all diejenigen Ostdeutschen zutiefst beleidigt wurden, die zum Teil seit Jahrzehnten schon – ohne Selbstdarstellungsabsichten oder Profilierungssüchte – jeden zweiten Januar-Sonntag zur Gedenkstätte der Sozialisten nach Berlin-Friedrichsfelde ziehen, sei nur am Rande erwähnt. Immerhin sind Beleidigungen dieser Art schon zur Gewohnheit geworden.

Offensichtlich ist es heute wohl nicht mehr vermittelbar, dass man Märtyrern der Geschichte, ehrlichen Vorkämpfern für das Glück des Volkes, für Frieden und Gerechtigkeit, mit Respekt, Achtung und Verehrung begegnet und ihrem Andenken würdevoll die verdiente Ehre erweist. Ernüchternd ist nur, daß sozusagen aus allen (westlichen) Rohren auf diese, in der Berliner Arbeiterbewegung geborenen Tradition geschossen wird ... Aber Identifikation entsteht nicht aus einem »Dagegen« sondern nach meiner Auffassung aus einem »Dafür«. Und dementsprechend verdorrt auch ein guter Gedanke wie Pollen vorm Wind, wenn er nicht eine Knospe findet, die sich zur gestaltenden Tat hin öffnen will. Und der Gedanke, gegen die Berliner Liebknecht-Luxemburg-Ehrung Front zu machen, ist noch nicht einmal ein guter Gedanke. Es ist das beste Beispiel für schlechten linken Journalismus, für Gedankenlosigkeit, Herzlosigkeit und Borniertheit. Eben beschämend.

Torsten Preußig

Berlin

Beim Lesen des ganzseitigen Gefühlsausbruchs von Hermann L. Gremliza steigerte sich in mir mit jedem Satz eine Frage: Würde es ihm besser gefallen, wenn anstatt der jährlich zehntausend Demonstranten sich ein Häufchen selbsternannter Revolutionäre (selbstverständlich konspirativ) versammelt, um den gesellschaftlichen Umsturz zu planen? Diese könnten dann ungestört über ihre isolierte Lage weinen und sich, auf die eigenen Schultern klopfend, von dem moralischen Sieg über die »jüngste deutsche Sozialdemokratie« überzeugen. Welch ein Ausblick ... Meines Erachtens übersieht Gremliza großzügig den eigentlichen Sinn eines Gedenktages wie dem von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Dieser besteht wohl nur zum Teil darin, starr zurückzublicken. Ein Tag wie dieser ist vielmehr Anlaß, die historischen Erfahrungen auf die Gegenwart zu projizieren, um daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Dafür ist es natürlich notwendig, sich (wenigstens teilweise) über die Frage zu einigen, welches die zentralen Erfahrungswerte sind, aus denen wir bis zum heutigen Tage von den Ermordeten lernen sollten. Die Proklamation eines »wahren« Kommunismus im Sinne Liebknechts und Luxemburgs ist meiner Meinung nach in diesem Zusammenhang eher sekundär. Für viel wichtiger halte ich es, deutlich zu machen, daß es Sozialdemokraten waren (also im weitesten Sinne auch »Linke«), die die Ermordung der beiden Kommunisten anordneten! Dies ist auch Ausdruck einer Spaltung, die es möglich machte, daß 14 Jahre später die Faschisten in die Reichskanzlei einzogen. Wenn Gremliza schon die wahre und alleinige Kenntnis des postmortalen Willens von Rosa Luxemburg für sich in Anspruch nimmt, sollte er doch wenigstens nicht übersehen, daß gerade eine Kommunistin wie sie, bei retrospektivem Wissen um die folgenden tragischen Ereignisse, eine Spaltung und Selbstzerfleischung der Anti-Hitler-Bewegung zu verhindern versucht hätte! Wie mit Scheuklappen besetzt, fordert Hermann G. jedoch, daß die bestehende linke Bewegung »...gespalten gehöre«. Mit Äußerungen wie dieser kann er sich dem eigenen Vorwurf der »Rosa Nekrophilie« wohl schwerlich selbst entziehen.

Alexander Schiemann

Berlin

Lieber Genosse Hermann,

deine Abneigung gegen Reformisten und Feiglinge, die sich Sozialisten nennen in allen Ehren, aber ich halte nicht viel von deiner Nekrophilie-Glosse. Das vorrangige Ziel der Staatsschützer war es wohl kaum – wie du es nahelegst – , die Verfassungstreue von Petra Pau und Konsorten zu prüfen, sondern vielmehr sollte die gesellschaftliche Verankerung der radikalen Linken restlos zerstört werden. Es darf eben nicht sein, daß sich militant gebärdende Gruppen zusammen mit alten Kommunisten und der angekommenen PDS treffen, um einer antifaschistischen Märtyrerin zu gedenken. Dein Spalten-Faible erinnert mich an ein unsägliches »Bahamas«-Flugblatt, welches am Wochenende nach dem Verbot vor der Gedenkstätte der Sozialisten verteilt wurde und worin der verwirrte Stabs als »Held der Fundamentalopposition« verklärt wurde. Nur immer feste draufhauen auf die PDS, denn dort sind die schlimmsten Feinde ... – so können wir frustrierte alte Linke werden. Ich bin froh, daß es die PDS gibt, auch wenn sie keine revolutionäre Kraft sein kann, denn schreiben läßt es sich in der Isolation von der gesellschaftlichen Realität vielleicht ganz bequem, aber Politik zu machen ist dann leider zu Wirkungslosigkeit verdammt und die Revolution rückt auch nicht näher.

Ich möchte nicht zu gemein werden, weil ich KONKRET doch ganz gerne lese, aber ich muß doch sagen, daß selbstgewählte Isolation durch verachtende Abgrenzung von allen, die nicht ganz so radikal sein können, wie du oder Rosa auch ein Kompromiß mit den herrschenden Verhältnissen ist, sozusagen selbstgerechter Linksopportunismus.

Peter Dirscherl

Berlin

Kritische Absichten

KONKRET 11/99 und 12/99: »An der schönen braunen Danubia« von Peter Kratz und Lorenz Schrötter

In KONKRET 11 und 12/99 beschäftigten sich die Autoren in reichlich ungenauer Weise mit dem OSI und auch meiner Person. Ich versichere, daß ich meine Haltung nicht geändert habe. Vielmehr werde ich mit Wolf-Dieter Narr im nächsten Semester über »Neues rechtes Denken und Außenpolitik« eine Lehrveranstaltung anbieten, in besorgter und kritischer Absicht. Wieso ich »einmal mehr für das freie Wort der Nationalrevolutionäre« eintrete, also Wiederholungstäter sein soll, ist mir nicht ersichtlich. Ich habe in einem Proseminar »Einführung in die Friedens- und Konfliktforschung« den »Konflikt Rabehl« in den Hörsaal hineingeholt, und die Studierenden haben, auch mit Bernd Rabehl, kritisch diskutiert. Wie ich zu dem Titel »heutiger Rabehl-Verteidiger« gelange, ist mir gleichfalls schleierhaft.

Die Bezeichnung des außenpolitischen Hauptseminars im Wintersemester 98/99 lautet korrekt »Die neue Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland«. In der Tat ist dort, aber in kritischer Weise, aufmerksam gemacht worden auf Dominanz- und Hegemoniephantasien am rechten Rand der deutschen Politik, die bis in die damalige Regierungskoalition hineinreichten.

In dem Proseminar sind als Gäste aufgetreten: Dr. Hans Misselwitz, vormals Staatssekretär im Außenministerium der DDR, davor in der Friedensbewegung der DDR engagiert, Prof. Helga Welsh/Wake Forest University, als amerikanische Beobachterin, Ines Lehmann, einstmals SDS, als Verfasserin von gewichtigen Büchern über die kritische Wahrnehmung der Wiedervereinigung in ausländischen Medien, und eingeladen ist schließlich, hier am Fachbereich Honorarprofessor, Hanns-Dietrich Genscher. Die Schlußfrage des Beitrages läßt sich mithin keineswegs positiv beantworten, sie stellt eine unsinnige Insinuation dar.

Prof. Dr. Ulrich Albrecht

Freie Universität Berlin

Konkret 03/00, S. 9

Hermann L. Gremliza

Wir schaffen es ohne Waffen-SS

Wäre ein Nazi nur, wer glattrasiert wie ein geschlachtetes Schwein sein »Heil« durch die Straßen grölt, gäbe es keine tausend. Ist ein Nazi, wer »Ausländer raus!« verlangt, Minderheiten aller Art (Schwule, Behinderte) haßt und dem Demoskopen die heimliche Meinung anvertraut, die Juden hätten zuviel Einfluß im Land, geht die Zahl in die Millionen, in Deutschland zweistellig.

Haider, der Landeshauptmann des Bundeslandes Kärnten und Patron der neuen Wiener Regierung, beispielsweise hat, bevor er das wurde, SS-Männer als »Kameraden« angesprochen, die ihrer Überzeugung treu geblieben seien, und die Vernichtungslager des nationalsozialistischen Deutschland »Straflager« genannt, in denen die Juden Europas wohl ihre Untaten zu büßen hatten. Beide Bekenntnisse kamen von Herzen, gingen zu den anderen Mördergruben und trugen beträchtlich zur Beliebtheit des Parteiführers bei. Als sein Aufstieg in höhere Ämter an ein Wort des Bedauerns geknüpft wurde, hat Haider lächelnd bedauert. Die Seinen würden schon verstehen. Sie haben verstanden.

Allen Medien des Reichs und seiner vormaligen Ostmark gilt Haider seither nicht als Nazi, sondern, so einstimmig, wie von einer Reichspressekammer verfügt, als »Rechtspopulist«. Seine Wähler heißen folglich »Protestwähler« oder sind, wie der ehemalige Bürgermeister von Wien, der Sozialdemokrat Zilk, sagt, »zu einem erheblichen Teil Menschen«, »die einen Wechsel wollen«, und also »keine Nazis«.

Die Sprachregelung hat einen guten, bösen Grund: Das Eingeständnis, Haiders österreichische Wähler und deutsche Sympathisanten seien Nazis, brächte die österreichische, erst recht die deutsche Wirtschaft und Politik weltweit in Verruf. Weshalb der Fall aus der Perspektive jener Geschichtsrevisoren betrachtet wird, in der deutsche Massen, als sie in freien Wahlen der NSDAP und ihrer Parole »Juda verrecke!« folgten, nur ihren Unmut betr. Arbeitslosigkeit kundtun wollten. Auf diese Weise findet man zu so erfreulichen Erkenntnissen, wie sie wiederum der Herr Zilk gewonnen hat, dem ein Reporter des »Spiegel« dabei dankbar aufs Maul schaut (statt haut): »Da sagt ein deutscher Fernsehkommentator seinem Publikum, es bleibe den Zuschauern überlassen, ob sie noch einen Skistiefel nach Österreich setzen. Diese totale Verurteilung, Ausgrenzung, Überheblichkeit – das ist faschistoid.«

Es gibt also doch noch Nazis, nämlich Antifaschisten. Man nennt solche Lehre den »antitotalitären Konsens«, und endlich scheinen die unzähligen Institute, die, von Gauck bis Reemtsma, zur Verbreitung dieser Wissenschaft eingerichtet worden sind, sich zu amortisieren. Bedauerlicherweise funktioniert das Modell nicht überall, und so hat es, entgegen der Propaganda, die Haiders Kamerad Schüssel entfaltet hat, durchaus keines vaterlandslosen Gesellen bedurft, die übrigen Europäer zum Boykott der schwarzbraunen Wiener Regierung aufzustacheln. Die übrigen dreizehn Staaten der Europäischen Union haben viele neue Erfahrungen mit ihren eigenen Nationalisten, Rassisten, Populisten, aber eben auch eine ältere, mit deutschen Nazis. Wenn Benita (Benita!) Ferrero-Waldner, Haiders Außenministerin, ihnen vorwirft, »das Ausland« mache »den Fehler, Österreich zu wenig zu kennen«, vermeint man von London bis Lissabon Zwischenrufe zu hören wie »Viel zu gut!« und »Selber!«

Die Bundesregierung, durch die ausländischen Reaktionen auf Walsers Suada, den Streit um das Mahnmal und die Abspeisung der Zwangsarbeiter gewitzt, war sich der heiklen Lage wohl bewußt. Sie trat dem Boykottaufruf der dreizehn anderen bei, wofür der Kanzler und seine Justizministerin sich fast wortgleich am selben Tag mit der Frage entschuldigten, was wohl passiert wäre, wenn Deutschland nicht mitgemacht hätte. Ja, was? Der Verdacht, den das übrige Europa gegen seine Führungsmacht hegt, hätte sich bestätigt und zu geldwerten Nachteilen geführt. Rücksicht auf den Außenhandel erzwang Rücksicht auf das Ausland.

Anders als Bayerns Stoiber, Kämpfer gegen Durchrassung und für völkische Homogenität, der sich eine strategische Option als deutscher Haider vorbehalten will, anders auch als die publizistische Rechte, die »FAZ«, Markwort, Wolffsohn oder Augstein, dem der FPÖ-Führer im Interview mit dem »Spiegel« nachsagt, er habe »in Wirklichkeit die gleichen Ideen wie der Jörg Haider«, scheint die Bundesregierung die Parole zu beherzigen, die Wolfgang Neuss der SPD für ihren Wahlkampf 1965 empfohlen hatte: Wir schaffen es – ohne Waffen-SS. Wir hetzen nicht gegen Ausländer, kämpfen nicht gegen Durchrassung, unser Polizeiminister ist Kavalier – er beseitigt das Asylrecht, macht die Grenzen dicht, schiebt ab und schweigt. Wir distanzieren uns von einem, der SS-Leute seine Kameraden nennt, und sorgen dafür, daß die Herren jeden Monat pünktlich eine Opferrente erhalten, ihre Opfer aber keine oder sowenig wie irgend möglich.

Von Haider distanzieren wir uns, mit Maßen. Eine »Kontaktsperre« gegenüber seiner Regierung, sagt der grüne Außenminister, werde es nicht geben. »Wer ihn ausgrenzt, macht ihn nur stärker« – diese »Lehre aus unserer Vergangenheit« bekommen Kritiker, die den Fehler machen, uns zu wenig zu kennen, täglich vorgesetzt. Wann diese Vergangenheit gespielt hat, in der Hitler durch Ausgrenzung erstarkt ist, möchte man aber doch gern einmal erzählt kriegen.

Wo immer Faschisten an die Macht kamen, geschah es im Bündnis mit bürgerlichen Parteien. Wo sie boykottiert wurden, scheiterten sie – wie zuletzt Le Pens Front National an Chirac.

Die Distanz zwischen uns, den Demokraten, und dem österreichischen Populisten wurde zum Ereignis, als drei Gewissen der Nation: Böhme, Duve und Giordano, antraten, den Haider »vorzuführen« und zu »entzaubern«. Daß die Veranstaltung mit einer Vorführung und Entzauberung der Vorführer und Entzauberer endete, wurde allgemein und überwiegend hämisch mit deren Ungeschick oder Unvermögen erklärt. Zur Häme aber gab es keinen Anlaß, die Blamage war – sieht man von den Streichen ab, die den mehr um ihre Frisur und den Faltenwurf des Seidenschals als um die Zuverlässigkeit ihrer Unterlagen bemühten Herren ihre Eitelkeit spielte – unvermeidlich. In korrekter Vergangenheitsbewältigung nämlich ist Haider, seit er gelernt hat, daß aus ihr nichts folgt, mittlerweile so versiert wie jeder Studentenpfarrer, und als der österreichische Bundespräsident ihn drängte, eine Deklaration zu unterschreiben, die in den Satz mündete:

Die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust sind Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus.

zögerte er keine Sekunde. Auch mit dem Besuch von Konzentrationslagern, wo in den »dunklen Seiten unserer Vergangenheit Furchtbares geschehen ist«, hat der Kamerad der Kameraden »kein Problem«. Und ins Europaparlament hat er extra einen Juden geschickt.

Bei allem übrigen – dem Stolz, Deutscher bzw. Österreicher zu sein, der Verteidigung des Standorts, der Demontage des Asylrechts, dem humanitären Krieg gegen die Tschuschen (österreichisch für Jugoslawen) und andere Menschenrechtsuntermenschen – geht zwischen den freiheitlichen Haider und den freiheitlichen Sozialisten Duve kein Blatt Servus. Schon 1986, anläßlich der Wahl von Kurt Waldheim zum Präsidenten Österreichs, hat Michael Scharang in dieser Zeitschrift beschrieben, wie »hinter dem scheinbaren Widerspruch von Republikanern und Faschisten endlich das Gemeinsame sichtbar wird: eine neue Volksgemeinschaft von Demokraten und Faschisten, heute propagiert, weil morgen als politische Praxis erwünscht. Der demokratische Faschismus – das aktuellste und hoffentlich letzte politische Programm der Bourgeoisie«.

Wo das Bekenntnis zur Einmaligkeit und Unvergleichlichkeit des Holocaust den Demokraten macht, fehlt gegen den alerten Nazi jedes Argument. Geht es nur noch ums »Erinnern dessen, was war«, das doch, ohne Bezug zu dem, was ist, Geschmackssache bleibt, verfährt *chacun à son goût*, und Haider halt *à son haut goût*. Besteht die einzige praktische Konsequenz aus Auschwitz darin, deutsche und österreichische Kriege zu segnen, hat Haider auch damit gewiß »kein Problem«. Vielleicht wird er, wo die Inbrunst der moralischen Begründung gefragt ist, gern auf die Fachkraft Giordano zurückgreifen.

Konkret 03/00, S. 10

herrschaftszeiten

In jedem Fall

»Frankfurter Allgemeine«, 26. Juni 1999:

Schröder kann sich jedenfalls auf seinen Jürgen (Trittin) verlassen. Der läuft brav an der Leine der Herren aus Hannover und Wolfsburg. Und läuft und läuft und läuft.

Im Nebensatz

»Frankfurter Allgemeine«, 24. September 1999:

In Buchenwald widmet sich eine Konferenz den sowjetischen Speziallagern der Nachkriegszeit ... Eine Nachprüfung ergab, daß fast alle sowjetischen Angaben zu den NS-Funktionen der Lagerinsassen zutreffend waren.

Ethische Säuberung 1

»Neue Zürcher Zeitung«, 15. Oktober 1999:

Die Zahl der aus dem Kosovo Vertriebenen wurde von der Uno-Flüchtlingshilfe schon Anfang September auf etwa 200.000 geschätzt; es sind vorwiegend Serben, Montenegriner und Zigeuner. Die meisten haben Zuflucht in Serbien gefunden ... Für das zunehmend verarmende Serbien stellt die neue Flüchtlingskrise zweifellos eine schwere zusätzliche Belastung dar. Bei einer Gesamtbevölkerung von 7,5 Millionen beträgt der Anteil der Flüchtlinge zehn Prozent oder mehr. Es sind immer noch serbische Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien im Land, nach Angaben der Uno-Flüchtlingshilfe 500.000 Personen ... Im Gegensatz zur spektakulären Massenflucht der Albaner aus dem Kosovo findet die Flucht der Serben in den internationalen Medien nur geringe Beachtung ... Es gibt keinen Nato-Pressesprecher, der täglich neue Flüchtlingszahlen bekanntgibt. Die Uno-Flüchtlingshilfe hat ihre Internet-Bulletins längst eingestellt.

Vor dem nächsten Fall

»Bild«, 15. November 1999:

Grünen-Vorsitzende Kerstin Müller betonte, daß eine Verschärfung des Asylrechts mit ihrer Partei nicht durchzusetzen sei.

Ein Patridiot

»Frankfurter Allgemeine«, 7. Dezember 1999, Gastbeitrag des PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky:

Pünktlich zum SPD-Parteitag gibt Gerhard Schröder sich dermaßen europäisch, daß ich gar nicht anders kann, als ihn zu fragen, ob er denn so sicher sei, wirklich zu wissen, wozu der Nationalstaat, die Nation selbst historisch noch imstande sein kann.

Ergreifende Revolution

»Frankfurter Allgemeine«, 24. Dezember 1999:

Von allen Revolutionen des »annus mirabilis« 1989 war die rumänische die mitreißendste, die ergreifendste ... Dafür mußte Rumänien einen hohen Blutzoll entrichten. War dieser aber wirklich nötig? Nach den jüngsten Angaben des Obersten Staatsanwalts der (rumänischen) Armee, Brigadegeneral Voinea, der seit dem Regierungswechsel von Ende 1996 die Umstände des Umsturzes untersucht, kamen in den Tagen der Revolution 1.104 Menschen ums Leben. Entscheidend ist, daß mit 942 Menschen die meisten Toten erst nach dem 22. Dezember zu beklagen waren – also nachdem Ceausescu schon mit dem Hubschrauber vom Dach des Zentralkomitees zu fliehen versucht hatte und noch am gleichen Tag von der Armee festgenommen worden war ... Alles spricht dafür, daß das Chaos über Weihnachten ... bewußt erzeugt worden war. Staatsanwalt Voinea spricht heute offen von der »Terroristenlüge«: Die Securitate-Killer, schon gar die berüchtigten aus »arabischen Staaten«, habe es gar nicht gegeben. Bis heute ist nicht geklärt, wer welchen Soldaten wann den »zweiten Schießbefehl« gab, wer wann an Demonstranten Waffen zum Kampf gegen die »Terroristen« ausgeben ließ. In jedem Fall haben neun von zehn Toten im Revolutionskampf ihr Leben nicht für die Freiheit des rumänischen Volkes gelassen, sondern offenbar für die Herren des kurzen Chaos um Weihnachten 1989 und der anschließenden sechs Jahre währenden

postkommunistischen Ordnung.

Fischers Friends 1

»Hamburger Abendblatt«, 27. Dezember 1999:

Erst kürzlich drohte ein früherer UCK-Kommandeur, heute selbst ernannter Verwaltungsdirektor: »Es ist unsere Politik, die serbischen Interessen im Kosovo ein für alle Mal zu vernichten.«

Gründliche Zivilisten 1

ADN, 27. Dezember 1999:

Die deutschen Rüstungsexporte haben ... unter der rot-grünen Bundesregierung ein Rekordhoch erreicht. Die Ausfuhren seien 1999 von 1,383 auf 3,2 Milliarden gestiegen.

Aus dem Spätmittelalter

DPA, 28. Dezember 1999:

Die führenden anglikanischen und katholischen Bischöfe Großbritanniens lehren die Schöpfungsgeschichte der Bibel zwar, glauben aber selbst nicht daran. Nur drei von 103 Würdenträgern glauben, daß Gott die Erde in sechs Tagen erschaffen habe. Und ein Viertel von ihnen glaubt auch nicht an die jungfräuliche Empfängnis Marias.

Der jüngste Fall

»Süddeutsche Zeitung«, 3. Januar:

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat sich für einen Atomausstieg spätestens in 30 Jahren ausgesprochen.

Nach dem jüngsten Fall

»Hamburger Abendblatt«, 6. Januar:

Hubertus Schmoldt, Chef der IG Bergbau, Chemie, Energie, hält einen Energiekonsens noch vor dem Parteitag der Grünen Mitte März für sinnvoll ... »Ich bin froh darüber, daß sich die rot-grüne Regierungskoalition an einer Laufzeit für Kernkraftwerke auf 30 Jahre orientieren will.« Er habe es bis vor kurzem nicht für möglich gehalten, daß die Grünen bereit seien, über eine solche Laufzeit zu reden. Somit sei die Regierung von der Position der Energieunternehmen – 35 Jahre Laufzeit – nicht mehr weit entfernt.

Humanitäre Penetration

DPA, 17. Januar:

Ein US-Unteroffizier der Kosovo-Friedenstruppe Kfor ist wegen der Ermordung und Vergewaltigung eines zwölfjährigen albanischen Mädchens angeklagt worden.

Es wächst zusammen 1

»15 Uhr aktuell«, 17. Januar:

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat einen zunehmenden Antisemitismus in den neuen Ländern beklagt. Die Fremdenfeindlichkeit habe jetzt Westniveau erreicht.

Es wächst zusammen 2

»Meininger Tageblatt«, 17. Januar:

»Angst essen Seele auf.« Aus dem Stück von Rainer Werner Faßbinder wurde am letzten Freitagnachmittag auf dem Meininger Bahnhof bittere Wirklichkeit. Als der iranische Schauspieler Shabbaz, einer der beiden Hauptdarsteller in dem Stück, mit dem Zug ankam, um am Abend in der Vorstellung zu spielen, wurde er brutal zusammengeschlagen. »Ich wurde von einer Gruppe von etwa zehn Jugendlichen in der Bahnhofshalle angepöbelt mit Worten wie Ausländer und Scheißkanake ... Einer der Jugendlichen schlug mir mit einer Holzmeßlatte von hinten auf den Kopf. Ich habe ihn festgehalten und um Hilfe gerufen. Es waren zu dieser Zeit etwa 30 Leute in der Bahnhofshalle. Aber keiner half mir.«

Nationale Volksarmee 1

»Junge Welt«, 19. Januar (Interview mit der Vorsitzenden der PDS im Kreis Südwestmecklenburg, Gabriele Schulz):

»Junge Welt«: Sie haben an dem Neujahrsempfang der Bundeswehr in Hagenow teilgenommen. Warum?

Schulz: Am Neujahrsempfang nehme ich immer teil ... Auf diesem Empfang trifft man mit vielen Personen des öffentlichen Lebens der Stadt zusammen und auch mit einer ganzen Reihe von Leuten aus der Bundeswehr, mit denen wir einen sehr guten Kontakt haben ... Ansonsten sind das Leute, die in unserer Region stationiert sind und die teilweise auch viele örtliche Aufgaben lösen. Da kann ich nichts dagegen sagen.

Nationale Volksarmee 2

»Schweriner Volkszeitung«, 10. Januar:

Beim Neujahrsempfang (in Hagenow) gab es zum Dienst im Kfor-Kontingent viele Gespräche. Kommandeur Buske und die Kompaniechefs hoben immer wieder die vorbildliche Pflichterfüllung aller Soldaten, die bis Anfang Dezember in Prizren stationiert waren, hervor.

Israelische Geschäftstüchtigkeit ein Sicherheitsrisiko für die amerikanische Außenpolitik?

»Frankfurter Allgemeine«

Fischers Friends 2

»Spiegel«, 20. Januar:

Sechs Monate nach dem Nato-Sieg herrscht in der Balkanprovinz Chaos. Die Albaner jagen die Serben und feilschen um die Macht ... Das größte Problem im Kosovo bleibt die Verfolgung der zurückgebliebenen serbischen Minderheit. Beteuerungen albanischer Politiker, ihrem »friedfertigen Volk« sei Rache fremd, erwiesen sich als irreführend ... Am 28. November stürzte sich eine Horde wütender Jugendlicher mitten im Zentrum Pristinas auf das Auto eines serbischen Professors. Der Mann wurde auf die Straße gezerrt und erschossen, das Fahrzeug wurde von den Albanern in Brand gesetzt ... Für die Serben in Pristina gleicht selbst der Gang zum Bäcker an der nächsten Straßenecke einem Spiel mit dem Tod. Auch Zigeuner werden erbarmungslos verfolgt.

Todesstreifen

»Reinblick«, Infoblatt der PDS-Fraktion im Bundestag, Januar:

Zwischen Februar 1997 und Anfang Oktober 1999 wurden im deutschen Grenzgebiet 42 Menschen tot aufgefunden. 38 Menschen starben vermutlich bei dem Versuch, trotz Verbot und Abschottung die deutsche Grenze zu überwinden. In dem viel kürzeren Zeitraum vom Juni 1997 bis Februar 1998 starben mindestens 107 Menschen auf ihrem Weg nach Europa.

Gründliche Zivilisten 2

»Süddeutsche Zeitung«, 22. Januar:

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, demzufolge auch Frauen der Dienst an der Waffe erlaubt werden muß, findet in der Bevölkerung mehrheitlich Zustimmung: 57 Prozent halten das Urteil für gut, 41 Prozent lehnen es ab. Dabei stimmen die Anhänger aller im Bundestag vertretenen Parteien dem Urteil mehrheitlich zu: 75 Prozent der Grünen-, 65 Prozent der FDP-, 58 Prozent der SPD-, 54 Prozent der CDU/CSU- und 53 Prozent der PDS-Anhänger.

China-Kohl

AFP, 22. Januar:

Beim größten Staudammprojekt der Welt in China ist ein riesiger Korruptionsskandal aufgedeckt worden. Fünf Milliarden Yuan (etwa 1,16 Milliarden Mark) fehlten in der Kasse des Drei-Schluchten-Staudamms, berichtete die »Volkszeitung«.

Sendung nach Gleiwitz

»Spiegel«, 27. Januar:

Albaner und Amerikaner rechnen bis Anfang März mit dem Ausbruch eines blutigen Konflikts zwischen Serbien und der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro. Ein US-Schiff entlud jetzt im albanischen Hafen Durres 6.500 Tonnen als erste Lieferung von insgesamt 50.000 Tonnen Nahrungsmitteln für zu erwartende montenegrinische Flüchtlinge. Die albanische

Regierung hat bereits Auffanglager bei Tirana und Durres vorbereitet.

Aus dem Frühmittelalter

AP, 28. Januar:

Das ägyptische Parlament hat ein Gesetz für mehr Frauenrechte gebilligt, darunter erstmals das Recht auf Scheidung. Das Gesetz stieß auf heftige Kritik der Fundamentalisten. Ein geplanter Passus, der Frauen auch ohne Zustimmung des Ehemanns Auslandsreisen gestattet hätte, wurde wieder gestrichen.

Ethische Säuberung 2

AP, 28. Januar:

Die 180.000 ausreisepflichtigen Kosovo-Albaner, die noch in Deutschland leben, können nun auch über Albanien zwangsweise zurückgeführt werden. Das vereinbarte Innenminister Otto Schily (SPD) mit seinem albanischen Kollegen Proci.

Fischers Friends 3

AP, 7. Februar:

Bei schweren Unruhen in der geteilten Kosovo-Stadt Mitrovica sind 46 Menschen verletzt worden, darunter elf französische Kfor-Soldaten. Wütende Kosovo-Albaner hatten Soldaten und Serben mit Steinen und Flaschen beworfen und das Serben-Viertel mit Granaten beschossen.

Rotgrün spart

Reuters, 7. Februar:

Die von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) geplante Steuerbefreiung für Gewinne aus Beteiligungsverkäufen bei Unternehmen wird zu Ausfällen von vier Milliarden Mark führen.

Gründliche Zivilisten 3

ADN, 8. Februar:

In den vergangenen sechs Jahren haben 64.416 Bundeswehrsoldaten an Auslandseinsätzen teilgenommen.

Das war SS im Gespräch mit SS

Sportreporter Jörg Wontorra auf Sat.1 nach einem Interview eines Stefan Simon mit einem Sven Scheuer

Angebotswirtschaft

»15 Uhr aktuell«, 10. Februar:

In den Vereinigten Staaten haben rund 31 Millionen Menschen nicht genug zu essen. Das ergab eine Studie, die das Bread for the World Institute in Washington vorstellte. 1998 litten 3,7 Millionen US-Familien regelrecht Hunger. Insgesamt hatten 10,5 Millionen Familien nicht genug Geld, um ihren Bedarf an ausreichender und gesunder Ernährung zu stillen. 12 Millionen Kinder werden in ihrer körperlichen Entwicklung gestört.

Konkret 03/00, S. 12

Erwin Riess

Papa wäre stolz

Die Welt als Wille und Vorstellung – Österreich unter Jörg Haider

Wenige Tage nach der Wahl vom 3. Oktober, die deutlich machte, daß ohne FPÖ in Österreich nicht regiert werden kann, wurde das Film-Festival »Viennale« eröffnet. Die Festansprache hielt Eric Pleskow, der 1939 mit seiner Familie in die USA flüchten mußte und in Hollywood bis zum Präsidenten der Filmfirma »United Artists« aufgestiegen war. Pleskow ging in seiner Rede auch auf das Wahlergebnis ein. Zur Charakterisierung Haiders bediente er sich eines amerikanischen Sprichworts: »If you sound like a duck, if you look like a duck and if you walk like a duck, be sure, you are a duck.« Das Publikum verstand.

Das Wissen darum, welche politische Richtung Jörg Haider repräsentiert, war auch im Österreich der späten achtziger Jahre noch Allgemeingut gewesen. Dem koboldhaften Geck, der die 5-Prozent-Partei handstreichartig übernommen hatte, eilte der Ruf eines geeichten Jungfaschisten voraus. Der Diplomat Wilfried Gredler bezichtigte ihn vor dem versammeltem Parteitag als »Hitlers Sohn«. In der Tat hatte Haider durch Auftritte bei SS-Feiern und durch ungezählte Aussprüche alles getan, diesem Ruf gerecht zu werden. Bis in die frühen neunziger Jahre – Haider hatte bei seinen ersten Nationalratswahlen die Stimmenanzahl der FPÖ verdoppelt und eilte bei Landtagswahlen von Sieg zu Sieg – war sich die politische Klasse in der Einschätzung Haiders einig: Er galt als aggressiv und einsatzfreudig – einer, der Politik wie Leistungssport betreibt und es versteht, den Unmut über das Sozialpartnersystem, das keinen Elitenwechsel zuläßt, für seine Zwecke dienstbar zu machen. Immer aber war klar, wes Geistes Kind Haider wirklich ist. Und doch klang die Ablehnung, die Politiker der ÖVP und SPÖ ausstießen, schon damals hohl. Besonders schrill waren die Beteuerungen jener ÖVP-Politiker, die sich jetzt als Marionetten Haiders in der Regierung verdingen.

Mitte der neunziger Jahre baute Haider seinen Laden radikal um. Aus einer betulichen Honoratiorenpartei, die in verschwiegenen Runden ihrer deutschnationalen Burschenherrlichkeit gedachte, wurde durch beharrliches Werben um die Arbeiterschaft und mit massiver Unterstützung der »Kronen-Zeitung« eine Partei, die der SPÖ den Rang der Arbeiterpartei ablief und einen xenophoben Österreich-Chauvinismus an die Stelle der »deutschen Kulturnation« setzte. Eine germanophile Truppe mutierte zu einem antieuropäischen Haufen. Österreichs Demokratie sei stark genug, eine rechtsradikale Zwölfprozentpartei zu ertragen, beruhigten Politikwissenschaftler, bei achtzehn, höchstens zwanzig Prozent sei das Protestpotential ausgereizt und Haiders Plafond erreicht.

Gleichzeitig band Haider die Jugend an sich – der Anteil der unter 35jährigen in der FPÖ-Wählerschaft beträgt über ein Drittel. Nebenbei warb er auch um die Unterstützung der *fleißigen* und *anständigen Leistungsträger,* so lautet seine Diktion für Gewerbetreibende und Unternehmer, und versprach ihnen Befreiung vom »roten Kammerstaat«. In den letzten Jahren öffnete Haider die FPÖ schließlich auch den Frauen. Durch großzügige Wahlversprechen, wie die Einführung eines Karenzgeldes bis zum 6. Lebensjahr, band er auch diese Wählergruppe an sich. Wie erfolgreich die Verwandlung von einer Protest- zu einer neuen Volksgemeinschaftspartei war, zeigte sich bei den letztjährigen Landtagswahlen in Kärnten, wo die FPÖ mit 42 Prozent der Stimmen nur knapp unter der absoluten Mandatsmehrheit blieb und bei den Nationalratswahlen vom 3. Oktober, wo die FPÖ nur 4 Prozent hinter der SPÖ den zweiten Platz einnahm. Bezeichnend ist das weitere Schicksal der einstigen Kärntner Großparteien: Jahrzehntelang war die SPÖ unumstrittener Platzhirsch gewesen, nun zerfleischt sie sich in Kämpfen um verbliebene Pfründe in Gewerkschaft und einigen Städten. Und die ÖVP wurde überhaupt marginalisiert. Zehn Jahre nach seinem Sturz als Kärntner Landeshauptmann (wegen seines Lobs der »ordentlichen Beschäftigungspolitik« im Dritten Reich) hatte Haider das Land im Sturm zurückerobert. Das sei eben der Kärntner Sonderweg, für die Bundespolitik ohne Bedeutung, hieß es dazu in Kommentaren.

Die Technik, die Haider im Umwerben der einzelnen Bevölkerungsgruppen anwandte, war stets dieselbe: Spott und Häme für die »Altparteien«, die Verächtlichmachung von Minderheiten, hemmungslose Versprechungen und die Schlachtung von Sündenböcken*: Asylgauner, Sozialschmarotzer, linke Staats- und Analkünstler, Vaterlandsverräter aller Art.* Viele seiner Reden lösten Skandale aus, früh schon wurde das Ausland auf Haider aufmerksam und lernte eine seiner Lieblingsbeschäftigungen kennen: das Zelebrieren von Entschuldigungen. Spitzbübisch lächelnd trat er vor die Kameras, begann einen umständlich eingeleiteten Konditionalsatz: Falls der unwahrscheinliche Fall eingetreten sein sollte, daß jemand sich von ihm zugeschriebenen Äußerungen verletzt fühle – das Lächeln wurde breiter und ging in ein Grinsen über – , so stehe er nicht an, sich zu entschuldigen, erwarte aber jetzt auch von seinen Gegnern, daß sie ihre Klagen einstellten, ansonsten er mit ihnen Schlitten fahren werde. Die Entschuldigungen des Jörg Haider wurden zum Synonym für »Öl ins Feuer gießen«. Seine Provokationen werden nur von der Indolenz jener übertroffen, die über jede neue Entschuldigung jubeln, als reichte ihr Langzeitgedächtnis nicht einmal bis zum letzten Stuhlgang.

In einem schleichenden und von vielen unbemerkten Prozeß hat Haider im letzten Jahrzehnt das politische Koordinatensystem der Zweiten Republik verschoben. Es ist vielleicht mehr als eine Ironie der Geschichte, daß jene, die

Haider offiziell ausgrenzten, ihm gleichzeitig tatkräftig zuarbeiteten. *Meine besten Männer*, lobte Haider – mit Grund – die SPÖ-Innenminister Löschnak und Schlögl, die sein rassistisches Ausländervolksbehren auf der Straße mit brennenden Kerzlein beklagten und im Paragraphenwerk zeichen- und buchstabengetreu verankerten. Es war die SPÖ unter Kreisky, die die FPÖ durch eine Wahlrechtsreform am Leben erhalten hatte, es war die SPÖ, die 1983 mit dieser Partei koalierte. Unvergessen die Szene, als der freiheitliche Verteidigungsminister dem nach Österreich geflohenen Kriegsverbrecher Reder auf dem Flughafen mit Handschlag begrüßte. Und es war SPÖ-Kanzler Klima, der Haider für die einjährige Duldung eines Minderheitenkabinetts mehrere Ministerien anbot. Hätte Haider dieses Angebot angenommen, hätte er die Minderheitsregierung Klima geduldet, wäre ein Jahr später der Weg in eine formelle Koalition frei gewesen. Soviel zur unbeugsamen Kämpferin gegen den Rechtsextremismus.

Mitte der neunziger Jahre wurde es unmöglich, in Österreichs Medien Haider als das zu bezeichnen, was er ist. Es schlug die Stunde der Haider-Behübscher, die Anleihen bei postmodernen Autoren machten und Haider als Trendsetter eines Popexperiments in der Politik beschrieben, der es meisterhaft verstehe, mit Zeichen und Codes zu jonglieren, tatsächlich aber inhaltsleer sei. Die wenigen verbliebenen Linken, die nicht ins sprachliche Popbusiness abgetaucht oder in die himmlischen Sphären der Wertkritik aufgeflogen waren, hatten zu schweigen. Wer sich weigerte, Haiders Hang zur Designerkluft mit seiner politischen Haltung zu verwechseln, wurde als gefährlicher Idiot hingestellt, der sich an Haiders Aufstieg mitschuldig mache, weil damit Solidarisierungsprozesse der erzürnten Bevölkerung ausgelöst würden. Der Begriff »Faschismus« tauchte fortan nur mehr in Texten von Haider-Verteidigern auf – als »Faschismuskeule«.

Die Bewunderung, die Haiders Inszenierungskünsten dargebracht wurde, war allgemein. Bald entdeckte man, daß ein Haider-Titelbild, ein Haider-Interview, eine Haider-Story mehr Leser und Zuschauer brachte als eine Pornogeschichte. Manche, wie der Schriftsteller Robert Menasse, erkannten in Haider sogar einen verkappten Linken, der das blockierte politische System aufbreche und Österreich solcherart in die Normalität katapultiere. Fortgesetzte Entgleisungen Haiders und seiner Kumpane wurden als gelungene Provokationen des Establishments gedeutet. 1995 erklärte der jetzige FPÖ-Justizminister im Parlament, daß Konzentrationslager in Wahrheit »zivile Straflager« gewesen seien, und der jetzige FPÖ-Infrastrukturminister, der zur selben Zeit in Graz tätig war, beeilte sich, die Zeitschrift des freiheitlichen Akademikerverbandes, in der gerade wieder einmal die Existenz von Gaskammern geleugnet worden war, mit einer großzügigen Subvention zu neuen Taten anzuspornen. Angesichts dieser Fakten ist die Geschichte vom Sohn der neuen FPÖ-Sozialministerin, der sich einer Neonazitruppe angeschlossen hatte und von seiner Mama mit der Bemerkung: besser als haschen, in Schutz genommen wurden, nur eine Marginalie.

In den vergangenen Dezennien lernten die Gesellschaftwissenschaften in mühevoller Arbeit, einigermaßen brauchbare Aussagen über gesellschaftliche Prozesse zu treffen. Es gibt also durchaus eine Möglichkeit, anhand überprüfbarer Kriterien Haider und seine FPÖ im politischen Spektrum einzuordnen. Der Grundzug aller Haiderschen Politik ist etwas, das Antonio Gramsci, der sich als erster Theoretiker mit dem Phänomen des Faschismus befaßte, als »Beschleunigung von Politik« bezeichnete. Kurz gefaßt, meint er folgendes:

Erstens: Faschistische Führer leben von der ununterbrochenen Zuspitzung der politischen Lage. Nichts ist für sie schädlicher, nichts hassen sie deshalb mehr als bürgerliche Normalität. Immer müssen Tabus gebrochen, Skandale aufgedeckt, Schuldige benannt und Verbrüderungsorgien inszeniert werden. Die Gesellschaft muß in einen stetigen Gärungsprozeß versetzt werden, der sich auf einen Zuruf des Meisters weiter aufschaukelt.

Zweitens: Faschistische Bewegungen sind zum raschen Erfolg verdammt. Aus ihnen werden keine normalen Oppositionsparteien – siehe Deutschland. Der rasche Erfolg bei Wahlen ist unverzichtbar, will die Partei überleben.

Drittens: So wie faschistische Bewegungen im Kampf um die Macht die Gesellschaft in einen Zustand kollektiver Hysterie versetzen, gestaltet sich auch deren Innenleben – als Spiegel der äußeren Politik. Auch hier gilt keine Normalität. Kader werden gefeuert, ernannt, denunziert, Teilorganisationen aufgelöst, sogar kriminalisiert.

Viertens: Faschistische Bewegungen an der Macht können nicht in Ruhe die Früchte ihrer Siege genießen. Sie sind auf neue Erfolge angewiesen, neue Sündenböcke müssen benannt, neue Konflikte vom Zaun gebrochen werden. Sie sind der permanente Ausnahmezustand der bürgerlichen Gesellschaft. Wer von erfolgreichen Faschisten Mäßigung und Sacharbeit erwartet, hat das 20. Jahrhundert verschlafen.

Alle vier Merkmale treffen auf Haiders FPÖ zu. Dazu treten noch ein offener Rassismus und ein maximalistischer Chauvinismus. Nebst der diktatorischen Einmannherrschaft in der Partei sind das in jedem politikwissenschaftlichem Lehrbuch konstituierende Merkmale faschistischer Bewegungen. Haider feuert und ernennt Mitarbeiter und Mandatare nach Gutdünken; wenn es ihm paßt, löst er sogar die Partei auf und erklärt sie zur Bewegung »F«, oder er schickt, wie in Salzburg geschehen, ganze Landesorganisationen in den Orkus.

Je besser es Haider gelang, die Ausländerhatz in Österreich zuerst salonfähig und dann zum geheimen politischen Programm der Regierung zu machen, desto seltener war davon zu lesen, daß Haider rechtsradikal sei. Jene, die darauf hinwiesen, daß Haider die Arbeiterschaft mit rassistischen Parolen gegen »Asylgauner« und »Sozialschmarotzer« umwarb

und so ausfällig und niederträchtig wie seit Hitler niemand mehr auf Bevölkerungsgruppen verbal eindrosch, mußten sich sagen lassen, daß sie die Zeichen der Zeit nicht verstanden hatten. Einer, der sehr wohl die Zeichen der Zeit verstand, ermordete 1996 im burgenländischen Oberwart vier Roma durch eine Rohrbombe und verletzte eine Reihe weiterer Bürger durch Briefbomben schwer. Die Justiz konzedierte Franz Fuchs, ein wirrer Einzeltäter zu sein, der die FPÖ-Parolen nur irrtümlich in die Tat umgesetzt hatte. Immerhin hat Fuchs sich nicht entschuldigt.

Haiders Aufstieg ist begleitet von einem progredienten Realitätsverlust der politischen Klasse. Vierzehn lange Jahre lang hat man sich an ihn gewöhnt und den Kopf in den Sand gesteckt, und nun, da die Welt versucht, einem den Schädel wieder geradezurücken, stellt man fest, daß man nicht mehr Teil dieser Welt ist. So erklärt sich ein Weltbild, dem Anti-Haider-Demonstranten als kommunistische Terroristen und die Warnungen der Staatengemeinschaft als jüdisch-sozialistische Verschwörung gelten. Die Paranoia geht Hand in Hand mit einer grotesken Selbstüberschätzung. Österreich habe die schnellsten Skifahrer der Erde, ruft der eine. Und die besten Menschenrechte, ruft ein anderer. Österreich ist das Paradies der Familien, schreien die einen. Das kinderfreundlichste Land der Welt, assistiert beflissen der neue Bundeskanzler. Das hilfsbereiteste, ergänzt die Vizekanzlerin. Österreich sei ein weltweit anerkannter Spezialist für Katastrophen, rundet der Kardinal ab.

Rassenhaß, Chauvinismus, Führerkult, Verfolgungswahn, infantile Wehleidigkeit. Die kollektive Hysterie, in der dieses Land dahintreibt, schwingt sich zu immer neuen Höhepunkten auf. Kein Tag ohne neue Beleidigungen ausländischer Staatsmänner, keine Woche ohne Entschuldigungen. Die Welt als Wille und Vorstellung – in diesen Tagen wird sie in Österreich verwirklicht.

Ein Plafond für Haiders Aufstieg könne nicht angegeben werden, schrieb ich vor dreizehn Jahren in KONKRET und wurde als Schwarzseher und Verschwörungstheoretiker abgemahnt. Ich war mir damals meiner Aussage sehr sicher, so wie ich jetzt davon überzeugt bin, daß Jörg Haider mit üblichen demokratischen Mitteln nicht von der Macht zu entfernen sein wird. Auch die vielerorts ausgesprochene Hoffnung, daß er sich in einem Anfall von Todessehnsucht durch eine unerhörte Entgleisung selber den politischen Todesstoß versetzt, teile ich nicht. Der Mann hat gelernt, sich zu entschuldigen. Und Österreich hat gelernt, ihm zu glauben. Aus der Frage, ob Haider lernfähig sei, ist die Frage nach der Geistesverfassung der Mehrheitsbevölkerung geworden. Das derzeit ablaufende Gruselstück liefert bereits eine erste Antwort.

So liegen die kommenden Monate vor uns wie ein Buch: Österreich verspielt den letzten internationalen Kredit, Kanzler und Präsident flehen im Duett um »Mäßigung« und »Verständnis«. Der Boulevard hetzt gegen Demonstrationen, und eines Tages wird auch die Masse der beleidigten und unschuldigen Österreicher ihren Patriotismus öffentlich ausleben wollen. CNN wird Korrespondenten aus dem Kosovo abziehen müssen.

Der Bundespräsident (das ist der mit der finsteren Miene!) brannte der Regierungskoalition eine Präambel auf den Pelz, die alles enthält, was in einem zivilisierten Staat selbstverständlich ist: die Achtung der Menschenrechte, das Prinzip der Gewaltfreiheit, die Absage an jeglichen Extremismus. Schüssel und Haider unterschrieben den Text, ohne mit der Wimper zu zucken.

Auch in Oberwart wurde den Roma allerlei versprochen. Dieser Tage wurden die Versprechen eingelöst, die Straße, die zur Roma-Siedlung führt, erhielt eine Asphaltdecke. Die Namenlose wurde sogar getauft – auf den Namen eines Oberwarter Arztes, dessen Verdienste in der Zeit vor 1938 liegen: als weithin geachteter illegaler Nazi.

Erwin Riess schrieb in KONKRET 12/98 über Antisemitismus im Frühwerk der Gebrüder Mann. Am 21. März wird im Wiener Konzerthauskeller sein Zwei-Personenstück »Herr Grillparzer faßt sich ein Herz und fährt mit einem Donaudampfer ans Schwarze Meer« aufgeführt

Konkret 03/00, S. 15

Franzl Schandl, Gerhard Scheit, Martin Hantke

Der neue Führer

Ist Haider der Hitler der Postmoderne? Oder eher eine österreichische Version von Tony Blair? KONKRET-Streitgespräch mit Franzl Schandl und Gerhard Scheit

KONKRET: In euren Beiträgen zu »Haider« in der neuen Ausgabe der »Krisis« fällt auf, daß Ihr fast keinen Unterschied zwischen dem »demokratischen Rassismus« und dem Rassismus Haiders macht. Ist Haider gar kein Nazi, sondern nur ein österreichischer Tony Blair, also der verschärfte Ausdruck einer allgemeinen Entwicklung in allen Industriestaaten?

Schandl: Der zentrale, charakteristische Punkt, der die Haider-Bewegung hat aufsteigen lassen, ist nicht der stets vorhandene antisemitische Text oder Subtext bei Haider. Es geht um die allgemeine Krise der kapitalistischen Systeme, um die sich hier und anderswo verschärfenden Konkurrenzkämpfe. Immer die Differenz zwischen »demokratischem Rassismus« und der Haiderei zu betonen, bringt wenig. Haider ist vielmehr die zugespitzeste Form des »demokratischen Rassismus«, und er ist liberal, durch und durch. Wenn wir seine Programme, Konzepte und Vorschläge anschauen, dann unterscheiden sich die von jenen der Christ-, Sozial- und Liberaldemokraten kaum. Da ist keine prinzipielle Differenz auszumachen.

Haider ist bei dir nur der Meister des Beliebigen und der verschärfteste Ausdruck der neoliberalen Krise. Aber verliert man so nicht die spezifisch österreichische Situation aus den Augen?

Schandl: Haider ist ein Meister des Beliebigen. Aber nicht nur. Beliebig ist bei ihm nicht der Rassismus und der Antisemitismus, der ist bei ihm ganz prinzipiell angelegt. Aber diese sind heute gesamtabendländische Ideologie, nicht nur spezifisch deutsch-österreichische. Wenn man vergleicht, dann ähnelt er eher Samuel Huntington und seinem »Clash of civilizations« und nicht Hitler.

Im Wahlkampf plakatiert die FPÖ gegen »Überfremdung« – für diesen Begriff ist Joseph Goebbels der spiritus rector. In Europa wird mit diesem Begriff fast ausschließlich auf der extremen Rechten Reklame gemacht.

Schandl: Aber Haider benützt ebenso Sätze von Huntington und von dem US-amerikanischen Rechtsnationalisten Ross Perot, von Schily und Cohn-Bendit. Er stiehlt, wo er kann.

Scheit: Widerspruch. Bei einzelnen Sätzen und Slogans erreicht Haider wirklich ein großes Ausmaß an Beliebigkeit, das an »postmoderne« Umgangsformen erinnert. Aber diese Beliebigkeit ist eingebettet in ein geschichtliches Kontinuum, das Kontinuum des Nachfolgestaats des Dritten Reiches. Dieses Kontinuum schlägt sich nicht immer in eindeutigen Texten oder bestimmten Worten nieder, sondern vor allem in einer ausgeprägten Intimität, die zwischen Haider und seinen Anhängern zu beobachten ist und oft nur in Körpersprache, Mimik, Gestik Ausdruck findet. Haider spricht kein antisemitisches Wort aus und fördert doch überall den Antisemitismus. Bei der Pressekonferenz vor dem Koalitionsabkommen ist es z. B. so, daß Haider sich in Worten distanziert von seinen früheren Bemerkungen zum Nationalsozialismus, aber die Art und Weise, wie er mit einem Überlebenden des Holocaust spricht, der Ton und die Haltung, signalisieren für seine Anhänger ganz etwas anderes: die Treue zu den Tätern des Holocaust. Woher kommt diese Intimität zwischen ihm und seinen Anhängern? Das ist etwas ganz Spezifisches für dieses Land und beruht auf den gemeinsam begangenen Verbrechen im Dritten Reich und darauf, daß dieses Verbrechen nach 1945 als eine Art Geheimnis gemeinsam gehütet worden ist. Das schafft diese furchtbare Intimität, da genügt dann wirklich ein Zwinkern von Haider, und die Leute wissen Bescheid. Und dazu kommt ein sehr modernes Element: Erst durch die Medien von heute läßt sich diese Intimität vermitteln, das war früher gar nicht möglich. Dabei geht es nicht nur um Technik, sondern auch um den systematischen Verlust von Distanz, die ständige Präsenz der Kamera, die permanenten Interviews, die Talkshows usw. In Westdeutschland gibt es diese volksgemeinschaftliche Intimität nicht in dieser Form, höchstens bei den Deutschen in der ehemaligen DDR, aber auch da hat sie eine andere Genese. In Österreich ist sie zustande gekommen durch die Opferideologie, Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus, und durch die Neutralität. Die Opferideologie war die Bewußtseinsform des Neutralitätsstatus, und dadurch ist es nicht zu einer Westintegration im eigentlichen Sinn gekommen. Darin besteht die Verwandtschaft mit der DDR, aber in der ist der Opferstatus über die Ideologie der Arbeiterklasse gelaufen. Österreich war als Nation das erste Opfer Hitlers, und in der DDR waren die Deutschen als Arbeiter das erste Opfer Hitlers. Deshalb gibt es auf dem Gebiet der ehemaligen DDR die PDS, während es in Österreich die FPÖ gibt. Etwas verkürzt gesagt.

Schandl: Es gibt sehr wohl diese geschichtliche Kontinuität, allerdings darf man sie nicht überakzentuieren. Ich würde den dominanten Punkt anders setzen: auf die aktuelle Krise der kapitalistischen Verhältnisse.

Teilst du Haiders Aussage, wenn er über sich sagt: »Ich bin Tony Blair«?

Schandl: In dieser Aussage von Haider ist eine Wahrheit, die eigentlich dem Blair und seinen Leuten weh tun müßte. Auf der anderen Seite geht der Haider in dem Blair nicht auf, weil neben dem allgemeinen Rassismus die spezifisch deutsch-österreichische Geschichte drin ist.

Scheit: Ich verstehe nicht, wie du überhaupt die Frage stellen kannst, was den Rassismus von Blair und Haider unterscheidet. Diese Zuspitzung ist in dem Moment absurd, wo du tatsächlich akzeptierst, daß es in Österreich eine Kontinuität gibt, die vom Dritten Reich in die Gegenwart führt. Das unterscheidet Haiders Anhängerschaft von der Blairs.

Schandl: Nein! Zentral, für das was wir jetzt erleben ist, daß das postfordistische Zeitalter und damit die Epoche der Vollbeschäftigung zu Ende gegangen ist und daß Haider auf diesen allgemeinen Rassismus mit einer ganz spezifischen Munition setzt. Daraus würde ich aber nicht auf den Charakter der freiheitlichen Bewegung schließen. Was hier immer wieder zu beachten ist, das ist, daß in der Analyse das Spezifischen nicht dem Allgemeinen vorgezogen wird, hinter dem spezifisch Österreichischen nicht die allgemeine gesellschaftliche Krise des Kapitals aufgelöst wird, im Nationalistischen sozusagen der Liberalismus Haiders untergeht. Die zentrale Differenz liegt in der Bewertung der Kontinuität und darin, was als Kontinuum begriffen wird, was es umfaßt und kennzeichnet.

Scheit: Deine Darstellung von Krise konstruiert eine Art abstrakter Gegenwart, die von allen geschichtlichen und massenpsychologischen Voraussetzungen abstrahiert.

Schandl: Aber die abstrakte Gegenwart läßt sich doch sehr konkret bestimmen, wie etwa durch die die Möglichkeit sozialen Aufstiegs und Abstiegs...

Scheit: Du kannst mit solchen Begriffen wie »sozialer Aufstieg« und »Abstieg«, »Inklusion« und »Exklusion« operieren, auf diesen Mechanismen beruht der Rassismus in der ganzen Welt. Aber wovon du dabei abstrahierst, sind die Voraussetzungen, auf denen das Kapitalverhältnis jeweils fußt. Die Bereitschaft, sich mit Staat und Kapital zu identifizieren, ist nirgendwo so ausgeprägt wie in Deutschland und Österreich. Warum kommt ausgerechnet in Österreich ein Politiker wie Haider an die Macht? Wir haben es hier mit einer Bevölkerung zu tun, die wie keine andere bereit war, in der großen Krise des Kapitals eine bestimmte Art der Krisenbewältigung zu praktizieren, nämlich die Krisenbewältigung durch Menschenvernichtung. Das sind die Voraussetzungen dieser Gesellschaft hier.

In der Analyse von Franz Schandl erscheint der sozialdemokratische Staatsrassismus als der Hauptgegner, nicht die extreme Rechte mit ihren Vernichtungsdrohungen. Wo ist der Unterschied zur »Sozialfaschismusthese«?

Schandl: Das habe ich nicht gesagt. Ich würde von substantieller Gleichheit und gradueller Differenz sprechen. Was das dann taktisch heißt, welche Möglichkeit es zur Zusammenarbeit mit den Demokraten gegen Haider gibt, hängt von der jeweiligen Situation ab. Haider jedoch nicht auf die Marktwirtschaftsdemokratie zu beziehen, ihn nicht zentral als Aspekt derselben zu kritisieren, halte ich für fahrlässig.

Ein extremes Ergebnis dieser Gleichsetzerei ist ein Kommentar von Werner Pirker in der »jungen Welt«: »Daß Israel mit seiner Konfrontationspolitik gegenüber dem Alpenland alle Moral der Welt auf seiner Seite wähnt, soll nicht unwidersprochen bleiben. In der israelischen Knesset sitzen wohl etwas mehr Leute, die von der Überlegenheit der eigenen Rasse und der Untermenschennatur anderer Völker überzeugt sind als im österreichischen Parlament.«

Schandl: Zu Werner Pirker. Es ist seltsam, daß immer dieser Konnex mit Israel hergestellt werden muß. Das hat meiner Ansicht nach mit der Frage, um die es jetzt geht, also was in Österreich los ist, überhaupt nichts zu tun.

Scheit: Zufällig ist das nicht bei der »jungen Welt«. Es wird überhaupt erst möglich, das Augenmerk in dieser Weise auf Israel zu richten, wenn man davon absieht, daß Haider ein Ergebnis einer Gesellschaft ist, die aus der Volksgemeinschaft des Dritten Reiches hervorgegangen ist. Der Rassismus wird so zu einem geschichtslosen Phänomen, das mit kapitalistischen Verhältnissen zu tun hat, aber keine Geschichte hat, die sich in verschiedenen Ländern verschieden ausgeprägt hat. Und dann kann man auf dieser geschichtslosen Ebene – wenn man völlig davon abstrahiert, auf welchen Voraussetzungen der Staat Israel beruht und auf welchen Voraussetzungen die österreichische Gesellschaft nach 1945 beruht – , problemlos die Rassisten im österreichischen Parlament mit denen in der Knesset aufrechnen. Obwohl das eine völlig absurde Gegenrechnung ist, aber damit wäre die Geschichtslosigkeit, die hinter diesem Rassismusbegriff steckt, auf den Punkt gebracht.

Darauf beruht auch die bis weit in die Linke hinein verbreitete Polemik gegen die angebliche Einmischung der EU, der USA und Israels in die »inneren Angelegenheiten« Österreichs. Hier zeigt sich wieder einmal, wie staatstreu die Linke in Österreich ist. Für mich ist umgekehrt bemerkenswert, daß nicht nur Israel sehr frühzeitig und hellsichtig auf Haider reagiert hat, sondern auch, welche Sensibilität innerhalb der EU – noch – vorhanden ist. Wobei man klar differenzieren muß: Die deutschen Konservativen sind neben den skandinavischen die einzigen, die Haiders Koalitionspartner ÖVP nicht aus der europäischen Vereinigung der konservativen Parteien ausschließen wollen. Das Verhalten von Stoiber sowohl im Oktober als auch jetzt ist ein deutliches Zeichen, daß Deutschland bei der künftigen Integration Haiders die entscheidende

Rolle spielen wird. Der Protest der EU gegen Haider-Österreich ist, wie ich meine, mit Sicherheit nicht von Deutschland, sondern von woanders ausgegangen.

Schandl: Aber es ist doch relativ billig, wenn die EU-Staaten jetzt den eigenen Rassismus schönreden. Haider ist zuzustimmen, wenn er sagt, in der Ausländerpolitik unterscheiden wir uns nicht von den Gaullisten. Von Tony Blair hat er wortwörtlich programmatische Punkte übernommen. Die übrigen EU-Staaten unterscheiden sich auf der Ebene des Rassismus nicht prinzipiell von Haider, und mit ihm haben sie jetzt ein Ventil gefunden, um von ihrer eigenen Politik abzulenken. Es findet statt, was der Haider eh ankündigt: Daß die FPÖ nicht anderes betreibt, als die obligate Politik der Konservativen, Liberalen und Sozialdemokratie in Europa zuzuspitzen. Wenn die jetzt sagen: »Haider ist ein Böser«, haben sie schon recht; wenn er aber sagt: »Ich bin einer von ihnen«, hat er auch recht. Das ist die doppelte Tücke an der Geschichte.

Gegenthese: Die EU-Regierungen, die als erste und am heftigsten protestierten, taten dies nicht, um »von ihrer eigenen Politik abzulenken«, sondern weil sie in Haider auch ihre eigene radikale Rechte bekämpfen, in Frankreich die sich neu formierenden Lepenisten, in Belgien den Vlaams Block.

Schandl: Eskaliert ist es doch erst, nachdem Haider Chirac und die belgische Regierung nachdrücklich und mehrmals beleidigt hat. Sonst wäre es nicht so heiß gegessen worden. Es ist nur deshalb so eskaliert, weil der Haider nicht das Zündeln lassen kann.

Scheit: Genau das ist doch kein Zufall. »Es« geht immer wieder mit ihm durch, und dieses »es« ist die Nähe zu seiner Anhängerschaft. Er ist nur die Resultante dieser Anhängerschaft. Er verhält sich wie ein Pöbelhaufen in einer aufgeladenen Atmosphäre: Es gibt viele sich widersprechende Äußerungen, aber das Ganze hat eine ganz bestimmte Tendenz und schlägt dann irgendwann in ein Pogrom um. Und so ist auch sein Verhalten gegenüber Frankreich und Belgien, auch daß er bei Belgien sofort diese »Kinderschändergeschichte« ins Spiel gebracht hat. Das ist zwar wahnsinnig, aber hat Methode. Insofern hat diese Eskalation zwischen Österreich und den übrigen EU-Staaten ihre eigene Notwendigkeit, und die Reaktion des Auslands ist berechtigt. Die haben den Haider lang genug beobachtet.

Schandl: Das glaube ich nicht. Bevor er den Schritt zur Bundesregierung getan hat, haben sie ihn doch ignoriert

Scheit: Mich erinnert das in gewisser Weise auch an bestimmte Vorbehalte gegenüber Deutschland nach dem Mauerfall in Europa. Da hat es auch ein Gespür gegeben. Das Gespür ist leider sehr früh verlorengegangen. Und diesmal ist diese Ahnung, was da in Österreich passiert, größer, und die Klarsicht besser ausgeprägt, als im Fall des wiedervereinigten Deutschland. Aber trotzdem sehe ich kommen, daß dieses Gespür verloren gehen wird.

Warum?

Scheit: Der Anti-Haider-Protest bewegt sich in dem Paradigma: Demokratie versus Rassismus, Demokratie versus Faschismus. Das trägt aber nicht weit, denn Haider ist jemand, der Rassismus mit demokratischen Mitteln in einer Weise verbindet, wie das bisher nicht da war. Er ist gleichzeitig Demokrat und Faschist.

Inwiefern?

Scheit: Weil er auf der Entwicklung demokratischer Formen aufbauen kann, weil er Formen der direkten Demokratie fördert.

In diesem Sinne war Hitler auch ein Demokrat. Er hat immer auch auf direkte Demokratie gesetzt, was Volksabstimmungen angeht.

Scheit: Aber er hat dann den Apparat der repräsentativen Demokratie aufgehoben. Unter Haider wird das in absehbarer Zeit nicht geschehen. Im Unterschied zur NSDAP der dreißiger Jahren ist der Aufstieg Haiders ein sehr schleichender Prozeß. Haider repräsentiert den schleichenden Verlauf der Krise. Deshalb intensiviert er langsam die Formen der direkten Demokratie, indem er auf die Nähe zu seinen Anhängern, die postfaschistische Intimität, baut. Aber ich würde mich auch nicht darauf verlassen, daß Haider ewig ein Demokrat bleibt, gerade dann, wenn sich die Krise verschärft.

Interview: Martin Hantke

Konkret 03/00, S. 18

Günther Jacob

Steirisches Erz

Wie »postmodern« ist Jörg Haider?

Wie reagieren marxistische Linke und Antifaschisten auf Haiders Wahlsieg und die ersten internationalen Reaktionen? Vor allem: Welche Rolle spielen für sie jene, auf deren Ausgrenzung nicht nur Haiders Wähler hinwirken wollen? Verstehen sie die Angst all derer, die bisher schon Zielscheiben von Boulevardzeitungen waren, die im Verein mit Haider Asylbewerber und andere zu »Drogenhändlern«, »Vergiftern der Jugend« und »Volksschädlingen« machten und damit Übergriffe provozierten? Die Durchsicht einiger linker und »kulturlinker« Äußerungen aus Österreich macht stutzig: Schon die ersten Warnungen von Israels Staatspräsident Weizman wurden nicht einmal kommentiert. Dabei hatte Haider offen gesagt, was die ganz normalen Österreicher von derlei halten: »Viele Leute verstehen jetzt, warum es Antisemitismus gibt.« Viele der linken Kommentare aus Österreich bemühten sich schon in den ersten Tagen nach der Wahl um den Nachweis, daß die von Haider ausgehende Gefahr stark überschätzt wird. Sie betonten, daß die FPÖ nur auf den ersten Blick »faschistisch« sei, daß sich der Nationalsozialismus ganz gewiß nicht wiederholen werde, daß andere Parteien kaum weniger antisemitisch seien und daß die »internationale Presse« daher stark übertreibe. Das vordringlichste gemeinsame Anliegen aller Autoren war und ist es offenbar, das »Mißverständnis« auszuräumen, die FPÖ sei eine »Nazipartei«. »Nein«, sagen sie, »Österreich ist kein Naziland, und Haider ist nicht Hitler, sondern ein populistischer Modernisierer mit braunen Flecken.«

Es fällt auf, daß Linke im reichen Österreich im Zusammenhang mit Haider ständig von den »drückenden sozialen Problemen« sprechen, die dringend gelöst werden müßten. Ohne die »Verwirklichung sozialer Mindeststandards« im Rahmen einer »Reform des Sozialstaates« – auch »soziale Gerechtigkeit« oder »solidarische Kultur« genannt – , sei Haider nicht zu stoppen. Haiders Wähler seien die »Modernisierungsverlierer, die Underdogs, die sozial Benachteiligten«. Der Kampf sei »nur auf der Ebene der Sozialpolitik« zu gewinnen. »Noch nie waren die Unterschiede zwischen Armen und Reichen so groß«, heißt es im Aufruf »Keine Koalition mit dem Rassismus!«. Diese Lesart findet sich auch bei Autoren, die Haider vor allem als Role model der »neureichen Hedonisten« beschreiben. Ihrer Meinung nach bringe Haider »Deregulierung«, »Hedonismus« und »Arbeitslosigkeit« locker »unter einen Hut«. Wie aber kommen sie nur auf die Idee, Haider könnte, weil Vorbild der Erfolgreichen, die »Ohnmächtigen« (österreichischer Autor in »Jungle World«), »von Deklassierung Bedrohten« (österreichischer Autor in »Bahamas«), »Deklassierten« (»get to attack«/Wien), »Bedrohten« (österreichischer Autor in »Junge Welt«), »Armen« (»Volksstimme«, KPÖ) und »Underdogs« (»Kunstfehler«/

Salzburg) unter seinen Wählern brüskieren und müsse daher den »Wechselbalg« spielen, der trickreich das Unvereinbare miteinander vermittle?

Warum all diese Verknüpfungen? Handelt es sich bei Haiders Anhängern um Sozialfälle und damit um Opfer? Sind Rassismus und Antisemitismus ihre (zwar negative, aber »erklärbare«) »Reaktion« auf den »Neoliberalismus«? Haben Rassismus und Antisemitismus also einen »Grund«? Muß man sich vor allem um die »sozialen Mindeststandards« der »kleinen Leute« kümmern, um sie vom Pogrom abzuhalten? Die rassistisch Ausgegrenzten stehen in diesen Texten deutlich nicht im Mittelpunkt des Interesses. Zugleich ist der Nachweis, daß die Freiheitlichen nicht die NSDAP sind, pure Rhetorik, weil niemand eine solche Behauptung aufgestellt hat. Aber diese Rhetorik ist der Ausgangspunkt aller Erklärungen, wer Haider »wirklich« sei. Für einige Autoren ist er ein »modernisierter und demokratisierter Führertyp« und seine Partei die »Speerspitze der ökonomischen Liberalisierung und Deregulierung«. Die Perspektive der Haider-Partei sei »die Abschaffung des alten sozialstaatlichen Korporatismus«, der nun angeblich durch einen »Rassismus der Produktiven« ersetzt werden soll. An diesem Punkt angekommen, bemerken die Verfasser solcher Prognosen jedoch, daß damit die »braunen Spritzer« und die Forderung Haiders nach Schutzzöllen noch nicht erklärt sind. Und weil nun die eine Einschätzung zur anderen nicht recht passen will, fällt ihnen die Kategorie des »dialektischen Widerspruchs« ein: Haider, der »es vermutlich selbst nicht weiß«, hat hier »einen Widerspruch vereint«, der »aus der Krise des Keynesianismus in Österreich entsteht«. Beruhigend zu wissen, sagen sich da alle, die in der Straßenbahn angespuckt werden, dann sind wir ja bloß in einen Widerspruch hineingeraten.

Unter der Hand ist der Gegenstand der Betrachtung ausgetauscht worden. Haiders Rassismus und Antisemitismus ist plötzlich nur noch ein Thema unter ferner liefen. Bevor wir es bemerken, diskutieren wir wieder ganz allgemein über Staat & Kapital. Das kann ja interessant sein. Es fällt nur auf, daß solche Diskussionen die Darstellung der Situation der wirklich Bedrohten einfach ersetzen. Ihnen wird von Linken empfohlen, die finalen politökonomischen Ableitungen zu übernehmen und einzusehen, daß ihre Lage vielleicht entsetzlich, aber immerhin Teil historisch bedeutsamer Abläufe ist. Wie sich zeigt, sind Migranten und andere allerdings nicht dazu bereit, sich ihre konkrete Ausgrenzungserfahrung durch linkes Palavern über die »Krise des Keynesianismus« oder die Krise des »wert- und staatsfetischistischen Subjekts« (gemeint sind die richtigen Österreicher) ausreden zu lassen.

Es gibt den aktuellen Haß, der sich wie eine Grippe verbreitet, und den tradierten. Der eine ist vom anderen nicht zu trennen. Ein »Schubhäftling« aus Afrika erstickte, nachdem österreichische Polizisten ihm dem Mund zugeklebt hatten. Wie der Film »Totschweigen« am Beispiel des burgenländischen Ortes Rechnitz zeigt, existiert zur gleichen Zeit noch so manches verschwiegene Massengrab, in dem man in den letzten Tagen des Nationalsozialismus erschossene Zwangsarbeiter verscharrte. Die bösen Blicke in der Straßenbahn, die jeder »fremdländisch« wirkende Mensch aushalten muß, haben mit Haiders (1993 gescheitertem) Volksbegehren über eine Verschärfung der »Ausländerpolitik« ebenso zu tun wie mit der eingeschränkten Anerkennung der Roma und Sinti als NS-Opfer. Die in der Zeit des Nationalsozialismus »wahr« gemachten Zuschreibungen wirken in die Gegenwart hinein. In der Fußgängerzone begegnet man dem pensionierten Gutachter, der den Zwangssterilisierten die Opferrenten verweigerte. Dieser Gutachter, dessen Kinder vielleicht bei den Grünen sind, haßt es, daß in der Fußgängerzone »schon wieder« Bettler, Ausländer, »Zigeuner« und andere »Arbeitsscheue« herumlungern. Seine Kinder kritisieren ihn (vielleicht) gelegentlich für seine »konservative« Einstellung, aber sie werden sein Vermögen erben.

Während die Geschädigten von damals immer noch mit den seelischen und medizinischen Folgen und Spätfolgen zurechtkommen müssen, lebt das Urteil, das damals über sie gefällt wurde, in den Meinungen »der Leute« jedoch bis heute fort. Aus Interviews in Täterfamilien geht hervor, daß die fragmentarischen Andeutungen der »Kriegsgeneration« bis heute auch die Phantasien ihrer Kinder und Enkel beschäftigen. Das unvollständige Bild von der eigenen Familienvergangenheit provoziert den Verdacht, daß noch mehr dahinter stecken könnte. Aber das Tabu ist zugleich das heimliche Bindeglied zwischen den Generationen. Wenn die FPÖ in Orten wie Kitzbühl an die fünfzig Prozent erreicht, dann ist das auch ein Zeichen dafür, daß das Verhältnis zwischen Jung und Alt dort bestens sein muß. Dafür hat gerade der 1950 als Nazi-Kind geborene Jörg Haider viel getan.

Ein bisher noch wenig beachtetes Resultat der Flucht in theoretische Abstraktionen ist das Schweigen über den Zusammenhang zwischen Holocaust, Vernichtungskrieg und dem überraschend schnellen Wirtschaftsaufschwung nach 1945. Auch die politische Linke hat zwar unzählige Kapitalismus- und Krisentheorien produziert, um das »Wirtschaftswunder« der 50/60er Jahre zu erklären, aber sie hat dabei, von wenigen Ausnahmen abgesehen, selten über die Verwertung jüdischen Eigentums in ganz Europa, über die Raubzüge der Wehrmacht und über die Modernisierung einer mit Zwangsarbeitern betriebenen Industrie gesprochen. »Nach Feststellung namhafter Historiker beruht ein erheblicher Teil des Nachkriegsaufschwungs auf der Ausbeutung Europas sowie der Zwangs- und Sklavenarbeit. Betrachtet man die ökonomische Regenerations- und Akkumulationsfähigkeit der Wirtschaft nach 1945 unter diesem Aspekt, dann wird die Geschichte des ›Wirtschaftswunders‹ vielleicht eines Tages neu geschrieben werden müssen« (Samuel Korn). Es wird noch einige Zeit brauchen, bis diese Geschichte geschrieben ist und wahrscheinlich wird sie nicht von marxistischen Wertkritikern geschrieben werden.

Werfen wir in diesem Zusammenhang noch einen Blick auf die Besonderheiten in Österreich: Der Anschluß Österreichs 1938, der keine »Annexion« oder »Besetzung« war, hatte Großdeutschland immerhin die Kriegsvorbereitung erleichtert. Dabei spielten die in Wien gehorteten Gold- und Devisenreserven und die erstklassigen Rüstungsbetriebe ebenso eine Rolle wie die praktisch unerschöpflichen Erzvorkommen der Steiermark, die damals von Zwangsarbeitern abgebaut wurden. Große Teile der österreichischen Industrie, z. B. die Eisen- und Stahlindustrie in Linz oder der Fahrzeugbau in Steyr, sind erst in der Zeit des Nationalsozialismus entstanden. Allein der forcierten Industrialisierung Österreichs in der »Nazizeit« ist es, unter Ausnutzung von 700.000 Zwangsarbeitern, zu verdanken, daß das Land nach Kriegsende rasch zum Industriestaat wurde und entsprechend Devisen erwirtschaften konnte. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Österreichs, der 1948 durch Leistungen im Rahmen des Europäischen Wiederaufbauprogramms finanziert wurde, war entsprechend erfolgreich. 1951 hatte die industrielle Produktion bereits die Vorkriegswerte überschritten und stieg weiter an.

Vor diesem Hintergrund kann eine bestimmte Form des linken Theoretisierens nur als Derealisierung der eigenen Familiengeschichte verstanden werden. Theoretische Spekulationen werden etwa problematisch, wenn in die durchaus diskussionswürdige These von der »Krise der Politik« der sehr konkrete Rassist und Antisemit Jörg Haider so hineingepreßt wird, daß schließlich der Rassist und Antisemit hinter dem »Modernisierer« verschwindet. Und dies nur aus dem Grund, daß sonst die besagte Theorie nicht »aufgehen« würde. Der Wiener Autor Franz Schandl hat in der Berliner Tageszeitung »Junge Welt« eine Serie über das »Haider-Phänomen« veröffentlicht. Schandl sagt dort, daß die Freiheitlichen »kein faschistisches Projekt« sind, daß man sie »nicht unterschätzen«, aber auch »nicht überschätzen« sollte. Des weiteren meint er, Haiders Positionen seien nichts als »austauschbare Identifikationsmomente«, denn Haider pflege eine »postmoderne Beliebigkeit«. Offenbar glaubt der Autor, ein »richtiger« Faschismus verfüge über ein konsistentes Programm. Raul Hilberg hat jedoch das Gegenteil gezeigt: »Hitler berief und stützte sich nicht auf eine politische Theorie. Er formulierte nicht einmal Fernziele.« War Hitler also der erste postmoderne Politiker? Dann wäre Haider ihm näher, als Schandl annimmt.

Schandl zufolge gleicht Haiders Partei »einem Betrieb, dessen Zweck darin besteht, Einfluß und Stimmen zu akkumulieren«. Wenn Haiders Partei aber, anders als andere, wie ein kapitalistischer Betrieb funktioniert, wäre sie dann nicht, um in der Logik des Autors zu bleiben, »modern« statt »postmodern«? Denn dann wären die anderen Parteien nur

vormodern. Ist das so? Schandl zufolge ist es dem »Stimmenmaximierer Haider« auf dieselbe Weise egal, ob er für die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten oder für die Heiligung des Sonntag ist, wie es dem Kapitalisten egal ist, ob er den Profit mit Stahl oder Gurken maximiert. Schandl hat sich hier offensichtlich vergaloppiert: Denn ist es Haider egal, ob er für oder gegen Migranten, für oder gegen Rassismus agitiert? Hat Haiders Politik wirklich keine Richtung?

Wo es um Antisemitismus und Rassismus geht, also um Ausgrenzung, Degradierung und Mord, müssen wir der möglichst genauen Beschreibung der Ereignisse den Vorrang geben. Die Theorien, mit denen wir dabei arbeiten, müssen sich an dieser Aufgabe bewähren, und sie bewähren sich nicht, wenn wir uns mit ihnen von den Ereignissen entfernen.

Günther Jacob schrieb in KONKRET 2/2000 über die »Zeitschrift für Genozidforschung«

Konkret 03/00, S. 20

Andreas Spannbauer

Freunde im Altreich

Vormarsch zum Weißwurstäquator: Wie deutsche Politiker dem österreichischen Nazi den Weg ebnen

Was für den belgischen Außenminister Louis Michel »unerträglich für jede Demokratie und für jeden überzeugten Europäer« ist, das ist für den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber nicht mehr als eine innere Angelegenheit Österreichs: Nicht nur, daß der bayerische Ministerpräsident der erste war, der seinen konservativen Verbündeten von der ÖVP jene Koalition einzugehen empfahl, die der Belgier Michel als »unannehmbare Bresche« im Widerstand gegen ein Wiederaufleben »faschistischer Thesen« in Europa bezeichnete. Mit dem anschließenden Sperrfeuer gegen die bloße Andeutung von EU-Sanktionen (Stoiber: »diplomatischer Amoklauf«) haben die deutschen Konservativen ihren Teil dazu beigetragen, Jörg Haider den Weg für seinen »Marsch auf Wien« – so die rechtsradikale Wochenzeitung »Junge Freiheit« – zu ebnen.

Schon kurz nach der österreichischen Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 diktierte der Münchner Ministerpräsident der Tagespresse die Bedingungen für eine Koalition zwischen Freiheitlichen und Volkspartei in den Notizblock. Die Forderungen des Bayern: Die ÖVP müsse in einem solchen Bündnis die Führung behalten, Haider dürfe der Regierungsmannschaft nicht angehören, die FPÖ müsse ihren »Anti-Europa-Kurs« aufgeben. ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel ist Kanzler geworden, Haider Landeshauptmann in Kärnten geblieben und die FPÖ, die noch nach der Wahl bekanntgegeben hatte, daß die österreichischen Wähler genug davon hätten, »den Maastricht-Befehlen aus Brüssel gehorchen zu müssen«, unterzeichnete die Präambel zum Wiener Regierungsprogramm, in der festgehalten ist: »In der Vertiefung der Integration und der Erweiterung der Union liegt auch die Zukunft Österreichs.«

Ähnlich wie Stoiber sah es auch der CDU-Bundesvorsitzende Wolfgang Schäuble: Er sei, so sagte Schäuble während der Koalitionsgespräche zwischen ÖVP und Freiheitlichen, zuversichtlich, daß es in Österreich gelinge, »eine handlungsfähige Regierung zu bilden«. Für »unausweichlich« hielt auch der CDU-Außenpolitiker Karl Lamers die Einbeziehung der »PLO Österreichs« (Haider über die FPÖ). Weil kommen muß, was unausweichlich war, sprach sich Lamers gegen eine Ausgrenzung Österreichs aus und rief zur Unterstützung Schüssels auf – jenes Mannes also, der die Weichen für das Unausweichliche gestellt hat.

Stoiber und der Rest der deutschen Konservativen sollten auch im folgenden zu der von ihnen unterstützten Koalitionsregierung stehen. Während der CDU-Politiker Michel Friedman ein Streitgespräch in der Talkshow »Christiansen« nur ohne Haider führen wollte, weil dieser »keine eindeutig ablehnende Haltung zum Nationalsozialismus« an den Tag lege, sah der CSU-Landesgruppenchef im Bundestag, Michael Glos, keinen Grund für eine Ausgrenzung des Ausgrenzers.

Vielleicht, weil der ebenfalls bei »Christiansen« eingeladene Daniel Cohn-Bendit behauptet hatte, auch »B-Movie-Darsteller« wie er und Guido Westerwelle hätten sich mit Haider auseinandersetzen können, setzte sich Glos genau eine Woche später mit Haider zusammen in Erich Böhmes »Talk aus Berlin«. Während die Sendung, an der auch Freimut Duve (SPD) und der Schriftsteller Ralph Giordano teilnahmen, zu einem phänomenalen Triumph des wendigen Österreichers wurde, nutzte der CSU-Mann die Gelegenheit, um gegen die politische Distanzierung der EU von der Haider-Regierung zu wettern, die er »beschissen« finde.

Sein Chef Stoiber vermied solcherlei Invektiven, blieb aber der Sache nach nicht undeutlicher und drohte der Bundesregierung zeitgleich damit, auf der Ebene der Ministerpräsidenten Maßnahmen gegen die Isolierung Österreichs zu ergreifen. Bundeskanzler Gerhard Schröder reagierte verstimmt: »Die Art von Gemeinsamkeit zwischen Herrn Haider und Herrn Stoiber, die sich da auftut in den öffentlichen Erklärungen, ist außenpolitisch hochproblematisch.« In der gleichen Sendung sollte Stoiber seinem österreichischen Kollegen auch den bayerischen Patentweg zur Bekämpfung des Phänomens Haider verraten. »Auch Franz Schönhuber ist marginalisiert worden, weil wir ihm die Themen weggenommen haben.« Entgangen ist dem CSU-Chef dabei die Tatsache, daß auch die österreichische Große Koalition seit Jahren Haider die Themen weggenommen hat. Die Freiheitlichen nahmen es dankend zur Kenntnis und nannten den SPÖ-Innenminister Karl Schlögl »unseren besten Mann in der Regierung«. Schwächer sind sie dadurch nicht geworden. Daß Stoiber in der Sache unrecht hat, hat kein Geringerer als Jörg Haider selbst zu Protokoll gegeben. Der »Jungen Freiheit« sagte er: »Allerdings glaube ich, daß schon diesmal die Kampagne mit der angeblich ausländerfeindlichen Politik, die da von den Freiheitlichen gemacht worden sein soll, nicht mehr gegriffen hat, weil der amtierende Innenminister selbst für einen Zuwanderungsstop eingetreten ist ... Daß sich die Linke da schwertun wird, dieses Thema als Beweis einer faschistischen Politik zu qualifizieren, liegt auf der Hand.«

Zur Einbeziehung Haiders rief auch die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« auf: Das Bild, das derzeit von Österreich gezeichnet werde, sei »fern der Realität«. Die Äußerungen Haiders, der im Wahlkampf immer wieder den von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels geprägten Begriff der »Überfremdung« benutzte, im Wahlkampf »Stop dem

Asylmißbrauch« und »Keine Gnade für Drogenhändler« plakatieren ließ, einen Zwangs-Aidstest für Einwanderer, Obdachlose und Prostituierte forderte und sein Programm mit dem Satz »Wir brauchen keine Ausländer, wir brauchen eine vernünftige Familienpolitik« zusammenfaßte, nannte die »FAZ« »Anlaß zu Verzerrungen«. Die Kritik an der Einbeziehung der »Neonazi-Rassisten« (»The Observer«) in die Regierung war in den Augen der »FAZ« eine »politische und polemische Maßlosigkeit«.

Die Liberalen ließen es sich ebenfalls nicht nehmen, der Integration Haiders das Wort zu reden: »Man kann Haider nicht bekämpfen, indem man ihn auslädt«, so der FDP-General Guido Westerwelle. Mit dem Mittel der Einladung kämpft die FDP indes schon länger gegen Haider. Schon am 11. März 1997 mußte der Lions-Club Düsseldorf-Oberkassel eine geplante Diskussion zwischen Haider und dem Berliner FDP-Chef aus Sicherheitsgründen absagen. Antifaschistische Demonstranten hatten im Vorfeld den Auftritt mit der Einladung Hitlers vor den Industrieclub Düsseldorf 1929 verglichen. Der FDP-Parteivorsitzende Wolfgang Gerhard bezeichnete die Reaktion der EU als »reine Reflexe auf die Worthülsen Jörg Haiders« und warf den Gremien in Brüssel »Oberlehrermanier« vor. Das Verhalten, das den FDP-Chef derart in Rage bringt, ist nach Ansicht des ehemaligen israelischen Botschafters in der Bundesrepublik, Avi Primor, die einzig richtige Umgehensweise mit der Rechts-Rechtsradikal-Koalition in Österreich. Primor hat dazu aufgerufen, Haider politisch zu isolieren. Im Gegensatz zu den deutschen Konservativen, die nahezu durchgehend mit dem Prinzip der nationalen Souveränität, formalen Regelungen innerhalb der Europäischen Union und einem ebenso formalen Demokratieverständnis argumentieren, verweist der heutige Vize-Präsident der Universität Tel Aviv auf die Erfahrungen der Weimarer Republik. Anfang der dreißiger Jahre hätten die »schwachen rechten Parteien« Adolf Hitler in die Regierung miteinbezogen, »um an die Macht zu kommen«, seien aber am Ende von der NSDAP benutzt worden. Primor befürchtet, daß die Integration der nationalistischen FPÖ rechtsradikale Kräfte in ganz Europa ermutigt. Deshalb müsse Haider »von Anfang an ausgegrenzt werden, »sonst kann sich die Seuche nicht nur in Österreich verbreiten«.

Daß Primor mit seiner Einschätzung recht haben könnte, zeigen die euphorischen Reaktionen anderer rechtsextremer Parteien. In Frankreich gingen Anhänger des Front-National-Dissidenten Bruno Megret auf die Straße, in Italien freut sich die Neofaschististin und Enkelin des Duce, Alessandra Mussolini, auf die Zusammenarbeit mit Haider. In der Bundesrepublik projiziert die parteipolitisch erfolglose extreme Rechte in Haiders Erfolg längst ihren eigenen. Die Republikaner, unlängst bei ihrem »Schwerpunktwahlkampf« in Berlin an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, haben die Kampagne »Solidarität mit Österreich« ausgerufen. Deutsche Urlauber sollen künftig nicht in Belgien oder Mallorca, sondern in der Alpenrepublik Urlaub machen. Der Parteivorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, begründet dies mit den »seit vielen Jahren« existierenden »guten Kontakten« zur FPÖ. Die – fast wortgleich zu den Konservativen klingende – Begründung: »Weder Chirac noch Schröder haben ein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen souveränen Mitgliedsstaates der EU einzumischen«.

Daß deutsche Neonazis Haider trotz harscher Kritik an seinem Populismus als einen der Ihren betrachten, kommt nicht von ungefähr: In den Jahren, in denen er noch keine Präambeln zum Regierungsprogramm unterschrieb, hatte Haider Kontakte zur inzwischen verbotenen Wiking-Jugend und dem verurteilten Holocaust-Leugner und Ex-NPD-Vorsitzenden Günther Deckert. Und auch mit dem in Österreich zu 12 Jahren Haft verurteilten Neonazi Gottfried Küssel soll sich Haider nach Angaben des ehemaligen Nazi-Führers Ingo Hasselbach getroffen haben. Küssel selbst, der in engem Kontakt mit den deutschen Neonazis um den verstorbenen Michael Kühnen stand, kandidierte 1980 bei der Gemeinderatswahl in Payerbach (Niederösterreich) für die FPÖ.

Besonders freuen kann sich die rechtsextreme Wochenzeitung »Junge Freiheit«, die den Aufstieg der Freiheitlichen als »demokratische Revolte« feierte. In einem Interview mit Haider Ende Januar sah die Zeitung den Tag gekommen, »wo sich in Deutschland auf der konservativen, patriotisch oder rechtsliberalen Seite etwas Neues entwickeln könnte«. Haiders Antwort: »Ich könnte mir vorstellen, daß natürlich jetzt ein sehr günstiger Zeitpunkt wäre.« Das Interview führte Andreas Mölzer, Autor der »Jungen Freiheit«, Chefredakteur der Wiener Wochenzeitung »Zur Zeit« und seit April 1999 kulturpolititischer Berater Haiders in Kärnten. Die Staatsanwaltschaft Wien leitete im Oktober 1999 Vorermittlungen gegen Mölzer wegen »Verharmlosung des nationalsozialistischen Völkermordes« ein. In Mölzers Zeitung »Zur Zeit« sei im Juni 1999 ein Beitrag des Autors Hans Gramlich erschienen, in dem die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich und die Massenvergasungen durch Zyklon B geleugnet worden seien.

Daß Haiders und Mölzers Hoffnungen auf »etwas Neues« im Altreich derzeit ziemlich unbegründet sind, liegt an der Schwäche der extremen Rechten in der Bundesrepublik, nicht an der Stärke ihrer Gegner. SPD-Innenminister Otto Schily jedenfalls hat die Erfolgsstrategie seines verblichenen österreichischen Kollegen längst übernommen. Zusammen mit seinem französischen Kollegen Jean-Pierre Chevènement drängte er zwei Tage vor der Ernennung Haiders in Berlin auf die Begrenzung der Zuwanderung und sprach von »Grenzen der Belastbarkeit«. Daß er dafür in die Nähe des »österreichischen Rechtspopulisten« Jörg Haider gerückt werde, nannte Schily eine »ziemliche Unverschämtheit«. Chevènement seinerseits kündigte an, daß Paris nach Übernahme der Ratspräsidentschaft im Juli einen Vorstoß zur »Harmonisierung der Abschiebeverfahren« starten will. Bis dahin könnte sich auch die Haltung der EU gegenüber Österreich wieder erledigt haben.

Gut, daß es da wenigstens noch die PDS gibt. Über deren Antifaschismus berichtete die »FAZ« unter der Überschrift: »PDS-Diplomat auf Skiern«: »Der sächsische PDS-Vorsitzende Peter Porsch erhebt sich in einem Akt leidenschaftlicher Zivilcourage gegen die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Union: Porsch will trotz des Mitwirkens der FPÖ an der dortigen Regierung seinen alljährlichen Skiurlaub abermals in Österreich verbringen. Der sächsische Arbeiterführer wendet sich damit für alle Welt sichtbar gegen die ›Sanktionen‹ der Europäischen Union. Er habe sich zu diesem sächsischen Sonderweg entschlossen, ließ Porsch durch seinen Sprecher mitteilen, nachdem er mit Bestürzung habe feststellen müssen, daß die ›Sanktionen‹ das Gegenteil ihrer Absicht bewirkt hätten. Es gelte nun, Österreich nicht auszugrenzen, sondern das Gespräch zu suchen.« Soll wohl heißen: Ossis und Ösis – vereinigt euch!

Andreas Spannbauer schrieb in KONKRET 7/99 über den Bund der Vertriebenen

Konkret 03/00, S. 22

Dagmar Schuberth

Donaustrandpiraten

Wie die österreichischen Parteien, Gewerkschaften und Spitzenbeamten gleich nach dem Krieg »arisiertes« NS-Raubgut unter sich aufteilten

Im Oktober 1946 wurde der Österreichische Wirtschaftsbund beim Ministerium für Vermögenssicherung in eigener Sache vorstellig – es waren Möbel für ein Empfangs- und Arbeitszimmer des Präsidenten Julius Raab erwünscht: »Da es sich um einen Repräsentationsraum des Herrn Präsidenten handelt, würden wir Stilmöbel, etwa Louis XVI., Barock oder eine entsprechende elegante moderne Ausführung besonders begrüßen.«

Wenige Monate später suchte die amerikanische Besatzungsmacht um Möbel für die rückkehrenden Emigranten aus Shanghai und Palästina nach sowie um Möbel für »bereits in Wien befindliche Personen, die in unwürdiger Weise untergebracht sind«, insgesamt 3.600 Menschen. Das Ministerium für Vermögenssicherung gab sich zögerlich, schließlich sei das Ministerium, so der zuständige Abteilungsleiter Carl F. Hübner, zwar vom Ministerrat ermächtigt, aber keinesfalls verpflichtet, die Möbel auszugeben. Die Herausgabe erfolgte schleppend, der Wert der übergebenen Stücke war peinlich gering.

Schon 1946 bemängelte der Rechnungshof, daß keinerlei Lageraufzeichnungen über »verfallenes« Mobiliar – also Güter, die nach dem Ende des Nationalsozialismus per Gesetz der neuen Republik Österreich zufielen und die diese an ihre, vorwiegend jüdischen, Vorbesitzer zurückgeben sollte – geführt werden und die Verwertung der Bestände keinerlei Kontrolle unterliege. Besonders an Angestellte des Ministeriums jedoch wurden »vielfach wertvolle Materialien zu einem unverhältnismäßig niedrigen Preis verkauft«.

Um einer neuerlichen Kritik des Rechnungshofes zu entgehen, benachrichtigte die Wirtschaftsbuchhaltung des Ministeriums für Vermögenssicherung das Präsidium, das ein Verzeichnis aller gemieteten Möbel im Auftrag gab. Dieses Verzeichnis lag erst zwei Jahre später, 1948, vor und umfaßte trotz der Hunderttausenden von Nazis arisierten Vermögenswerte ganze fünfeinhalb einzeilig beschriebene Seiten.

Der mangelhafte Einsatz des Ministeriums für Vermögenssicherung – welch ein Titel aber auch! – bei der Rückgabe von den Nazis zusammengetragener Güter an die Vorbesitzer hatte seinen Grund. Die Verwertung verfallener Vermögenschaften empfand Peter Krauland (ÖVP), der Minister jenes Ressorts, als eine »unsägliche Plackerei, weil zahllose Wünsche vorliegen, Streitigkeiten, Verdächtigungen und Anwürfe damit verbunden sind«. Je größer und bedeutender der Vermögensbestand, desto heftiger wurde von seiten der Parteien und ihrer Vorfeldorganisationen interveniert und intrigiert. Objekt der materiellen Begierde waren vor allem die enormen Werte der NS-Organisationen. Zu diesen gehörten unter anderem auch jene Vermögenschaften, die 1934 den Gewerkschaften und anderen Organisationen der Arbeiterschaft geraubt worden waren. Staatskanzler Renner sprach sich im Mai 1945 für deren Rückgabe mit dem Argument aus: »Es wäre doch ganz unverständlich, daß man jeden kleinen jüdischen Kaufmann oder Hausierer für seinen Verlust entschädigt, daß man aber einer ganzen Klasse und einer Bewegung, der 47 Prozent der Bevölkerung angehört haben, straflos und ohne Ersatz das Ergebnis ihrer emsigen Sammeltätigkeit und ihrer Organisationsarbeit glatt wegnehmen kann, ohne daß das Gesetz eine Remedur dagegen schafft.«

Tatsächlich verabschiedete das Parlament am 6. Februar 1947 das geforderte Rückgabegesetz. Dabei sollten sich die verworrenen Eigentumsverhältnisse nach 1945 als besonders zweckdienlich erweisen: Das Vermögen der 1934 verbotenen Gewerkschaften war zwischen 1938 und 1945 zwangsweise in die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die »Einheitsgewerkschaft« der Nationalsozialisten, überführt worden. »Ganz der nationalsozialistischen Unternehmenslogik der Anhäufung folgend«, hinterließ die DAF exorbitante Vermögenswerte, unter anderem die Bank der Deutschen Arbeit, die Volksfürsorge, die Dianabad AG, das Raimundtheater, den Verlag der DAF (Büchergilde Gutenberg) und das Wiener Volksbildungswerk. Der Österreichische Gewerkschaftsbund empfahl sich selbst als öffentlicher Verwalter dieser Hinterlassenschaften: Das Staatsamt für soziale Verwaltung unter Staatssekretär Johann Böhm (SPÖ) bestellte am 15. November 1945 den ÖGB unter Präsident Johann Böhm zum Verwalter des DAF-Vermögens. Der Österreichische Gewerkschaftsbund trat damit die Rechtsnachfolge der NS-Vorbesitzer an, obschon es sich bei Volkstheater, Raimundtheater, Teilen der Deutschen Bank, dem Vermögen des Reichsbundes der Deutschen Beamten und des Nationalsozialistischen Lehrerbundes und der Diana Bad AG um Vermögen handelte, die vor 1938 niemals einer Gewerkschaft gehört hatten: Die beiden Theater standen einst im Besitz privater Vereine, das Diana Bad gehörte vor 1938 zu 40 Prozent österreichischen und zu 60 Prozent ausländischen, vorwiegend jüdischen Aktionären. Allerdings konnten die jüdischen Vorbesitzer sich mit Beschwerden beim Verwaltungsgerichtshof nicht durchsetzen.

Wer konnte, griff zu hat der Historiker Peter Böhmer treffend sein Buch über die Geschichte des Ministeriums für Vermögenssicherung- und Wirtschaftsplanung zwischen 1945 und 1949 betitelt. Böhmer durchforstete sämtliche einschlägigen Archive und Ministerratsprotokolle und legt mit seiner Studie eine umfassende und präzise Darstellung von

politischem Mißbrauch, Amtsanmaßung sowie ganz gewöhnlicher Bereicherung der höchsten Staatsstellen im Nachkriegs-Österreich vor.

Das Ministerium für Vermögenssicherung war in der Nachkriegszeit die wichtigste österreichische Behörde zur Aufarbeitung des wirtschaftlichen Erbes des Nationalsozialismus. Sie hatte die oberste Kontrolle über die »öffentlichen Verwalter« inne, die sowohl das Vermögen von Nationalsozialisten als auch »arisiertes« Eigentum führten. Das Krauland-Ministerium regelte darüber hinaus die Rückgabe des Eigentums politischer Organisationen sowie den Verkauf und die Verpachtung von »herrenlosen« Gütern, die nach Kriegsende ohne Besitzer blieben.

Die politischen Protagonisten der Nachkriegszeit – ÖVP, SPÖ, Interessenvertretungen, Kammern und Gewerkschaften – dachten jedoch bei der Vermögenssicherung nie an eine objektive Behörde. Das Ministerium galt vielmehr als ideale Anlaufstelle, um sich bedeutende Vermögen selbst unter den Nagel zu reißen. Weitab vom vielzitierten Konsens der Nachkriegszeit stritten sich ÖVP und SPÖ um Pfründe und vermögende Firmen – Streitigkeiten, die per »halbehalbe« auf höchster Ebene beigelegt wurden. Die Parteien waren besonders an Verlagen, Druckereien und Papierfabriken interessiert. Die SPÖ sicherte sich den »Vorwärts«-Verlag, die ÖVP die zweitgrößte Druckerei Wiens, die »Druckerei Waldheim-Eberle«.

Der Proporz hielt schließlich auch in der Geschichtsschreibung Einzug, weshalb Böhmers Buch eine wohltuende Ausnahme von der parteinahen Koalitionsgeschichtsschreibung ist, die in der Geschichte der 2. Republik bis tief in die Gegenwart reicht. Böhmer weist nach, wie die Politik der ÖVP eine Entnazifizierung der Wirtschaft hintertrieb und eine Aufarbeitung des Raubmordes an den Juden vereitelte. Eine »Arisierung« wäre bloß ein Freundschaftskauf gewesen, hieß es auf einmal, der Betrieb wäre überschuldet und wirtschaftlich nicht lebensfähig gewesen, es wäre ohnehin alles in legalen Bahnen gelaufen. Politiker und Behörden nahmen die Scheinlegalität der Nazis für bare Münze. Manche der einstigen »Ariseure«, die Profiteure der Aufteilung des jüdischen Vermögens, konnten auf halblegalem Weg und über ein eigenartig legeres Rechtsverständnis ihr neues Vermögen sichern oder zumindest die Verfügungsgewalt gewinnen. Einige baten einzelne Politiker oder Vertreter der Vorfeldorganisationen um Hilfe: Margaretha Achleitner, illegales Mitglied der NSDAP, hatte in der NS-Zeit ein jüdisches Schuhgeschäft in Wien »arisiert« und dieses gegen ein größeres eingetauscht. Nach Kriegsende besorgte sie sich von Felix Hurdes (ÖVP) einen Persilschein. Sie sei Mitglied der ÖVP und »immer gut österreichisch eingestellt« gewesen, hieß es nun.

Ab 1947 wurde die Integration von Nationalsozialisten zu einem deklarierten politischen Ziel der 2. Republik. Den rechtmäßigen Vorbesitzern standen dagegen nur wenige Möglichkeiten zur Verfügung, ihr Eigentum zurückzuerhalten. Vertreter der Isrealitischen Kultusgemeinde gehen davon aus, daß, bei den Grundbucheintragungen, bis 1953 nicht mehr als zwei Drittel des ursprünglichen Wertes, bei »arisierten« Betrieben nicht mehr als ein Viertel des Wertes der Geschäfte rückerstattet wurden. Dafür sorgten auch Ministerialbeamte mit braunem Parteibuch: Josef Lienert, in der NS-Zeit Direktor der Gauwerke Niederdonau, wurde 1947 Konsulent im Ministerium für Vermögenssicherung, Walther Kastner, im NS-Regime »Ariseur« großer Betriebe, war nach dem Krieg für die Rückübertragung jüdischer Firmen zuständig.

Das vielgerühmte »Heldenepos« des österreichischen Wiederaufbaus, den angeblich alle gemeinsam getragen hätten, erweist sich als eine der vielen Lebenslügen, die die 2. Republik zu einem politisch versteinerten, außerhalb der Moderne liegenden Staat machte. In Wirklichkeit lief unter dem Siegel des Wiederaufbaus eine breit angelegte, alle politischen und gesellschaftlichen Führungsspitzen umfassende Bereicherungsaktion an sogenanntem »herrenlosen« Eigentum, das in der Mehrzahl der Fälle jüdische Vorbesitzer gehabt hatte.

Die Wege, auf denen Parteien, parteinahe Vereine und Spitzenbeamte sich bereicherten, waren vielfältig, viel Phantasie und Frechheit wurden aufgebracht, die Aneignungsmanöver zu verschleiern. Während der Arbeiterschaft in den Lohn- und Preisabkommen der frühen fünfziger Jahre die Hauptlast der Budget- und Staatskonsolidierung aufgebürdet wurde, »bediente« sich das politische Establishment schamlos an den »frei« gewordenen Vermögen. Die Aufteilung der Republik unter den beiden Aneignungsparteien SPÖ und ÖVP, die fortgesetzte Übung einer Scheindemokratie, in der das Parlament nur nachvollzog, was sozialpartnerschaftlich längst ausgehandelt war, die Perpetuierung dieser überkommenen Verhältnisse bis in die unmittelbare Gegenwart erklären die Erosion des politischen Systems und das – nur für Außenstehende überraschende – Erstarken einer politischen Rechten, die in wesentlichen Teilen der Abhub des Nachkriegsarrangements ist.

Julius Raab übrigens, dem zum Präsidieren imperiale Möbel zugedacht waren, mußte mit »lediglich 2 Barockfauteuils, Nuß« vorliebnehmen.

Peter Böhmer: *Wer konnte, griff zu. »Arisierte« Güter und NS-Vermögen im Krauland-Ministerium (1945-1949)*. Mit einem Beitrag von Gerhard Jagschitz, Böhlau Verlag, Wien 1999, 226 Seiten, 58 Mark

Dagmar Schuberth studiert Literaturwissenschaft, Geschichte und Philosophie in Wien

Konkret 03/00, S. 24

Georg Hodel

Das »Octogon«-Komplott

Schwarze Kassen und geheime Konten in der Schweiz und in Liechtenstein gab es schon, bevor Helmut Kohl Kanzler wurde. Aktenfunde in der Schweiz belegen: Deutsche Geheimdienstler aus der Nazi-Zeit hatten zu Beginn der 50er Jahre im liechtensteinischen Schaan unter dem Namen »Octogon Trust« eine Waffenschieberzentrale eingerichtet. Sie vermittelte Rüstungsgeschäfte und leitete Provisionszahlungen in Millionenhöhe den Unionsparteien und dem Bundesnachrichtendienst (BND) zu

Die festungsähnliche Villa mit ihren unterirdischen Anlagen liegt versteckt hinter einer hohen Umfassungsmauer, die ein Achteck oder Oktogon bildet. Sie wurde mitten im II. Weltkrieg von dem aus Baden-Württemberg stammenden Wehrmachtsbeauftragten und V-Mann der Abwehr, Rudolf Ruscheweyh, für über eine Million Franken erbaut. Das Geld dafür hatte sich der ehemalige Leiter der Abwehrfiliale in Paris durch die Vermittlung von schweren Waffen des in die Schweiz eingewanderten Rüstungsproduzenten Emil Bührle an das Dritte Reich verdient.

Zu den Leuten, die in den ersten Nachkriegsjahren bei Ruscheweyh in Liechtenstein die Aufwartung machten, gehörten Agenten, Militärs und Geschäftsleute aus Ost und West. Ein besonders häufiger Besucher war der chinesische Generalkonsul Hans Klein, der zu Beginn des Krieges im Auftrag von NS-Abwehrchef Wilhelm Canaris von Berlin nach Meggen am Vierwaltstättersee gezogen war. Er betätigte sich dort, wie der schweizerische Nachrichtendienst schon damals vermutete, als Verwalter von in der Schweiz angelegten Geheimfonds der deutschen Abwehr.

»China-Klein« habe zu Kriegsende über ein Restvermögen der Abwehr von bis zu 250 Millionen Franken verfügt, wollte der militärische Nachrichtendienst in der Schweiz ermittelt haben. Dazu wären noch Fluchtgelder aus Frankreich, die Ruscheweyh in Liechtenstein gehortet hatte, gekommen, die ebenfalls in die treuhänderische Verwaltung von Klein übergingen. Sehr prominente Unionschristen, wie der damalige Adenauer-Vertraute und Finanzberater der westlichen Besatzungsmächte, Robert Pferdmenges, reisten im Jahre 1953 zu »China-Klein«, dem Hüter des Millionenschatzes.

Klein und Ruscheweyh waren im internationalen Waffenhandel tätig und wurden von der Schweizer Bundespolizei überwacht. Aus deren Observationsberichten geht hervor, daß von der geheimnisvollen Firma »Octogon Trust«, die am 24. Januar 1952 in das liechtensteinische Handelsregister aufgenommen wurde, geschäftliche und nachrichtendienstliche Beziehungen nach Bonn und in alle Welt gingen. Sie erstreckten sich vom Genfer Rüstungskonzern Hispano-Suiza bis zum amerikanischen Waffenhändler E. V. D. Wight und dem nachmaligen Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA, Allen W. Dulles, der während des II. Weltkrieges in Bern als Stationschef des »Office for Strategic Services« (OSS) Fäden zu Hitlers Gegnern in den Reihen des Abwehrdienstes gesponnen hatte.

Zu dieser Zeit, 1953, herrschte in der Bundesrepublik gerade Wahlkampf. Die Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands hatte die politischen Parteien in einen tiefen Zwiespalt gestürzt. Und so hatte sich der amerikanische Geheimdienst dazu entschieden, wie der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Karl Moersch, erklärte, all diejenigen Parteigruppierungen finanziell zu unterstützen, die bereit waren, für die Wiederbewaffnung einzutreten. Moersch war damals Journalist und Mitglied der FDP, die er in den 60er Jahren im Bundestag vertrat.

Dem damaligen Oppositionspolitiker Moersch war zugetragen worden, daß der Sohn des Nachrichtengenerals Oster, Major Achim Oster, vom Bundeskanzleramt beauftragt worden war, mit Hilfe von Ruscheweyhs »Octogon Trust« ein Milliarden-Panzergeschäft mit Hispano-Suiza abzuwickeln, das von Adenauers Kanzleramtschef Dr. Otto Lenz arrangiert worden war. Im Sommer 1956 hatte der Bonner Verteidigungs- und Haushaltsauschuß eine Vorlage für die Beschaffung von 10.000 Schützenpanzern vom Typ HS30 im Auftragswert von 2,78 Milliarden Mark gutgeheißen, die in Genf bei Hispano-Suiza geordert wurden.

Aufgrund eines Pappmodells des Panzers wurde ein Vorvertrag abgeschlossen und sogleich eine Anzahlung von 254 Millionen Mark geleistet. Dieser Vertrag war von Lenz, Generalmajor Oster, dem späteren Chef des Militärischen Abwehrdienstes (MAD) und Hispano-Suiza-Vertreter Conrado José Kraémer alias Kurt Kraemer, der außerdem für den BND tätig war, ausgehandelt worden. Doch das Panzergeschäft war ein Fiasko. Wegen erheblicher Konstruktionsmängel mußte der Schützenpanzer mehrfach umgebaut werden. Am Ende wurden schließlich nur knapp über 2.000 Einheiten aus deutscher und britischer Fertigung geliefert.

Der Bundesregierung entstand ein Verlust von 200 Millionen Mark. Auf der Gewinnerseite standen die Herren des »Octogon Trust«, die angeblich Provisionen von bis zu 30 Millionen Mark eingesteckt hatten, wie Ex-Staatssekretär Karl Moersch glaubt. Moersch, der 1966/67 im parlamentarischen Untersuchungsausschuß saß, der die Hintergründe der Panzer-Affäre zu ergründen suchte, hält es für möglich, daß diese Millionensummen bei den beiden Zürcher Bankinstituten »Julius Bär« und »Von Tobel« deponiert worden sind.

Unter den 130 Zeugen, die vom Ausschuß gehört wurden, befand sich auch der ehemalige Luzerner Nachrichtendienstler Paul Schaufelberger. Der hatte dem damaligen bundesdeutschen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß die Aufwartung

gemacht, um ihn vor den undurchsichtigen Machenschaften der »Octogon«-Leute zu warnen und um ihn bei einer allfälligen Strafuntersuchung die Bereitschaft der Schweizer Behörden zu signalisieren, Rechtshilfe zu leisten.

Doch Strauß machte von Schaufelbergers Angebot keinen Gebrauch. Im Gegenteil, er bestritt, daß ihm der Schweizer Geheimdienstmann jemals ein solches Hilfsangebot unterbreitet hatte, und ließ die Meldung verbreiten, Schaufelberger habe sich als Lobbyist für die im Panzergeschäft rivalisierenden Konkurrenten von Hispano-Suiza betätigt. Mehr noch, eine Liste mit mehr als einem Dutzend Namen von Personen, die angeblich von Hispano-Suiza Schmiergeldzahlungen erhalten hätten, verschwand plötzlich. Die Liste, die der britische Militärattaché in Bern, Colonel Freyer, ausgearbeitet hatte, war Strauß im Oktober 1958 vom ehemaligen Reichsminister Gottfried Treviranus anläßlich des Besuches des britischen Premiers McMillan überreicht worden.

Auch CDU-Gründungsmitlied Dr. Werner Plappert, ein vehementer Kritiker des Panzergeschäfts, erklärte gegenüber der Zeitschrift »deutsches panorama«: »Andeutungen, die mir in der Schweiz gemacht worden waren, und zwar im Zusammenhang mit der Lieferung von hundert Geschützen, die der Octogon Trust für den Bundesgrenzschutz besorgt hatte, weckten bei mir den ersten Verdacht: Es hieß, fünf Prozent der Kaufsumme seien in die Bundesrepublik zurückgeflossen, und zwar an Beamte und CDU-Politiker.«

Plappert, der den Fall mit Schaufelberger, dem schweizerischen Polizeichef Dr. Fritz Dick und dem Bundesanwalt Dr. Hans Fürst 1959 in Luzern eingehend besprochen hatte, ließ die Angelegenheit nicht auf sich beruhen. Im Sommer 1965 ließ er Bundeskanzler Ludwig Erhard zwei Briefe zustellen, in denen er behauptete, daß das HS30-Panzergeschäft der CDU insgesamt »eine Wahlhilfe von ca. 50 Millionen DM« eingebracht habe.

Plappert wurde in Bonn zur Unperson, auch seine wirtschaftliche Situation verschlechterte sich dramatisch. Drei Jahre nachdem er vom Untersuchungsausschuß gehört worden war, steckte er sich einen schweren Drehstock in den Mantel und sprang bei Überlingen in den Bodensee: Seine Leiche wurde im März 1970 nach einer mehrwöchigen Suchaktion entdeckt. Dem »Südkurier« war eine Art Abschiedsbrief zugespielt worden, in dem es hieß, er scheide aus dem Leben, weil sein »20jähriger Kampf gegen die Herrschaftsclique in der Bundesrepublik« keinen Erfolg gehabt habe.

Auch Lenz, der den Panzerdeal eingefädelt hatte, verstarb unter ungewöhnlichen Umständen. Es kursierte die Vermutung, er sei vergiftet worden. Im offiziellen Totenschein heißt es, daß er an einer »bösartigen Malaria« und einer »akuten Harnvergiftung« gestorben sei. An seiner Statt wurde seine Sekretärin und Mitarbeiterin des BND, Maria Clerc, alias Effie von Horn, alias von Dattendorfer, von Untersuchungsausschußmitglied Karl Moersch auf neutralem Boden in Österreich einvernommen. Sie hatte sich ins Kufstein zurückgezogen, aus Furcht, in Deutschland verhaftet zu werden.

In einer eidesstattlichen Erklärung, erklärte sie: »... ich habe Herrn Dr. Otto Lenz häufiger auf Reisen nach Paris und Genf begleitet. Dort traf Herr Dr. Lenz u. a. in Genf Herrn Kraémer von der Hispano-Suiza und Herrn Guisan, den Sohn des Generals Guisan, in Paris Herrn Robinson, einen Bankier aus Tanger und Vermögensverwalter der Lady Mosley, geborenen Guiness, sowie Herrn Marc Bloch, der mir als Waffenhändler bekannt ist. Was besprochen wurde, weiß ich nicht. Ich weiß jedoch, daß Herr Robinson 1956 eine größere Geldsumme für den Wahlkampffonds der CDU gestiftet hat ...«

»Frau von Dattendorfer, oder wie immer sie hieß«, bestätigt der ehemalige »Stern«-Reporter Sepp Edelseder, »fand seither keine Ruhe mehr. Ständig wechselte sie ihre Wohnadresse. Sie war, man kann es nicht anders sagen, auf der Flucht.« Ebelseder kannte sie von der Begegnung in Kufstein und hatte seither mit ihr regelmäßig korrespondiert. Doch zwei, drei Jahre später blieb die Post aus. Sie hatte sich, wie Ebelseder erfahren mußte, etwa zur gleichen Zeit wie Dr. Plappert das Leben genommen.

Woher die Millionen des »Octogon Trust« eigentlich genau stammten und vor allem, wohin sie transferiert worden sind, konnte der Untersuchungsausschuß in Bonn nie wirklich klären. Zu viele wichtige Zeugen durften oder konnten nicht gehört werden. Seither wird »geschwiegen und verschwiegen«, wie CDU-Vorstandsmitglied Heiner Geissler unlängst sein Leid klagte. Vielleicht kann CDU-Wirtschaftsprüfer Horst Weyrauch ein wenig Licht in die Affäre bringen.

Georg Hodel schrieb in KONKRET 4/88 über die Karriere von Manuel Noriega

Konkret 03/00, S. 25

Georg Hodel

Woher stammen die Nazi-Millionen?

Rudolf Ruscheweyh und Hans Klein sind von der Schweizer Bundespolizei nicht nur wegen des Panzergeschäfts observiert worden. Sie standen auch im Verdacht, im großen Stil Nazivermögen verschoben zu haben.

Rudolf Ruscheweyh beschaffte als Mittelsmann schwere Feldkanonen und Munition für das Oberkommando der Wehrmacht. Als Entgelt strich er Provisionen von über 10 Millionen Franken ein. Außerdem schleuste er Gold- und Devisenschätze des französischen Nazi-Kollaborationsregimes von Pierre Laval nach Liechtenstein. Nach dem Zusammenbruch von Vichy-Frankreich versuchte Ruscheweyh, Premier Laval über die Schweizer Grenze in Sicherheit zu bringen. Der Plan mißlang jedoch, und nach der Verhaftung durch die Alliierten wurde Laval in Paris vor ein Militärgericht gestellt und standrechtlich erschossen. Eine vertrauliche Aktennotiz der schweizerischen Bundesanwaltschaft belegt, daß gegen Ruscheweyh auch eine polizeiliche Untersuchung betreffend der Verschie-

bung von Nazigeldern eingeleitet worden war.

Hans Klein wurde ebenfalls überwacht. Entsprechend informierte der damalige Chef der Bundespolizei, Werner Balsiger, im Juli 1953 seinen Vorgesetzten, Bundesrat Dr. Markus Feldmann. Die Schweizerische Verrechnungsstelle (SVSt), welche die Geldflüsse zwischen Nazideutschland und der Schweiz überwachte, hatte wegen angeblicher »Vermögensverschiebungen zugunsten deutscher Staatsangehöriger« gegen Klein ermittelt.

Kleins Safe bei der Kreditanstalt in Luzern war im Zuge der Observierung geöffnet und ein Verzeichnis der gefundenen Dokumente und Wertschriften erstellt worden. Die Behörden stießen dabei auf ein versiegeltes Bündel von Schweizer Banknoten im Werte von 27.000 Franken, das dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht gehörte und dort wohl als Notgroschen deponiert worden war. Auch befand sich unter den Dokumenten ein Schriftwechsel über zahlreiche Devisentransfers im Auftrag des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß sowie über Bewegungen auf einem Geheimkonto der Abwehr bei der Bank für Anlagewerte in Zürich, für das Heß' Schwager Edgar Horn und Ex-Nationalrat Emil Duft zeichnungsberechtigt waren. Gemäß Bundesanwaltschaft habe Klein »einen Fonds von angeblich 250 Millionen Schweizer Franken, wobei es sich um ehemalige, nach Kriegsende nicht abgelieferte deutsche Abwehrgelder in der Schweiz handle«, verwaltet.

Konkret 03/00, S. 26

Matthias Beltz

Aber nicht mit Moral

Vor genau acht Jahren hat Matthias Beltz den Herausgeber dieser Zeitschrift einen »unsäglichen Chefideologen« genannt und sich damit einige Unliebenswürdigkeiten eingehandelt. Inzwischen scheint der Kabarettist vom Weg, den seine alten Genossen der Gruppe »Revolutionärer Kampf« eingeschlagen haben, ein wenig abgeirrt. Was er einer Talkrunde des NDR über die jüngsten deutschen Affären erzählte, lohnt, im »Zentralorgan für Förderer des Gulagbetriebs« (Beltz 1992 über KONKRET) abgedruckt zu werden

Über die Spendenäffäre:

Das ist sehr aufklärerisch, weil es die blöde Idee, daß man den Politikern Vertrauen entgegenbringen soll, auflöst. Das Grundverhältnis zu Politikern ist Mißtrauen. Deswegen gibt es Gesetze. Das Grundverhältnis in der bürgerlichen Gesellschaft ist das Mißtrauen, nicht das Vertrauen. Vertrauen ist was für Liebesverhältnisse, das kann man im Keller machen – mit Politik hat das überhaupt nichts zu tun. Politik hat auch nichts mit Moral zu tun. Politik hat etwas mit Recht zu tun. Das Herummoralisieren aller Politiker, von den Grünen bis zur CDU, ist ein Zeichen ihrer Blödheit.

Daß die CDU auf die Fresse gefallen ist, ist sehr schön, weil es den Grundbestand unserer Verfassung noch einmal erklärt. Daß die auf Vertrauensbildung und Glaubwürdigkeit beruht, ist nämlich Quark. Das bürgerliche Recht ist entstanden aus Mißtrauen gegenüber den Herrschenden. Die sollen kontrolliert werden, weil das alles ganz schöne Lumpen sind, auch in der Demokratie. Deshalb finde ich ganz ausgezeichnet, daß man von dem dumpfen Gefühl »Wir können diesen Menschen vertrauen« mal loskommt.

Über Karneval und Regierung in Hessen:

Es gibt Leute, die sagen, die Hessen sind die Serben Deutschlands. Wir sind ziemlich zäh. Die Mehrheit der hessischen Bevölkerung hat diese Regierung gewählt, und ich finde es auch sehr gut, daß sie dranbleibt. Sie soll mit ihrer Schande konfrontiert werden – wenn's geht. Karneval macht mir diesmal besonders Spaß. Karneval ist ja meist eine eher rechts stehende Veranstaltung, und die müssen diesmal mit ihren eigenen Leuten rummachen. Das ist mir eine innere Freude.

Weshalb wird Karneval in Hessen gefeiert? Der Hesse ist von Haus aus karnevalsfeindlich. Der Frankfurter Fasnachtsumzug ist genauso wie die 1.-Mai-Demonstration vom DGB – einfach traurig. Diese Erinnerungen an früher: Weißt du noch, wie Ernst Busch gesungen hat – nein, der hieß Ernst Neger, der singende Dachdecker. Der hat ja beide miteinander verbunden – Erich Honecker war auch Dachdecker – die Arbeiterbewegung und die Karnevalsbewegung.

Über das kleinere Übel:

Also zum Beispiel der Schleusser, dieser Geizkragen – hat eine Geliebte und nimmt sie mit auf eine Dienstreise. Wenn einer eine Geliebte hat in dem Alter, dann macht er mal ein bißchen Hullygully und bezahlt auch was dafür. Aber der nimmt sie mit auf eine Dienstreise, gibt ihr wahrscheinlich noch ein Glas Freibier: »Da haste was zu trinken«. Die SPD ist das kleinere Übel, weil die so kleinlich sind.

Über einen alten Kampfgenossen, der Außenminister geworden ist:

Ich fand sein Herummoralisieren im Kosovo-Krieg falsch. Die sollen sagen, worum es ihnen geht. Es ging ihnen darum, in der Regierung zu bleiben. Die interessieren sich doch nicht für irgendwelche totgeschossenen Albaner. Das kann mir doch keiner erzählen. Joschka Fischer will internationale Anerkennung, er will sich mit Frau Albright unterhalten, und das hat er ja auch erreicht.

Man kann den Krieg auch so erklären, daß Europa eine Friedensordnung braucht, und wenn der Serbe frech wird, hau'n wir ihm auf den Deckel. Aber nicht mit Moral. Oder wie dieser Scharping, dieser ekelhafte Mensch, der immer irgendwelche Ziffern erfunden hat von ermordeten Menschen, und dann kam er am nächsten Tag und sagte: Ach, war nicht soviel, da hab ich mich verrechnet, ich bin wieder mal vom Fahrrad gefallen.

Ansonsten finde ich genial, wie Fischer so seinen Weg geht, bedeutend zu werden. Jetzt ist er ein weltbekannter Popstar der Politik. Später wird er möglicherweise Berater oder Millionär werden. Er schreibt ein Buch nach dem anderen: »Wie ich dicker wurde«, »Wie ich dünner wurde«, »Wie ich bedeutender wurde«, und dann kommt wahrscheinlich »Wie ich gestorben bin«. Das schreibt der auch noch. Der ist gut, diesbezüglich.

Über die Immunität der Linken gegen Korruption:

Wir wollen's nicht hoffen. Deren Kassen müssen ja auch mal vollgemacht werden.

Die Redaktion hat den Text (mit freundlicher Genehmigung des Autors) aus freier Rede in zentralorganmäßige Schreibe übertragen.

Konkret 03/00, S. 30

Otto Köhler

Ein Freund, ein guter Freund

Die rotgrüne Regierung tut ihr Möglichstes, um der deutschen Wirtschaft Entschädigungszahlungen an Sklavenarbeiter zu ersparen. Dazu zählt auch die unverfrorene Verbreitung historischer Unwahrheiten vor US-Gerichten

Er war noch nicht im Amt, da betätigte er sich bereits als Oberster Abwehrbeauftragter der deutschen Industrie. Sechs Tage bevor Gerhard Schröder zum Kanzler gewählt wurde, traf er sich – der Allianz-Vertrauensmann und Kofferträger Walter Leisler Kiep hatte das sachkundig vermittelt – mit den Chefs von Allianz, BASF, BMW, Daimler-Benz, Deutscher Bank, Dresdner Bank, Siemens, Thyssen-Krupp, Degussa und Volkswagen. Es war Gefahr im Verzug. Die Herren der deutschen Wirtschaft hatten Angst, daß es ihren ehemaligen Zwangsarbeitern doch noch gelingen könnte, ihre nahezu lebenslänglich vorenthaltenen Löhne durch das Institut der Sammelklage in den USA einzutreiben. Eine Arbeitsgruppe unter Schröders Kiep-Pendant Bodo Hombach – wegen seiner aktuellen Korruptionsaffären inzwischen in die Kolonie Kosovo abkommandiert und durch den Grafen Lambsdorff hochwertig substituiert – wurde eingesetzt. Sie sollte, wie Schröder sagte, »das Entschädigungsproblem zügig lösen«. Vier Monate später war es soweit. Am 16. Februar 1999 beschlossen Bundeskanzler Schröder und die zwölf Unternehmensvertreter die Gründung der »Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: Erinnerung, Verantwortung, Zukunft«.

Zukunft? Die »Taz« berichtete: »Der Bundeskanzler betonte, es gehe nicht um Wiedergutmachung. Nach Schröder solle der Fonds die deutsche Wirtschaft vor Sammelklagen, etwa aus den Vereinigten Staaten, schützen. Den Unternehmen müsse größtmögliche Rechtssicherheit zuteil werden. Ehemalige Zwangsarbeiter sollen in Zukunft ihre Klagen nicht mehr direkt gegen den Konzern erheben können, bei dem sie beschäftigt waren. Statt dessen solle der Fonds alle Ansprüche □unbürokratisch, schnell und individuell□ bearbeiten. Zwischenstaatliche Abkommen müßten die Wirtschaft vor □Kampagnen□ und Klagen schützen, die auch das Ansehen der Bundesrepublik beschädigen könnten. Schröder sagte den Unternehmen □jede erdenkliche Unterstützung□ bei der Errichtung des Fonds zu. Rechtssicherheit, so der Kanzler, sei die Voraussetzung für das Funktionieren des Fonds. Deutsche Firmen müßten □definitiv□ von Sammelklagen freigestellt werden.«

Der rotgrüne Kanzler als oberster Schutzherr der Industrie. Und die beteiligten Unternehmen wollten »am Ende des Jahrhunderts« ein abschließendes »materielles Zeichen« setzten. Noch im Sommer 1999 sollte es die ersten Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter geben. Von staatlichen Zuschüssen an die Stiftung war nicht die Rede.

Das Jahrhundert ist inzwischen zu Ende, doch der Kanzler und seine Wirtschaftsgenossen benehmen sich, als lebten sie noch im Tausendjährigen Reich. Die Stiftung hat von den schließlich zugesagten 10 Milliarden – mindestens 180 Milliarden stehen den Zwangsarbeitern nach einer Berechnung des Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Kuczinsky (KONKRET 1/2000) zu – noch keinen Pfennig ausgezahlt. Die Hälfte der 10 Milliarden kommt vom Staat. Und ihre Hälfte dürfen die Unternehmer von der Steuer absetzen. Sie wird dadurch noch einmal halbiert. Eingezahlt sind von den Unternehmen bisher noch nicht einmal zwei Milliarden, letztlich, nach Steuerabzug, noch keine Milliarde.

Diese Unlust beim Zahlen der gerade noch zugestandenen Almosen hat nicht zuletzt ein Schriftstück bewirkt. Der Amicus Curiae, der im Juni letzten Jahres von der Bundesregierung in den USA eingereicht wurde, ist eine Spezialität des angloamerikanischen Rechtswesens, die es unbeteiligten Dritten ermöglicht, vor Gericht zugunsten einer der Parteien einzugreifen. Amicus Curiae heißt: ein Freund des Gerichts, und das Gericht in New Jersey betrachtete sich als Freund der deutschen Regierung und wies die dort anhängige Entschädigungsklage von Degussa-Zwangsarbeitern ab. Das offizielle Schriftstück hebt an mit dem Satz: »Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterstützt den Antrag der Beschuldigten.« Die Klage sei als unzulässig abzuweisen. Die Sache, um die es bei der Degussa geht: Raub von Schmuck und Gold, die Produktion von Zyklon B bei der Tochterfirma Degesch, der Profit aus den herausgebrochenen Goldzähnen der vergasten Opfer. Die Regierung Schröder winkte – jeder Scham abhold – mit dem Nato-Zaunpfahl: »Die von den deutschen Behörden erlassenen Gesetze und Verordnungen wurden wiederholt durch Abmachungen mit den Vereinigten Staaten und anderen Ländern bekräftigt und sind die moralische Grundlage der deutschen Integration in die Atlantische Gemeinschaft geworden.«

Aber sie ist nicht so integriert, daß sie nicht auch mal – wo es geboten ist – auf Souveränität pocht: »Die Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß Sammelklagen ihre Rechte als souveräne Nation verletzen.« Ja, die Sammelklagen seien sogar eine Störung von Deutschlands souveränem Wunsch, die »Opfer der NS-Verfolgung« schnell, unbürokratisch und zuvorkommend zu entschädigen – das behaupteten die Deutschen nach über einem halben Jahrhundert ausgerechnet denen gegenüber, die den entschlossenen, ja fanatischen Widerstand der deutschen Bürokratie gegen eine Entschädigung überlebt hatten.

Auch vor offenkundigen Lügen scheute die Bundesregierung nicht zurück: »Eine objektive Einschätzung des deutschen Entschädigungssystems ergibt den Tatsachenbeweis, daß in allen Ländern, in denen Naziunrecht begangen wurde,

Entschädigungsfonds zur Verfügung stehen.« Tatsache ist:Die meisten Entschädigungsfonds sind erschöpft, in Griechenland, Bulgarien, Ungarn und Rumänien gibt es gar keine. Und den nicht rassisch Verfolgten wurde ohnedies in der Regel jede Entschädigung verweigert. Lothar Evers vom Bundesverband Information und Beratung NS-Verfolgter: »Alle anderen heute noch zur Verfügung stehenden Fonds sind Härteleistungen. Sie kompensieren keine Schäden der Verfolgung, degradieren die Überlebenden vielmehr zu Bittstellern, da sie Zahlungen vom Nachweis einer heute existierenden Notlage abhängig machen.« So geht es den Opfern. Die Täter dagegen, die in diesen Ländern lebenden Ex-Wehrmachtssoldaten und SS-Leute haben einen Rechtsanspruch auf monatliche Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz. Schon in der Volksrepublik Polen gab es 1972 insgesamt 67.769 Empfänger solcher Renten. Heute werden an die Täter, die als »Kriegsopfer« figurieren, allein in Polen monatlich vier Millionen Mark überwiesen.

Im Amicus Curiae folgt eine Generalabsolution für die deutsche Wirtschaft: »Die Industrie war gezwungen, die Vorgaben einzuhalten, die für die Produktion von kriegswirtschaftlichem Material festgelegt worden waren, und das gilt auch für die übrigen Vorgaben, die vom Nazi-Regime gesetzt wurden.«

Dem Stand der Wissenschaft entspricht das nicht, allenfalls dem Stand einer bestimmten Industriepropaganda: »Die Situation der deutschen Wirtschaft im Dritten Reich glich den letzten Minuten eines zum Tod Verurteilten, dem man entgegen jeder Regel gestattete, die letzten Schritte zum Galgen ohne Fesseln und Ketten zu gehen. Der kommunistische Klassenfeind jenseits der Barrikaden begriff diese Tragödie nicht. Für ihn waren die Konzernherren und Monopole die eigentlichen Verantwortlichen des Krieges, Mittäter oder Mitwisser an allem Schrecklichen auf den Straßen der Vernichtung und des Todes.«

So war es in dem Buch *Wirtschaft unter Zwang* von Hans-Eckhardt Kannapin nachzulesen, das 1966 i. A. des BDI im Deutschen Industrieverlag erschien. Dort hatte Kannapin bereits nachgewiesen, was die Bundesregierung mit etwas anderen Worten heute im Amicus Curiae verbreitet. Der BDI-Mann: »Jede Weigerung, nichtfreiwillige Arbeitskräfte« – er benutzt regelmäßig diesen Ausdruck statt der indezenten Formulierung Zwangs- oder gar Sklavenarbeiter – »zu verwenden und damit die vom Reich festgesetzten Produktionsprogramme zu gefährden, wäre als hochverräterische Sabotage angesehen worden und hätte harte Vergeltungsmaßnahmen des Staates zur Folge gehabt.« Amicus Schröder sieht das vor dem US-Gericht genauso: »Je wichtiger die wirtschaftliche Tätigkeit für die Kriegsführung und für die zerstörerischen Pläne der Nazis wurde, desto schwieriger wurde es, die vom Staat gestellten Anforderungen zu umgehen. Dies gilt insbesondere für die frühere Degussa, die ein Monopol auf dem Gebiet der Scheidung von Edelmetallen hatte.« Und dann fährt der Freund des Gerichts unmittelbar fort: »Daß es sich hier um eine Verantwortlichkeit des Staates handelt, wird schon durch die Tatsache verdeutlicht, daß das deutsche Entschädigungssystem und die entsprechende Gesetzgebung auf einer staatlichen Entschädigung aus Steuergeldern beruht und nicht aus besonderen Zahlungen durch private Unternehmen.« Weil aber »Ausbeutung und Verfolgung durch die Nazis« in staatlichem Handeln »ihren Ursprung« hatten, müßten die Ansprüche auf Entschädigung für Mord, Körperverletzung und Sklavenarbeit unter dem Naziregime vornehmlich als Reparationsangelegenheiten behandelt werden. Es handele sich also um die Forderung nach Reparationszahlungen – und auf so etwas, das verschweigt der Freund dem Gericht, läßt sich Deutschland nach Versailles nicht mehr ein.

Der »Freund des Gerichts« ist eines der infamsten und verlogensten Schriftstücke, die je in der Geschichte der Bundesrepublik gegen die Nazi-Opfer geschrieben wurden, verfaßt im Namen Gerhard Schröders und seines ganzen Kabinetts. Und das Schlimmste – es hatte Erfolg: Das Gericht in New Jersey glaubte dem Lügengebäude aus Deutschland. Die Klage gegen die Degussa wurde nicht zugelassen. Und auch in anderen Verfahren ehemaliger Zwangsarbeiter kursieren vor US-Gerichten die Amicus-Curiae-Bekennerschreiben der Schröder-Fischer-Regierung.

KONKRET hat bei Degussa nachgefragt: »1997, auf einer Tagung über Unternehmen im Nationalsozialismus hatte Ihr Generalbevollmächtigter, Herr Jansen, bestätigt, der Vorwurf sei berechtigt, Degussa habe sich vor 1945 darum beworben, Gold und Silber ermordeter Juden einzuschmelzen. Aber in dem Unterstützungsschreiben der Bundesregierung von 1999 heißt es ausdrücklich, daß die frühere Degussa bei der Scheidung von Edelmetallen lediglich die Vorgaben eingehalten habe, die ihr vom Nazi-Regime gesetzt wurden. Wie läßt sich das vereinbaren?«

Degussa: »Das müssen Sie die Bundesregierung fragen.«

KONKRET: »Ist das nicht ein Widerspruch?«

Degussa: »Fragen Sie bitte die Bundesregierung, die hat das ja geschrieben.«

Diese Frage hat die PDS-Bundestagsfraktion der Regierung inzwischen tatsächlich gestellt. In der Antwort redet sich der AA-Staatsminister Ludger Volmer aus dem Bekennerschreiben der Regierung heraus: »Der in dem Amicus-Curiae-Schriftsatz enthaltene Hinweis darauf, daß deutsche Unternehmen Teil der NS-Kriegswirtschaft waren, bedeutete nicht, daß sich Unternehmer nicht auch um Aufträge bewerben konnten.«

Und wie sie das konnten: Am 10. Oktober 1940 schrieb die Degussa an die Ghettoverwaltung Litzmannstadt, wie Lodz damals genannt wurde: »Wir danken für Ihr Schreiben vom 4.10. und haben gern bemerkt, daß Sie beabsichtigen, uns

diverse Gold- und Silberwaren, die dort zur Ablieferung gekommen sind, zur Verwendung zu übersenden ... Eventuell wären wir bereit, nach Eingang und Verwiegung der Sendung hier Ihnen einen Vorschuß auf das Gut zu überweisen. Heil Hitler!«

Achtzehn Tage später drängelte der Konzern, die Goldgier war zu groß: »Leider sind wir bis heute ohne Ihre Rückäußerung zu Ihrem Angebot vom 4.10., die Verwertung von Gold- und Silberwaren aus jüdischen Besitz stammend, geblieben.« Und am 3. Dezember faßte die Scheideanstalt – bald hatte sie Knochenreste von Goldzähnen zu trennen – noch mal nach: »Sie dürfen überzeugt sein, daß sich die Ausarbeitung bei uns in jeder Weise vorteilhaft für Sie gestalten würde, und es würde uns freuen, von Ihnen nunmehr recht bald einen positiven Bescheid zu erhalten.«

Die Aufträge kamen, und das von der Degussa umgeschmolzene Judengold ging weiter zur Dresdner Bank, die die Goldbarren zum Nutzen der deutschen Kriegswirtschaft ins Ausland, vornehmlich in die Türkei, brachte. Die Schiebereien mit dem Beutegold gingen auch nach dem Krieg mit Unterstützung des damaligen CDU-Außenministers Gerhard Schröder weiter.

Und jetzt hilft die rotgrüne Koalition – mit einem anderen Gerhard Schröder an der Spitze – der deutschen Wirtschaft aus ihrem Ärger mit den letzten ihrer Sklaven. Die *gesamte* Koalition. Damit auch gar kein Zweifel an der kollektiven Schuld des Kabinetts aufkommen kann, erklärte Staatsminister Volmer zum Amicus Curiae dem Parlament: »Es handelt sich bei dem Schriftsatz um eine abgestimmte Äußerung der Bundesregierung, nicht um die Äußerung eines Ressorts.« Also auch um eine Äußerung der Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, der man sowas nicht zugetraut hätte. Und der Minister Otto Schily und Jürgen Trittin, denen man alles zutraut. Außenminister Fischer jedenfalls will die Schande nicht ganz allein auf sich nehmen, darum muß sein Staatsminister immer aufs neue wiederholen: »Es handelt sich nicht um eine Äußerung von BM Fischer, sondern um eine abgestimmte Äußerung der gesamten Bundesregierung.« Und die will – ist der Ruf erst ruiniert – von dieser Position auch nicht mehr herunter, sie hält an ihr fest. Denn irgend jemand muß doch die Interessen der Industrie mit Nachdruck vertreten, wenn sich die CDU in Auflösung befindet.

Die PDS fragte nach, wer denn eigentlich die Bundesregierung ermuntert habe, einen Amicus-Curiae-Brief zu schreiben. Antwort: »Mehrere in den USA von Sammelklagen betroffene Unternehmen, darunter die Degussa-Hüls AG, haben die Bundesregierung gebeten.«

KONKRET an Degussa: »Waren Sie denn glücklich über die Unterstützung der Bundesregierung in diesem Prozeß?« Antwort nach kurzem Zögern: »Das ist Sache der Bundesregierung.« – »Und sie hatten darauf keinen Einfluß genommen?« Antwort: »Also, wir reden doch nicht der Bundesregierung in ihre Geschäfte hinein.«

Die Fondsverwalter der Erinnerung, Versöhnung etc. haben keine Zukunft, ihre fünf Milliarden sind immer noch nicht zusammengekommen. Die Stiftung, mit der Schröder seine Abwehr gegen die Opfer tarnt, kann immer noch platzen. Inzwischen ruft selbst der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Konrad Henkel, die renitenten deutschen Unternehmen dazu auf, der Stiftungsinitiative beizutreten. Doch schon sein Stellvertreter Ignaz Walter, Herrscher über große Baukonzerne, die nicht zuletzt von öffentlichen Aufträgen leben und sie offensichtlich auch zukünftig erhalten, weigert sich entschieden. Gerade die deutsche Bauindustrie ist auf den Knochen ihrer Zwangsarbeiter groß geworden – warum sollte sie da noch spendieren?

Die Regierung Schröder verkündet im englischen Original des Amicus Curiae: »The German Compensation Law is comprehensive and final.« »Comprehensive« bedeutet »umfassend«, und das ist gelogen. Aber »final« hat im Land der Endlösung einen besonderen Klang. Gerettet wird die Industrie. Und tot sind – das hofft man – bald auch die letzten der nie bezahlten Zwangsarbeiter.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 2/2000 über Dresdner Possen

Konkret 03/00, S. 33

Freerk Huisken

Untergang mit Perpektiven

Bemerkungen zum »Manifest gegen die Arbeit« der Gruppe »Krisis«

Die Gruppe »Krisis« ist bisher dadurch aufgefallen, daß sie der bürgerlichen Ideologie von der Naturnotwendigkeit, Haltbarkeit und Überlegenheit des Kapitalismus ein kraftvolles *Dementi* entgegenschleuderte. Die Haltbarkeitsbehauptung wurde mit einer Zusammenbruchstheorie ausgekontert, die Propaganda von der Naturnotwendigkeit der Marktwirtschaft mit der Prognose vom »Ende der Moderne« konfrontiert und der Eloge auf den zunehmenden Wohlstand der Bürger im freien Westen wurden Arbeitslosigkeit und sinnentleerte Arbeit gegenübergestellt, an denen die »Krisis«-Leute ein Mißlingen der Zwecke des Kapitalismus entdeckten. Als Beweis für das rechtzeitig zum Ende des Millenniums entdeckte Ende der Arbeitsgesellschaft wurde bisher aparter Weise der Zusammenbruch des realen Sozialismus angeführt. Der mußte zu diesem Zweck allerdings schlicht zu einer Spezies des Kapitalismus umgedeutet werden.1 Mit einer zutreffenden Kritik des Kapitalismus – und dieser will die Zeitschrift »Krisis«, die von den Manifestanten herausgegeben wird, verpflichtet sein – hat ihr Dementi nichts zu schaffen. Die theoretische Umdrehung der Urteile und moralische Umwertung der Maßstäbe bürgerlicher Ideologie nimmt eben nur an dieser Maß.

Das Ende der Arbeitsgesellschaft

1. Ende vergangenen Jahres hat die Gruppe ein »Manifest gegen die Arbeit« vorgelegt2, mit dem sie inzwischen durch die Republik tourt. Es bleibt der Machart der alten Arbeiten treu – einerseits wenigstens. Mit dem Manifest wird ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte ausgerufen. Unter dem machen es Zusammenbruchstheoretiker nun einmal nicht: Der »Arbeitsgötze« führe unwiderruflich »seinen eigenen Tod herbei« (M 28). Was man daran sehen könne, daß die »Arbeitsgesellschaft« einfach nicht mehr in der Lage sei, hinreichend Arbeit zu schaffen. Immer deutlicher sei zu erkennen, daß dieser Prozeß weder zum Stehen komme noch umgekehrt werden könne. »Die von Arbeit beherrschte Gesellschaft erlebt keine vorübergehende Krise, sie stößt an ihre absolute Schranke. ... die Arbeitsgesellschaft ist an ihrem definitiven Ende angelangt« (M 5f). Mit Hochgeschwindigkeit fahre der Zug in die »Katastrophe« (M 49) einer totalen Arbeits-, Sinn- und Perspektivlosigkeit (F 68-74).

Mit diesem Szenario bezieht sich das Manifest auf das allgemeine Gejammer, daß es allenthalben an Arbeit fehle. Es nimmt die Diagnose ernst, teilt sie, fällt also auf ihren ideologischen Gehalt herein und tritt den Nachweis an, daß sie das definitive Ende jeder Bemühung um Wiederbelebung der Arbeitsgesellschaft anzeige. Die Frage, *wem* da *was* fehlt, wird nicht gestellt. Daß den Lohnarbeitern ohnehin nur das Einkommen, nicht aber Arbeit fehlt, daß die Klage des Staates vornehmlich sinkenden Steuer- und Sozialabgaben gilt, daß dem Kapital gleich überhaupt nichts fehlt, es gerade mit Entlassungen Lohnkosten senkt, und daß auch die Gewerkschaft nur die jeweils vorhandene Arbeit – zum Lohnschaden der Arbeiter – umverteilen will, folglich der allseitige Ruf nach »Arbeit, Arbeit, Arbeit« nur der gemeinsame Titel für gänzlich disparate bis gegensätzliche Anliegen ist, die zum kotznormalen Funktionieren auch des »globalen« Kapitalismus gehören, all das paßt eben nicht in die Untergangsprognose der Manifesteure.

2. Über 18 Punkte breitet das Manifest seine Endzeit-Weltanschauung aus. Es greift dabei ins pralle Leben des Kapitalismus: Zunehmende Arbeitslosigkeit, Einführung von »Billigstarbeit«, politische Gleichgültigkeit gegenüber der Verarmung von Bevölkerungsteilen und ganzen Nationen, Naturruinierung, deren Folgen für die Menschen usw. werden zitiert. Diese Schönheiten der seit zehn Jahren konkurrenzlos herrschenden Produktionsweise sind jedoch nicht als Lagebeschreibung gedacht, die anschließend einer Erklärung zugeführt werden soll. Für sich sollen sie sprechen und den Kollaps der Arbeitsgesellschaft belegen. Doch da sie erkennbar dazu nicht taugen, sie vielmehr nur die »Kosten der freien Markwirtschaft« bebildern, wird denn auch kein Phänomen einfach nur von den Manifestanten benannt, sondern ein jedes so lange bearbeitet, bis seine Darstellung tauglich scheint, »das Ende« der Arbeitsgesellschaft beweiskräftig zu illustrieren.

Die Bearbeitung besteht im Prinzip darin, alle Schädigungen, die der Kapitalismus für sein Menschenmaterial bereit hält, noch einmal soweit zu überzeichnen, bis das Elend nicht nur unglaubwürdig wird, sondern rein gar nichts mehr mit der kapitalistischen Produktionsweise zu tun hat. Die pure Ausbreitung des Materials wird zum morbiden Endzeitgemälde: Die Arbeitslosen geraten zum »Menschenopfer« (M 6), das Arbeitslager der Unbeschäftigten soll einem »Leichenschauhaus« (F 68) gleichen, und die Lohnarbeit wird in »Sklaverei« (M 7) und »Knechtschaft« (M 20) verwandelt. Überall herrschen »Irrationalität« und »Paranoia«, »Perversion« und »metaphysische Verrücktheit«. Das »letzte Gefecht« stehe weltweit an, und der »Verwesungsgeruch« sei allgegenwärtig. Kurzum, der Kapitalismus wird als Mischung aus Irrenanstalt, Morgue und Mafia präsentiert.

3. Nimmt man sich diese Übertreibungen genauer vor, dann zeigt sich schnell, daß nicht Abscheu und moralische Empörung den Griffel der Autoren zur Entgleisung gebracht haben, sondern falsche Bestimmungen ökonomischer

Sachverhalte jede einzelne Behauptung kennzeichnen: So wird behauptet, daß der »erfolgreiche Verkauf der Ware Arbeitskraft von der Regel zur Ausnahme« und der »Verkauf der Ware Arbeitskraft im 21. Jahrhundert genauso aussichtsreich wird wie im 20. Jahrhundert der Verkauf von Postkutschen« (M 5). Dafür entwickeln die Manifesteure ihr Lieblings-Szenario einer menschenleeren Fabrik, das zeigen soll, daß die »Reichtumsproduktion sich im Gefolge der mikroelektronischen Revolution immer weiter von der Anwendung menschlicher Arbeitskraft entkoppelt« (M 28), daß auf diese Weise das »Abschmelzen der Arbeitssubstanz und damit der Basis der Kapitalverwertung« überhaupt ansteht (Trenkle, 36f). Als ob der Kapitalist nicht Arbeit ausbeuten, also die Mehrarbeitszeit immer weiter über die notwendige Arbeitszeit hinaus ausdehnen, sondern Arbeiter loswerden will; als ob dessen Reichtum statt auf akkumulierter Mehrarbeit vielmehr auf der Entfernung von Arbeitern aus der Fabrik gründet. Es paßt ja auch wirklich nicht ins Bild vom endgültigen Ende des Kapitalismus, daß die Entlassung von Arbeitern entweder nur das Mittel oder das Resultat von Konkurrenz-Kalkulationen ist: Gefeuert wird zum einen, um die Benutzung der verbleibenden Arbeit effektiviert fortzusetzen, um also aus einer verringerten Masse von Arbeitern immer mehr Arbeit pro Stunde, Tag oder Woche herauszuholen. Entlassungen stehen zum anderen für die Niederlage eines Unternehmens in eben dieser Konkurrenz, deren Kehrseite eben der Sieger ist, der über das Kassieren von Marktanteilen nun zu neuer Größe wächst. Und schließlich fallen in Krisen Entlassungen ziemlich allgemein an; was aber auch nicht das Ende der Arbeitsgesellschaft einläutet, sondern über die Entwertung auch des variablen Kapitalteils, also der Kosten der Arbeit eine neue Phase lohnender Verwertung einleitet.3 Da die Konkurrenz- und Krisenwirkungen nicht nur das Kapital, sondern die Staatenwelt neu sortieren, gibt es noch eine weitere Spielart von Arbeitslosigkeit. Inzwischen werden ganze Landstriche und Länder von absolut überschüssiger Arbeitskraft bevölkert, deren Verelendung das Sorgeobjekt von Caritas und neuerdings von sogenannten Nichtregierungsorganisationen ist. Sie stehen für den Erfolg der Ausplünderung dieser Staaten durch das Kapital der Metropolen, haben ihren Dienst getan und interessieren imperialistisch bis auf weiteres nur noch negativ: Es darf von ihnen keine Störung ausgehen.

Keine Sorte von Entlassungen verweist auf ein definitives Ende jedweder Beschäftigung. Bei jeder Entlassung geht es in irgendeiner Weise darum, den Arbeitseinsatz dort oder anderswo lohnender zu machen. Es scheitert das Kapital eben nicht, wenn es Arbeiter auf die Straße setzt. Es scheitert nur mal wieder der Versuch von Lohnarbeitern, vom Verkauf ihres Arbeitsvermögens zu leben. Und dieser Versuch scheitert allein deswegen, weil das Maß dieser angeblichen Arbeitsgesellschaft gar nicht Beschäftigung, sondern rentable Arbeit ist. Arbeit muß eben fürs Kapital lohnend sein, oder sie findet nicht statt. So steht denn auch die »menschenleere Fabrik« der »dritten mikroelektronischen industriellen Revolution« (Trenkle, 37) – nimmt man sie nicht als kafkaeskes Bild, sondern einmal als ökonomischen Sachverhalt ernst – allein für den Umstand, daß mehr Auslagen in automatisierte Produktion, also ein immer schnellerer Umschlag des konstanten Kapitals, wie Marx das in Produktionsmittel investierte Kapital genannt hat, nötig ist, um immer weniger Arbeit immer ergiebiger zu machen. Mit jedem neuen Chip und jeder neuen Maschinerie will das Kapital allein die Produktivität der Arbeit steigern, um über die Senkung der Lohnstückkosten den Warenpreis der Konkurrenten zu unterbieten und so die Konkurrenz um schrumpfende Kaufkraft gewinnsteigernd für sich zu entscheiden. Die Herren und Damen Unternehmer fordern das sachlogisch dann so ein: Wenn schon weltmarktkonkurrenzfähige Arbeitsplätze immer teurer werden, dann müssen die Arbeitskosten entsprechend sinken. Doch unverdrossen hält ihnen der Kritiker der Arbeitsgesellschaft vor, daß »kein Billiglohn ... ausreichenden Ersatz für die an anderer Stelle überflüssig gemachte Arbeitskraft« (Trenkle, 37) schafft, ihre Anstrengungen in Sachen Produktivkraftsteigerung also völlig vergeblich und zum Scheitern verurteilt seien. Als ob es ihnen je darum zu tun wäre, für jeden gestrichenen Arbeitsplatz einen neuen zu schaffen oder überhaupt irgendwie für Beschäftigung zu sorgen. Trenkle hält dies dagegen für ihre kapitalistische Pflicht, weil doch Entlassungen die Kaufkraft senken und an dieser die weitere Akkumulation hängt.4 Von einer solchen Pflicht wissen Kapitalisten nichts. Sie gehen mit diesem Widerspruch bekanntlich anders um: Sie unternehmen Anstrengungen, um von der vorhandenen Kaufkraft möglichst viel auf sich zu ziehen, d. h. den Konkurrenten »vom Markt zu verdrängen«. Dabei gibt es Sieger und Verlierer im System, aber – leider – keinen Abgang des Systems!

Albern ist folglich auch der Hinweis, dieser prekären Lage wegen habe das »Bündnis für Arbeit« nicht mehr den »Hauch einer Chance« (M 9). Daß das »Bündnis für Arbeit« den Arbeitsmarkt noch nicht umgekrempelt, die Arbeitslosenquote noch nicht halbiert hat, beweist nicht sein Scheitern. Diese Aufgabe hat es sich nämlich gar nicht gestellt. Das Überleben des Bündnisses hängt allein daran, wie sich die heilige Trinität aus Staat, Kapital und Gewerkschaft darüber verständigt, Arbeit als Mittel der Standortkonkurrenz lohnender zu machen. Können sie sich darauf nicht einigen, dann ist das auch kein Indiz für den Zusammenbruch der »Arbeitsgesellschaft«, sondern ein Beleg dafür, daß das Werk der Verbilligung von Arbeit weiterhin der erprobten Zusammenarbeit von (Sozial-)Staat und Kapital überlassen bleibt, konstruktiv begleitet von einer dann vorübergehend schmollenden Gewerkschaft. Zur Zeit existiert das Bündnis noch und bekräftigt in schöner Geschlossenheit, daß die Zeiten der Vollbeschäftigung endgültig vorbei sind und sich deswegen kein Lohnabhängiger fürderhin einbilden dürfe, er hätte in unserer hübschen sozialen Marktwirtschaft wenigstens noch einen Anspruch auf lebenslange Erwerbsarbeit.5

So funktioniert nun einmal der Kapitalismus – rücksichtslos in der Konkurrenz von Betrieben und Ländern, rücksichtslos gegenüber den Lebensbedürfnissen aller auf Geldeinkommen angewiesenen Menschen. So funktioniert er auch »global«.

Und er hat nie anders funktioniert. Das ganze Gerede vom »definitiven Ende der Arbeitsgesellschaft« lebt allein von der Gleichung: »Ansteigende Arbeitslosigkeit = Ende der Arbeitsgesellschaft«. Der Kapitalismus wird dabei an einem falschen, nämlich einem idealistischen Maßstab gemessen, am Maßstab der Arbeitsversorgung. Damit wird aus dem Zwang zur Arbeit gegen Lohn, dem in der Marktwirtschaft bedingungslos alle Einkommensabhängigen unterworfen sind, ein Auftrag zur Arbeitsbeschaffung an diese Produktionsweise abgeleitet. Theoretisch gelingt den Manifestanten eine ziemliche Verrücktheit. Ihr Credo lautet: ›Wenn diese Produktionsweise schon die eigentumslosen Leute dazu nötigt, ihr Arbeitsvermögen zu verkaufen, dann muß sie zugleich dafür sorgen, daß die das auch können! Wegen der Arbeit, wegen des Einkommens, wegen der Kaufkraft usw. Wenn nicht, ist sie am Ende!‹ Anders gesagt: Paßt der Kapitalismus nicht zum Bild von ihm, hat sich nicht dieses blamiert, sondern der Kapitalismus, und der macht dann wegen fehlender Bildkonkordanz den Abgang!

4. Das gleiche Muster – und noch einiger Blödsinn mehr – findet sich in dem Urteil über das »Ende der Politik« (M 30). Wegen fehlender Mittel gerät, so verkündet es das *Manifest*, der demokratische Staat in einen »finanziellen Notstand« und kann deswegen nicht mehr so wie er eigentlich will: Da mag der Staat »Gesetze beschließen, so viel wie er will; wenn die Produktivkräfte über das System der Arbeit hinauswachsen, läuft das positive staatliche Recht ins Leere«. – »Versiegt die Verwertung, so versiegen auch die Staatsfinanzen. Der vermeintliche gesellschaftliche Souverän erweist sich als völlig unselbständig gegenüber der blinden, fetischisierten Ökonomie der Arbeitsgesellschaft«(M 30). Der Zerfall erfaßt den Staat: Der »Arbeitsetatismus« – gemeint sind staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – wird »nur noch halbherzig betrieben« (M 9). Ein letztes Aufbäumen noch – im Notstand »reduziert er (der Staat) sich auf seinen represssiven Kern« – und dann »zerfällt die Staatsverwaltung überhaupt«, und die »Staatsapparate verwildern«. Dabei ist auch diese »Entwicklung durch keine Politik der Welt mehr aufzuhalten« (M 31). (Wie sollte sie dies auch bewerkstelligen können, wo sie doch gerade am Ende ist?)

Und wieder finden die Manifestler in der öffentlichen Darlegung der Lage der Staatsfinanzen den Beweis für ihre Untergangs-Diagnose. Das berechnende Gejammer von Waigel, Lafontaine und Eichel, die eine Ebbe in der Kasse sehen und den Haushaltsnotstand an die Wand malen, nehmen sie als politische Bankrotterklärung, also für bare Münze. Und schon steht die Welt erneut auf dem Kopf: Da gilt als Ausdruck vollständiger Hilflosigkeit, wenn von der Politik ein Sparprogramm aufgelegt wird, mit dem in der Tat gespart wird; dies allerdings sehr gezielt und wenig orientierungslos nur an den Bürgern. Daß bei denen weiter abkassiert wird, den Privateigentümern von Kapital dagegen Steuern erlassen werden, darf man sich als vollständige Verwilderung der Sitten übersetzen. Und das nach dem Jugo-Krieg ziemlich allseitig geäußerte Interesse, den Verteidigungshaushalt von den Sparmaßnahmen auszunehmen, muß als ohnmächtiger Versuch abgebucht werden, wenigstens den »repressiven Kern« des Staates zu retten.

Dabei ließe sich die ziemlich selbstbewußte und gar nicht ohnmächtige Tüchtigkeit der schwarzrotgrünen Regierungen gar nicht übersehen, wenn sie nur nicht erneut an Absichten gemessen würde, die weder Kohl oder Waigel noch Schröder oder Eichel bzw. Fischer verfolgen. Wenn die Herren über die Staatsfinanzen – wie gesagt: an anderen – sparen, dann verfolgen sie nämlich das recht anspruchsvolle Ziel, den hiesigen Standort für die weltweite Konkurrenz z. B. durch Absenkung von Lohnnebenkosten attraktiv zu machen. Wenn sie die zusätzliche Neuverschuldung – und nur um die geht es beim Finanzdesaster – in Grenzen halten wollen, dann haben sie das nicht minder anspruchsvolle Ziel im Auge, ihre hübsche Währung (DM, Euro) neben dem Dollar als attraktives, allein konkurrenzfähiges Weltgeld zu plazieren. Und dies betreiben sie nicht als Freundeskreis »Heiße Luft«6, sondern um in Zukunft die Staatsverschuldung mehr den Kosten ihrer gehobenen in- und auswärtigen Anliegen anpassen zu können, statt sie dem währungspolitischen Stabilitätsauftrag zu unterwerfen. Ihre Sorgen zeugen mithin von Problemen, die allein die Handvoll Siegerstaaten der imperialistischen Konkurrenz umtreibt, nicht aber vom Systemkollaps – erneut: leider nicht!

Die Arbeitsgesellschaft: Nur Opfer....

1. Im *Manifest* ist damit ein Szenario entwickelt, in dem es nur Opfer gibt, aber niemanden, der die Opfer produziert – weder ökonomische noch politische Subjekte oder Einrichtungen, weder nationale noch supranationale Machtzentralen. Zu den Opfern der Arbeitsgesellschaft gehören nämlich nicht nur die Arbeiter, die das drohende Ende der Beschäftigung vor Augen haben, und die Arbeitslosen, die sich perspektivlos der Katastrophe ergeben. Auch die Politiker sind am Ende und ohnmächtig der »fetischisierten Ökonomie« ausgeliefert. Diese hat gleichfalls nicht in der Gestalt von mächtigen Privateigentümern und ihrem Management das Sagen. Ganz im Gegenteil: wieder nichts als Ohnmacht, Scheitern, Leid und Zähneklappern. Denn die führenden ökonomischen Subjekte »sind gleichfalls nur Knechte des Arbeitsgötzen, bloße Funktionseliten des irrationalen gesellschaftlichen Selbstzwecks« (M 17). Es können einem dabei angesichts des maßlosen Leids der Manager – völlig unironisch heißt es im Traktat: »keine herrschende Kaste ... hat jemals ein erbärmlicheres Leben geführt als die gehetzten Manager von Microsoft, Daimler-Chrysler und Sony« (M 17) – schon die Tränen kommen.

Das ist der Übergang von falscher Theorie zu politischer Gemeinheit: Die tatsächlich Verantwortlichen für Elend, Gewalt, Gesundheitsbeschädigungen und Naturzerstörungen werden umstandslos in die Reihe der Opfer des weltweit zu besichtigenden Kapitalwirkens eingeordnet. Alle sind also gleichermaßen Leidtragende – Arbeitslose und Betriebseigner, Arbeiter und Manager, Staatsbeamte und Sozialhilfeempfänger, Hausfrauen und Tennisstars ... Alle leben »wir« in der »herrschenden Tretmühle mit ihren irrationalen Prinzipien«. Wir sitzen alle im gleichen Boot der Arbeitsgesellschaft, alle gleichermaßen gepeinigt vom Arbeitsgötzen, der uns alle entmündigt; und dies merkwürdigerweise um so mehr, je mehr er sich sein eigenes Grab schaufelt (M 28). Die kleinen Differenzen hinsichtlich der Lebenslage und Lebensperspektive aller Mitbürger, etwa die Differenz zwischen der Sorge des Arbeiters, ob es neben Miete noch zu einem Urlaub reicht, und der des Betriebseigners, ob die neuangeschafften Maschinen tatsächlich in der »globalen« Konkurrenz den erwünschten Profit bringen, zwischen der des Rentners, der auf der Parkbank seine monatliche Rente verpraßt, und der jenes Managers, der sich vom Streß in seiner Villa auf Barbados erholt, kurz der ganze, diese Gesellschaft in jeder Abteilung konstituierende Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital wird eingeebnet. Daß der Manager von Sony gerade dafür – und zwar recht beachtlich – entlohnt wird, daß er jede Anstrengung unternimmt, um aus der Anwendung der bezahlten Arbeitsmannschaft einen ordentlichen Überschuß herauszuholen, fällt angesichts der Feststellung, daß auch er sich in einer »Tretmühle« befindet, nicht weiter ins Gewicht. Es wirft das *Manifest* die von der jeweiligen Konkurrenzlage zu Höchstleistungen in Sachen Ausbeutungsorganisation angetriebenen Manager mit denen in einen Topf, an denen dann das neue rentable Verhältnis von Lohn und Leistung hergestellt wird, die also ausgebeutet oder gefeuert werden.

2. Die Endzeittheoretiker stehen felsenfest zu diesem Unfug. Sie halten ihn geradezu für den Knackpunkt ihres Denkens, weswegen sie ihn auch als notwendigen »kategorialen Bruch« (F 230) würdigen. Der hat mit jeder sich auf Marx beziehenden Kapitalismuskritik zu erfolgen und macht erst den Weg frei zu ihrer Theorie von der Arbeitsgesellschaft. In der herrscht nur noch das »gesellschaftliche Zwangsprinzip der Arbeit« (M 14), das jedermann knechtet, sofern er nur irgendwas arbeitet. Es wäre deswegen auch völlig verfehlt, sich unter der Hand die Arbeit, von der im *Manifest* geredet wird, wohlmeinend mit ›Lohnarbeit‹ zu übersetzen.7 Der Gegensatz zwischen dem Interesse des Kapitals an Vermehrung von Reichtum und dem der Arbeiter, ihre Einkommenseinbußen in Grenzen zu halten, wird explizit zu einem »bloßen Gegensatz unterschiedlicher (wenngleich unterschiedlich mächtiger) Interessen innerhalb des kapitalistischen Selbstzwecks« (M 16) heruntergestuft8: Bei »Arbeit und Kapital (handelt es sich) letztlich um die beiden Aggregatzustände einer identischen gesellschaftlichen Fetischform, nämlich des aus allen Bedürfnissen und sonstigen Zusammenhängen ›herausgelösten‹ prozessierenden Selbstzwecks, menschliche Energie ›unendlich‹ in Geld zu verwandeln« (F 229f). Womit wohl an folgendes gedacht ist: Wenn doch Arbeit und Kapital zusammenwirken, wenn doch die Arbeit selbst als Kapital fungiert und umgekehrt auch die Kapitalisten arbeiten müssen, damit aus Geld mehr Geld wird, dann ist das Verhältnis primär durch ein funktionelles Miteinander von zwei Formen der Arbeit bestimmt, die beide dem Arbeitsfetisch unterliegen. Und damit – so lautet der nächste (Fehl-)Schluß – ist der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital ein zwar existentes, aber hinter dem Miteinander verschwindendes, gleichgültiges Moment gesellschaftlicher Beziehungen. Diese der bürgerlichen Soziologie entlehnte theoretische Erledigung des Klassengegensatzes mit dem Verweis auf den funktionellen Zusammenhang der beiden Klassen hat Folgen: Denn auch die gesellschaftliche »Zuspitzung ›Klasse gegen Klasse‹« ist dann letztlich nur eine, »in den kapitalistischen Bewußtseinsformen« verhaftete, also falsche Bestimmung der Verhältnisse im Kapitalismus, welche eine ebenso falsche Schlußfolgerung einschließt, nämlich den »Klassenkampf« der Lohnarbeit gegen das Kapital. Der arbeitet sich immer nur an dem immanenten Gegensatz ab, trifft den Kern des Kapitalismus folglich gar nicht. Um den zu überwinden, hat man einen Standpunkt jenseits der Klassen, genauer: »jenseits des Systems« einzunehmen. Schluß also mit allen verfehlten, immanenten, dem Kapitalismus vollständig verhafteten, ihm noch verfallenden und notwendig von falschem Bewußtsein gekennzeichneten Bemühungen, die lohnarbeitende Klasse zum Kampf gegen das Privateigentum und seinen Hüter aufzuhetzen.

Das *Manifest* schafft es hier, hinter der letztlich inhaltslosen Feststellung, daß Arbeit und Kapital zusammenwirken, alles verschwinden zu lassen, *was* dieses Zusammenwirken überhaupt erst ausmacht. Es ist dies eine falsche Abstraktionsleistung höchster Güte: Was nun nicht mehr interessieren soll, ist erstens der Gehalt und Zweck des Zusammenwirkens, die Abpressung von Mehrarbeit; zweitens seine Voraussetzung, die hergestellte Eigentumslosigkeit der Produzenten; drittens die daraus resultierende Erpreßbarkeit zur Lohnarbeit, also der lebenslangen Arbeit für pure Existenzerhaltung; viertens seine Bedingungen, darunter an primärer Stelle der gewaltsame staatliche Schutz dieser dauerhaften Expropriation; fünftens sein Resultat, die Fortsetzung der Trennung der Produzenten von ihren Produkten, damit ihre Aneignung durch die Eigentümer; sechstens seine Wirkungen, die fürs Kapital in ihrer jeweiligen Bewährung im Konkurrenzkampf um die Aneignung des produzierten Wertreichtums bestehen und für die Lohnarbeiter als die Erfahrung präsent sind, daß sie mit der Dauer ihrer Arbeit in Fabrik oder Büro zunehmend für untauglich befunden werden, weiterhin diesen für sie lebensnotwendigen Einsatz ihres Arbeitsvermögens zweckgemäß zu absolvieren. Und was die bestimmten Zwecke betrifft – gehe zurück auf erstens!

Der ganze Witz am Kapitalismus soll also erst dann so richtig zum Vorschein kommen – das nennen die »Krisis«-Leute den »kategorialen Bruch« – , wenn man ihn auf eine leere Hülse herunterbringt, in welcher unter dem Diktat eines ziemlich

jenseitigen Zwangsmechanismus namens ›Arbeitsfetisch‹ »unterschiedliche« Rollenträger gemeinsam ziemlich unschöne Arbeit – über die gleich noch zu reden sein wird – verrichten. Und jede Frage nach dem »Grund der ganzen Scheiße« (Marx), die nun einmal zwangsläufig eine Frage nach dem Grund im »System« ist – wonach auch sonst? – , wäre falsches Bewußtsein.

Arbeit entwürdigt

1. Alles läuft nun auf die Frage hinaus, was das *Manifest* eigentlich an der Arbeit auszusetzen hat, was es damit auf sich hat, daß das Geheimnis des »Irrenhauses« in den »blinden (!) Ratschlüssen des Arbeitsgötzen« (M 26), »in der blinden, fetischisierten Ökonomie« (M 30), im Wirken des »unsichtbaren (was denn nun: blind oder unsichtbar? F. H.) Systemgötzen« verborgen liegen soll. Ausführlich legt das Manifest die Eigenschaften und Wirkungen der Arbeit dar, an denen alle »demokratischen Arbeitsmenschen« (M 26) leiden. Natürlich gilt die Kritik der Arbeit auch diesmal nicht ihrem kapitalistischen Gehalt und damit nicht ihrem materiellen Ertrag – weder dem fürs Kapital noch dem für die Arbeiterklasse, nebst der darin für sie eingeschlossenen bekannten Lebens- und Gesundheitsperspektive. Das *Manifest* stört sich vielmehr in allererster Linie an der »Identität von Arbeit und Unmündigkeit« (M 20), die jede Arbeit im Kapitalismus auszeichnen soll: Die Arbeit macht nicht nur »unfrei« und »unmündig«, sie ist »abstrakt«, meint: »sinnentleert«, »entsinnlicht«, ist »Selbstzweck«, »Selbstentwirklichung«, »Demütigung« und »Entwürdigung«, macht »dumm«, ist »Leid« usw., und das alles, obwohl es sich bei dieser Arbeit schon um eine Leiche handelt.9

Der Zentralbegriff der Arbeitskritik lautet: Unmündigkeit. Und die bestimmen die Manifestler, ihrer Logik treu, als Negation von »selbstbestimmter menschlicher Tätigkeit« (M 20), als Abwesenheit der Möglichkeit von »Selbstverwirklichung« (M 49). Und die soll also partout *in* der Arbeit – die nennen sie dann Tätigkeit – passieren. Ausgerechnet die Erledigung von Notwendigkeiten, also die Herstellung von Gegenständen zur Befriedigung von Bedürfnissen, die nun einmal in jeder Produktionsweise anfällt und die immer eine Portion Mühsal erfordert, soll für den Menschen das Eigentliche sein. Nicht im Gebrauch produzierter Güter, nicht in ihrer Benutzung zu Genuß und Vergnügen liegt für die Manifestanten der Zweck jeder Arbeit/Tätigkeit. Für sie hat der Mensch bereits *in* der Produktion seine eigentliche Zweckbestimmung zu realisieren. Während der Arbeit/Tätigkeit und nicht etwa in der Konsumtion der Arbeitsprodukte*,* also nach der Arbeit – die bei Marx das »Reich der Freiheit« und damit Maß des wirklichen Reichtums ist – soll der Mensch seine Erfüllung finden.10

Damit haben die Verfasser ihren, phraseologisch mit Marx-Zitaten, -Begriffen und -Metaphern aufgepeppten Verriß der »entfremdeten Arbeit« zugleich ganz ins Reich luxuriöser Sinnsuche, also der Philosophie verlegt. ›Mensch, werde Subjekt, werde du selbst!‹, rufen die Nürnberger Endzeitpropheten ihren Lesern zu. ›Nimm deine letzte Chance wahr und befreie dich aus den Fesseln des Arbeitsgötzen, der dich an wahrer Menschwerdung hindert. Verwirkliche dich in selbstbestimmter Tätigkeit.‹ Zu dieser Absage an den schlichten Standpunkt, daß bekanntlich erst die Arbeit und dann das Vergnügen kommt, paßt denn auch das ganze Arsenal bürgerlicher Werte, das im *Manifest* in diesem Zusammenhang aufgefahren wird. Das kennt man: Die »Freiheit« gilt es zu loben, wenn man nichts zu fressen hat; in der Armut gilt es einen »Sinn« zu suchen, und seine »Würde« darf der Mensch nicht verlieren, auch bzw. gerade wenn er sonst alles eingebüßt hat.

Böser Täter »Arbeitsfetisch«

1. Wo alle Subjekte der bürgerlichen Gesellschaft Opfer sind, da stellt sich schon ein wenig die Frage nach dem Täter. Kurz & Co. haben eine Antwort: Alle »sind sie Knechte des Arbeitsgötzen...Der herrschende Götze weiß seinen subjektlosen Willen (so was gibt's? F. H.) über den ›stummen Zwang‹ der Konkurrenz durchzusetzen, dem sich auch die Mächtigen beugen müssen« (M 17). Auch sie degenerieren zu Knechten, eben »Knechten des Arbeitsgötzen«, »zu bloßen Funktionseliten des irrationalen gesellschaftlichen Selbstzwecks« (M 17) und teilen damit das Schicksal der Lohnempfänger, die »als soziale Automaten den ihnen vorausgesetzten Selbstzweck exekutieren« (M 15). Wenn Manager ihr Personal entlassen und die Löhne kürzen, wenn der Staat die Sozialleistungen zusammenstreicht und die Kapitalsteuern senkt, wenn die Leute täglich den Gang in die Fabrik, ins Büro oder aufs Arbeitsamt antreten, dann sind sie dabei beherrscht von einem »subjektlosen Willen«.

Dieser »subjektlose Wille« ist ein etwas älterer, den modernen Religionen entlehnter, aber längst auch säkular nutzbringend verwendeter Einfall. Er lebt von der Betonung einer alles übergreifenden Größe, die als positiver Wert – Allgemeinwohl, Vaterland, Moderne, freier Westen oder eben Himmelherrgott – gemeinhin Reklame für die im Sinne der Herrschenden liegende Sicht der Dinge macht. Gelegentlich kommt sie aber auch als kritisch gemeinte Übergröße daher. Im *Manifest* taugt die Erfindung des »subjektlosen Willens des Arbeitsgötzen« dazu, die Sehnsucht nach Esoterik mit apokrypher Gesellschaftskritik zu verbinden. Dieser »Götze« soll merkwürdigerweise überall herrschen und klassenübergreifend jedermann Schaden zufügen, ohne jedoch irgendwo in den Subjekten des Systems und ihren Einrichtungen ein ausführendes Organ zu besitzen.

2. Mit jener Kritik von Ware und Geld, die Marx unter dem Titel »Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis« entwickelt hat, haben diese quasireligiösen Phantasien der Manifestanten nur das Wort »Fetisch« und nicht einmal den Gegenstand gemein. Denn einen »Fetisch der Arbeit« gibt es nicht. Die Arbeit ist nun einmal die »Gerberei« (*Kapital I*, 191), der Prozeß der Wertschaffung, in der die Abhängigkeitsverhältnisse durchsichtig sind. Sie ist die einzige, ziemlich klare Angelegenheit im Kapitalismus: Die einen müssen lohnarbeiten gehen, weil sie Geld brauchen, die anderen organisieren die Lohnarbeit gemäß ihrem Zweck der Geldvermehrung. Die einen treten an, die anderen befehligen die Arbeit nach Inhalt, Dauer und Intensität. Und selbst wenn Kapitalfunktionen in der Produktion an Lohnabhängige delegiert werden, sind deren Inhalte klar und ihre Funktionäre nicht gerade beliebt. So lebt denn zwangsläufig die Begründung, die im *Manifest* für das Wirken des »Systems des Arbeitsfetischs« angeführt wird, erneut nur von Ideologischem. Arbeit, so heißt es, würde heute nicht wegen des Lohns und unter dem Kommando des Kapitals, sondern als purer Selbstzweck verrichtet. Es habe sich nämlich der Standpunkt durchgesetzt, es sei besser, »irgendeine Arbeit zu haben als keine« (M 5), Arbeit überhaupt sei das irrationale Motto der sterbenden Arbeitsgesellschaft. Dabei ist dieser häufig geäußerten Abstraktion von Zweck und Inhalt der Arbeit leicht zu entnehmen, daß schlichte Not sie prägt. Gerade weil den Einkommensabhängigen das Geldverdienen immer schwerer gemacht wird, sie mit dem Verweis auf den gefüllten Arbeitsmarkt zu Lohnverzicht erpreßt werden – was bekanntlich mit sozialstaatlichen Zumutbarkeitsregeln auf den Weg gebracht wird – , müssen sie so ziemlich jede Arbeit nehmen, die angeboten wird.11 Daß sie den für sie entscheidenden Gesichtspunkt gegenüber dem »Arbeitgeber« nicht geltend machen können, verweist im übrigen auf den Stand des Klassenkampfs um die Höhe des Lohns. Der läuft auf Hochtouren – und zwar einseitig von oben nach unten! Von wegen »Arbeitsfetisch«!

Versucht man, diesen Unfug des *Manifests* auf einen Fehler zu reduzieren, so besteht er darin, daß aus den – im übrigen unbegriffenen12 – Sachzwängen der bürgerlicher Produktionsweise ein von ökonomischem Interesse und politischer Gewalt vollständig abgelöster Zwang gebastelt wird, der dann wirklich nur noch metaphorischer Umschreibung zugänglich ist. Dann müssen die Verhältnisse tatsächlich von einem Willen jenseits von Warenhütern, Geldbesitzern und Machthabern, also von einem »subjektlosen Willen«, kurz: einem Götzen regiert werden.

»Die Arbeit in das Leben zurücknehmen ...«

1. Die Gruppe »Krisis«, die sich in ihren alten Schriften als linke Kassandra aufgebaut und recht verächtlich auf alle Anstrengungen herabgeblickt hatte, sich einen Begriff von der bürgerlichen Produktionsweise zu machen und sie in praktische Kritik umzusetzen, will aber nun mit ihrem *Manifest* die Leser zu politischem Handeln auffordern. Sie gehört nicht zu jenen Zusammenbruchstheoretikern, die darauf setzen, daß Widersprüche und Krisen der (Arbeiter-)Bewegung ihnen die Arbeit abnehmen. Ihr in praktischer Absicht geschriebener Traktat läßt sogar an Verbalradikalismus nichts aus: »Verweigert Euch dem System«, organisiert Euch zu »gegengesellschaftlicher Praxis« (M 49). Auf die Bedingungen für »soziale Emanzipation« soll nicht gewartet, sondern sie sollen in Form einer »Kriegserklärung an die herrschende Ordnung« geschaffen werden: »Nehmen wir uns, was wir brauchen! Kriechen wir nicht länger auf Knien unter das Joch der Arbeitsmärkte und der demokratischen Krisenverwaltung!« (M 43).

Doch paßt auf den ersten Blick die politische Emphase nicht mit ihrer theoretischen Konstruktion zusammen. Einerseits wird das Bild des unvermeidlichen Zusammenbruchs, des Endes der Arbeitsgesellschaft entworfen, in der alles einem Arbeitsgötzen untertan ist, welcher sich vor seinem Untergang noch einmal so richtig austobt. Andererseits liest man die mit revolutionärem Pathos vorgetragene Aufforderung, endlich selbst Schluß zu machen mit dem Spuk. Einerseits wird konstatiert, daß die Arbeitsgesellschaft »klinisch tot ist« (M 33), andererseits wird eine »Kriegserklärung an die herrschende (tot und herrschend? F. H.) Ordnung« (M 43) ausgestoßen. Einerseits wird das »definitive Ende« (M 41) der verabscheuten Arbeitsgesellschaft verkündet, andererseits beglückwünscht man sich nicht dazu, sondern warnt vor diesem Ende: »Wir haben nichts zu verlieren als die Aussicht auf die Katastrophe, in die sie (der Leichnam? F. H.) uns steuern« (M 49). Weswegen man sich über das nahe Ende der alles und jeden entmündigenden »Arbeitsgesellschaft« auch nicht freuen darf. Das Ende des Schreckens macht dem Schrecken gar kein Ende, sagen Kurz & Co. Vielmehr ist das Ende des Schreckens selbst ein noch viel größerer: Das »Desaster« endet, aber es endet in einer »Katastrophe«.

Es handelt sich bei diesen Widersprüchen um das Resultat einer Rhetorik, mit der angedeutet werden soll, daß politisches Handeln nicht nur nötig, sondern zugleich möglich ist. Das soll man so denken: Vorher war Politik nicht möglich, weil die Zeit des Untergangs noch nicht angebrochen war; jetzt aber ist Politik erstens möglich, weil das Ende unausweichlich ist. Und sie ist zweitens nötig, um den Untergang in einer alles verschlingenden Katastrophe zu verhindern. So ergänzen die Manifestanten ihre bisher kultivierte Botschaft vom apokalyptischen Untergang des Bösen um das Prinzip Hoffnung, das aber dringend zu seiner Realisierung der emanzipatorischen Praxis bedarf, wenn nicht alles katastrophal ausgehen soll.13

2. Irgendwie ist den Schreibern dieser Haufen Ungereimtes selbst aufgefallen. Und sie besinnen sich – in *Feierabend!* – auf das »dialektische Denken«. Das besteht darin, in jeder Sache ein Plus und ein Minus, ein positives und ein negatives Moment, eine emanzipatorische und eine demanzipatorische Seite zu entdecken. Und so gerüstet gehen sie ans Werk: »Der

Feierabend der Arbeit ist potentiell vielversprechend, in seinen konkreten Verwirklichungen aber barbarisch, weil die Fortschritte (!) als (!) Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit oder (!) Perspektivlosigkeit über die Leute hereinbrechen.« (F 73) Folglich geht es darum, »daß die negative Entwertung (der Arbeit) positiv gewendet wird« (F 72).

Es lebe die Modalpräposition »als«. Sie erlaubt bei unsachgemäßer Anwendung immer wieder nette Kunststückchen. Mittels dreier harmloser Buchstaben läßt sich ein und dieselbe Sache nämlich im Handumdrehen verdoppeln. Und schon gibt es Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, die sachlich dabei so trostlos bleiben, wie sie sind, zweimal: einmal als »barbarische« Lage und zum anderen als Ermöglichungsform ihres glatten Gegenteils, nämlich als Schritt zum Fortschritt, zur »Arbeitsbefreiung« (F 72). Letzteres geht nur, wenn Arbeitslosigkeit als Erlösung von der Fabrikarbeit gedeutet wird; irgendwie so, wie sich der bereits reichlich anspruchslos gewordene Prolet seine Frühverrentung zum Vorteil schönfärbt. Mittels dieses Tricks ergibt sich nicht nur eine tröstliche Perspektive für Arbeits-, Obdach- und Perspektivlose, die nun das Jammern einstellen und ihre emanzipatorische Befreiung von der Arbeit feiern dürfen, sondern auch die Lösung aller genannten Widersprüche. Hurra, das Desaster ist seine eigene Morgenröte, die Katastrophe ihre eigene revolutionäre Überwindung! Besser hätte man es mit dem Leichnam Arbeit gar nicht treffen können: Erst gibt er mit seinem nun offenbar werdenden definitiven Ende den »Krisis«-Leuten recht, die seit geraumer Zeit von ihm künden, dann enthält der Untergang der Arbeitsgesellschaft als Perspektive auch noch genau das, was sich die Manifestanten unter Befreiung vorstellen, und schließlich bedarf es, damit die Sache eben genau so gesehen wird, des unablässigen Wirkens der Gruppe »Krisis«. Denn ohne dieses würde kein Mensch auf solch dialektische Sicht der kapitalistischen Dinge kommen.

3. Das *Manifest* beläßt es nicht bei der Eröffnung einer Perspektive im Untergang. Wie die neue Gesellschaft aussehen soll und wie sie zu erreichen ist, erzählt es gleich mit. Es bedient damit das falsche Interesse von hierzulande bereits ziemlich heimisch gewordenen Lesern, die erst das konkret entworfene Bild der besseren Zukunft mit der eigenen Lage vergleichen wollen, um zu wissen, ob sich der notwendige Einsatz und die Preisgabe »des Spatzen in der Hand« auch lohnen*;* und die überdies in Erfahrung zu bringen wünschen, ob die Revolution auch »geht«, d. h. mit ihrer eigenen Lebens- und Politikperspektive verträglich ist. In beiden Fragen treffen die Manifesteure ins Schwarze: Fast ein bißchen wie Kommunismus soll es wohl klingen, wenn im *Manifest* davon geredet wird, daß der »produzierte Reichtum direkt nach Bedürfnissen angeeignet wird, nicht nach ›Zahlungsfähigkeit‹«, daß »an die Stelle der getrennten Nationen eine Weltgesellschaft tritt«, jede »Tätigkeit (nicht etwa ›Arbeit‹) ihrem eigenen, individuell variablen Zeitmaß folgt und in persönliche Lebenszusammenhänge integriert ist«, »Muße, notwendige Tätigkeit und freigewählte Aktivitäten in ein sinnvolles Verhältnis gebracht werden« und sich »alle einfach nehmen, was sie brauchen« (M 43ff). Doch wo dies alles unter das Motto »Freiheit«, »Selbstverwirklichung«, »Selbstorganisation und Selbstbestimmung« (M 49) gestellt und mit der Vorstellung amalgamiert wird, das »Ende der Arbeitsgesellschaft« biete die Chance, mit der »Eroberung sozio-ökonomischer und kultureller Freiräume die Konstitution einer Gegengesellschaft« zu verknüpfen, d. h. bereits *in* der Arbeitsgesellschaft »Brückenköpfe einzunehmen für eine Reproduktion des Lebens« jenseits der Arbeitsgesellschaft, wofür allerdings mit der »offenen Verweigerung der Arbeit« (M 49) zu beginnen sei, da tut man sich schon ein wenig schwer damit, sich darauf einen freundlichen Reim zu machen.

Wollte man diesen Strauß Buntes ernsthaft als Anleitung zum Handeln nehmen, hieße der Befund: fahrlässig weltfremd. Das sollen sie mal probieren, sich zu nehmen, was sie brauchen, und auch gleich noch mit der offenen Verweigerung der Arbeit als einem Akt des individuellen Protestes – Generalstreik wäre ja Klassenkampf – beginnen. Diesem Versuch, den Ladendiebstahl als Revolutionsersatz zu propagieren, würden die herrschenden »Leichname« schnell ein Ende bereiten. Doch so unmittelbar soll man das alles wohl nicht verstehen. Es ist wohl erst für die Zeit gedacht, nachdem die Apparate zur künstlichen Beatmung der »Arbeitsgesellschaft« abgestellt worden sind.

4. Und was dafür zu tun ist, das verraten die Verfasser auch. Sie beginnen mit der Warnung, das »Mitmischen« in allen bereits existierenden politischen Zusammenhängen – genannt werden: die Ökologiebewegung, die Friedensbewegung mit der Rüstungskonversionsdebatte, Netzwerkaktivitäten, Hausbesetzungen, Mietstreiks, Entwicklung autonomer Infrastruktur in Stadtteilen, der Kampf um elementare Versorgung, selbstverwaltete Betriebe usw. (F 245ff) – jeweils zur einzig möglichen Praxis zu erklären: Ein »transformatorischer Aneignungsdiskurs (hat nämlich) die Aufgabe, den Orientierungsrahmen für eine Aneignungspraxis zu entwickeln, die sich selbst immer nur als vorläufig und provisorisch begreift, also beständig bemüht ist, über sich selbst hinauszuwachsen« (F 247). Schon wieder wird nach dem bekannten Strickmuster hübsch »dialektisch« verfahren. Die »Aneignungspraxis« ist schlicht und einfach alles, was es so an »Bewegungen« – kommunistische natürlich immer ausgeschlossen – gibt. Die sind einerseits zwar immer nur provisorisch und müssen sich die Kritik der Manifestler gefallen lassen. Keiner »Bewegung« wird für sich ein politischer Persilschein ausgestellt. Jede bekommt ihr Fett weg. Es handelt sich bei ihnen um »Rückzugs- und Defensivstrategien«, um »Imagekosmetik« und bloße »Erhaltung marktwirtschaftlicher Arbeitsplätze« (F 246 ff), um »Schrebergarten-Sozialismus« und »Nischenpolitik«, um einen »politischen Umweg, Dienstweg, Irrweg« (M 43 ff)! Doch dann kommt das große Aber. Denn wenn sie alle zusammen sich nur als »provisorisch begreifen« – und welche von diesen Bewegungen hätte die bürgerliche Tour der mehr oder weniger geheuchelten Selbstrelativierung nicht drauf – , folglich bemüht sind, über sich selbst »hinauszuwachsen« – und welche möchte das wohl nicht – , dann kann die Transformation als Gemeinschaftswerk

aller Ökos und Müslis, aller Aussteiger und Seiteneinsteiger, aller Stadtteilbefreier und Selbstversorger, aller Gemeinwirtschaftler und Armenbetreuer, aller bekennnenden Gewissenswürmer und anonymen Alkoholiker, kurz, aller Menschen mit aufrechtem Gang und Latzhose gelingen. Denn bei aller Kritik – das war ja nur das Negative – enthält jede »Bewegung« auch ihr Positives, Transformatorisches: So hat etwa die Rüstungskonversionsdebatte zwar eine »illusionäre Politik betrieben« – wenn es nur das gewesen wäre! – , aber »trotzdem können die Untersuchungen ... die Vorstellung vermitteln, welche materiellen Möglichkeiten ... gegen Betriebswirtschaft und Warenproduktion zu mobilisieren wären« (F 248)! Zwar ist der »Kampf um elementare Versorgung« rein immanent, aber mit der zunehmenden Schrumpfung »arbeitsgesellschaftlicher Reproduktion ... kann er ... große Sprengkraft entwickeln« (F 249)! Zwar, aber! Zwar, aber!

Allerdings hat diese Dialektik eine Voraussetzung: »Aber durchhaltbar sind solche Ansätze eben nur, wenn sie gewissermaßen als Ausgangsbasen und Brückenköpfe eine aufs Ganze der gesellschaftlichen Reproduktion gehende Dynamik entwickeln. Und eine solche Dynamik wiederum ist nur möglich, wenn gleichzeitig ein neuer theoretischer Fokus (!) entsteht, der als neue Gegenöffentlichkeit die Idee des kategorialen Bruchs (!) mit Arbeit und Warenproduktion vermittelt« (F 249f).

Irgendwie lag es schon in der Luft, daß die ganze »Revolution« darauf hinausläuft, sich der Interpretation der Summe aller »Bewegungen« durch die Manifestler anzuschließen. Denn »möglich« ist die nötige »Dynamik« nur dann, wenn man der Sache mit dem »kategorialen Bruch« folgt: Betrachte die Gesellschaft und deine Bewegung so, wie das Manifest es anbietet und schon bist du allein dank ihrer Interpretation Teil eines radikalen Transformationsprozesses. Aber bedenke, ohne den Nachvollzug des »kategorialen Bruchs« bist du nur auf dem »Irrweg«, betreibst »Imagekosmetik« und gehörst zu den »Kleingeistern eines Schrebergarten-Sozialismus«.

5. Man würde dem *Manifest* also zuviel Ehre antun, wenn man es als theoretisch begründeten Aufruf zu politischer Praxis ernst nähme. Es handelt sich um eine als Aufforderung zu politischer Praxis getarnte, eschatologisch begründete Botschaft vom Ende des Bösen, das ein böses Ende nehmen könnte. An die Stelle der theoretischen Entwicklung der Gründe*,* die es für eine praktische Kritik am Kapitalismus gibt, setzt das *Manifest* das Versprechen der Selbstauflösung der Arbeitsgesellschaft. Der Leser des *Manifests* braucht für seinen philosophischen Antikapitalismus keine Gründe, sondern allein den Glauben an die Botschaft von der angebrochenen Endzeit*,* die Vision von einer besseren Welt und den »kategorialen Bruch« mit der Kapitalismuskritik von Marx*,* also die vollständige Absage an den Klassenkampf. Zur Verwirklichung der neuen Welt müssen die Opfer nur bereit sein, mit dem *Manifest* in der untergehenden Gesellschaft die neue zu erblicken. Dann können die Linken ihren alten Politkram getrost weiter machen, denn unter theoretischer Betreuung durch Kurz&Klein wird er dialektisch zur Transformationsbewegung dynamisiert.

Fragt sich nur, warum die Schlußparole im *Manifest* lautet: »Proletarier aller Länder, macht Schluß!« Wieso Proletarier? Womit Schluß? Hätte sie nicht eigentlich heißen müssen: »Arbeitsmenschen aller Länder, Proletarier, Mittelständler, herrschende Klassen und geistige Eliten, steigt in der Gesellschaft aus ihr aus und macht Schluß mit dem Austragen kleinlicher Gegensätze. Schließt Euch hinter dem *Manifest* zusammen zum gemeinsamen Kampf für die Selbstverwirklichung des Menschen in produktiver Tätigkeit!« Oder so ähnlich.

1 Vgl. dazu R. Kurz, *Der Kollaps der Modernisierung* (1991), und *Honeckers Rache* (1991); dazu die Kritik in: »GegenStandpunkt«, 2/92.

2 Parallel zum *Manifest gegen die Arbeit*, Erlangen 1999 (i. f.=M), haben die Autoren im Konkret Literatur Verlag ein Buch mit dem Titel *Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit* (R. Kurz, E. Lohoff, N. Trenkle [Hg.], Hamburg 1999; i. f.=F) herausgegeben, aus dem in KONKRET 10/99 der Beitrag »Es rettet Euch kein Billiglohn!« von N. Trenkle (i. f.=Trenkle) vorabgedruckt wurde. R. Kurz hat das Manifest inzwischen zu einem 800-Seiten-Konvolut aufgeblasen, das unter dem Titel *Schwarzbuch des Kapitalismus* dem *Schwarzbuch des Kommunismus* offenkundig mit dem peinlichen Beweis Konkurrenz zu machen gedenkt, daß der Kommunismus mit den Opfern des Kapitalismus nicht mithalten kann. – Die vorliegende Kritik bezieht sich in erster Linie auf das *Manifest*. Es hat 18 Abschnitte. Es beginnt mit dem Befund von der »Herrschaft der toten Arbeit«, d. h. dem »Leichnam Arbeit« (1), aus dem auf die »neoliberale Apartheidsgesellschaft« (2) geschlossen wird, die den Arbeitslosen von gesellschaftlicher Teilhabe ausschließt. »Die neo-sozialstaatliche Apartheid« (3) bemüht sich halbherzig um neue Beschäftigungsmaßnahmen und scheitert zwangsläufig. Dabei findet das Manifest die Arbeit selbst gar nicht gut, sondern erklärt die »Arbeit zum gesellschaftlichen Zwangsprinzip« (5), dem im Kapitalismus jedermann unterworfen ist, denn »Arbeit und Kapital sind die beiden Seiten derselben Medaille« (6). Diese Arbeit – sie verkörpert natürlich »patriarchale Herrschaft« (7), ist das Gegenteil von »selbstbestimmter Tätigkeit« (8) und hat eine »blutige Durchsetzungsgeschichte« (9) hinter sich, der sich die »Arbeiterbewegung« (10) nicht entgegengestemmt hat – ist heute gänzlich in die »Krise« (11) geraten. Mit dem »letzten Gefecht« der Arbeit korrespondiert »das Ende der Politik« (12). Deswegen läßt sich heute auch eigentlich keine Arbeitsgesellschaft, sondern nur noch ihre »kasinokapitalistische Simulation« (13) ausfindig machen. Da auch der »Interessenkampf in der Krise« ist (15), heißt die

Parole heute: »Aufhebung der Arbeit« (16). Geboten ist ein »Programm der Abschaffungen gegen die Liebhaber der Arbeit« (17), das im Kern »antipolitisch« (18) zu sein hat.

3 Daß sich dies heute nicht mehr in einem säuberlichen Mehrjahreszyklus vollzieht, sondern als dauerhaftes weltweites Nebeneinander von Krise und Aufschwung existiert, ändert an der Bestimmung nichts .

4 Für Trenkle löst sich der Widerspruch kapitalistischer Akkumulation in den Systemkollaps auf. Dafür benutzt er etliche Komparative und verfertigt damit aus der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit eine dritte industrielle Revolution, die dann – man beachte den Übergang von der Quantität auf die Qualität – nicht etwa neue Konkurrenzanstrengungen um Kaufkraft auslöst, sondern gleich »der Kapitalverwertung die Basis raubt«. Aber das kommt eben daher, daß – von dem zentralen Fehler, dem Kapitalismus einen Beschäftigungszweck anzudichten, abgesehen – einerseits zwischen Konkurrenz und Krise nicht unterschieden wird und andererseits aus der Krise der Verwertung von Kapital im Handumdrehen immer gleich die Systemkrise wird. Im übrigen: Wenn Marx die »Konsumtionsbeschränkung der Massen« den »*letzten* Grund aller wirklichen Krisen« nennt und zwar in der Analyse des Kredits (*Kapital III*, 501), dann hat er dafür seine Gründe.

5 Vgl. dazu die neueste Erfolgsstory des Bündnisses für Arbeit: Im neuen Jahr ist es doch tatsächlich zu einer ersten Vereinbarung gekommen, die es dem Kapital ermöglicht, Lohnarbeiter zu günstigen Konditionen frühzeitiger loszuwerden, was die Gewerkschaft mit dem Versprechen honoriert, langfristig »moderate« Lohnforderungen zu stellen. So scheitert das Bündnis für Arbeit von Beschluß zu Beschluß!

6 So eine der Metaphern, mit denen im Manifest ökonomische Sachverhalte um ihren Gehalt gebracht werden: Aus Geld, das spekulativ zu »großen Blasen« (bubble) aufgetrieben wird, wird plötzlich »heiße Luft« (M 34). Aus dem Bild, das die Aufblähung des spekulativen Kapitals charakterisiert, wird dabei auf den polit-ökonomischen Charakter des Geldes zurückgeschlossen. So läßt sich aus einem weltweit wirkenden Gewaltverhältnis und ersten Sorgegegenstand der staatlichen Hüter von Nationalkredit, für dessen Wertsicherung sie die nationalen Lohnarbeiterklassen »bluten« lassen, eine pure Schimäre, Einbildung, heiße Luft eben, verfertigen. Überhaupt ist die literarische Brillanz des *Manifests* bemerkenswert. Sie besteht z. B. darin, daß die Autoren sich bevorzugt am Stil- und Darstellungsmittel der Analogie, der Metapher und anderen Vergleichsformen vergehen. An den von Marx gewählten Metaphern hängen sie, ungeachtet ihres eindeutigen theoretischen Gehalts, auf, was ihnen beliebt, verlieben sich in die eigene Metaphorik und gehen vollends zum puren Assoziieren über. Sie bringen es dann zu solchen Glanzleistungen wie der Gleichsetzung von »toter Arbeit« – Marx hat damit die in den Produkten vergegenständlichte von der im Arbeitsprozeß verausgabten lebendigen Arbeit unterscheiden und damit u. a. auf die Differenz von Wertübertragung und Neuwertbildung verweisen wollen – mit ihrer eigenen Erfindung, dem »Leichnam der Arbeit, der die Gesellschaft beherrscht« (M 5). Und so kommen dann Blüten der folgenden Art zustande, daß die an »Marasmus leidende Arbeit« durch »Entwesung« gekennzeichnet ist, »die in Verwesung übergeht« (M 68). Beliebt ist auch der Mißbrauch etymologischer Weisheiten. Wenn schon Wert und Würde – im Deutschen – von dem gleichen gotischen Wort ›vairths‹ abstammen, dann ist das »nicht zufällig« und signalisiert sofort, daß die »Entwertung der Arbeit« die Entwürdigung des Menschen bedeutet – und zwar diesmal, rücksichtslos gegenüber der Etymologie, nicht nur der deutschen Menschen. Dies soll übrigens schon Marx aufgefallen sein! Hoppla, Freunde, die Erklärung des Werts durch Marx solltet Ihr doch noch von der Kritik der subjektiven Wertlehre eines A. Wagner unterscheiden können. Vgl. MEW 19, S. 372, wo Marx diesen »deutschen Blödsinn« aufs Korn nimmt.

7 Was sie gelegentlich nahelegen, wenn sie vom Verkauf der Arbeitskraft und wertbildender, abstrakter Arbeit reden (M 5, 6, 16; F 231). Abstrakte Arbeit ist denn auch für sie nicht die wertbildende Arbeit des Lohnarbeiters, sondern alle Arbeit unter dem Zwangssystem. Abstrakt meint dann nicht die praktisch gewordene Gleichgültigkeit gegenüber der konkreten, Gebrauchswerte schaffenden Arbeit, ihre Subsumtion unter das Prinzip der Wertvermehrung, sondern ist identisch mit »sinnentleerter« Arbeit. Eine ökonomische Bestimmung, die das Geheimnis der spezifischen Form des kapitalistischen Reichtums klärt, verkommt zu einer philosophisch-psychologischen Größe, mit der der Skandal des chronischen leeren Geldbeutels der Lohnarbeiter in eine »geistige Leere« im Dasein *des* Menschen vernebelt wird.

8 Man nehme auch einmal so etwas zur Kenntnis wie die Rede vom »Gegensatz unterschiedlicher Interessen«. Was denn nun? Gegensatz oder Unterschied, wo doch nur sich qualitativ ausschließende Unterschiede einen Gegensatz ausmachen. Die Schreiber meinen Unterschied, wollen aber zugleich ausdrücken, daß sie, abgeklärt wie sie sind, wissen, daß es sich um einen Gegensatz handelt. Doch den können sie für ihre Konstruktion nicht brauchen, weswegen sie von einem »Gegensatz aus Unterschieden« schreiben, dann aber allein mit den sich nicht ausschließenden »Unterschieden« weitermachen und den Leser mit dem Angebot, das Falsche als das Richtige deuten zu dürfen, in die Freiheit wohlwollender Interpretation entlassen.

9 Die schlichte Umkehrung des bürgerlichen bis faschistischen Arbeitsbegriffs, demzufolge die Arbeit dem Leben einen Sinn gibt, sie frei macht, das Medium seiner Selbstverwirklichung ist usw., ist auch hier das Muster der Denke.

10 Man vergleiche dazu auch die Notizen von K. Marx in den *Grundrissen,* S. 594f: »Wealth ist nicht Kommando von Surplusarbeitszeit, sondern disposable time *außer* der in der unmittelbaren Produktion gebrauchten (Zeit) für jedes Individuum und die ganze Gesellschaft.«

11 Und wenn der Rentner in seinem Leben ohne Arbeit keinen Sinn mehr sieht, ist auch nicht der Götze in ihn gefahren, sondern dann legt er nur Zeugnis davon ab, daß er sein Arbeitsleben so gestalten mußte, daß auch die »disposable time« ganz durch die Zwänge der Lohnarbeit bestimmt war.

12 In der Tat setzen sich – wie es im *Kapital* heißt – die »Sachgesetze von Ware und Geld hinter dem Rücken der Produzenten durch«. Doch handelt es sich auch dabei nicht um das Werk eines Götzen. Selbst die von Marx entwickelten »Sachgesetze« von Ware und Geld brauchen immer noch ihre »Hüter«, ohne die sie wirklich nicht auf die Welt kommen. Dazu gehören Warenproduzenten und Geldbesitzer, die in staatlicher Gewalt ihren »Geburtshelfer« besitzen. Die ›Verrücktheit‹ der bürgerlichen Gesellschaft, auf die Marx aufmerksam macht, besteht nun darin, daß das von den Menschen – Eigentümern, Produzenten, Machthabern – mit Gewalt eingerichtete und täglich neu mit Gewalt reproduzierte kapitalistische Produktionsverhältnis in der Tat die vergegenständlichten Formen des kapitalistischen Reichtums, die Ware und das Geld, als Sachzwänge etabliert. Auf Geld und Ware ist alle Welt scharf – wer geht schon aus Lust und Tollerei in die Fabrik? Und dort, wo ein Interesse sich auf diese Formen kapitalistischen Reichtums konzentriert, da nötigen ihm Ware – also das staatlich geschützte Privateigentum – und Geld – also die staatlich allein zugelassene Form des Reichtums – all ihre ökonomischen Gesetze auf, in denen es sich dann höchst selbstbewußt herumtreibt. Wer sich dann die Geldvermehrung zum Zweck macht, der muß auch konkurrieren. Aber das will er wohl auch, da er in der Konkurrenz das Mittel seines Interesse sieht. Und wer sich als Eigentumsloser den Geldverdienst zum Zweck macht, weil jede Alternative ohnehin verboten ist, der muß in der Fabrik nach Arbeit fragen; aber genau das will er auch, sofern und solange er daran festhält, daß Lohnarbeit ein im Prinzip taugliches (Lebens-)Mittel für ihn ist.

13 Daraus erklärt sich, daß sich im *Manifest* einander ausschließende Bestimmungen von Staat, Kapital und Menschheit finden: Als Katastrophentheoretiker verkünden die Autoren z. B., daß der Staat sich auf seinen »repressiven Kern« reduziert. Als Chancenprediger malen sie das Bild einer ohnmächtigen Staatsgewalt. Einerseits behaupten sie, das Profitprinzip, die »Geldform ... halte die Gesellschaft im eisernen Griff« (M 15), andererseits aber soll sich das Profitprinzip selbst abgeschafft haben (M 34). Einerseits sind die Menschen »soziale Automaten«, die »nur noch den ihnen vorausgesetzten Zweck«, hinter dem Geld bzw. der Arbeit herzujagen, exekutieren können, andererseits entdecken die Manifestanten ganz plötzlich und gerade dort, wo der Traktat zur Kampfschrift mutiert, daß jetzt die Möglichkeit besteht, das bloß in den »sozialpsychischen Untergrund abgedrängte massenhafte Unbehagen im Kapitalismus« (M 41) wieder zu aktivieren. Die eben noch alles erdrückenden Verhältnisse werden als pures Talmi, als brüchig und scheinhaft umgedeutet; und die Darstellung einer Gesellschaft von hilflos dem »Systemgötzen« Ausgelieferten verwandelt sich in einen Zusammenhang potentiell selbstbewußter Individuen, die nur noch ihr Unbehagen reaktivieren und die Chance ergreifen müssen.

Freerk Huisken schrieb in KONKRET 2/92 über den neuen Anti-Rassismus

Konkret 03/00, S. 40

Michael Heinrich

Blase im Blindflug

Hält das »Schwarzbuch Kapitalismus« von Robert Kurz, was der Titel verspricht?

Nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme Osteuropas schien für viele dann bald ehemals Linke – ob sie sich nun affirmativ oder kritisch auf das sowjetische System bezogen hatten – ein grundsätzlicher Antikapitalismus nicht einmal mehr denkbar zu sein. Was heute angesichts beschleunigter Globalisierung anstehe, sei vielmehr die Verteidigung der sozialstaatlichen Errungenschaften des »rheinischen Kapitalismus«; eine grundsätzliche Kritik an der kapitalistisch organisierten Vergesellschaftung gilt dagegen als heillos anachronistisch. Gegen diesen Zeitgeist hält Robert Kurz an der Kritik des über Wert und Geld vermittelten, fetischisierten gesellschaftlichen Zusammenhangs fest: »Das Problem ist nicht ›Gerechtigkeit‹ in der herrschenden gesellschaftlichen Form, sondern eben diese Form selber.«

Wird Fortschritt bis weit in eine sich als links verstehende Öffentlichkeit hinein nur noch einem alternativlosen, wenngleich reformbedürftigen Kapitalismus zugetraut, dann ist ein Schwarzbuch, welches die vom Kapitalismus durch die Geschichte gezogene Spur von Ausbeutung und Unterdrückung wieder zum Bewußtsein bringen will, durchaus sinnvoll. Die blutige und gewalttätige Geschichte der Durchsetzung des Kapitalverhältnisses, der »ursprünglichen Akkumulation« (Marx) mit ihrer ungeheuren Verelendung, mit einer kaum vorstellbaren Ausdehnung der Arbeitszeiten und der Arbeitsqual (der selbst fünf- oder sechsjährige Kinder unterworfen wurden) ist zwar schon häufiger geschrieben worden, im gesellschaftlichen Bewußtsein ist sie deshalb aber noch lange nicht angekommen. Auch nach seiner historischen Durchsetzung blieb der Kapitalismus gewalttätig. Das 20. Jahrhundert erlebte nicht nur zwei Weltkriege, in denen sämtliche inzwischen entwickelten technischen Potenzen als Vernichtungsmittel zum Einsatz kamen, so daß die Greuel aller bisherigen Kriege verblaßten; mit dem Holocaust fand ein industrialisierter und bürokratisch durchrationalisierter Genozid statt, wie er überhaupt erst auf kapitalistischer Grundlage möglich geworden war.

Nach diesen Katastrophen ließ der fordistische Boom in den westeuropäischen und nordamerikanischen Metropolen zwar für zwei oder drei Jahrzehnte die Vorstellung eines krisenfreien Kapitalismus aufscheinen, der auch den Ausgebeuteten eine Steigerung ihres materiellen Wohlstands ermöglichen würde. Spätestens in den 80er Jahren wurde aber klar, daß das Golden age des Fordismus auch in den Metropolen unwiederbringlich vorbei war; Krisen, Arbeitslosigkeit und wachsendes Elend, die alten Begleiterscheinungen kapitalistisch produzierten Reichtums, waren auch in den kapitalistischen Zentren wieder unübersehbar geworden und hatten sich in der sogenannten Dritten Welt und im »befreiten« Osteuropa noch weiter verschärft.

Daß Kurz bei dem Versuch, all dies darzustellen, manches sehr vereinfacht, läßt sich kaum vermeiden. Auch über so manche problematische Einschätzung – etwa: die Anpassungstendenzen in der Arbeiterbewegung seien auf deren »verhausschweintes Bewußtsein« zurückzuführen, die Sowjetunion sei nichts als eine Variante des warenproduzierenden Systems gewesen, der stalinistische Terror resultierte allein aus den Notwendigkeiten einer Entwicklungsdiktatur etc. – ließe sich diskutieren. Wenn der Autor denn diskutieren wollte. Doch dazu gefällt sich Kurz zu sehr in der Rolle des einzig wahren Kritikers. Die übrige Linke sei »von Haus aus in den kapitalistischen Kategorien« befangen. Statt einer Auseinandersetzung mit anderen Erklärungsansätzen werden die Leserinnen und Leser des *Schwarzbuchs des Kapitalismus* mit immer neuen Wortungetümen überschüttet, die bereits durch die Formulierung skandalisieren sollen. Die zum selben Zweck bei katholischen Bischöfen verbreitete Instrumentalisierung des Holocaust (der mit der Abtreibungspraxis gleichgesetzt wird) bleibt dabei glücklicherweise ein Einzelfall (bezogen auf den Hungertod von Kindern in der Dritten Welt spricht Kurz vom »alljährlichen marktwirtschaftlich-demokratischen Kinder-Holocaust«).

Die historische Darstellung ist für Kurz aber nur ein Vehikel, um seine seit zehn Jahren unermüdlich wiederholte Prophezeiung vom nahen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems erneut zu präsentieren – wie schon früher bleibt dabei in der Schwebe, worin dieser »historische Systemzusammenbruch« genau bestehen soll. Im *Schwarzbuch* lassen sich zwei verschiedene Argumentationslinien unterscheiden. Kurz konstatiert zum einen, daß im gegenwärtigen Kapitalismus Arbeitslosigkeit, Elend und Gewalt zunehmen, daß eine allgemeine »Entzivilisierung« stattfindet. Wie die Vertreter der christlichen Soziallehre kommt auch Kurz angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Massenelend zu dem Schluß, »daß das globale kapitalistische System ... gerade nach seinem vermeintlichen ›Sieg‹ über den Staatskapitalismus vollkommen versagt hat«.

Versagen kann man nur angesichts von Aufgaben, die man tatsächlich zu bewältigen hatte. Der immanente Zweck der kapitalistischen Produktion ist jedoch nicht die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Elend, sondern die Verwertung von Wert, d. h. die Produktion von Profit. Wenn der Kapitalismus die ihm bloß angedichteten Zwecke nicht erfüllt, dann erschüttert dies zwar seine Rechtfertigungsideologien, in die Krise gerät er deshalb noch lange nicht. Dorthin gerät er erst, wenn sein tatsächlicher Zweck, die Produktion von Profit, berührt wird, und letztere – das hat die Geschichte zur Genüge gezeigt – kann auch funktionieren, wenn die Menschen dabei massenweise zugrunde gehen. Daß der Kapitalismus

beständig eine »industrielle Reserverarmee« sowie verschiedene Tendenzen zur physischen und psychischen Verelendung hervorbringt – und zwar nicht als Ausdruck einer besonderen Krise, sondern als Begleiterscheinung seines ganz normalen Funktionierens – , konnte man schon vor über hundert Jahren bei Marx nachlesen (*Das Kapital*, Bd.1, 23. Kapitel: »Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation«). Während des Wirtschaftswunderkapitalismus der 50er und 60er Jahre wurde Marx gerade für diese These kräftig gescholten, sah es doch so aus, als seien die Zeiten von Arbeitslosigkeit und Elend, zumindest in den Metropolen, endgültig vorbei. Zwar weiß auch Robert Kurz, daß diese Wirtschaftswunderzeit nur eine vorübergehende Phase war, doch ist sein eigenes Kapitalismusbild davon nicht unbeeinflußt: Der Vorwurf, der Kapitalismus »versage«, wenn er Massenarbeitslosigkeit und Elend produziert, unterstellt, daß ein funktionierender Kapitalismus dies eigentlich nicht tun würde. Die Illusion des Wirtschaftwunderkapitalismus bestand ja nicht nur darin, daß man eine endlose Epoche des krisenfreien, den allgemeinen Wohlstand steigernden Kapitalismus anbrechen sah, sondern daß dies zugleich als Norm für einen funktionierenden Kapitalismus galt – und zumindest letzterem ist auch Kurz auf den Leim gegangen.

Kurz' zweite Argumentationslinie bezieht sich, wenn auch recht oberflächlich, auf einige Marxsche Kategorien. Infolge der »dritten industriellen Revolution« (Automatisierung durch Einführung der Mikroelektronik) werde – so Kurz – der Umfang der »produktiven Arbeit« vermindert, während gleichzeitig der Bereich »unproduktiver Arbeit« immer weiter zunehme, bis es schließlich unmöglich sei, die unproduktiven Sektoren mit den Erträgen der produktiven noch weiter zu alimentieren. Die »reale« Akkumulation komme daher zum Erliegen, ihr gehe schlicht die (produktive) Arbeit aus. Allerdings – so Kurz weiter – werde dieser Prozeß durch den überhandnehmenden Finanzsektor verdeckt, der Akkumulation in Gestalt einer riesigen, spekulativen Blase »simulieren« würde. Diese Blase müsse aber – gleich, bald, demnächst o. s. ä. – platzen und damit auch das Ende der realen Akkumulation offenbaren.

Bei näherer Betrachtung läßt das ganze Argument eine ziemlich schiefe Auffassung der kapitalistischen Produktionsweise erkennen. Kurz erblickt einen »eskalierenden logischen Selbstwiderspruch des Kapitalismus« darin, »permanent abstrakte ›Arbeitsquanta‹ in der Geldform als Selbstzweck anhäufen zu müssen, während gleichzeitig die ›Arbeit‹ sukzessive überflüssig gemacht wird«. Die Konsequenz davon sei, »daß die industriellen Produkte wirklich nur noch in homöopathischer Dosis ›Arbeit‹ repräsentieren und daher im Sinne kapitalistischer Ökonomie eigentlich ›wertlos‹ geworden sind«. Zu dem scheinbaren Rätsel, daß es dem Kapitalisten einerseits nur auf den Wert ankomme, er aber den Wert der Waren durch Produktivkraftsteigerung beständig senken würde (ein Rätsel, das über 200 Jahre vor Kurz schon Quesnay und dessen Zeitgenossen bekannt war) bemerkte Marx im *Kapital*: »Der absolute Wert der Ware ist dem Kapitalisten, der sie produziert, an und für sich gleichgültig. Ihn interessiert nur der in ihr steckende und im Verkauf realisierbare Mehrwert« (MEW 23, S. 338). Und die Masse des im Gesamtprodukt steckenden Mehrwerts steigt gerade aufgrund der Steigerung der Produktivität – auch bei abnehmender Wertgröße der einzelnen Ware.

Was nun die angeblich immer weiter wachsenden »unproduktiven« Geschäfts- und Gemeinkosten der Marktwirtschaft angeht, so vermeidet Kurz jede präzise Abgrenzung von »produktiver« und »unproduktiver« Arbeit. Er verläßt sich darauf, daß die Leserinnen und Leser möglichst viele Tätigkeiten als »unproduktiv« und damit die reale Akkumulation belastend auffassen. Verbreitet ist die Überzeugung, »produktive Arbeit« bringe Produkte hervor, »unproduktiv« seien dagegen Dienstleistungen. Am stofflichen Inhalt der Arbeiten orientierte Unterscheidungen spielen für die Kapitalverwertung aber keine Rolle, entscheidend ist die ökonomische Form der Arbeitsverausgabung: Produziert sie nur einen Gebrauchswert (wie z. B. der Privatkoch eines Vermögenden), oder produziert sie Wert und Mehrwert (wie der Koch in einem kapitalistisch betriebenen Restaurant). Vieles von dem, was auf den ersten Blick als »unproduktive Arbeit« erscheint, kann im kapitalistischen Sinne durchaus produktiv und Grundlage der Akkumulation sein. Die »reale Wertschöpfung«, die Kurz schon im Verschwinden sieht, geht jedenfalls trotz wachsender Arbeitslosigkeit recht munter voran.

Über eine oberflächliche Alltagsansicht kommt auch Kurz' Auffassung des Verhältnisses von »realer« Akkumulation und Finanzsektor nicht hinaus. Zwischen beiden sieht er einen grundsätzlichen Widerspruch, indem der eine ja immerhin noch etwas »Reales« produziert, während es der andere nur mit »fiktiven« Größen zu tun hat und somit von vornherein irgendwie nicht echt, sondern immer schon verdächtig ist. Zwar ist Kurz beileibe kein Antisemit, aber es ist genau diese schiefe Auffassung der kapitalistischen Produktionsweise, die diese beiden, immer schon zusammengehörigen Seiten auseinanderreißt und es damit überhaupt erst möglich macht, ein »schaffendes« reales Kapital (arisch) gegen ein bloß »raffendes«, irgendwie irreales Finanzkapital (jüdisch) zu stellen, das zum Parasiten des Realkapitals wird. Im Kapitalismus sind »reale« Produktion und »fiktives« Finanzsystem aber immer schon mehrfach und untrennbar verkoppelt. Einerseits bedarf die kapitalistische Produktion des Kredits zu ihrer eigenen, beschleunigten Expansion, andererseits bringt sie selbst immer wieder brachliegendes Geldkapital hervor, das auf dem Finanzmarkt angelegt werden muß, wenn es Profit abwerfen soll. Das Finanzsystem ist nichts, was von außen zu einer »realen« kapitalistischen Produktion hinzukommt, das Finanzsystem mit seinen »fiktiven« Werten wächst aus dem Inneren dieser Produktion heraus und vergrößert gleichermaßen ihre Flexibilität wie ihre Krisenanfälligkeit.

Mit den Strukturveränderungen, die mit der Deregulierung der Finanzmärkte in den 70er Jahren einsetzten und die durch die Globalisierungsprozesse der 90er Jahre beschleunigt wurden, sind die Umsätze des Finanzsektors nicht nur gewaltig

angewachsen, es zeichnet sich auch die Herausbildung eines wirklich globalen (und nicht nur internationalen) Finanzsystems ab, welches im Zentrum eines globalen Konkurrenzkapitalismus steht. Die Finanzkrisen der 90er Jahre sind nicht die letzten Zuckungen eines zusammenbrechenden Kapitalismus, sie läuten eine neue Phase kapitalistischer Entwicklung ein. Dieser neu entstehende globale Konkurrenzkapitalismus wird nicht nur erheblich größere soziale Spaltungen mit sich bringen als der Wirtschaftswunderkapitalismus, er wird wohl auch durch häufigere und schärfere Krisen gekennzeichnet sein – aber als normale Bewegungsform des Kapitals und nicht als Zeichen seines Zusammenbruchs.

Auch Kurz scheint mittlerweile etwas ungeduldig zu werden – der prophezeite Zusammenbruch hätte schon längst stattfinden müssen: Zwar weisen für Kurz alle Indizien darauf hin, »daß die Lage für den Kapitalismus eigentlich ausweglos geworden ist«, die »allgemeine Schuldenkrise« hätte schon »längst mit dem Zusammenbruch des überdehnten internationalen Finanzsystems enden müssen« – nur hat sie es eben nicht. Als Erklärung für den ausgebliebenen Zusammenbruch muß dann immer wieder das selbst so krisenanfällige Finanzsystem herhalten: »die innere Schranke der realen Kapitalakkumulation« werde »überspielt ... durch das Stadium einer rein finanzkapitalistischen Geisterakkumulation«. Diese Geister werden aber bald ausgetrieben: mit dem alttestamentarischen Pathos eines amerikanischen Erweckungspredigers, welcher der sündigen Welt das nahe Verderben prophezeit, verkündet Kurz: »Der Kapitalismus ist am Ende seines Blindflugs durch die Geschichte angelangt, er kann nur noch zerschellen«, und dann, »nach dem Krach, mit dem die größte aller spekulativen Blasen platzen muß, wird sich das globale kapitalistische System als rauchende ökonomische Ruine wiederfinden«.

Es fragt sich, wozu diese verzweifelte Beschwörung der Apokalypse des Kapitals notwendig ist und warum sie zahlreiche Anhänger findet. Zusammenbruchstheorien haben eine lange Tradition in der Arbeiterbewegung: Bereits Bebel wartete auf den »großen Kladderadatsch«, und Lenin wähnte sich im »letzten« Stadium des Kapitalismus, der nun ein »verfaulender« sei und sich nie mehr erholen werde. Mit dem Arbeiterbewegungsmarxismus, den Kurz so überaus scharf kritisiert, teilt er aber nicht nur den Zusammenbruchsglauben: Bei beiden findet sich zum einen dieselbe, mit moralisierendem Unterton vorgebrachte Kritik, der Kapitalismus »versage« bei der Lösung der Menschheitsprobleme, zum anderen die technologisch induzierte deterministische Auffassung, der Kapitalismus bringe selbst diejenigen Produktivkräfte hervor, an deren Handhabung er schließlich scheitern müsse. Wir finden bei Kurz die modernisierte Variante einer sinnstiftenden Geschichtsphilosophie, ohne die zumindest ein großer Teil derjenigen, die eine fundamentale Kritik an den herrschenden Verhältnissen üben, anscheinend nicht auskommen kann: Die eigene Ohnmacht wird durch die Gewißheit relativiert, daß wenigstens auch dem übermächtigen Gegner kein langes Dasein mehr beschieden sein wird und daß man selbst zumindest dies sicher weiß.

Am Ende seines Buches schreibt Kurz: »Radikale theoretische Kritik und Rebellion müssen zusammenkommen.« Die dazu nötigen Ansatzpunkte, die über Wert und Geld vermittelte Vergesellschaftung sowie Staat und Nation als Gestalten dieses Gesellschaftszusammenhangs, sind richtig gewählt. Doch sollte eine »radikale theoretische Kritik« sich dann nicht in der Beschwörung von Zusammenbruchsvisionen erschöpfen, sondern die gegenwärtigen Entwicklungen ernst nehmen. »Rebellion« und die alltägliche Subversion der kapitalistischen Maschine wird nur dann möglich sein, wenn man sein theoretisches Instrumentarium schärft und zur Kenntnis nimmt, wie sich diese Maschine weiterentwickelt.

Robert Kurz: *Schwarzbuch des Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft.* Eichborn Verlag, Frankfurt a. M. 1999, 816 Seiten, 68 Mark

---

Michael Heinrich ist Autor des Buches »Die Wissenschaft vom Wert« (2. Aufl. 1999, Verlag Westfälisches Dampfboot)

Konkret 03/00, S. 42

Oliver Tolmein

Kleine Enzyklopädie

Über die Erinnerungen des Rechtsanwalts Heinrich Hannover

In den 60er und 70er Jahren war, wer sich für die »Abschaffung des Strafrechts« einsetzte auf der sicheren, der linken Seite. Und Strafverteidiger konnten davon ausgehen, daß sie sich für den, aus kapitalismusfeindlicher Sicht, besseren Teil der Gesellschaft engagierten: die Ausgebeuteten, linke Militante, sonstwie von der Gesellschaft Ausgegrenzte. Strafverfahren gegen alte Nazis waren noch sehr selten. Und das Verfahren gegen den Contergan-Produzenten, die Firma Grünenthal, kam zu früh und wurde zudem erwartungsgemäß eingestellt – so daß es keine nachhaltigen Debatten über Sinn und Unsinn des Strafrechts in der außerparlamentarischen Opposition auslösen konnte. In den 80er Jahren störte die Auseinandersetzung um die »Verteidigung von Vergewaltigern« kurzzeitig das allgemeine Einverständnis der justizkritischen Profis. Aber noch gab es die großen politischen Strafverfahren, die wirkungsvoll die Widersprüche überdecken konnten.

Erst in den letzten zehn Jahren häuften sich die Probleme: Wie umgehen mit den weitgehenden Zeugenschutz-Regelungen in Fällen sexuellen Mißbrauchs? Ist es in Ordnung, wenn die Strafrechtskritiker ihren Kampf gegen die Ausweitung des Strafrechts zunehmend auf das Feld des Wirtschaftsstrafrechts verlagern und Subventions- und Submissionsbetrüger vor dem Zugriff des Staatsanwaltes bewahren wollen? Soll etwas dagegen unternommen werden, daß junge aggressive Nazis von liberalen Regelungen des Jugendstrafrechts profitieren? Keines der Themen ist prinzipiell neu – und doch hat die Häufung entsprechender Vorkommnisse und Verfahren die Konstellationen in der strafrechtlichen Auseinandersetzung verändert. Feministische Anwältinnen übernehmen immer häufiger Nebenklage-Vertretungen, um die Position der Opfer von Straftaten zu stärken. Und Umweltgruppen zollen einem Staatsanwalt Beifall, der im Rahmen des Holzschutzmittel-Verfahrens für eine enorme Ausweitung der strafrechtlichen Zurechnungsmöglichkeiten plädiert. Daß gleichzeitig durch Veränderungen der Strafprozeßordnung und der Polizeigesetze sowie durch Schaffung neuer Straftatbestände, die auch Anwälte ins Visier nehmen, die Verteidigungsmöglichkeiten massiv beschnitten werden, läßt die Lage nur bedingt klarer erscheinen.

Wenn parallel zu diesen Entwicklungen und Auseinandersetzungen ein renommierter Strafverteidiger wie Heinrich Hannover seine *Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwaltes* vorlegt, die den umfassenden Titel *Die Republik vor Gericht* tragen, darf man gespannt sein. Im zweiten Band, der die Jahre 1975 bis 1995 umfaßt, greift Hannover u. a. das Thälmann-Verfahren auf. Hier war er Nebenkläger – ein Umstand, der in der nüchternen Skizze des sich über sechs Jahre erstreckenden Verfahrens keiner Diskussion für wert befunden wird. Noch befremdlicher mutet ein Abschnitt seiner Schlußbemerkung im zweiten Band an, in dem er seinen Entschluß, keine Mandate mehr zu übernehmen begründet: »Gerne hätte ich Strafanzeigen gegen menschenverachtende Strategien des von politischem Konkurrenzdruck befreiten politischen Machtapparats, gegen die Produzenten und Lieferanten von Waffen und Massenvernichtungsmitteln durchgekämpft.« Was für eine Einstellung zum Strafrecht muß ein Verteidiger haben, der glaubt, es sei sinnvoll, dieses Instrument zur Bekämpfung von Waffenproduzenten einzusetzen?

In Band II seiner Memoiren beschreibt Hannover auch, wie er Otto Schily 1978 in einem Verleumdungsverfahren verteidigte, das wegen Äußerungen geführt wurde, die Schily als Anwalt im Stammheim-Verfahren im Rahmen eines Beweisantrages von sich gegeben hatte. Hannover beschränkt sich konsequent auf das damalige Verfahren. An den späteren Werdegang seines Mandanten und Kollegen, an dessen gegenwärtiges Eintreten für den »law and order«-Staat verschwendet er keinen Gedanken. In den 90er Jahren dann hat Hannover grüne Politiker vertreten, die Soldaten der Bundeswehr anläßlich des Golfkriegs unter anderem zur Fahnenflucht aufgefordert hatten. Hannover beurteilt das inkriminierte Flugblatt enthusiastisch: »Da wurden Lehren aus der deutschen Vergangenheit beherzigt, die den Mächtigen im Lande wie ein Alarmsignal in den Ohren geschrillt haben müssen. Und so traten die Staatsanwaltschaften in Aktion, um die, denen Wolfgang Borcherts ›Sag NEIN!‹immer noch ernst ist, zur Ordnung zu rufen.« Daß zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Resümees auch die Grünen für ein »Jawoll« stehen, erwähnt Hannover zwar, für seine Beurteilung des Verfahrens von 1993 hat das jedoch keine erkennbaren Folgen. Auch die anderen Prozesse, an denen er beteiligt war, erzählt Hannover in seinen »Erinnerungen« nach, unterbrochen allenfalls von knappen räsonierenden Bemerkungen: »Politische Vernunft mit Juristenworten zu erschlagen, war schon immer das Privileg höchstrichterlicher Rechtsprechung« (zum BGH-Urteil im Modrow-Verfahren).

Hannover trägt mit seinen Erinnerungen zur Auseinandersetzung um das Verhältnis einer linken Opposition zum Strafrecht wenig bei. Er wirft keine Fragen auf, nutzt die zeitliche Distanz zum Berichtszeitraum nicht, um eine andere Perspektive einzunehmen, sie auf neue Erkenntnisse zu überprüfen. Er schreibt, was ihm zu diesem und jenem Verfahren einfällt, und zitiert einen Verschnitt von Dokumenten. Das ist, da die Verfahren oftmals Einschnitte in der Justizgeschichte markieren, nicht uninteressant. Angesichts des Autors und der Zeit, in der er sich äußert, aber zu wenig: zu wenig Reflektion, zu wenig Analyse der Funktionsweise und Bedeutung von Strafprozessen, zu wenig Widersprüche und Überraschungen. Hannover

läßt uns nicht an Entwicklungen teilhaben, die einmal ein offenes Ende hatten, also das Potential in sich bargen, daß es auch anders hätte gehen können. Er kennt das Urteil eben schon – und alles Vorangegangene entwickelt sich fast zwangsläufig darauf zu.

Selbst bei seiner Nacherzählung des Verfahrens gegen den RAF-Aussteiger Peter-Jürgen Boock, lange Zeit ein Darling der linksliberalen Szene, der allerdings rapide an Sympathien verlor, als sich herausstellte, daß er gelogen hatte, blendet Hannover entscheidende Faktoren einfach aus: »Daß ich dennoch in Stammheim verteidigen mußte, verdanke ich einem Mandat, das ich unter hier nicht näher zu erörternden falschen Voraussetzungen übernommen habe.« Daß gerade das Boock-Verfahren in der Öffentlichkeit herausragende Bedeutung hatte, um eine linksliberale von einer linksradikalen Szene zu scheiden, wird von Hannover nicht erwogen, so wie Boock bei ihm, wie fast alle beschriebenen Mandanten, in erster Linie als Opfer der Justiz erscheint und nicht als verantwortlich handelnder Mensch. Hannovers Entscheidung, Urteil für Urteil, Prozeß für Prozeß nachzuerzählen, stützt seine Neigung, die übergreifenden Aspekte zu vernachlässigen, nicht auf eine Quintessenz zu bringen, was er erlebt und getan hat, sondern in eine bloße Chronologie. So scheinen die Memoiren Hannovers mir vor allem als Nachschlage-Werk geeignet, als kleine Enzyklopädie der Beispiele, wie politisch die deutsche Justiz ist.

PS: Ein ähnliches Buch, mit dem sympathisch-zurückhaltenden Titel *Verlorene Prozesse 1953 bis 1998. Meine Verteidigung in politischen Verfahren* ist jetzt auch von Friedrich Wolff erschienen. Da es aber die in der BRD weithin unbekannte Arbeit der DDR-Strafverteidigung beleuchtet, fallen die Mängel, die die nämlichen sind wie bei Hannover, hier zumindest für West-Leserinnen und -Leser weniger ins Gewicht.

Heinrich Hannover: *Die Repulik vor Gericht. 1975-1995*. Aufbau Verlag, Berlin 1999, 496 Seiten, 49,90 Mark

Friedrich Wolff: *Verlorene Prozesse 1953 bis 1998. Meine Verteidigung in politischen Verfahren*. Nomos, Baden-Baden 1999, 452 Seiten, 48 Mark

---

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 2/2000 über den Kampf der Bundesanwaltschaft gegen das Phantom der »RZ«

Konkret 03/00, S. 43

Karl-Heinz Hansen

Wir helfen Naumann aufs Pferd VIII

Schröders Kulturbeauftragter hat geschworen, die 35 nach Hitleroffizieren benannten Kasernen umzutaufen. Auch bei der Marine gibt s viel zu tun

Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, als die deutsche Sozialdemokratie noch relativ integer war und keinen Kriegsminister stellte, herrschte in ihren Reihen große Einmütigkeit über »den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmachtspolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt« (Dresden, 1903). Damals betrieben Kaiser Wilhelm II. und sein Großadmiral, Alfred Tirpitz, mit Hilfe des nationalistisch eifernden Deutschen Flottenvereins ihr größenwahnsinniges Lieblingsprojekt, die Kaiserliche Marine zur zweitstärksten der Welt gegen Großbritannien aufzurüsten. Dieser »Marinismus« endete in der katastrophalen Niederlage des 1. Weltkrieges.

Nach der größeren zweiten Katastrophe des Jahrhunderts waren Sozialdemokraten die verläßlichsten Helfer bei der Restaurierung des Militarismus in der Bundeswehrmacht. Im Windschatten der Aufzucht der von Adenauer den Alliierten versprochenen Heeresdivisionen verhalfen ihre Nordlichter im Bundestag (von Apel über Berkhahn bis Schmidt) dem deutschen Marinismus zur Wiederauferstehung. Es begann mit 13.000 Mann (1957) und geliehenen Schiffen, führte zur deutschen Eigenproduktion von Kriegsschiffen und endete bei Marinefliegergeschwadern. Die parteiübergreifende Rüstungslobby des Marine-Fanclubs aller Nordlichter im Verteidigungsausschuß war und ist verantwortlich für die Abhängigkeit der Werften von Rüstungsaufträgen und für die Arbeitslosigkeit auf Grund regionaler Monostrukturen an der Küste.

Die Marine ist ein besonderes Phänomen der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik: Nie hat es irgendeine Begründung für die Notwendigkeit ihrer Existenz gegeben. Versuche, ihr innerhalb der Nato eine Aufgabe zuzuweisen, sind gescheitert. Wenn schon »Schutz der Küsten und Ostseezugänge«, so hätte der besser und billiger von Land aus geleistet werden können. Merkwürdig, daß bis heute weder Kriegsdienstgegner noch der Bund der Steuerzahler je eine gezielte Kampagne zur Abschaffung dieses teuren Trachtenvereins gestartet haben.

Schleswig-Holstein ist nicht nur das Land, in dem noch Wochen nach der Kapitulation der Nazis 1945 der »furchtbare« Marinerichter Hans Filbinger sein Unwesen trieb und Marinesoldaten zu Tode gerichtet wurden. Es ist auch das Land der Marinestützpunkte, U-Boot-Museen und Marine-Ehrenmäler, wie das Monstrum von Laboe. Eine Gegend, wo die »Kieler Woche« vorrangig eine giganteske Werbeveranstaltung ist für Hobby-Segeln, Regatten und weite Seereisen zu den schönsten Plätzen der Erde mit den Ausbildungs- und Schulschiffen der Bundesmarine, wie der »Deutschland« oder der »Gorch Fock« (Schwesternschiffe: »Albert Leo Schlageter« und »Horst Wessel«). Eine Fortsetzung des NS-Unternehmens »Kraft durch Freude« unter demokratischer Flagge. Von wo aus Kriegsschiffe jedes Jahr zum Azaleenfest der Nato-Marinen nach Norfolk (USA) fahren, um deutsche Politiker-Töchter (Ahlers, Lambsdorff) als »Azalean Queen« zu krönen. Im Mai 1999 war es Susanne Scharping, die von der Besatzung der »Mölders« gefeiert wurde, während ihr Vater Krieg gegen Serbien führte.

Die zwielichtige Tradition »unserer blauen Jungs« von Tirpitz bis Dönitz scheint ungebrochen. Heute suchen ihre Förderer wieder krampfhaft nach neuen »Aufgaben« mit neuen »Seekriegsmitteln« auf allen Weltmeeren. Mit den letzten nach Nazikriegern benannten schwimmenden Kasernen werden einige Symbole dieser Tradition verschwinden, nicht aber ihre Spuren. Nachdem der Zerstörer »Rommel« (vgl. KONKRET 7/99) im vorigen Jahr in Wilhelmshaven »außer Dienst gestellt« wurde, gibt es im 1. Zerstörergeschwader in Kiel noch die »Mölders« (vgl. KONKRET 5/99) und die »Lütjens«.

Der Lenkwaffenzerstörer »Lütjens« wurde im August 1967 in Bath (USA) in Anwesenheit von bundesdeutscher »Stapellaufprominenz« (Verteidigungs-Staatssekretär Karl Carstens, der Marine-Inspekteur, Bundestagsabgeordnete) von Frau Gerda Lütjens getauft. Seit 1969 hat der Zerstörer seinen Heimat-Ankerplatz an der Tirpitz-Mole im Kieler Hafen, es sei denn, er ist gerade unterwegs, um deutsche Seemacht im Atlantik zu demonstrieren oder in der Adria, wo er seit Mai 1999 helfen sollte, das Öl-Embargo der Nato gegen Serbien durchzusetzen. Ausgerechnet Adria. 1943 Hitlers »Operationszone Adriatisches Küstenland«, in der ein anderer Namenspatron der Bundeswehr (Kaserne Mittenwald) sich um die »Partisanenbekämpfung« verdient gemacht hat: General Ludwig Kübler, 1947 in Jugoslawien als Kriegsverbrecher verurteilt und hingerichtet.

Günther Lütjens, 1889 in Wiesbaden geboren, wurde nach der Ausbildung in der Marineschule Mürwik (wo später Großadmiral Karl Dönitz als Hitler-Nachfolger residierte) und auf Schul- und Exerzierschiffen 1913 zum Oberleutnant zur See befördert. Im 1. Weltkrieg führte er eine Torpedobootsflotille. 1918 war er Inhaber des Titels Kapitänleutnant, eines Hohenzollern-Hausordens und des Eisernen Kreuzes I. Klasse.

In der Weimarer Republik und den ersten Hitlerjahren half er, die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrags zu umgehen. Als enger Vertrauter des Admirals Raeder, Hitlers späterem Großadmiral, wurde Lütjens 1933 zum Kapitän zur See befördert. 1936 holte Raeder ihn ins Oberkommando der Marine. 1939 war der Konteradmiral Lütjens Befehlshaber

aller Zerstörer, Schnellboote und Torpedoboote der NS-Kriegsmarine. Beim Unternehmen »Weserübung«, der Besetzung Norwegens, leitete er die »See-Deckungsgruppe«. Von seinem verehrten Führer wurde er dafür mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes und der Beförderung zum Admiral belohnt.

Auf dem Schlachtschiff »Bismarck« hatte der Flottenchef Lütjens am 5. Mai 1941 in Gotenhafen (Gdingen) eine mehrstündige Besprechung mit Hitler. Am 22. Mai begann das Unternehmen »Rheinübung«. Die »Bismarck« und der Kreuzer »Prinz Eugen« stachen in See. Am 24. Mai wurde südlich der Dänemarkstraße der britische Schlachtkreuzer »Hood« versenkt und die »Prince of Wales« schwer beschädigt. Am 25. Mai hielt Lütjens eine Rede zum eigenen Geburtstag: »Das deutsche Volk ist bei euch, und wir werden schießen, bis die Rohre glühen und bis das letzte Geschoß die Rohre verlassen hat. Für uns Soldaten heißt es jetzt: siegen oder sterben.« Am 27. Mai 1941 wurde die Steueranlage der »Bismarck« von einem britischen Lufttorpedo getroffen. Lütjens und 2.106 Männer gingen unter. Nur 115 überlebten das sinnlose Unternehmen. Der letzte Funkspruch des Admirals Lütjens lautete: »Wir kämpfen bis zum Letzten im Glauben an Sie, mein Führer und im felsenfesten Glauben an Deutschlands Sieg.« Im Geleitwort zum *Jahrbuch der deutschen Kriegsmarine 1942* machte Hitlers Großadmiral Raeder daraus: »Wir kämpfen bis zur letzten Granate. Es lebe der Führer!«

1967, beim Stapellauf des Bundesmarine-Zerstörers »Lütjens«, lobte Staatssekretär Carstens den Namenspatron: »Dieser wortkarge und bescheidene Offizier teilte nicht nur das Schicksal seiner Generation, die in zwei Weltkriegen zur soldatischen Pflichterfüllung aufgerufen wurde, er verkörperte vorbildhaft jene soldatischen Leistungen und Tugenden, wie sie von jedem Vorgesetzten in allen Armeen und Flotten verlangt werden.«

Wie lange noch? Nach fast 50 Jahren See-Tourismus ist es Zeit, nicht nur die nach Nazi-Kriegern benannten schwimmenden Kasematten, sondern das gesamte Luxusunternehmen Marine zu verschrotten und die eingesparten zig Milliarden für sinnvolle Zwecke auszugeben. Zum Beispiel, um stabile zivile Arbeitsplätze zu schaffen, statt Werften zu unterstützen, die redundanten Rüstungskram wie Fregatten, Schnell- und U-Boote produzieren und in alle Welt verhökern.

Karl-Heinz Hansen zog in KONKRET 1/2000 eine Zwischenbilanz über die »neue« rotgrüne Militärtraditionspflege

Konkret 03/00, S. 48

Karl-Heinz Hansen

In diesem Sinne - Bakschisch für Mario

Es war im Fantasialand Maghrebinien, wo der Bakschisch als »das Öl im Räderwerk des Lebens, die Schmierung menschlicher Verstrickungen und Bindungen, der Schlüssel zum Herzen des Nächsten« das Treiben im »berühmten Gasthaus Tschina« bestimmte, »in dem sich einmal ein wenig einfallsreicher Ausländer den geschmacklosen Scherz erlaubte, die Tür aufzureißen und in den voll besetzten Saal zu rufen: ›Rettet euch! Alles ist herausgekommen!‹ Innerhalb weniger Augenblicke war damals das Restaurant ein Schauplatz der Verwüstung, umgestürzter Tische, verschütteten Kaviars, zersplitterter und vergossener Weinkaraffen und Olivenschalen und zertretener Melonen ...«

Die täglichen Doku-Soap-Produktionen über Bestechung, Betrug, Untreue, Geldwäsche, Schweigegeld, Lügen und Meineide sind nicht mal Abklatsch dieser Fabel Gregor von Rezzoris. Gegeben wird: die »Gemeinsamkeit der Demokraten«. Zum Beispiel beim Bundesnachrichtendienst. Selbstverständlich mußten die geheimen DM- und Dollar-Millionen aus dem BND-Haushalt verteilt werden, notfalls auch im Ausland. Zum Beispiel, wenn irgendwo im westlichen »Bündnis« ein Hauch von Revolution drohte, wenn verläßliche Faschisten das Zeitliche gesegnet hatten oder abgetreten worden waren, wie in Spanien und Portugal. Sofort trafen sich damals in Münstereifel, im trauten Heim der »CI-Ebert-Stiftung«, die Führer der SPD und ernannten Felipe Gonzalez und Mario Soares zu Regierungschefs in ihren Ländern – um der »Überwältigung« durch den Kommunismus vorzubeugen. Der demokratiefördernde Rohstoff wurde ihnen an Ort und Stelle in bar ausgehändigt. Für die Kanalisierung flüssiger Mittel aus den üblichen geheimen Quellen war niemand geeigneter als Alfred Nau, 30 Jahre lang Schatzmeister der Partei und im Exil konspirativ geschult. Als er 1983 starb, kurz bevor der Staatsanwalt ihn nach der Rendite fragen konnte, hörte man in Bonn die Steine der Erleichterung plumpsen.

Der Neo-Soares heißt Zoran Djindjic, der Neo-Nau Bodo Hombach. Im Juli 1999 trafen sich die beiden mit Gerhard Schröder in Wien und besprachen den Fahrplan für Freedom & Democracy im Rest Jugoslawiens. Wer auf dem SPD-Parteitag in Berlin Zeuge war, wie fröhlich Djindjic tagelang unterm Banner der Ebert-Stiftung Hof hielt, weiß, daß viele Euro-Rubelchen zu Hause schon eifrig an seiner demokratischen Inthronisierung arbeiten. Hombach, der mit Schwarzgeld seine Erfahrung hat, ist ja längst vor Ort. Genaueres wird man in dreißig Jahren erfahren, und es wird wieder niemanden interessieren.

Konkret 03/00, S. 48

Robert Kurz

In diesem Sinne - ... und tschüs!

Als Krupp Thyssen fressen wollte, rauschte es gewaltig durchs deutsche Mediengemüt. Angelsächsische Unsitten sollten draußen bleiben vor den Toren des rheinischen Konsens-Kapitalismus, deutsche Konzerne sich nicht fusionsgeil an der eigenen Blutsverwandtschaft vergehen. Und deutsche Stahlarbeiter skandierten nostalgisch im Frankfurter Bankenviertel: »Wir sind das Kapital.« Beim Daimler-Chrysler-Deal mischte sich dagegen fast ein wenig Stolz in die Arbeitsplatz-Besorgnis; war doch der heimische Vorzeige-Konzern auf einen Spitzenplatz der kapitalistischen Weltliga vorgedrungen. In der Schlacht zwischen Mannesmann und Vodafone allerdings fieberte das teutonische Medienvolk mit dem Vorsitzenden Esser: Würde er dem hinterhältigen Angriff aus dem perfiden Albion standhalten? Er hat nicht. Kein »weißer Ritter« ist ihm beigesprungen, kein Bundeskanzler hat mehr helfen können. »Wir haben den Krieg gewonnen«, triumphierte Chris Gent.

Die bisher größte Übernahmeschlacht der Wirtschaftsgeschichte machte vor allem eines deutlich, nämlich den Grad an Ökonomisierung und sozialer Selbstverblödung des Massenbewußtseins, das die Fusionskämpfe des Weltkapitals zunehmend wie Seifenopern oder Fußballweltmeisterschaften konsumiert. Die anfallenden nationalen Gefühlsdusseligkeiten gehen freilich ins Leere. Weder war das große Fressen des Herrn Schrempp ein Punktsieg des Vierten Reiches noch das des Herrn Gent der Aufgang einer neuen Pax Britannica. Vielmehr sprengt das transnationale Krisenkapital die Form der Nationalökonomie und rüstet sich angesichts riesiger globaler Überkapazitäten zum letzten Gefecht auf dem Weltmarkt. Dabei handelt es sich freilich nur noch in zweiter Linie um den altmodischen Verkauf von Waren: Der vornehmste Zweck der Fusionen ist es, den Börsenkurs zu treiben. Deshalb ging es bei der milliardenschweren Werbeschlacht mit ganzseitigen Anzeigen und Fernsehspots auch nicht darum, irgendein Produkt anzupreisen, sondern möglichst noch den letzten Kleinanleger auf die eigene Seite zu ziehen.

Nach dem großen Fressen wird zukünftig abgespeckt, beim Verlierer natürlich. Von aufgekauften Konkurrenten wird immer etwas stillgelegt. So fliegt Mannesmann nicht bloß aus dem Dax, sondern ein Teil der Mannesmänner wird buchstäblich in die Röhre gucken. Kleiner Ratschlag für die virtuellen Fans des Internet-Kapitalismus unter ihnen: Kauft Aktien von Infineon oder E-Commerce-Klitschen, dann seid ihr wieder ein bißchen das Kapital der »New Economy«.

Konkret 03/00, S. 48

Alexander Scheidt

In diesem Sinne - Aus der Hauptstadt

Die meisten Zeitungen sind schlecht, aber manche sind eine Katastrophe. Ein Blatt aus der Hauptstadt hat gleich zweifach bewiesen, daß es zu letzteren gehört. Es hat Ende Januar Martin Walser für dessen Satz zum Nato-Krieg gedankt – »Eine Politik, die zu einer falschen Politik führt, muß eine falsche Politik gewesen sein« – und die spärliche Kritik nach seiner »aufsehenerregenden Rede in der Paulskirche von Frankfurt« als »mindestens leichtfertig« gebrandmarkt. Walser sei vom Feuilleton »nach den Verfahren der Meinungsweiterflüsterung zum Propagandisten des ›Wegschauens‹ stilisiert worden, einem bösen Buben, der angeblich für ein Ende der Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit und insbesondere mit dem Völkermord an Juden plädiere«. Einer ist für den Kommentator besonders leichtfertig gewesen: Ignatz Bubis, denn der hatte Walser »zwischenzeitlich gar einen ›geistigen Brandstifter‹ genannt«.

Wenige Tage später knöpfte der stellvertretende Chefredakteur derselben Zeitung sich die »Österreich-Kritiker« in Belgien vor, einem Land das »hinsichtlich der Korruptheit seiner politischen Klasse« Weltruf genieße. Der »nicht bis zum letzten aufgeklärte Kinderpornoskandal« sollte sie »beschämt schweigen lassen«. Und Rassisten entdeckt der Kommentator gleich ganz weit jenseits von Deutsch-Österreich: »In der israelischen Knesset sitzen wohl etwas mehr Leute, die von der Überlegenheit der eigenen ›Rasse‹ und der Untermenschennatur anderer Völker überzeugt sind, als im österreichischen Parlament.«

Preisfrage: Wie heißt die Zeitung aus Berlin, die einen Vaterlandsdichter preist, dessen Rede das Auditorium der Paulskirche vor Begeisterung von den Plätzen riß, und die Österreich vor der Kritik des Weltjudentums in Schutz nimmt? »Deutsche National-Zeitung«?

I wo – es ist die »Junge Welt«. Das Lob auf Walser hat Chefredakteur Holger Becker verfaßt, der »Pornomoral« der »Frontstaaten gegen Österreich« widersprach sein Stellvertreter Werner Pirker. Beide sind Angestellte einer Zeitung, die in der Karl-Liebknecht-Straße residiert, deren Verlag »8. Mai« heißt und die behauptet, sie sei »mehr als eine linke Tageszeitung«.

Konkret 03/00, S. 49

Rayk Wieland

Droht Heil?

Kulturkolumne

In welcher glorreichen Zeit eigentlich gab es in Deutschland herausragende Künstler, die ausschließlich der Kunst und dem Schönen an sich huldigten und ansonsten aber keine Sekunde ihres obstinaten Schaffensdaseins mit z. B. politischen oder moralischen Fragen vergeudeten? Wann war□s? Vor 33 nicht, und nach 45 aber auch nicht. Doch jene zwölf großen Jahre in der Mitte des Jahrhunderts waren wie keine andere Epoche seit der römischen Antike ein Triumph des Willens zum Schönen, Symmetrischen, Vollkommenen, ein Eldorado für die reine Kunst und Nazideutschland ohne Zweifel das gelobte Land der Großen aller Genres. Und dies, obwohl nicht gerade optimale Bedingungen herrschten. Der Krieg wütete in ganz Europa, Städte wurden bombardiert, Hunger, Armut, Elend grassierten, Millionen Menschen starben, unschöne Szenen waren an der Tagesordnung und gaben dem Leben allzu vieler einen bitteren Beigeschmack. Um so höher sind freilich die Leistungen jener zu bewerten, die sich in dem ganzen Tohuwabohu nicht kirre machen und vom grenzenlosen Leid ringsum nicht beeindrucken ließen. Die allein dem ästhetischen Faszinosum frönten und keinem anderen als Satz, Linie, Schnitt oder Grundriß sklavisch dienten. Die in der Jahrhundertkatastrophe die Jahrhundertwerke schufen.

Von wem die Rede ist? Ihre Namen kennt jeder, wenn er sie auch, sehr zu Unrecht, vom Nationalsozialismus kontaminiert und von Schuld beladen wähnt. Leute wie Ernst Jünger, Arno Breker, Leni Riefenstahl, Albert Speer waren in den Nachkriegsjahren eher berüchtigt als berühmt, ernteten Hohn und Häme anstatt Huldigungen, wurden gedemütigt, geächtet und geschmäht. Person und Werk wurden unzulässig verquickt, moralische Ansprüche erhoben, ihre Verdienste um den Neoklassizismus geschmälert, die ästhetischen Innovationen abgetan. Nach dem altbackenen Motto »mitgehangen, mitgefangen« verhängte man für allezeit über sie den Kollektivschuldspruch und ließ sie für einen politischen Opportunismus büßen, der in jenen zwölf Jahren bekanntlich der Preis ihrer Unabhängigkeit war. So darbten sie bis in unsere Tage, ca. personae non gratae im eigenen, vom linken Meinungsterror unterjochten Land, ohne hoffen zu können, von der Diktatur der Kulturbanausen eines Tages in ihrer wahren Größe und künstlerischen Ingeniosität erkannt und rehabilitiert zu werden.

Nun aber sind sie, die lange Verkannten, Gemiedenen, Geschaßten, anscheinend wieder obenauf. Nicht persönlich, denn irgendwann ereilt selbst die verdienten Kunstheroen des deutschen Volkes der Matratzentod, doch immerhin und abgesehen von Leni Riefenstahl, die trotz ihrer zähen 97 Jahre taucht und taucht und einfach nicht untergehen will, posthum. Es hat lange gedauert, fast zu lange. Schon 1989 meinte man im Zuge der deutschen Wiedervereinigung Anzeichen für ein nach Lage der Dinge gebotenes Revival der Nazikunst erwarten zu dürfen, indes kam die Sache nur langsam in Schwung, zu langsam zumal für Ernst Jünger, der bis weit hinaus ins 103. Lebensjahr ausharrte, bevor er dann mal verschied, in Ehren und unisono betrauert zwar, doch nicht rückstandslos befreit von allen Makeln seiner Vita.

Dafür soll□s jetzt endlich richtig losgehen, und nicht nur in Deutschland, wo der Laden naturgemäß am lautesten brummt, auch international sogar. Das Leben von Leni Riefenstahl wird demnächst verfilmt, »dreimal, von Jodie Foster und von zwei deutschen Produktionsfirmen«, meldet »SpiegelReporter« (2/2000) und weiß noch mehr zu berichten: »Das Interesse an der Ästhetik der Faschismus ist neu erwacht. Speers Lichtdome sollen Vorbild gewesen sein für eine geplante Lichtshow zu Silvester in Berlin. Werke Arno Brekers wurden erstmals seit langer Zeit wieder in einer Galerie ausgestellt. Neubauten in der Berliner Mitte, Musikvideos von Rammstein und Joachim Witt, Filme wie □Star Wars, Episode I, ein Theaterstück an der Berliner Volksbühne, Körperkult, Jugendwahn – die Anbetung der Schönheit, das Hehre, das Große, das Machtvolle, das Aggressive drängt mehr und mehr in die Bilder des Alltags vor.« Droht also Heil?

Ach was, neu ist das alles überhaupt nicht und eine Art Revival von Nazi-Ästhetik schon gar nicht. Denn erstens läuft der Riefenstahl-Diskurs ja spätestens seit den Siebzigern alle paar Jahre wieder auf Hochtouren, und daß, lange nachdem Chaplin sie zitiert, nachdem Cocteau seine Bewunderung dargetan, nachdem Rainer Werner Fassbinder sie zur Mitarbeit eingeladen, nachdem Mick und Bianca Jagger sie zur privaten Hausfotografin gemacht, nachdem Roxy Music Plattencover mit ihren Zitaten ausgekleidet und nachdem Susan Sontag ihre nazistische Vergangenheit für obsolet erklärt hat, Hollywood jetzt ein Jodie-Foster-Filmchen über Hitlers Musenwunder anschiebt, ist nun wirklich ein Indiz nur für die langen Leitungen in den Hollywood-Studios. Zweitens werden Speers Lichtdome schon seit vielen Jahren von jeder Kirmes-Disco »zitiert«, wenn auch nicht so aufwendig und scheinheilig wie vom Regisseur der Millenniumsshow an der Berliner Siegessäule, Gert Hof, der übrigens auch die Bühnenshow für Rammstein entworfen hat, die aber drittens sowohl mit ihrem Riefenstahl-Clip als auch mit ihren Gewalt- und Faschismusfrivolitäten sehr späte Wiedergänger

z. B. von Kiss, den Sex Pistols, Motors, Frankie goes to Hollywood oder auch von DAF und FSK aus der Bundesrepublik sind. Und viertens ereignete sich die Ausstellung von Arno Breker in zwei aufgelassenen Zimmern einer Zahnarztpraxis des mit gerade mal 30.000 Einwohnern ausgestatteten schwäbischen Städtchens Kirchheim unter Teck, das als neue Hauptstadt der Bewegung schwerlich in Betracht kommen sollte. Wenn man noch fünftens feststellt, daß Jugendwahn und

Körperkult etwa in den achtziger Jahren in eine fast obszöne Abwehr alles Jugendlichen umgekippt sind (vgl. Georg Seeßlen: *Tanz den Adolf Hitler*. Berlin 1994), kann man auch noch sechstens daran erinnern, daß u. a. die Anbetung der Schönheit wie viele andere Anbetungen der globalen Anbetung des Großen Geldes gewichen ist.

Nein, ein Revival findet nicht statt, und sie kehren nicht zurück, die verfemten Künstler des Dritten Reichs, weil sie und die Ästhetik, die sie etablierten, nie wirklich weg waren. Jedoch die Art ihrer Präsenz ändert sich.

Die Popkultur der siebziger und achtziger Jahre entdeckte die Nazi-Ästhetik in einem Gefühl der politischen Sicherheit, ohne befürchten zu müssen, mehr als eine kleine Provokation des politisch-moralischen Konsenses zu riskieren, bis schließlich auch diese faschistischen Zeichen und Verweise vom Mainstream assimiliert resp. entwertet werden konnten und, wie Seeßlen resümiert, »Peace-Zeichen, Anarcho-A und SS-Rune auf dem Federmäppchen der Schüler friedlich nebeneinander standen« (ebd.).

In den neunziger Jahren ist es mit der friedlichen Koexistenz der Zeichen wieder vorbei, und in den national befreiten Zonen des Ostens müssen Leute mit den falschen Schnürsenkeln um ihr Leben fürchten, von der falschen Frisur oder gar der falschen Hautfarbe ganz zu schweigen. Faschistische Symbole sind nicht mehr nur provokative artifizielle Gesten, sondern wieder das, was sie ursprünglich waren: Zeichen realer Bedrohung. Zweifellos hat die deutsche Wiedervereinigung mit ihrer Restauration von Nationalstaat und deutschem Wesen den politischen Kontext so verändert, daß der vormals harmlose ästhetische Tabubruch heute rechtsradikale Bewegungen inspiriert. Insofern verweist die Konjunktur der Kunst des Dritten Reichs, die kein Revival ist, bloß auf die aktuelle Konjunktur der barbarischen Bedingungen, unter denen sie schon einmal prächtig gedieh.

Konkret 03/00, S. 50

Kay Sokolowsky

Kunst & Gewerbe

I want everyone to like me

Der Fernsehsender RTL 2 (»Ich glaub, ich bin im Trend«) will ab dem 1. März – einem niederländischen Vorbild folgend und fest entschlossen, es an Gemeinheit zu überbieten – das totale Ausgeliefertsein des Oneworldbewohners an die Natur, die Kapitalismus heißt, als Show verkleiden und verkaufen, wie hierzulande noch keine war. »Big Brother« führt zehn Menschen in ein Haus nahe Köln, wo sie maximal hundert Tage und Nächte lang, bei Breakfast wie Bettrast, von Kameraaugen beobachtet werden und jederzeit mit dem Rauswurf durch den Zuschauer-TED rechnen müssen – wer die Gunst des Publikums am längsten behält und alle Konkurrenten überlebt, streicht netto 250.000 Taler, also ca. ein Viertel der täglichen Produktionskosten, ein. Für die Verlierer lohnt sich die Sache erst recht nicht: Sie kriegen 500 Mark brutto – pro Woche. Macht 2 Mark 98 je Stunde.

Das »Format« ist nicht ganz neu: Premiere probierte vor mehreren Jahren einen zahmen Prototypen der »Big Brother«-WG aus, stellte die Sache jedoch wg. unerträglicher Fadheit der Laiendarsteller bald wieder ein. RTL 2 hat aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und verläßt sich daher weniger auf das Zeigetalent der Kandidaten und den kurzlebigen Reiz legalen Spannens als auf die gute alte Schadenfreude, erzeugt durch forciertes Mobbing, das früher mal, und korrekter, »Rattenrennen« genannt wurde. Ausgerechnet Kurt Beck, ein Sozi, dem wirklich niemand nachsagen könnte, er habe, seit er Rudolf Scharping als Miniprä beerbte, zur Humanisierung der rheinland-pfälzischen Arbeitswelt irgend etwas beigetragen außer der üblichen heißen Luft, beschwerte sich, Projekte wie »Big Brother« habe er »bisher nur mit Ratten« gekannt und dann schon halte er dergleichen »für tierschutzwidrig«.

Nun würde natürlich jede Laborratte sich im Nagetierparadies wähnen, hätte sie nichts weiter zu tun als den ganzen Tag zu fressen, zu kacken, den Schnurrbart zu putzen, bisweilen eine schnelle Nummer hin-, sich ansonsten auf die faule Haut zu legen und dabei unablässig gefilmt zu werden. Der Landesfürst, den die fragwürdige Gerechtigkeit der Rotation derzeit auch auf den Sessel des Vorsitzenden der Rundfunkkommission plaziert hat, zieht eine Analogie, die nirgends aufgeht und äußert doch eine trübe Ahnung von dem, was »Big Brother« markiert: Die fröhliche Selbstentlarvung des Kapitalismus als des größten und blutigsten Experiments, das die Menschheit je mit sich selbst angestellt hat, als einer endlosen Versuchsreihe zur Herstellung des perfekten Androiden, der sich jede Demütigung gefallen läßt, weil er längst vergessen hat, was Charakter ist, und der noch Nachschlag verlangt, wenn man ihn zwingt, seine eigenen Eingeweide zu fressen. Ende Dezember 99 bereits hatten sich via Internet, Hotline oder Brief gut 20.000 Aspiranten bei RTL 2 gemeldet. Und eine Gesellschaft, die, scheint's, nur mehr Zombies produziert, will Beck vor »Big Brother«, ja, überhaupt: schützen?! Na klar, dafür sind Sozialdemokraten doch da.

I'm dead (but I don't know it)

Eine Zumutung, gegen die weder Tier- noch Medienschutz bislang aktiv geworden sind, heißt Nina Ruge. Als Klatschtante des ZDF war sie natürlich prädestiniert, für »Bild« den neuesten Roman eines anderen »Bild«-Gaststars, Rafael Seligmann, zu besprechen. *Der Milchmann* zählt zu den Büchern, die nicht zu kennen eine Gnade sein dürfte; ein spekulativer Schmarren und Provokationsschrott zweifellos, gewiß so schlecht erfunden wie geschrieben. »Ich habe mich gefragt«, schnattert Ruge schwer beeindruckt, »Seite für Seite: Darf der Autor das ... ? Wie das schon losgeht: unglaublich brutale Szenen im KZ. Doch nicht nur die Schlächter der SS sind unvorstellbar brutal. Nein: auch Juden ... Mitten drin unser ›Held‹ Jakob Weinberg. Auch er überlebt das KZ, weil er mordet.«

Ein »auch« und ein »weil« wie aus dem Handbuch für Neonazis. Leider müßte man den *Milchmann* lesen, um herauszufinden, ob die Behauptung, nur Juden, die andere Juden ermordeten, hätten das Vernichtungslager überleben können, auf dem Mist in Ruges oder in Seligmanns Kopf gewachsen ist – so leichtfertig jedoch, aus dem Stand der Gnade zu treten, sollte niemand sein. Es reicht schon, die Prosa Nina Ruges wahrnehmen zu müssen. »Mir standen die Nackenhaare zu Berge« – wohlgemerkt: nur die Nackenhaare (»Achselhaare« wäre übrigens grad so gut gegangen, Frau Ruge – nein, der Tip kost' nix). »Mein Gott, der versammelt ja alles, was es an ekligen Vorurteilen über Juden gibt!« Statt sich auf die schmackhaften zu beschränken. Ein wahrer Satanskloß, dieser Seligmann!

Und ein echtes Milchmädchen, diese Ruge. »Auweia«, entfährt es ihr angesichts des raffgierigen Romanhelden, »schon wieder das uralte schreckliche Bild vom schachernden Juden – darf einer so was schreiben? Ja, einer darf: Und der heißt Rafael Seligmann.« Hieße er hingegen Martin Walser, er dürfte so was nicht, obwohl er's doch, das Schreiben, genausowenig kann wie Seligmann, der sich auf das Verdienst, alle Tabus zu brechen, um die man sich hierzulande nie geschert hat, bestimmt was einbildet und dem eine TV-Hyäne, die eigentlich nur auf der Welt ist, um von Anke Engelke

parodiert zu werden, die ideale Rezensentin ist und bleiben darf auf ewig und drei Tage.

The world isn't fair

Der ideale Rezitator für ein Buch, das Kinder über Rassismus aufklären will, scheint Abschiebungssminister Otto Schily eher nicht zu sein. Daß er, unterstützt von seiner Tochter, erfüllt von seiner edlen Mission, Tahar Ben Jellouns *Papa, was ist ein Fremder?* auf CD und MC bannte, stellt der Fibel ein sehr kümmerliches Attest für ihre pädagogische Kraft aus. Freilich kann Hänschen noch lernen, was so ein Hans ihm da vorleiert; und, schließlich: Der Weg zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert.

Jellouns Buch hat sich verkauft wie warme Brötchen, und schon gibt es »Fortsetzungen« des »Welterfolgs«, die besser Klone hießen. Ab März bei Ullstein Berlin: *Opa, was ist Gott?* von Jacques Duquesne, darin der ragendste Satz, laut Verlagswerbung, so geht: »Man kann Gott nicht in Zentimetern messen.« Dies soll, bitteschön, auf CD sprechen Hans-Jochen Vogel, der große alte Zollstock der Sozialdemokratie. – Seit Februar liegt, ebenfalls bei Ullstein, vor: Annette Wieviorkas *Mama, was ist Auschwitz?* Das französische Original trägt den erheblich weniger verkommenen Titel *Auschwitz expliqué à ma fille* – aber für eine gute »Verkaufe« bei »bewußten« deutschen Eltern und Studienräten braucht's nun mal den Idiotenzuschlag. Es werden, verspricht die Reklame, »in kindgerechter Sprache Begriffe wie Holocaust, Shoah und Genozid erklärt«. Dank welchen Talents Mme. Wieviorka es fertigbringt, »in kindgerechter Sprache« zu beschreiben, was in keiner Sprache zu fassen ist, soll sie bloß für sich behalten. Zumal ihr Werk, Ullstein zufolge, im blanken Gesinnungskitsch ausklingt: »Auch wenn das ›warum‹ letztlich ›unerklärbar‹ bleibt, so bleibt am Ende doch der Glaube an die Macht der Erinnerung und die Einsicht der Menschen.« Ein Glaube, der manchem »unerklärbar«, ja unerklärlich bleiben wird – sofern nicht Opa vorbeischaut und letzte Zweifel in kindgerechter Sprache wegquatscht.

Vorlesen darf *Mama, was ist Auschwitz?* selbstverständlich keine andere als Antje Vollmer. Oder doch lieber Nina Ruge? Nein, jetzt hab ich's: Leni Riefenstahl! (Als Tochter: Alice Schwarzer.)

Going home

Derweil erklärt Guido Knopp, der Chefhistoriker des neuen Deutschland, den Bälgern, die heute keine mehr sind, warum sie damals so begeisterte Nazis waren. »Hitlers Kinder« heißt das jüngste Produkt aus seiner Fabrik für Histotainment und Faschogrusel. Wieder dient ein 6-bpm-Cut vor allem der Vermeidung jedes Gedankens, den Doc Knopp nicht begreift, lächerliche »Nachdrehs« helfen dem wie immer (s. KONKRET 1/99) unterschiedslos und unausgewiesen aus Propagandastücken und Privatfilmen zusammengeklebten »Archivmaterial« auf äußerst krumme Beine, zwischenein, wie gehabt, geben »Zeitzeugen« ihren Senf ab, und über allem liegt die schöne spröde Stimme Christian Brückners, der sich leider für keinen Scheiß zu schade ist.

Die Übung dient, wie zuvor »Hitler – eine Bilanz«, »Hitlers Helfer« und »Der verdammte Krieg«, dem einzigen Zweck, die Deutschen von ihrer Vergangenheit zu exkulpieren, sie als arme Opfer einer kleinen Bande von allerdings mächtig faszinierenden Supermonstern zu absolvieren. Da es diesmal um die Jugend des Dritten Reichs und ihre Bearbeitung durch Jungvolk, HJ, BdM und Napola geht, dürfen die Produzenten auf totale Zustimmung des Publikums rechnen – hier soll ein kollektives Gedächtnis hergestellt werden, das zwar nur die halbe Wahrheit kennt, doch dazu mannhaft steht. Denn wissenschaftliches Interesse oder bloß ein annähernd volkshochschuldidaktisches liegt der Fa. Knopp unendlich fern. Hier wird pure Ideologie angefertigt; eine Ideologie, auf die man Auslandseinsätze der Bundeswehr oder ein Stiftungsgesetz namens »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« bauen kann und die dem befreundeten Ausland den gewünschten falschen Eindruck vermittelt, die Deutschen stellten sich endlich ihrer Schuld und seien aber auch zu bedauern. Das funktioniert offenbar: »Mittlerweile laufen Knopps TV-Spiele in 50 Ländern«, berichtet der »Spiegel« (46/99).

»›Hitlers Kinder‹«, teilt die Presseabt. des ZDF mit, »ist keine Analyse zur Geschichte der HJ.« Diese Bankrotterklärung des historiographischen Journalismus als den Ausweis einer gelungenen Show erscheinen zu lassen, hat Knopp also geschafft. Und kann nun daran gehen, seinen alten Traum von einer deutschen Antwort auf die »Shoah Foundation« Wirklichkeit werden zu lassen. »Hitlers Kinder«, raunt das ZDF, sei »die letzte Chance zur Jahrhundertwende, noch einmal ›kollektive Memoiren‹ einzufangen – die Erinnerungen einer Generation, die in ihrer Kindheit, ihrer Jugend die schlimmste Phase der deutschen Geschichte miterlebt und miterlitten hat.« Als wäre das, das bigotte Gejammer übers eigene Leid zumal, nicht millionenfach geschehen, in Tagebüchern, Briefen, Autobiographien und vor allem, aufs unheiligste, in den Familien! Aber es geht ja gar nicht um Dokumentation, schon gar nicht um die Frage, wie und ob überhaupt »Hitlers Kinder« nach 45 mit Vaters Lehren brachen; es geht allein um Einbalsamierung, Monumentalisierung, Mythisierung und den ganz großen Schlußstrich.

»Unentwegt«, schreibt der »Spiegel«, »sammeln Knopps Mitarbeiter Erinnerungen älterer Deutscher. So interviewten sie in einem ›Jahrhundert-Bus‹ überall in Deutschland 6.000 Leute zur Nazi- und Nachkriegszeit – eine ›Katharsis-Box‹ (Knopp), die ... künftig in einem ›Jahrhundertstudio‹ auf dem Mainzer ZDF-Gelände zur Dauereinrichtung werden soll.«

Inzwischen bastelt Knopp an einer Serie über die Ermordung der europäischen Juden, deren Titel jetzt schon so feststeht wie ihre Ignoranz gegen alle Forschung: »Hitlers Holocaust«. Vielleicht findet er danach die Muße, für Ullstein eine Fibel zu verfassen, die er Schröders Kindern wahrlich schuldet: *Onkel, was ist ein Revisionist?*

The one you love

Was vom idealen Knopp-Kunden zu halten ist, singt Randy Newman auf seiner neuen und famosen, lyrisch wie musikalisch aus dem Vollen eines raren Genies schöpfenden, kurz: der unbedingt zu empfehlenden CD »Bad Love« (Dreamworks), der die vorliegende Revue respektvollst ihre Titel entliehen hat: »An honest man these days is hard to find / I only know we're living in an unforgiving land / And a little lie can buy some real big peace of mind«.

»Big Brother«, die Shoah in kindgerechter Sprache, Nina Ruge und Hitlers li'l helpers – lauter Wegsteine ins Paradies des totalen Kapitalismus, wo Verstand, wenn überhaupt, nur dazu gebraucht werden wird, sich und den anderen was vorzumachen, solange das Aufnahmelämpchen glüht: »Big hat, no cattle / Big head, no brain / Big snake, no rattle / I forever remain«. Steht zu befürchten.

Konkret 03/00, S. 52

Joachim Rohloff

Schließmuskelspiel

Das gewaltsame Ende von Petra Kelly und Gert Bastian kann im Berliner Ensemble besichtigt werden. Kann, muß nicht

Mit unserem deutschsprachigen Theater verhält es sich nämlich so: Es ist ein einziger großer Dreckshaufen und Geldverschleuderungsapparat. Wohin man schaut, man sieht nur Scharlatane, die ihren Beruf nicht können. Man sieht Faulpelze, man sieht Beamte, man sieht alles – nur keine Künstler. Mit 25 habe ich in KONKRET geschrieben: Reißt die Theater ein! Macht Kindergärten daraus! Heute habe ich eine ähnliche Position. Ich bin in Wien bei Einar Schleefs »Sportstück« in der Pause gegangen, weil ich mir dachte: Dieser präfaschistoide Scheißdreck, dieser Dilettantenschmarrn da oben, der interessiert mich nicht. Und die fünf Hansel, die da ihren Zipfel herzeigen, die interessieren mich auch nicht. Bei den Jungen habe ich immer das Gefühl, die betreiben Karriereplanung. Früher ist man in der Gosse gelegen. Früher hat man sich umgebracht mit 28 Jahren. Niemand hat daran gedacht, daß er Intendant wird mit 30. Und der angebliche Erretter des deutschen Theaters? Der Herr Baumbauer in Hamburg? So viel Scheißdreck habe ich sonst nirgends gesehen. Aber wenn Regisseure auf fremde Stücke draufscheißen, dann sollen sie sie auch so nennen: »Meine hundert Fürze« – und nicht mit fremden Titeln hausieren gehen. Das Theater ist gestorben für mich, ihr Wichser, ihr todlangweiligen Subventionsvernichter. Ihr könnt mich am Arsch lecken.

Nein, nicht mich, sondern Franz Xaver Kroetz, den erfolgreichsten deutschen Dramatiker seit Brecht. Denn ich gehe ziemlich selten ins Theater. Zu nichtendenwollendem Beifall und vereinzelten Buhrufen vermochte mich bisher nur eine Inszenierung des Theaters am Goetheplatz in Bremen hinzureißen; gegeben wurde »Peterchens Mondfahrt«. Und ich wäre auch diesmal nicht gegangen, wenn der Theaterredakteur von KONKRET mich nicht gezwungen hätte. Wer nichts kann, muß halt alles machen.

Da ich aber ein lieber »Stern«-Leser bin, kamen mir vor einem halben Jahr, als das Interview mit FXK erschien, leise Zweifel. Wenn Kroetz, ein ganzer Kraftkerl und Schaumlöffel, ein größenwahnsinniger Künstler und Depp, der seit Jahrzehnten nichts als vollkommen heil- und haltloses dummdreistes Gewäsch von sich gab, das deutsche Theater derart zusammenschiß, dann hatte ich womöglich doch etwas versäumt. Kroetz war ganz der Alte und mußte folglich, wie immer, unrecht haben. Allenfalls hätte man feststellen können, daß seine genitale Phase, in deren Verlauf er die ganze Welt hatte ficken wollen (vgl. dazu KONKRET 1/88), nun offenbar beendet und von einer analen Schaffensperiode abgelöst worden war. Seine Produktivkraft wirkte dabei aber ungemindert fort: »Ich habe ein tonnenschweres Tagebuchwerk, ich habe 3.000 nichtveröffentlichte Gedichte, ich habe noch drei Stücke, die ich nicht fertig geschrieben habe, ich habe 50 Kurzgeschichten, ich habe einen halben Roman. Nach 30 Jahren Schreiben ist man entweder kaputt oder man hat eine hohe Meinung von sich. Und ich habe eine sehr hohe Meinung von mir. Gerade deswegen leiste ich es mir, das meiste wieder zu verbrennen. Bei mir ist mit dem Alter der Schließmuskel nicht schlechter geworden, sondern besser.«

Kroetz, dem nachgesagt wird, er habe in seinem Theater den Unterdrückten eine Sprache gegeben, entdeckt nun auch seine Sympathie für einen, der in der Politik dasselbe tut. Mit Jörg Haider würde er gern einmal ein Bier trinken gehen: »Die bürgerliche Demokratie ist die Herrschaftsform des Kapitalismus. Schon die letzten Deppen haben das mittlerweile kapiert und wählen jetzt dagegen an. Gegen den Klima, der ausschaut wie einer, der in Wien drei Friseursalons betreibt, und gegen den Schüssel. Die Leute kapieren einfach, daß sich mit diesen beiden nichts ändern wird. Und deshalb wählen sie den Haider, als letzten Ausweg aus einer kaputten bürgerlichen Demokratie.« Wieso denn die Demokratie kaputt sei, wird nicht verraten. Und ebensowenig, ob mit ihr, wenn Haider sie beendet, auch der Kapitalismus aufhört. Kroetz ist kein Denker, wer ihn fragt, braucht sich über eine dumme Antwort nicht zu wundern. Und weil der Mann sich schon immer irgendwie volkstümlich gab, ist sein Bekenntnis zur Herrschaft des Mobs nur konsequent.

Die Gelegenheit, Kroetzens vernichtendes Urteil über den Zustand der Bühnenkunst anhand eines ihrer Spitzenprodukte zu überprüfen und möglichst zu widerlegen, ergab sich nun, als Claus Peymann, der neue Intendant des Berliner Ensembles, sein Versprechen einlöste, er werde der Hauptstadt ein politisches Theater schenken. »Das Ende der Paarung« von Franz Xaver Kroetz diente zum ersten Exempel. Dieter Dorn hatte das Stück noch abgelehnt und war darob mit dem Autor in Streit geraten (»Drecksau!« – »Arschloch!«), Peymann inszenierte es buchstabengetreu in seiner ganzen Erbärmlichkeit. Wer es gesehen hat und von ihm auf den großen Rest schließt, muß Kroetz leider recht geben: Es ist wirklich alles ziemlich scheiße.

Das ganze Drama dreht sich um den letzten Tag im Leben Gert Bastians und Petra Kellys, der bekanntlich mit zwei Pistolenschüssen endete. Eigentlich aber geht es nur um IHN, Kroetz: »Die beiden Figuren bin ICH. Ich dachte an mich und mein eigenes politisches Schicksal: vom gloriosen jugendlichen Weltveränderungsschwung zu Frustration, Prostata, Alter, Verzweiflung. Lieber anständig sterben wie unanständig leben – das ist meine Geschichte.« Das wäre vielleicht seine Geschichte, wenn er nicht immer noch lebte, und die Geschichte seiner Generation, hätte sie nicht rechtzeitig entdeckt, daß sie gottlob nicht erreichte, was sie erreichen wollte, aber alles, was man erreichen wollen darf.

Von Petra Kelly immerhin, weil sie rechtzeitig starb und das Kabinett Schröder ihr erspart blieb, läßt sich behaupten, daß sie gescheitert sei. Auf der Bühne nimmt sich dieses Scheitern jedoch einigermaßen albern aus. »Sie«, die weibliche Protagonistin, begründet ihre »Unfähigkeit zu frühstücken« (Max Goldt) mit dem Hunger in der Dritten Welt. Solange alle drei Sekunden ein Kind verhungert, will auch sie nicht essen. Sie hat geschworen, nicht zu ruhen, und nun, von den politischen Freunden aufs Altenteil geschoben, ruht sie doch. Deshalb verzweifelt sie lauthals und möchte erlöst werden. »Er« liebt sie und verspricht, sie zu erschießen, wenn sie wenigstens diesen einen Toast ißt. Sie hat einen langen Kampf verloren, Ulrike Meinhof aber habe einen kurzen Kampf gewonnen. In memoriam malt sie einen Spruch an die Wand, der von Schweinen und Menschen handelt.

Das politische Theater, wie Kroetz und Peymann es betreiben, erlitte keinen Verlust, wenn es auf die Politik verzichtete. Denn im »Ende der Paarung« geht es ohnehin um nichts Politisches, sondern um die Maleschen des Alters. »Sie« steckt im Klimakterium, »er« ist impotent, beide verlieren die Kontrolle über ihre Ausscheidungen. Sie stinken und entdecken ständig verdächtige Flecken an ihrer Unterwäsche. Nach einer Stunde ist noch nichts geschehen, und man weiß, daß auch in den kommenden zwei Stunden nichts mehr geschehen wird, bis endlich die Derringer ihren Dienst tut und »sie«, »ihn« und die ganze Aufführung alle macht. In einer solch verzweifelten Lage würde man, wenn das die einzige Möglichkeit der Erlösung wäre, selbst mit Jörg Haider ein Bier trinken gehen.

Zu einer professionellen Theaterkritik, merke ich gerade, fehlt hier noch eine Würdigung der Schauspieler. Petra Kelly bzw. »sie« wird verkörpert von Therese Affolter, Gert Bastian bzw. »er« von Traugott Buhre. Frau Affolter echauffiert sich, Herr Buhre bleibt ruhig. Gediegenes Handwerk wohl, wenn nicht gar große Darstellungskunst. Muß aber ein siebzigjähriger Mann, bloß weil ein minderwertiges Drama den zuständigen Schließmuskel unbeanstandet passierte, auf offener Bühne vor aberhundert Zuschauern, vor Richard von Weizsäcker, Daniel Cohn-Bendit, Reinhard Mohr und mir, den seinen untersuchen? Ich finde so etwas unwürdig. Früher wußte jede ungelernte Nachwuchsschauspielerin, daß man sich nur dann auszieht, wenn es künstlerisch gerechtfertigt ist.

Was aber läßt sich zum guten Schluß über unsere Theaterkritik sagen? Herr Kroetz? »Die Kunstkritik ist in einem derart miserablen Zustand, die ist gar nicht in der Lage, als Seismograf für ein Werk zu funktionieren. Die meisten Kritiker sind liebenswürdige, ungebildete, arme Würschtln.« Ich lese das einschlägige Feuilleton nicht, kann also auch nicht wissen, ob beispielsweise Gerhard Stadelmaier von der »FAZ« ein Frankfurter Gegenpapst der Theaterkritik ist oder ein Praktikant, der neulich zum ersten Mal eine wichtige Premiere besuchen durfte. Ein Anfänger würde sich wohl bemühen, seine Gedanken so zu formulieren, daß wenigstens er selbst sie versteht. Stadelmaier ersetzt Logik und Grammatik durch Originalität, er muß also eine bedeutende Feder sein. »Einmal fallen sie in einem verrückten, verkrampften Petting-Versuch übereinander her, wobei er ihrem Orgasmusstöhnen bescheinigt, daß ›du Schauspielerin nicht hättest werden können‹. Er, das ›Bärlein‹, versucht, ihr zwanghaft Nahrung einzuflößen.« Daß kein Stöhnen je Schauspielerin werden kann, leuchtet immerhin ein. Aber das »Bärlein« heißt »Bärli«, und es versucht nicht zwanghaft, sondern mit gutem rationalen Grund, das »Rehlein« zu füttern. Stadelmaier schlägt allen Ernstes vor, »das Ganze rasch und grotesk und saukomisch wegzuspielen«. Er hat dabei vermutlich an Pappnasen und an den massiven Einsatz von Wurftorten gedacht, subtilere komische Mittel jedenfalls können vor Kroetzens Text nur versagen. »Therese Affolter wirft sich in die Kelly-Rolle bubihaarschnittschüttelnd und tränenmundverziehend und morgenmanteloffenherzig, als gelte es, eine heilige Johanna der Schmachthöfe an langen, gedehnten Vokalen aus dem Sumpf der Welt zu ziehen ... Die Affolter wird immer unruhiger, immer hysterischer, aber auch immer strahlender, als sähe sie hinter jedem zerbröselten Zwieback unter ihren nackten Füßen irgendeine verlorene Welt.« Großartig. Kalauer, Kappes, Katachresen. Warum aber verschwendet Stadelmaier sein Talent an die Zeitung? Wer mit fünfzigprozentiger Wahrscheinlichkeit den richtigen Konjunktiv trifft und sich hinter jedem Zwiebackkrümel eine ganze Welt vorzustellen vermag, sollte nicht übers, sondern fürs Theater schreiben.

Ein ganz armes Würschtl ist auch Roland Koberg von der »Berliner Zeitung« nicht. Denn ich schätze sein Lebensalter auf höchstens zwölf Jahre, es kann also durchaus noch etwas aus ihm werden. »Ob sie den Tod wollte, etwa einer chronischen körperlichen Schwäche wegen, wie gerätselt wurde, ist nicht mehr zu klären, trägt aber zur Mythenbildung um das in gegenseitiger Abhängigkeit verstrickte Paar bei.« Sowas verwächst sich. Das richtige Verständnis von Tragik wird er sich aber noch erarbeiten müssen. Im »Ende der Paarung« kommt keine Tragik vor. Die Armut in Afrika, die Enttäuschungen älterer Politiker, Impotenz und Inkontinenz – das alles ist nicht die Bohne tragisch. Dennoch soll »der Zuschauer die Tragik nicht abtun und auf andere schieben können, sondern denken, das hier gelte immer und überall«. Solche Sätze hat jeder schon geschrieben, manchmal gab’s trotzdem eine vier minus.

Um unsere Theaterkritiker braucht man sich also keine Sorgen zu machen. Sie sind kompetenter, als der bösartige Kroetz meint. Alle konnten den Inhalt seines Stücks einigermaßen korrekt nacherzählen. Und keiner behauptete, Gert Bastian habe zuerst sich selbst im Schlaf und dann Petra Kelly erschossen.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 1/2000 über den Deutschlandkasper Schlingensief

Konkret 03/00, S. 54

Connie Uschtrin

Schwarten f□ r den braunen Mann

Bertelsmann l□ □ t seine NS-Vergangenheit untersuchen:Nun liegt der Zwischenbericht vor

Der Bertelsmann-Verlag wird zukünftig nicht mehr behaupten können, er sei 1944 geschlossen worden, weil er subversive, der »Bekennenden Kirche« nahestehende oder den Nazis sonstwie zuwiderlaufende Bücher verlegt habe. Seine Schließung fand wohl aus kriegswirtschaftlichen Gründen statt – der Verlag wurde zu diesem Zeitpunkt als nicht mehr »kriegswichtig« erachtet, und vermutlich spielten auch illegale Papierschiebereien eine Rolle. Der Zwischenbericht, den die von Bertelsmann selbst eingesetzte »Unabhängige Historische Kommission zur Erforschung der Geschichte des Hauses Bertelsmann im Dritten Reich« (UHK) am 17. Januar der Öffentlichkeit präsentierte, macht zudem klar, daß der Verlag der bei weitem größte Versorger der Wehrmacht mit Frontliteratur gewesen ist. Keineswegs hat er sich, wie 1985 zum 150jährigen Bestehen noch behauptet, in den Kriegsjahren auf christlich-theologische Themen konzentriert. Das gilt allenfalls bis 1934, als Bertelsmann sein Programm um Kriegserlebnisbücher erweiterte. Dem aufgekauften Rufer-Verlag wurden bis 1943 sämtliche religiös-theologischen Schriften übertragen – seither war Bertelsmann ein rein belletristischer Verlag. Zur Schließung des Verlags 1944 merkt der Bericht der UHK an: »Es ist unzweifelhaft, daß der Verlag C.Bertelsmann im Rahmen der breit angelegten Schließungsaktion vom August 1944 als nicht kriegswichtig eingestuft und geschlossen worden ist, obwohl er der größte Produzent von Wehrmachtsausgaben war. Daß die oben dargestellten Verfahren wegen ungenehmigter Papierkäufe den Hintergrund für diese Maßnahme bildeten, ist zu vermuten.« Tatsächlich konnte Bertelsmann die von den Nazis konfiszierten Papiervorräte behalten, und der gehortete Rohstoff erlaubte dem Haus nach dem Krieg eine reibungslose Neuaufnahme der Geschäfte.

Bis Ende der zwanziger Jahre hatten Theologica einen Schwerpunkt des Verlages gebildet. Ab etwa 1934 gab es den Versuch, die theologische Ausrichtung Bertelsmanns mit der NS-Ideologie zu verbinden. Die Tendenz der theologischen Publikationen beschreibt der UHK-Bericht so: »Ein tragendes Element, das viele der theologischen Publikationen des Verlages in ihren gesellschaftspolitischen Auffassungen verbindet, ist ihr Antimodernismus. Er zeigt sich als Ressentiment gegen alles, was zum Verlust einer idealisierten Vergangenheit und nicht relativierbaren Ordnung beigetragen haben soll. So äußert sich der Antimodernismus als Antiintellektualismus, als Antirationalismus, als Antibolschewismus, als antizivilisatorischer Affekt und nicht zuletzt als Antisemitismus. Die Sehnsucht nach dem Absoluten, der Autorität, dem Entscheidungskampf und die Forderung nach dem unbedingten Gehorsam ergänzen diese Haltung. Im konservativen Weltverständnis, das viele der Bertelsmann-Theologica teilen, hat die Autorität der Obrigkeit einen festen Platz. Daraus folgt das Eintreten für den starken Staat, für antidemokratisches Denken und für die unanfechtbare Führungsrolle der Kirche.« Und weiter: »Konservatives, autoritäres, völkisches, antisemitisches, biologistisches Denken ist in vielen Texten präsent, ohne daß sich explizite Anschlüsse an die Ideologie des Nationalsozialismus, so eklektisch und vielstimmig diese in sich selbst wiederum war, immer entdecken lassen.« Bemühungen um einen Schulterschluß zwischen Kirche und Nationalsozialismus etwa im *Kleinen Katechismus Dr. Martin Luthers für den braunen Mann* von 1934 hatten bei den Nazis jedoch keinen Erfolg. Verleger Heinrich Mohn, der schwerpunktmäßig das theologische Programm (solange es bestand) betreute, hatte nichts gegen NS-Propaganda einzuwenden – im UHK-Bericht wird an mehreren Stellen auf diese Eigentümlichkeit hingewiesen: »Es fällt auf, daß Mohn als Mitglied der Bekennenden Kirche Titel publiziert hat, die sich explizit der nationalsozialistischen und deutschchristlichen Sache verschreiben.«

Heinrich Mohn, der Bertelsmann seit 1921 leitete, gehörte, wie 1998 bekannt geworden ist, zum Kreis der »Fördernden Mitglieder der SS«. Der Untersuchungsbericht bemüht sich, diesen Tatbestand zu präzisieren und von »passiver Mitgliedschaft« oder der Behauptung, Mohn sei Mitglied der SS gewesen, abzugrenzen. Fördernde Mitglieder der SS »hatten allein die Pflicht, der SS regelmäßig finanzielle Zuwendungen zukommen zu lassen«. Zur Bedeutung der Fördernden Mitgliedschaft in der SS zitiert der Bericht einen SS-Brigadeführer: »Die FM (Fördernden Mitglieder) sollen sich immer als zu uns gehörig betrachten; was die Staffel und den einzelnen Mann angeht, geht immer auch die FM an. Wir brauchen die FM als einen Kreis von Volksgenossen, der restlos versteht, was wir wollen, und der sich restlos für uns einsetzt.«

Wo der Bericht versucht, die Frage zu klären, wie Heinrich Mohn die Mitgliedschaft in der Bekennenden Kirche mit der Fördermitgliedschaft in der SS vereinbaren konnte, wirkt er ratlos. Wird einerseits Mohns Mitgliedschaft in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) bis 1924 als »grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme am politischen Leben« gewertet, soll doch, wie kaum eine Seite später verlautet, seine »Zurückhaltung in Fragen der Politik« offenkundig sein. Das Verhalten Mohns, immerhin Leiter der Ortsgruppe der Bekennenden Kirche, deren ablehnende Haltung zum Nationalsozialismus bekannt ist, ist für die Kommission ein noch ungelöstes Problem.

Ab 1939 arbeitete Bertelsmann in einem bisher unbekannten Ausmaß der NS-Literaturpolitik zu, mit dem zentralen Ziel, die Wehrmachtstruppen mit »erbaulichem« Lesestoff zu versorgen: »Bertelsmann veröffentlichte von 1939 bis 1944 im wesentlichen drei einschlägige Reihen: die □Feldausgaben□ von Erfolgstiteln sowie im Rahmen der □Sonderaktion Feldpost□

des Propagandaministeriums eine □Kleine Feldpost-Reihe□ und □Feldposthefte□. Aus den Quellen geht hervor, daß das Unternehmen den Umsatz der □Schönen Literatur□ (einschließlich der Wehrmachtsausgaben) zwischen 1935 und 1943 etwa verzwanzigfachen konnte.« Diese beachtliche Umsatzsteigerung beruht auf Titeln wie den erfolgreichen »Kriegserlebnisbüchern«, die »seit Mitte der dreißiger Jahre einen thematischen Schwerpunkt des Verlagsprogramms bildeten. Sie enthielten zunächst Schilderungen aus dem Ersten Weltkrieg, ab Herbst 1939 auch des aktuellen Frontgeschehens und stellten sich damit in den Dienst der Kriegspropaganda.«

Der Gewinn des Bertelsmann-Verlags, eine für bestimmte Zweige der deutschen Wirtschaft dieser Jahre typische »kriegsbedingte Ertragsvermehrung« (UHK), hat sich allein in den drei Jahren zwischen 1938 und 1941 verzehnfacht. Den Zentralverlag der NSDAP, Eher, überholte Bertelsmann mit seinen insgesamt über 20 Millionen Wehrmachtsausgaben um fast das Doppelte. Diese bestanden zu jeweils etwa einem Drittel aus »Feldpostheften«, der »Kleinen Feldpost-Reihe« und »Feldausgaben«. Darunter finden sich so erbauliche Titel wie *Verdun. Das große Gericht* (1936-41), *Nacht über Sibirien* (1937-43) von P. C. Ettighofer und *Panzerflieger über dem Balkan* (1944) oder *Wir suchen den Feind* (1941-43) von Heinz Pape. Die Kommission resümiert: »Kein anderer Verlag hat die deutschen Soldaten so umfassend mit Lektüre beliefert.« Sie schätzt, daß der Bertelsmann-Verlag mehr als ein Viertel der gesamten Buchproduktion für die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg hergestellt und geliefert hat.

Der Zwischenbericht der UHK kann auf ihrer Website eingesehen werden: www.uhkommission.de

---

Connie Uschtrin lebt und schreibt in Hamburg

Konkret 03/00, S. 55

Detlef Hartmann

Familien-Bande

Wie Martin Walser doch noch ein Br□ derchen bekam

Walser bohrt weiter. Ausgerechnet ihn lud die »FAZ« in ihrer Ausgabe vom 29. Januar ein, die Fernsehreihe »Auschwitz und kein Ende« in einem ganzseitigen Interview vorweg zu kommentieren und zu bewerten. Walser hat die Chance zu einer Fortsetzung seiner Politik rechter Restauration genutzt. Er propagierte die »Selbstvereinigung« mit »Bruder Hitler«. Allerdings durch die Hintertür und nicht ganz ohne Raffinement. Zwei Ikonen des Antifaschismus zwang er in seinen Dienst: Hannah Arendt und Thomas Mann. Er schnitt sie sich zu einer Art Tarnkappe zurecht, um sich in ihrem Schutz in Opferpose gegen die Unart der neunziger Jahre zu wenden, »Gute und Böse zu produzieren«. »Damals (zur Zeit des Prozesses gegen Adolf Eichmann, D. H.) haben wir Intellektuellen sozusagen von Hannah Arendt gelebt, weil sie uns gesagt hat, daß sie bei der Lektüre der Eichmann-Protokolle gelacht hat ... Es war nicht immer so, wie man sich das in den neunziger Jahren vorstellt, in unserer Zeit, in der Privilegierte mit leichter Hand Gute und Böse produzieren.« Nun mag Hannah Arendt vielleicht wegen der banalen historischen Einkleidung des Bösen grimmig von ihrem Gelächter berichtet haben, nicht aber weil sie es deswegen etwa für weniger böse hielt. Dieser ein wenig plumpe Bezug diente Walser auch nur als Brücke zu Thomas Mann. Er erwähnte, daß Heinar Kipphardt den Titel seines in den 60ern begonnenen Stücks *Bruder Eichmann* offenbar Thomas Mann entlehnte, und damit ist er beim eigentlichen Objekt seiner Begierde angelangt.

Thomas Mann hat 1939 in den USA einen kleinen Aufsatz geschrieben mit dem Titel »Bruder Hitler«. Walser lobt ihn, denn: »Heute würde kein Intellektueller mehr wagen, sich in eine solche Nähe zu diesem Problem zu begeben. Er würde es vorziehen, aus der Position eines unangefochtenen Guten moralische Noten zu verteilen und dabei ganz selbstverständlich voraussetzen, daß alle anderen nicht so gut sein können wie er. Thomas Mann hat einen Satz geprägt, den damals alle Intellektuellen kannten. Er stammt aus ›Bruder Hitler‹ und heißt: ›... besser, aufrichtiger, heiterer und produktiver als der Haß ist das Sich-wieder-Erkennen, die Bereitschaft zur Selbstvereinigung mit dem Hassenswerten. Möge sie auch die moralische Gefahr enthalten, das Neinsagen zu verlernen.‹« Und nun kommt, worum es Walser geht: »Bei Thomas Mann oder gar bei Kipphardt gibt es keine religionsstundenhafte Scharftrennung zwischen dem unangefochten Guten und dem weniger Guten.« – »Aber das Befreiende ist die Nähe zum Gegenstand und das unideologische Umgehen mit ihm, das nicht moralisch Besserseinmüssen, wie bei Thomas Mann als Bereitschaft zur Selbstvereinigung mit dem Hassenswerten.«

Ausgerechnet Thomas Mann hätte die nazistische Einstellung und den Bruder Hitler als das nur weniger Gute neben das ganz Gute gestellt? Er hätte die Identifikation mit Hitler propagiert? Das Zitat ist korrekt, aber das ist auch schon alles. Wenige bürgerliche Schriftsteller waren in der Härte der moralischen Bewertungen des Nationalsozialismus so rigoros und unerbittlich wie Mann: »... degout vor dem Pöbel- und Gangstergeist des Nationalsozialismus, vor seinem moralischen Tiefstand«. – »Man geht nicht zu weit, wenn man sie den Feind der Menschheit nennt.« – »Ja, wir wissen wieder, was Gut und Böse ist. Das Böse hat sich uns in einer Nacktheit und Gemeinheit offenbart, daß uns die Augen aufgegangen sind für die Würde und schlichte Schönheit des Guten. Wir wagen es wieder, Worte wie Freiheit und Wahrheit in den Mund zu nehmen ... Wir halten sie dem Feinde der Menschheit entgegen, wie einst der Mönch dem leidigen Satan das Kruzifix.« Diese Verdikte vor Beginn des Kriegs und des Holocaust sind exemplarisch für Manns publizistischen Krieg gegen den Nationalsozialismus, und es ließen sich mühelos Seiten mit ähnlichen Zitaten füllen. Sie waren nicht opportunistisch, denn er hätte sich, wie andere auch, zurückhalten können. Sie waren ernstgemeint und vom blanken Entsetzen geprägt.

Genau in diesen Kontext gehört Manns Text »Bruder Hitler«, und genau hier liegt die fundamentale Differenz zu Walser. Für Mann ist »Bruder Hitler« eine rücksichtslose Abrechnung mit seinem eigenen geistesgeschichtlichen Anteil an Hitlers Machtergreifung, Walser pervertiert sie zu einer geistesgeschichtlichen Hinwendung und Annäherung. Mann verurteilt Schopenhauer und Nietzsche als philosophische Ahnen der »konservativen Revolution« und damit zugleich als geistesgeschichtliches Fundament der nazistischen Barbarei. Und er verurteilt damit zugleich sich selbst und seine früheren Anschauungen, weil auch er bei ihnen seine Orientierung gesucht hatte, nicht nur in den *Betrachtungen eines Unpolitischen*, sondern auch in noch weiter zurückliegenden Arbeiten. Der Emigrant, der seine Lernprozesse schon vor der Machtergreifung längst hinter sich gebracht und öffentlich bekannt hatte, brauchte sich 1939 nicht mehr zu rechtfertigen. Aber er hörte nicht auf, den unheilvollen geistesgeschichtlichen Linien nachzuspüren. »Bruder Hitler« ist eine seiner zahlreichen Auseinandersetzungen mit den geistigen Wurzeln des Nazismus, die in seiner Jugend einmal seine eigenen gewesen waren. »Ich war sehr jung«, sagt er, »als ich in ›Fiorenza‹ die Herrschaft von Schönheit und Bildung über den Haufen werfen ließ ... ich war nicht ohne Kontakt mit den Hängen und Ambitionen der Zeit, mit dem, was kommen sollte und wollte, mit Strebungen, die zwanzig Jahre später zum Geschrei der Gasse wurden. Wer wundert sich, daß ich nichts mehr von ihnen wissen wollte, als sie auf den politischen Hund gekommen waren. ... Man muß es hassen.«

Sein Haß und seine moralische Verurteilung stehen längst nicht mehr zur Disposition. Was er in »Bruder Hitler« introspektiv als ein »Sich-wieder-Erkennen« markiert und in seinen verschiedenen Facetten durchprobt, ist der eigene

Anteil an dessen Erfolgsgeschichte. Der »Feind der Menschheit« blieb für ihn der »Satan«, er beschäftigte sich nun mit dem Material, aus dem er gemacht war. So kritisch Thomas Mann auch beurteilt werden mag, seine Verurteilung des nazistischen Bösen und sein Bekenntnis zum antinazistischen Guten war stets von jener »religionsstundenhaften Scharftrennung«, an deren Beseitigung Walser arbeitet.

Walser weiß das alles. Er kennt auch Manns Abschied von den geistigen Quellen der »konservativen Revolution«. Deshalb ist seine Berufung auf den Exilanten mehr als nur Falschmünzerei. Schließlich schrieb Mann seinen Essay vor Beginn des Kriegs und der Radikalisierung des Völkermords, noch ausdrücklich der Illusion verhaftet, der Hasardeur Hitler würde zu feige sein, dies zu riskieren. Walser spricht seine Einladung zur Identifikation mit Bruder Hitler nach vollendetem Völkermord und Krieg aus.

Detlef Hartmann lebt als politischer Autor und Rechtsanwalt in Köln

Konkret 03/00, S. 56

Peter O. Chotjewitz

Buch des Monats

Thomas Pynchon: Mason & Dixon. Roman. Rowohlt, Reinbek 1999, 1.088 Seiten, 58 Mark

Das letzte Weihnachtsfest im vergangenen Jahrtausend verbrachte ich wie üblich, das heißt mit Essen, Trinken, Schlafen, Lesen und zwischendurch Fernsehen. Lektüre: Thomas Pynchons Roman *Mason & Dixon* (in deutscher Sprache von Nikolaus Stingl). Im Fernsehen Perlen der Filmkunst wie der Jesus-Film von Leo Kirch, den man in allen Gotteshäusern zeigen sollte. Er führt todsicher zum Atheismus. Daß ich manchmal fernsehe, hat medizinische Gründe. »Fernsehen macht zwar dumm, ist aber gut für die Augen«, sagte der Oberarzt, wohl um mich abzulenken. »Also nicht lesen, bevor ich es Ihnen erlaube.« Die Furcht zu erblinden lag wie Schmirgelsand auf meinen Stimmbändern. »Wie lange?« keuchte ich. »Eine Woche, zehn Tage.«

Es war um Mitternacht, eine Notoperation, ich war teilweise betäubt und sah nur auf dem rechten Auge, das ohnehin schlecht sieht, seit ich vor fünfzig Jahren ein Bröckchen ungelöschten Kalk reinkriegte, alles umnebelt, auch der Oberarzt unscharf, eine dunkle Fläche, von grünen Schlieren umgeben, gegen die mattleuchtende Scheibe über mir. Er hielt eine Art Kugelschreiber in der Hand, der an einem dünnen Schlauch von der Decke hing, werkelte an meinem linken Auge und jedes Mal wenn er von mir abließ, stieß der Kugelschreiber kleine Wölkchen aus. »Sieht aus, wie ein Dampfbügeleisen«, sagte ich, »was machen Sie da so?« Ich spürte, wie der Kugelschreiber über meinen Augapfel glitt. »Ja«, sagte er, »eine Art Bügeleisen. Nur, daß es mit Kälte arbeitet. Daher die Dampfwölkchen. Ich versuche, Ihre Netzhaut wieder dranzubügeln.«

Die Episode, die nun auch schon vier Jahre zurückliegt, fällt mir häufig ein, wenn ich vorm Fernseher sitze.

Es war also Heiligabend 1999, und ich wollte schon zu Bett gehen, da betrat ein glattköpfiger Pfarrer in blauen Jeans und Holzfällerhemd den Bildschirm. Er entpuppte sich als Fachkraft für Himmelskunde und begann, große Neuigkeiten zu verkünden. Umständlich erörterte er, ob der famose Stern von Bethlehem vielleicht ein Komet gewesen sei, wie er auf zahllosen Gemälden zu sehen ist. Nein, ein Komet kann’s nicht gewesen sein, meinte er. Kometen bringen Unglück – Erdbeben, Naturkatastrophen, Hungersnöte, Pest, Seuchen. Auf die Idee, daß die Geschichte des Christentums eher für die Geburt ihres Erzlehrers im Zeichen eines Kometen spräche, kam er nicht, berief sich statt dessen auf den Astronomen Johannes Kepler, die jüdischen Weisen im alten Babylon und erzählte die alten Kamellen. Der Stern von Bethlehem war eine Konjunktion von Jupiter und Saturn im Sternbild der Fische, wie sie im Jahre sieben vor Christi insgesamt dreimal vorkam. Jupiter, Saturn, das Zeichen der Fische – diese drei konnten für fromme Juden nur eins bedeuten, die Geburt des Messias, Jesus der Menschenfischer, König und Maskottchen. Daß keine der drei Konjunktionen am 24. Dezember stattfand und den ganzen Rest ignorierte er vornehm. Also die Tatsache, daß wir nach seiner Theorie die Jahrtausendwende bereits 1994 hinter uns hatten und vor allem: Die gleiche Konjunktion fand im Jahr drauf abermals statt, aber noch leuchtender, weil um den Mars verstärkt. Wollte er leugnen, daß Jesu Geburt im Zeichen des Kriegsgottes dem Wesen der christlichen Religionen angemessener wäre, als der beste Komet?

Später im Bett noch ein paar Zeilen Pynchon – mehr als drei Seiten auf einmal sind nicht zu empfehlen, nicht nur der Augen wegen. Und was lese ich da? Ha, das ist noch wahre Literatur! Immer der Wirklichkeit eine Nasenlänge voraus. Eben gelesen, schon erlebt. Oder umgekehrt, wie in meinem Fall. Ich zitiere Seite 835 ff.:

Der Advent sieht die Gründung einer Art Club zum Zwecke der Erörterung des Themas Christi Geburt, welcher sich jeweils nach dem Mittagsmahl in die Pferdescheune verfügt, eine Zusammenkunft, der man Captain Zhang und den Reverend Cherrycoke treulich beiwohnen sieht. Die Astronomen erweisen sich als weniger beständig, wiewohl bereit, über Fragen der Chronologie oder Astronomie – oder beides, wie etwa in Rücksicht auf den Stern, welcher die drei Weisen aus dem Morgenlande geführt – zu urteilen.

» ‘s war entweder eine Konjunktion von Planeten«, hält Dixon dafür, »oder ein Komet.«

»Laut Kepler waren im Jahre sieben vor Christus Jupiter und Saturn dreimal konjunkt – und im Jahr darauf gesellte sich ihnen Mars zu«, erklärt Mason. »Niemand, der sich des Nachts im Freien aufgehalten, kann das übersehen haben. Es muß das spektakulärste Himmelsereignis gewesen sein.«

»Ungefähr im Jahre zwölf vor Christus«, hebt Captain Zhang hervor, »tauchte andererseits der jüngste Komet von ‘neunundfünfzig auf, dessen Rückkehr in unserer Zeit Dr. Halley vorhergesagt – somit konnte der sich zur Sonne hin verjüngende Schweif Ihre drei Weisen – oder vielleicht meine – nach jedem Sonnenuntergang gen Westen leiten.«

»Aber meine Herren«, macht der Reverend so sanft als möglich geltend, »gewiß wurde doch Christus zu keiner Zeit vor Christus geboren?«

»Heureka!« rief ich und sprang auf, um zu den Lexika zu eilen und nachzuschlagen, wann die berühmte Grenzziehung durch Mason und Dixon erfolgte, an deren Rand die zitierte Konversation stattfand. Ein heftiger Schmerz durchzuckte das Terrain über meiner linken Arschbacke. Der Ischias versuchte, mich zurückzuwerfen aufs Lager, doch ich achtete seiner so wenig wie möglich und kroch auf allen Vieren zum Bücherregal.

Wenn Pynchon in einer Geschichte, die im achtzehnten Jahrhundert spielt, und Pynchon, das ist bekannt und dafür lieben und lesen wir ihn, erzählt nachweislich nur Geschichten, die belegbar sind (verzeichnet in historisch verbürgten Tagebüchern, Briefen und Relationen), diese Episode bringt, dann erzählte man sich zwischen Penns Waldland und Maryland, östlich des Ohio und westlich des Delaware im tiefsten Indianerland schon lange vor Gründung der USA in Feldscheunen solche Lagerfeuergeschichten, wie die, deren eine mir am letzten Weihnachtsabend des vorigen Jahrtausends ein Mitarbeiter einer Sternwarte, den ich irrtümlich für einen Fernsehpfarrer hielt, zu erzählen versuchte.

Auch die »Mason-Dixon-Linie«, will sagen: die legendäre Grenze zwischen den zwei britischen Kolonien, deren Ziehung in den Jahren 1763-67 den Hauptteil des neuen Romans von Thomas Pynchon bildet, gibt es wirklich. Sie steht sogar in meinem dtv-Lexikon, aber Pynchon bringt sie natürlich sehr viel ausführlicher. Es ist überhaupt ein sehr ausführliches Buch, aber da man sich in den ersten Wochen der Lektüre nach ein paar Seiten unweigerlich in Pynchons vertrackter Erzählweise, seinen ungezählten Figuren, ständigen Orts-, Zeit- und Themenwechseln verheddert und eine längere Verdauungspause braucht, hat es genau das richtige Format für den chronischen Langzeitarbeitslosen, der für das kommerzielle Freizeitangebot kein Geld hat.

Ich denke mal, in einem Jahr ist es zu schaffen. Ich sitze etwa seit August 99 dran, habe dreimal angefangen, etliche diagonale Durchgänge hinter mir und bin jetzt so weit, daß ich auch mal fünfzig Seiten an einem Stück vertrage. Das Werk für den literarischen Homo ludens also, der erkannt hat, daß die Welt auch mal ein halbes Leben lang stillsteht. Es ist ja heute üblich, daß man möglichst viele Bücher liest, in denen immer das Gleiche steht, oder daß eine Frau Auffermann im TV ein Buch empfiehlt, weil es verständlich und einfach zu lesen sei, und ihr Chef anschließend eine Lyrikanthologie zum Kauf anbietet, die überwiegend aus Texten besteht, die zum Repertoire des Männergesangvereins »Eintracht Welschbillig« gehören. Warum talkt das »literarische Quartett« in vollbesetzten Räumen, wenn keiner mal aufsteht und protestiert? Wird man, wenn man da life zuhören will, vorher vom Verfassungsschutz gegauckt? Kurz: Zum herrschenden Müll steht Pynchon sprachlich und dramaturgisch so quer wie ein Findling auf der Datenautobahn. Der Leser weiß das zu würdigen: Bisher viertausend verkaufte Exemplare, und das bei einem Autor, der den Nobelpreis auch nicht kriegen würde, wenn man wüßte, wo er wohnt und wie er aussieht.

Mit Pynchon sind wir wieder da, wo der Begriff Roman lebendig wird. Der Verkaufserfolg verhält sich umgekehrt proportional zur literarischen Qualität. Nicht gradliniges Erzählen ist der Sinn des Romans, und die Sprache hat auch nicht die Funktion von Schmierseife, über die der Leser möglichst bequem durch den Darm des Erzählers flutscht. Pynchons Roman hat eher die Struktur einer vorkolumbianischen semiotischen Knotenschnur, und die Knubbel sind Episoden der neueren Weltgeschichte, vor allem der Geschichte des britischen Imperialismus und der USA. Das heißt nicht, daß Pynchons Werk hermetisch wäre, aber ohne Anstrengung und Simsalabim kommt man nicht rein in diesen Zauberberg. Grob gesagt fängt *Mason & Dixon* an zu laufen nach dreihundertneununddreißig Seiten, schwenkt dann für genau 700 nach Nordamerika, wo er zuweilen richtig swingt, und braucht noch mal knapp hundert für den Abschiedsblues nach tausend Abenteuern am heimischen Bach in merry old England.

Die Episoden an diesen Schnüren haben das gehobene Niveau von Geschichten, die man sich in langen Nächten mit reichlich geistigen Getränken erzählt. Einmal durchschneiden Mason und Dixon mit ihrer Grenze ein Farmhaus – nein, auch das Schlafzimmer, so daß das Ehebett je zur Hälfte in Maryland und in Pennsylvania liegt, was die Ehefrau ausnutzt. Je nachdem in welcher Betthälfte sie liegt, ist sie verheiratet und dem Gatten zum Gehorsam verpflichtet oder nicht.

Pynchon ist eine bienenfleißige Spürnase, vermutlich mit einer Lagerhalle voller Zettelkästen, und er ist ein Meister im Ausmalen solcher Szenen. Schon das Eingangs-Tableau erinnert an eine Novellen-Komödie von Arno Schmidt – ein gemütlicher Kaminsaal im Haus des Waffenhändlers LeSpark mit Gebäck und geistigen Getränken. Ort und Zeit der Szene: Philadelphia 1776. Wie Scheherazade erzählt der alte Reverend Cherrycooke, was er so alles erlebt hat mit Mason und Dixon, erzählt sich und seine Gastgeber um den Schlaf, denn er darf bleiben, solange er nicht langweilt, sonst »hinaus mit ihm, wo des Winters Klotz und Axt wartet«. Vielleicht würden viele Autoren endlich aufhören mit dem Schreiben, wenn Holzhacken die Strafe wäre für schlechtes Erzählen (und Rezensieren).

Worum geht es? Teil eins: Charles Mason, »Adjunkt des Ersten Königlichen Astronomen zu Greenwich«, und Jeremiah Dixon, Feldmesser aus Durham, reisen 1761 im Auftrag der »Royal Society« auf der mit 24 Geschützen bestückten »Seahorse« von Portsmouth nach Sumatra, um den Durchgang der Venus zu beobachten, werden jedoch schon bald von einer französischen Fregatte aufgebracht und fast auf Grund geschossen. Teil zwei, wie gesagt, die Einteilung von Nordamerika in praktikable Happen.

Es ist Aufbruchszeit, die kurze bürgerliche Epoche beginnt. Himmel und Erde werden vermessen, um sie nutzbar zu machen für die bevorstehende Befreiung der Produktivkräfte, die Neuformierung der Klassen, die Diktatur eines weltumfassenden Profitsystems. Erst wird vermessen, dann kommen die Zäune.

Der Umbruch ist spannend. Aberglaube läßt die Fortschrittsgläubigkeit schillern. Was im Traum geschieht, ist wirklich, und die Wirklichkeit traumhaft. Auf etlichen Weltreisen begleiten wir mit Cherrycooke die zwei Forscher, die uns nach 1.000 Seiten und 15 Jahren auch menschlich auf die Pelle gerückt sind. In Teil drei vermißt Dixon noch eine Grafschaft, Mason sucht einen Berg, dessen Magnetismus ein Senkblei meßbar ableitet, man angelt, man zählt die Kinder, und einmal fängt Dixon fast einen 2.000 Jahre alten Fisch.

Kolportiert werden die 1.001 Geschichten dieses schillernden Kaleidoskops nach Art alter Füchse. Charles Dickens' *Pickwickier* könnten bei der Erfindung der Struktur des überbordenden Erzählstoffs als Ladegast gedient haben, und alte Schmökerer werden sich bei den Hafenszenen in Portsmouth, an R. L. Stevensons *Schatzinsel* erinnert fühlen.

Eine von Pynchons Methoden – dem Leser auch aus seinen anderen Erzählwerken bekannt – ist das Herausschleudern seiner Stoffe aus den Grenzen der rationalistischen, von Erfahrungen und Gewohnheiten geprägten Realität. Fast alle seine Geschichten haben Traumcharakter und ähneln Halluzinationen. Unklar bleibt, ob seine aberwitzigen Komplottheorien und parallelen Welten nicht eben doch real sind und nur vom naiven Leser für unglaublich gehalten werden.

Völlig falsch wäre es, diesen Pynchon für einen unpolitischen Spintisierer zu halten. Für das Verständnis der Welt am Ende eines gut zweihundertjährigen Industriezeitalters und einer Epoche sozialer Entwicklungen, die nicht zuletzt auf einer hundertfünfzigjährigen Arbeiterbewegung beruhen, deren Liquidierung wir in diesen Tagen erleben, ist Pynchons neuer Roman das unentbehrliche Sinnbild der entsprechenden theoretischen Befunde.

Konkret 03/00, S. 58

Dietrich Kuhlbrodt

Reimpatrouille II

Fortsetzung der kleinen Aussprache über die »Jetztzeit«-Gedichte, die Peter Hacks in KONKRET 1/98 bis 12/99 veröffentlicht hat

25 war ich, in Hamburg Doktorand, und kam auf dem Weg ins sozialistische Hauptlager, dem Sechstel der Erde, bis Berlin, um mich dort als milde belächelten Spaziergänger wiederzufinden – in Hacks »Windloch«: »In Asien gleich querfeldein,/ Da leben die Spazoren. / Die haben Rüssel wie ein Schwein / Und tellergroße Ohren./ So brauchen sie zu darben nicht / Und brauchen nicht zu frieren / Und gehen ledig jeder Pflicht / Spazoren, nein: spazieren./ Einst kam ein Doktor hochgelahrt / zum Lande der Spazoren. / Sie wünschten ihm vergnügte Fahrt / Und winkten mit den Ohren.«

»Den Zustand der Naivität« zu erreichen – darum ging es Hacks Ende November 1959 im Deutschen PEN-Zentrum Ost und West in der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Das war ganz einfach: »Das Publikum akzeptiert«, und der Künstler hütet sich vorm »Propagieren«. Ich war baff, machte die Schotten dicht, und das war der große Fehler. Denn Hacks' vergnügliche Abenteuerfahrt überwindet nach wie vor allerlei Barrieren, die sich aufgetan haben – grade weil seine Verse heute ledig jeder Pflicht akzeptiert werden können. Vielleicht war es doch kein schlechter Gedanke, utopische Restbestände in Alltagssprache und populären Redewendungen zu horten (»Altes neu anzulegen«: Hacks). Das wäre eine freche Strategie affirmativer Travestie.

Es kommt Bewegung in die Sache, Witz, und es wird umgelenkt. In der »Schlacht bei Lobositz« war es Hacks noch um den Prozeß gegangen, wie der Offizier den »natürlichen Haß auf sich in einen unnatürlichen Haß auf den Feind« umlenkt. Wenn wir jetzt nicht von Feind, sondern von Freund reden, dann könnte man sich fragen, wie man die pflichtgemäße Abneigung gegen spazorischen Kitsch und platten Eins-zu-eins-Realismus umlenkt in eine pflichtwidrige, evtl. sündhafte, aber herzliche Zuneigung zu verloren Geglaubtem aus heiler Sozialistenzeit. Dann wäre Peter Hacks heute der Jeff Koons der Verseschmiede, und daß etwas heil resp. schöne Utopie gewesen ist, bliebe gefällige Behauptung. Die Affirmation setzt sich von selbst in Anführungszeichen. Da steht nun in Tüttelchen, an was ich geglaubt hatte, 1957 auf der Fahrt nach Berlin. Das ist zum Lachen. Und zum Weinen.

Die »Jetztzeit«-Gedichte sind auch in dem gerade erschienenen Band Peter Hacks: *Die Gedichte* (Edition Nautilus) enthalten.

Konkret 03/00, S. 58

Hermann Peter Piwitt

Reimpatrouille II

Fortsetzung der kleinen Aussprache über die »Jetztzeit«-Gedichte, die Peter Hacks in KONKRET 1/98 bis 12/99 veröffentlicht hat

Im deutschsprachigen Kulturkanal 3sat eine Reportage mit dem Titel »Die Baumfrau«. Berichtet wird von einer jungen Frau, die im Norden der Rocky Mountains seit 22 Monaten in der Krone eines Red-Pine-Baumes in einem Zelt überlebt. Sie hat seinerzeit den höchsten Baum des Landstrichs erklettert, um dagegen zu protestieren, daß ein Holzkonzern die Berge von den letzten 2.000 Jahre alten Red Pines kahlschlägt. Die Bäume sind bis zu hundert Meter hoch. Ihr Holz bringt dem Konzern einen enormen Gewinn. Der Konzern ist einer der größten »Arbeitgeber« der Region. Die von ihm abhängigen Holzfäller hassen das Mädchen und versuchen alles, sie herunterzuholen. Mit Hubschraubern drangsaliert man sie, mit dem eisigen Sturm, den sie mit den Rotorblättern entfachen. An Händen und Füßen hat sie inzwischen Erfrierungen. Trotz allem gelingt es ihren Freunden, ihr immer wieder Essen und Trinken hochzuseilen. Sie hat ein Telefon. Sie telefoniert mit ihren Eltern.

Bestimmt haben die Gedichte von Peter Hacks ein literarisches Geheimnis, einen doppelten Boden, womöglich einen ganzen Blätterteig davon. Ich weiß das nicht so genau. Ich weiß auch nicht, ob Hacks ein einzigartig großer Schriftsteller ist. Auf Stars, Genies und ähnliche Desaster ist eh geschissen. Ich bin mir nur eines sicher: daß Hacks etwas von dieser Frau und diesen Bäumen hat. Er ist weise über die Jahrhunderte hinweg. Gegen das uns einverleibte Wahnsystem Realität behauptet er das Un-geheuerliche. Mit altdeutschem Gelächter und gröbster Andacht reimt er »Gemahlin« auf »Stalin«. Und schon stinkt jedem, der noch eine Spur Noblesse im Leib hat, die »westliche Wertegemeinschaft« in den Erdkern ab. – Gemessen an Hacks ist noch ein Schlingensief bloß ein Fall für Bärbel Schäfer.

Konkret 03/00, S. 58

Mark Siemons

Reimpatrouille II

Fortsetzung der kleinen Aussprache über die »Jetztzeit«-Gedichte, die Peter Hacks in KONKRET 1/98 bis 12/99 veröffentlicht hat

»Das Leben ist leichter geworden, Genossen, das Leben ist heiterer geworden«: Mit Sentenzen wie dieser hat Stalin eine Wirklichkeit nicht beschrieben, sondern selber erst geschaffen, definiert. Ihre Wahrheit hängt vom Klassenstandpunkt ab, vom schöpferischen Willen der Macht also, nicht von der Empirie. Seitdem man den Preis dieser Art Kreativität kennt, ist sie etwas aus der Mode gekommen, und noch mehr, nachdem ihre Machtbasis zerfiel. Auf um so mehr Aufmerksamkeit konnte daher die überraschende Wiederkehr dieses unverwechselbaren Tons rechnen. »Wie aufgeklärt hier alles. Wie durchheitert«, heißt es in einem Gedicht von Peter Hacks über sein »Vaterland«, die DDR. Es gehört zu einem Zyklus mit dem Titel »Jetztzeit«, den die linke Zeitschrift KONKRET in den letzten beiden Jahren veröffentlicht hat. Hacks' Verse lassen keinen Zweifel daran, daß die Verwicklungen der Zeitläufte seinem Klassenstandpunkt nichts anhaben konnten: »Der Erdenwunder schönstes war die Mauer. / Mit ihren schmucken Türmen, festen Toren. / Ich glaub, ich hab mein Herz an sie verloren.« In einem anderen Gedicht erscheint ihm das mitten in Ost-Berlin wiedererstandene Stalin-Denkmal im Traum: »Er blickt sehr würdig, seiner / Sehr sicher auf die Stadt, / Unangestrengt wie einer, / der sie gerettet hat.«

Die jüngste Ausgabe von KONKRET (1/2000, d. Red.) zeigt, daß die Gedichte im Kreis der Zeitschrift für Irritationen gesorgt haben. Mitarbeiter beschweren sich da über diese Dokumente »stalinistischer Seniorenerotik aus der Schönhauser Allee« und dekretieren: »In eitel Zierrat hat er ein neues Rokoko eröffnet.« In Leserbriefen war schon zuvor von »Staatsvergötterung«, ja von purer »Nazi-Ideologie« die Rede ... Drei Dinge sind es, die den linken Kritikern an Hacks vor allem aufstoßen: sein Klassizismus, sein Stalinismus und sein Machismo. Die Ärgernisse haben ihren Ursprung in einer Ästhetik, die Hacks schon vor Jahrzehnten fixierte. Schon immer hatte er die herbe Klassik eines starken Staates entschieden höher geschätzt als die sentimentale Romantik der Revolution. Das hat ihm neben dem Haß der meisten Linken die klammheimliche Verehrung mancher Rechter eingetragen. »Kunst, um Kunst zu sein«, hatte er 1966 in seiner »postrevolutionären Dramaturgie« geschrieben, »braucht, außer Widersprüchen, auch eine sinnlich faßbare Einheit derselben«, wie er sie etwa in der griechischen Polis und in der Ulbrichtschen DDR gegeben sah: »Eine solche Einheit hebt die Kunst über die Armut naiver Parteilichkeit hinaus und befähigt sie zur Idee der Totalität.« Nähme man das zum Nennwert, so müßte die unverminderte Produktivität Hacks' in den vergangenen zehn Jahren erstaunen, gibt es den Staat doch nicht mehr, den er als Bedingung seiner Ästhetik postulierte. Doch vermutlich war das politisch-ökonomische Realitätsprinzip, mit dem er kokettiert, für ihn in Wahrheit immer schon ein poetisches Prinzip ...

Völlig unklar bleibt dabei freilich, in welchem Verhältnis das lyrische Ich dieser Gedichte zum Menschen Hacks steht. In den Versen selbst erlaubt sich der Dichter nicht das geringste ironische Augenzwinkern. Die Pose der Gedichte bleibt so ungerührt wie seine Miene, die man von den wenigen Fotos kennt. Vielleicht kann man Peter Hacks als den Andy Warhol des Stalinismus bezeichnen. So wie Warhhol die Strukturen der amerikanischen Massenkultur in der Affirmation grotesk übersteigert, so Hacks das kulturelle System des Stalinismus. Von dessen Terror ist da so wenig die Rede wie vom wahren Inneren des Autors. Als das eigentliche Kunstwerk stilisiert sich Hacks selbst: als Produkt einer Zeit, das diese überlebt hat ...

Auszug aus Mark Siemons: »Der Warhol Stalins: Ein Streit um Hacks«, in: »FAZ«, 13.1.2000

Konkret 03/00, S. 59

Marit Hofmann

Auf dem Bindestrich

Sehenswerte Bestsellerverfilmungen sind noch seltener als lesenswerte Bestseller - Frank McCourts irischamerikanische Erinnerungen bilden in jeder Hinsicht eine Ausnahme

Es muß Frank McCourt heute noch absurd vorkommen, daß sich sein Wunschtraum, ein berühmter Schriftsteller zu werden, ausgerechnet mit dem Aufschreiben seiner eigenen, alles andere als glamourösen Lebensgeschichte, der »unglücklichen irischen katholischen Kindheit«, erfüllt hat. Als der 23jährige dank der amerikanischen »GI Bill« nach dem Kriegsdienst, unfaßbar genug, ohne Highschool-Abschluß in New York die Zulassung zum Studium bekam, hätte er alles dafür getan, seine Vergangenheit zu verleugnen. Doch der irische Akzent, die schlechten Zähne und die vom Kohlenschleppen entzündeten Augen verrieten schnell, daß er nicht zu den wohlbehüteten Studenten gehörte, die in den Vorlesungspausen in der Cafeteria über den Camusschen Existenzialismus und den Selbstmord diskutierten, während er als Lagerarbeiter schuftete, um seinen Unterhalt zu verdienen und seiner Mutter etwas Geld ins heimische Limerick schicken zu können. Als es in der Literaturklasse ans Aufsatzschreiben ging, hätte er seine Familie am liebsten »in einem komfortablen Haus in einem Vorort« untergebracht und aus seinem arbeitslosen, dem Suff verfallenen Vater »einen Postbeamten mit Pensionsberechtigung« gemacht. Zu seiner Überraschung reagierten die Kommilitonen, insbesondere die adretten protestantischen Collegegirls, die er niemals anzusprechen gewagt hätte, gerührt auf seinen Text, in dem er das der sechsköpfigen Familie von der Gesellschaft vom hl. Vincent de Paul zugeteilte Bett als wichtigsten Gegenstand seiner Kindheit vorstellt. Sie sagten, es »erinnert sie an Dickens, obwohl ich nicht einsehe, wieso, weil bei Dickens immer alles gut ausgeht«.

Auch der späte Überraschungserfolg des heutigen Bestsellerautors und Pulitzer-Preisträgers kann nicht, darauf beharrt der alte McCourt, mit den Leiden der Vergangenheit und ihren Ursachen, den anhaltenden Repressionen durch Staat und Kirche, aussöhnen. Den Rummel um seine Person beobachtet er aus skeptischer Distanz: »Wäre das dreißig Jahre früher passiert, wäre ich von Alkohol und Ausschweifungen längst tot.«

So gesehen ist es ein Glücksfall, daß McCourt erst mit 64, nach seiner Pensionierung als Highschoollehrer, die angemessene Form fand, um seinen von Gore Vidal inspirierten autobiographischen »Versuch, die Tatsachen des eigenen Lebens neu zu schaffen«, umzusetzen. Der literarische Kunstgriff in *Die Asche meiner Mutter,* mit der Stimme des Kindes zu sprechen, ist um so wirkungsvoller, als die kindliche Unwissenheit beim Leser das Unbehagen verstärkt - etwa wenn der kleine Frank den durch Mangelernährung und unzulängliche Unterkunft verursachten Kindstod seiner Geschwister zu verstehen versucht: »Es ist schlimm, meine Schwester und meine Brüder in eine Kiste zu stecken, und ich würde gern jemandem etwas sagen.« Und sich mit einer skurrilen Vorstellung vom Jenseits tröstet: Sie sind »weit weg von der Feuchtigkeit des Shannon, die einen umbringt, oben im Himmel ..., und da gibt es jede Menge Fisch, Fritten und Karamelbonbons und keine Tanten. die einen ärgern, und alle Väter bringen ihr Stempelgeld vom Arbeitsamt nach Hause, und man braucht nicht in den Kneipen herumzurennen, um sie zu finden.«

Wenn das Kind die Schikanen der frömmelnden Verwandten kommentiert, denen die Mutter ausgesetzt ist, weil sie »einen aus dem Norden« geheiratet hat, entlarvt der naive Ton die verknöcherten Konventionen: Eine Tante sagt, sie weiß nicht, woher die Mutter »ihre unsaubere Art hat, denn Angelas Mutter war makellos, so sauber, daß man bei ihr vom Fußboden essen konnte. - Ich frage mich, warum man vom Fußboden essen möchte, wenn man einen Tisch und einen Stuhl hat.«

Heute delektieren sich nicht nur Touristenscharen auf »Angela-Touren« am Elend der Slums von Limerick; da ein literarischer Weltbestseller nun mal verfilmt gehört, wurde die Gosse mangels authentischer Original-Schauplätze von einem Drehteam mit einem Gesamtbudget von 45 Millionen nachgebaut. Das Ergebnis immerhin kann sich sehen lassen. Zwar gilt für Alan Parkers Leinwand-Version von *Die Asche meiner Mutter* das gleiche wie für die meisten Literaturverfilmungen: Wer das Buch gelesen hat, braucht den Film nicht zu sehen. In diesem Fall aber fühlt sich der Leser nicht betrogen. Parker nutzt insbesondere die Mittel der Schnittechnik, um den lakonischen Erzählstil McCourts zu stützen: Da fängt ein kleines Kind der Familie beim Spielen an zu husten - Schnitt - und die Familie steht an seinem Grab. An einer entsprechenden Stelle im Buch heißt es lapidar: »Er ist dann sowieso gestorben. Sechs Monate nach Olivers Heimgang wachten wir an einem ekligen Novembermorgen auf, und da lag Eugene kalt neben uns.«

Anders als dem Sentimentalfilmer Neil Jordan, der nicht davor zurückschreckte, den Roman seines leider weniger bekannten irischen Landsmanns Patrick McCabe, *Der Schlächterbursche,* im Kino zu erledigen, legt Parker es darauf an,

das sozialkritische und gesellschaftsanalytische Potential zu stärken und dabei auch die humoristischen Elemente (etwa durch kontrastierenden Musikeinsatz: irische Weisen und Dixielandjazz, tragischer Verdi und Billie Holiday) nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Allenfalls das versöhnliche Ende des Films hat einen Schönheitsfehler: Frank sieht auf seiner mühsam zusammengesparten Überfahrt nach Amerika, in Erwartung des Anblicks der Freiheitsstatue, einfach zu gut aus. In Wirklichkeit war er zu diesem Zeitpunkt »eine Katastrophe - dünn, häßlich, schüchtern, mit entzündeten Augen, die aussahen wie Pißlöcher im Schnee«.

Folgerichtig beschreibt der gleich in Millionenauflage erschienene zweite Teil der McCourtschen Erinnerungen, *Ein rundherum tolles Land,* fortgesetzte Demütigungen und - der reifere Ich-Erzähler hat mittlerweile eine Vorliebe für Sarkasmus entwickelt - die Desillusionierung des Kindertraums Amerika. Die »irische Seele« erweist sich als Konstrukt, das die Einwanderer auf das Fremdsein und ein Leben »auf dem Bindestrich von Irisch-Amerikanisch« festlegt und das sie bereitwillig annehmen, wenn es gilt, eine Entschuldigung für die Anziehungskraft der irischen Exil-Pubs zu finden.

Die Erfahrungen des Studenten mit den von Armutsromantik gerührten Kommilitonen scheinen sich nun in den Kritikerreaktionen fortzusetzen: »Wenn ein Ire ein Buch schreibt, dann halten die Kritiker es sofort für charmant, lyrisch und poetisch. Ich hätte mir gewünscht, sie hätten es urban und forsch genannt.« Von Vergleichen mit Dickens bitten wir abzusehen.

Frank McCourt: *Die Asche meiner Mutter. Irische Erinnerungen.* Goldmann/btb, München *1998* (8.Aufl.), *540* Seiten, *20* Mark

ders.: *Ein rundherum tolles Land. Erinnerungen.* Luchterhand, München *1999, 492 S., 48* Mark

Die Asche meiner Mutter. Regie: Alan Parker; mit Emily Watson, Robert Carlyle; GB *1999 (UIP); 143* Minuten; ab *2.3. im* Kino

---

Marit Hofmann bedankte sich in KONKRET 2/2000 für die Zulassung von Frauen zum Dienst an der Waffe

Konkret 03/00, S. 60

Gerhard Bolte

Replik auf eine Provokation

Hat Matthias Küntzel in seinem Essay über die Kritische Theorie und ihre Erklärungsversuche zum Holocaust (KONKRET 12/99 u. 1/2000) einen wunden Punkt getroffen oder blind um sich geschlagen?

»Im Hause des Henkers soll man nicht vom Strick reden«, bemerkte Adorno in seinem Vortrag »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«, »sonst hat man Ressentiment.« Die kritischen Theoretiker bekamen es zu spüren, als sie 1949 aus dem amerikanischen Exil in das von kapitalistischer Restauration und Kaltem Krieg geprägte Deutschland zurückkehrten und fast als einzige auf einer rückhaltlosen Aufdeckung der gesellschaftlichen Ursachen des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen bestanden. Schon im Exil hatten sie ihre theoretischen Anstrengungen auf das Phänomen konzentriert, daß der Rückfall in Barbarei die fortgeschrittene kapitalistische Zivilisation im Angesicht der Möglichkeit freier, klassenloser Vergesellschaftung bedroht und spätestens mit den Weltkriegen und den nationalsozialistischen Verfolgungen von Juden, anderen Minoritäten und politischen Gegnern auch eingeholt hatte. Als eine der ersten Einrichtungen war das Frankfurter Institut für Sozialforschung nach der Machtübergabe an die Faschisten 1933 geschlossen worden, und seine Mitglieder gehörten als Juden und Intellektuelle zum engsten Kreis der Verfolgten des Regimes. Wer ausgerechnet deren kritischer Gesellschaftstheorie Blindheit in bezug auf die Sympathie eines großen Teils der deutschen Bevölkerung mit dem Nazi-Regime und eine zu milde Bewertung ihrer Verstrickung im System der Judenvernichtung unterstellt, will provozieren.

Matthias Küntzel hat in KONKRET sowie an anderer Stelle den untauglichen Versuch unternommen, der Kritischen Theorie Defizite in der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Vernichtung der europäischen Juden nachzuweisen. Dabei stützt er sich im wesentlichen auf einige Passagen aus drei Texten: dem *Behemoth* von Franz Neumann, dem Aufsatz »Die Juden und Europa« von Max Horkheimer und den »Elementen des Antisemitismus« aus der *Dialektik der Aufklärung* von Horkheimer und Adorno. Die von Küntzel bemängelten Defizite lassen sich in einigen Sätzen zusammenfassen. Die Orientierung der kritischen Theoretiker an der Ökonomiekritik von Marx habe sie zur Annahme einer ökonomisch bestimmten dichotomen Herrschaftsstruktur geführt und daran gehindert, die rassistische Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus angemessen zu erfassen. Ferner unterschätzten sie die »Eigenmächtigkeit der antisemitischen Ideologie«. Schließlich lasse ihr universeller theoretischer Zugriff, ihre »Ableitung des Judenmords aus der Gesamtgeschichte der europäischen Zivilisation« eine korrekte Würdigung des spezifisch nationalen Elements, insbesondere der unverbesserlichen Bosheit des deutschen Nationalcharakters und seiner quasi naturgegebenen Affinität zum Rassismus ebenso vermissen wie das Verständnis der »Singularität« der deutschen Verbrechen. Zwar vermeidet es Küntzel, eigene Positionen sichtbar werden zu lassen. Die Stoßrichtung seiner Argumentation zeigt aber, daß er in der materialistischen Theorie der Gesellschaft, wie sie in kritischer Aneignung des deutschen Idealismus und unter klarem Bezug auf die ökonomische Gesellschaftstheorie von Marx und die Tiefenpsychologie von Freud im Frankfurter Institut für Sozialforschung konzipiert worden ist, den antideutschen Akzent vermißt.

Gegen Franz Neumanns umfassende und unter den schwierigen Bedingungen des amerikanischen Exils durchgeführte Analyse der »Struktur und Praxis des Nationalsozialismus«1, die vielleicht eher als Goldhagens Studie das Prädikat bahnbrechend verdient, kann Küntzel wenig einwenden. Zu bedenken ist, daß Neumanns Arbeit sich nicht auf historisches Material, sondern auf simultan ablaufende gesellschaftspolitische Prozesse bezog; und dies zu einem Zeitpunkt, als es eine empirische Sozialforschung als etablierte Wissenschaftssparte noch gar nicht gab. Es mag zutreffen, daß Neumann dem Antisemitismus bei der Bewältigung des ungeheuren empirischen Materials einen zu geringen Stellenwert eingeräumt hat. Richtig ist auch, daß er sich mit der Einsicht, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse sich zum nationalsozialistischen Regime wenig widerständig und zumeist indifferent oder sogar unterstützend verhielt, schwer tat. Die Hoffnung, daß klassenbewußte Arbeiter sich organisieren und den Aufstand gegen den Faschismus wenigstens versuchen würden, mochte er nicht aufgeben. Aber er besaß auch genügend Realitätssinn, um schon im Vorwort des *Behemoth* festzustellen: »Eine militärische Niederlage Deutschlands ist notwendig. Ob der Nationalsozialismus ohne eine militärische Niederlage zerschlagen werden kann, weiß ich nicht. Aber eines weiß ich sicher: eine militärische Niederlage wird ihn auslöschen. Die militärische Überlegenheit der Demokratien und Sowjetrußlands muß dem deutschen Volk bewiesen werden. Die Ideologie des Nationalsozialismus steht und fällt mit seiner angeblichen ›Leistungskraft‹.«

Warum erwähnt Küntzel diese Sätze nicht, obwohl sie an so exponierter Stelle stehen? Warum kreidet er Neumann an, daß er dem Land, aus dem er vertrieben worden war, nicht die Zerstörung, sondern eine sozialistische Gesellschaftsordnung wünschte? Dies zeigt doch, daß dessen Arbeit nicht von diffusen Rachegefühlen, sondern von klaren gesellschaftspolitischen Zielsetzungen bestimmt war, über die im Institut für Sozialforschung eine weitgehende Einigkeit bestand. Absurd aber wird es, wenn Küntzel Neumann vorwirft, »der Vernichtung der Juden keine besondere Bedeutung beizumessen«. Als Neumann das Manuskript zum *Behemoth* 1941 abschloß, hatte das zur Debatte stehende Verbrechen

noch gar nicht stattgefunden. Im Anhang von 1944 bezeichnet Neumann den Antisemitismus der Nazis als »Speerspitze des Terrors« und stellt trotz der damaligen Unsicherheit und Unvollständigkeit des empirischen Materials die »planvolle Ausrottung der Juden« fest, ohne sie in allen Punkten richtig zu bewerten. Immerhin heißt es aber im Text: »Die auf Befehl der Nazis von immer breiteren Schichten des deutschen Volks praktizierte Verfolgung der Juden verwickelt diese Schichten in eine kollektive Schuld. Die Teilnahme an einem so ungeheuren Verbrechen wie der Ausrottung der Ostjuden macht die deutsche Wehrmacht, das deutsche Beamtentum und breite Massen zu Mittätern und Helfern dieses Verbrechens und macht es ihnen daher unmöglich, das Naziboot zu verlassen.«2 Was gegenüber dieser Feststellung Neumanns an Goldhagens Studie, die aus historischer Distanz und unter komfortablem Rückgriff auf ein durch jahrzehntelange Forschung bereits strukturiertes und diskutiertes Material durchgeführt werden konnte, nun so bahnbrechend ist, muß Küntzel noch erklären.

In dem 1939 in der »Zeitschrift für Sozialforschung« publizierten Aufsatz »Die Juden und Europa« kritisiert Max Horkheimer die Illusionen der liberalen Juden, die sich ihrer bürgerlichen Existenz sicher gewähnt und ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht hatten. Neben vielen herrschaftssoziologisch richtigen Einsichten – »Nationale Aufbrüche sind der erlaubte Ersatz für die Revolution« oder »Die Produktionsverhältnisse setzen sich gegen die humanitären Regierungen durch« – enthält der Text auch einige Fehleinschätzungen, weil er unter dem Eindruck der Staatskapitalismusthese Friedrich Pollocks formuliert worden ist, wie auch Küntzel anmerkt. Pollock hatte behauptet, der Kapitalismus sei unter der Herrschaft des Nationalsozialismus in eine neue Phase getreten, in der die Konkurrenz weitgehend ausgeschaltet sei und die gesamte Produktion und Distribution unter unmittelbarer Kontrolle weniger großer Staatsmonopole funktioniere. Die Sphäre der Zirkulation, die sozialökonomische Basis des Handels- und Bankkapitals, das sich häufig in jüdischer Hand befand, habe ihre Bedeutung verloren. Die Staatskapitalismusthese war eine theoretische Sackgasse, in die sich auch Horkheimer und Adorno kurzfristig begaben. Sie bildete den Hintergrund für die stramm ökonomistische Deutung des Antisemitismus in »Die Juden und Europa«.

Küntzels Kritik daran hat zweifellos ihr Recht; nur leistet sie nicht das, was der Autor bezweckt: den Nachweis struktureller Defizite der Kritischen Theorie. Denn Horkheimer selbst hat die dort formulierten Einschätzungen zur Judenverfolgung bald darauf aufgegeben und sich, wie auch Küntzel einräumen muß, zeitlebens gegen eine Neupublikation dieses Aufsatzes gesperrt. Wer einer Theorie Fehler ankreidet, die von ihren Protagonisten schon vor Jahrzehnten erkannt und korrigiert wurden, trägt Eulen nach Athen. Bezeichnend ist auch, was Küntzel in diesem Zusammenhang leider nicht erwähnt: daß der von ihm so hart gerügte Franz Neumann die Irrtümer der Staatskapitalismusthese frühzeitig bemerkt und sie im *Behemoth* am empirischen Material widerlegt hat. Er hat gezeigt, daß der Kapitalismus unter der politischen Herrschaft der Nationalsozialisten in seinen tragenden Strukturen und Funktionen erhalten blieb. Markt und Konkurrenz wurden durch staatliche Wirtschaftslenkung sowie Kartellierungs- und Monopolisierungsbewegungen keineswegs ausgehebelt. Neumann nannte die Wirtschaft des Nazi-Reiches »eine privatkapitalistische Ökonomie, die durch einen totalitären Staat reglementiert wird« (*Behemoth*, s. Anm. 2, S. 313). Trotz aller Volksgemeinschaftspropaganda blieb der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft, die private Aneignung des Mehrprodukts aus fremder Arbeit und der ökonomische Druck auf die Arbeiter, ihre Arbeitskraft zu den vom Kapital diktierten Bedingungen zu verkaufen, nicht nur in vollem Umfang erhalten. Durch die Zerschlagung der Gewerkschaften und der übrigen organisierten Arbeiterbewegung wurde er sogar noch zugespitzt und im Verlauf des Krieges durch ein System der Sklaverei ergänzt.

Aber die Fortschreibung und Zuspitzung der Klassenherrschaft durch teilweise Suspendierung ihrer ökonomischen Vermittlungen im Nationalsozialismus ist Küntzel allenfalls »eine Portion Wahrheit«, weil »der soziale Grundwiderspruch des Kapitalismus von der rassistischen und antisemitischen Herrschaft des Deutschtums überwölbt war«. Wie kann ein Widerspruch, eine logische Kategorie, von Herrschaft überwölbt sein? Wie kann »das Deutschtum«, ein Abstraktum, was immer es denn bedeuten mag, irgendeine Herrschaft ausüben? Was ist eine »Portion Wahrheit«? Verstehe diesen Unsinn, wer will. Daß Küntzel nicht nur schlampig formuliert, sondern auch mit der Logik auf Kriegsfuß steht, zeigt sich, wenn er eine eindeutig hypothetische Aussage aus der *Dialektik der Aufklärung* als apodiktisch klassifiziert. Was er aber im hier angesprochenen Zusammenhang mit wurstigen Formulierungen verschleift, ist die Erfahrung, daß es für die Übertragung der politischen Macht an die Nationalsozialisten eine klassenspezifische Verantwortung gibt. Zwar konnte sich die NSDAP auf eine – übrigens keineswegs spontane, sondern straff organisierte – Massenbasis stützen. Es bleibt aber eine historische Tatsache, daß sie nicht durch Massenaktionen und auch nicht durch demokratische Wahlen an die Macht gekommen ist. Es waren nicht Arbeiter und Arbeitslose, die für die NSDAP Geld sammelten, nachdem diese bei der Wahl im November 1932 Stimmen verloren hatte und finanziell in der Klemme steckte. Großzügige Geldspritzen aus der Industrie halfen schnell und unbürokratisch. Die bewußte Entscheidung führender Wirtschaftskreise, alte und neue politische Rechtsparteien unter Führung der NSDAP zu einer antidemokratischen Front zusammenzuschließen, erfolgte sicher, weil diese die Massen hinter sich versammeln konnte – aber erst, nachdem Hitler hatte erkennen lassen, daß die Eigentums- und Produktionsverhältnisse nicht angetastet würden. Und die Übertragung der Regierung von Papen an Hitler wurde mit Billigung der wichtigsten Wirtschaftsmagnaten in einem sehr kleinen Kreis getroffen. Mit großem Recht haben Neumann und auch Horkheimer darauf verwiesen, daß wichtige Fraktionen des Großbürgertums ihr Interesse an der Erhaltung ihres Besitzes und ihrer ökonomischen Macht schließlich der NSDAP anvertraut und dieser an die Regierung geholfen haben.

Gemessen an ihrem finanziellen und politischen Einfluß vermochten Arbeitslose, Arbeiter und Kleinbürger nichts – selbst wenn sie, ihre wirklichen Interessen verratend, den Hakenkreuzen hinterherliefen. Auch Daniel Goldhagen ist ja in seinem Buch über *Hitlers willige Vollstrecker* zu der Einschätzung gelangt, daß der Antisemitismus in Deutschland latent geblieben wäre, wenn nicht die militanten Antisemiten an die Staatsspitze vorgerückt wären. Und dafür tragen maßgebliche Teile der Großbourgeoisie die Hauptverantwortung.

Küntzels Text wird den bedeutenden Leistungen der Kritischen Theorie bei der theoretischen Durchleuchtung und empirischen Erforschung des Faschismus und Antisemitismus in keiner Weise gerecht. Der theoretische und forschungsstrategische Zusammenhang, in dem die von ihm herangezogenen Schriften stehen, wird wenig berücksichtigt, geschweige denn angemessen dargestellt. Man gewinnt den Eindruck, daß Küntzel willkürlich einige Texte herausgegriffen und daraus überwiegend zusammenhanglos und selektiv zitiert hat, um die vorweg feststehende These von der Verharmlosung des Antisemitismus selbst noch angesichts der massenhaften Vernichtungswut der Deutschen zu belegen. Vor diesem Hintergrund läßt sich wohl trefflich moralisieren; in bezug auf die Theorie bleibt das Verfahren ganz äußerlich und unproduktiv. Es ist nicht der Anspruch dieser Replik, alle theoretischen Mißverständnisse und sinnentstellenden Zitate des Küntzel-Textes zu korrigieren. Einige werden im Zuge der inhaltlichen Erörterung diskutiert. Schlicht unseriös ist es, wenn Küntzel aus einem Brief Leo Löwenthals, in welchem dieser Adorno für seine Unterstützung in einem institutsinternen Disput zur Bewertung einer empirischen Untersuchung zum Antisemitismus dankt, einen Einspruch gegen Adornos Position herauszupressen versucht.3 Zunächst aber sei an den sachlichen Zusammenhang erinnert, in welchem die einzelnen Arbeiten Kritischer Theorie stehen.

Noch während des ersten imperialistischen Weltkrieges hatte Rosa Luxemburg die geschichtliche Alternative des Jahrhunderts formuliert: entweder sozialistische Revolution und Aufhebung der Klassengegensätze in freier, solidarischer Vergesellschaftung der Individuen oder Rückfall in Barbarei und Untergang der Zivilisation. Für Horkheimer und seine Mitarbeiter im Institut für Sozialforschung bestand kein Zweifel daran, daß durch die weltweite Krise der kapitalistischen Wirtschaft der Rückfall in Barbarei zu einer unmittelbaren Bedrohung all dessen geworden war, was es an humanen Bestrebungen noch gab, und daß er mit der Installierung faschistischer Regierungen in mehreren Ländern Europas bereits konkrete Gestalt angenommen hatte. Die kritischen Theoretiker begriffen dies als die zentrale Herausforderung avancierter Gesellschaftstheorie und versuchten, das Phänomen gewissermaßen forschungsstrategisch einzukreisen. Schon 1932 hatte Horkheimer in seinem Aufsatz »Geschichte und Psychologie« die Erschließung der modernen Tiefenpsychologie für die Gesellschaftsanalyse angemahnt. »Daß die Menschen ökonomische Verhältnisse, über die ihre Kräfte und Bedürfnisse hinausgewachsen sind, aufrechterhalten, anstatt sie durch eine höhere und rationalere Organisationsform zu ersetzen, ist nur möglich, weil das Handeln numerisch bedeutender sozialer Schichten nicht durch die Erkenntnis, sondern durch eine das Bewußtsein verfälschende Triebmotorik bestimmt ist. Keineswegs bloß ideologische Machenschaften bilden die Wurzel dieses historisch besonders wichtigen Moments – eine solche Deutung entspräche der rationalistischen Anthropologie der Aufklärung und ihrer historischen Situation – , sondern die psychische Gesamtstruktur dieser Gruppen, d. h. der Charakter ihrer Mitglieder wird im Zusammenhang mit ihrer Rolle im ökonomischen Prozeß fortwährend erneuert. Die Psychologie wird daher zu diesen tieferliegenden psychischen Faktoren, mittels deren die Ökonomie die Menschen bestimmt, vorzustoßen haben, sie wird weitgehend Psychologie des Unbewußten sein.«

Die Entwicklung einer materialistischen Sozialpsychologie, welche die massenpsychologische Dimension des Faschismus beleuchten konnte, gehört zu den großen Leistungen der Kritischen Theorie. Fromms Arbeit *Zum Gefühl der Ohnmacht*, die *Studien über Autorität und Familie*, zahlreiche andere herrschaftssoziologische, ideologiegeschichtliche, vernunftkritische und empirische Studien wie z. B. *Egoismus und Freiheitsbewegung*, *Autoritärer Staat*, *Vernunft und Selbsterhaltung* von Horkheimer, Löwenthals Hamsun-Kritik, Marcuses Kritik der totalitären Staatsauffassung, Horkheimers *Kritik der instrumentellen Vernunft* und schließlich die Untersuchungen zur autoritätsgebundenen Persönlichkeitsstruktur – sie alle kreisten um die Frage, »warum die Menschheit, anstatt in einen wahrhaft menschlichen Zustand einzutreten, in eine neue Art von Barbarei versinkt« (*Dialektik der Aufklärung*).

Mit der *Dialektik der Aufklärung* wandten sich Horkheimer und Adorno den philosophischen Konsequenzen zu, die diese Frage aufwirft. In kritischem Bezug auf deutschen Idealismus, Marxsche Gesellschaftstheorie, Nietzsches Vernunftkritik und Freuds Psychoanalyse unternahmen sie den Versuch, die Grenzen der Aufklärung aus ihrem innersten Entwicklungsprinzip zu begreifen, um ihr utopisches Potential gegen ihre realgeschichtliche Tendenz zur Selbstzerstörung zu retten. Küntzel kann damit nicht viel anfangen. Schon sein schlampiger Umgang mit zentralen gesellschaftstheoretischen Begriffen wie Utopie, Ideologie oder Totalität läßt dies erkennen. Wie will er die von Horkheimer und Adorno in der *Dialektik der Aufklärung* angesprochene Verleugnung der Utopie als antisemitisches Motiv nachvollziehen, wenn er den nationalsozialistischen Herrschaftsanspruch des arischen Deutschen allen Ernstes als Utopie bezeichnet? Der Begriff der Ideologie wird in der *Dialektik der Aufklärung* im streng Marxschen Sinne eines objektiven Scheins der Verhältnisse selbst verwendet und zugespitzt zu der These, daß mit der Entwicklung der Kulturindustrie die Ideologie mit der gesellschaftlichen Basis zu einem undurchdringlichen Brei verschmilzt, in welchem Realität und Schein

gar nicht mehr zu unterscheiden sind. Die Stelle vormaliger Ideologie wird dann durch weltanschauliche Angebote besetzt, die von Horkheimer und Adorno ironisch als »Tickets« bezeichnet werden. Ihr Anspruch ist nicht mehr die ideologische Erhöhung der Realität zu einem Vernunftganzen; sie sind auch nicht nach Kriterien von Wahrheit oder notwendigem Schein auf die Realität bezogen; Geltung können sie beanspruchen, sobald sie sich durch Macht behaupten. Auf solche Weise konnte der faschistische Rassenwahn trotz seiner offenkundigen Absurdität geschichtsmächtig werden. Die völkisch-antisemitische Hetze ist keine Ideologie, sondern die offene Lüge, die sich durch Gewalt Respekt verschafft – »wahr in dem Sinn, daß der Faschismus sie wahr gemacht hat«.

Von all dem hat Küntzel nichts begriffen. Durch keinerlei Zweifel getrübt gebraucht er den Ideologiebegriff im oberflächlichen Sinn von Weltanschauung, der in der *Dialektik der Aufklärung* als Ticketdenken der Kritik verfällt. Die dialektisch unbegriffene Kehrseite dieses Irrtums ist dann die »Eigenmächtigkeit der antisemitischen Ideologie«, die von Horkheimer und Adorno »unterschätzt« werde. Was soll dieser vulgäridealistische Popanz? Horkheimer und Adorno zeigen doch, was an falschem ökonomischen Schein und religiöser Verhärtung im völkischen Antisemitismus überlebt. Nur bezweifeln sie mit Recht, daß solche ideologischen Orientierungsreste von sich aus zu Bluttaten anstacheln. Deshalb verfolgen sie – konsequent materialistisch – in den Thesen über Idiosynkrasie und pathische Projektion das antisemitische Syndrom bis in die subtilsten psychischen Prozesse und die Wahrnehmungsstruktur der Menschen. Sie gehen bis an die Grenze zur Physis. Einer Grundthese der *Dialektik der Aufklärung* folgend, versuchen sie, in der durch äußere und innere Beherrschung deformierten psychischen und körperlichen Natur der Individuen die Mechanismen aufzuspüren, durch die sich Gewalt und Herrschaft immer wieder reproduzieren.4 In Küntzels Text wird nicht deutlich, ob er diesen für die Entschlüsselung des Antisemitismus bedeutenden Erkenntnissen überhaupt Beachtung schenkt.

Ein kapitales Mißverständnis ist Küntzels Behauptung, in der *Dialektik der Aufklärung* werde der »Judenmord aus der Gesamtgeschichte abendländischer Zivilisation abgeleitet«. Durch idealistische Subreptionen zureichende Gründe zu finden für Ereignisse, die keine solchen haben können, am Ende gar eine Theodizee zu schreiben – das war nicht Horkheimers und Adornos Ehrgeiz. Es geht um begriffliche Annäherung an in letzter Instanz nicht Begreifbares, wie Küntzel aus dem Massing-Vorwort selber zitiert, ohne zu verstehen, daß der dialektischen Formulierung vom »zu begreifenden Unbegreiflichen«5 eine objektive Aporie zugrunde liegt, weil ein Verbrechen wie das von Auschwitz der Vernunft spottet. Wer davor nicht resignieren will, dem bleibt nichts übrig, als das Licht der Vernunft auch dorthin zu lenken, wo schließlich das Dunkel des Grauens die Oberhand behalten wird. Die »Elemente des Antisemitismus« sind eine Art Konstellation philosophischer Thesen – ein Verfahren, das die Kritische Theorie dort anwendet, wo bündige Deduktionen versagen. Küntzels Kritik daran ist hilflos. Einmal beklagt er das Unsynthetische des Verfahrens, dann wieder argwöhnt er Determinismus, obwohl dieser im Text ausdrücklich dem Paranoiker zugeschrieben wird, der die »Weltgeschichte zur Vollstreckerin unausweichlicher Katastrophen und Untergänge« macht. Nicht Prämissen, wie Küntzel schreibt, werden in den »Elementen des Antisemitismus« aufgestellt, sondern Schlüsse gezogen und deren Resultate zu Thesen verdichtet, die gerade deshalb Erklärungskraft besitzen, weil sie über die unmittelbaren Ereignisse hinausgehen.

Die historisch detailgetreue Darstellung der Vorgänge, die Küntzel einklagt, konnten und wollten Horkheimer und Adorno gar nicht leisten. Es ging um die philosophische Deutung des Rückfalls der Zivilisation in Barbarei auf einer geschichtlichen Stufe, wo die Mittel vorhanden sind, Herrschaft in klassenloser Gesellschaft aufzuheben. Und diese verlangt den universellen Zugriff, der mit der *Dialektik der Aufklärung* vorliegt. Der Rückfall wird nicht als zufällige Laune eines Volkes, auch nicht bloß als Ultima ratio von Machtinteressen, sondern als Fälligkeit einer alten Hypothek verstanden: der Verstrickung aufklärenden Denkens in die Beherrschung der äußeren und inneren Natur, die sich als immanente Schranke gegen die Aufklärung kehrt und mit den Mitteln zur Beherrschung der Natur auch die Naturverfallenheit der vergesellschafteten Menschen steigert. Die Hauptthese wird im Kapitel »Begriff der Aufklärung« entwickelt, in zwei Exkursen vertieft und an zwei Gegenwartsproblemen, der Kulturindustrie und dem Antisemitismus, durchgeführt.

Trotz des universellen Zugriffs gibt es aber in der *Dialektik der Aufklärung* keine Hegelsche Suprematie der Begriffe oder eine Vorrangstellung des Subjekts, wie sie noch für Lukács typisch ist. Wer irgend etwas verstanden hat, weiß, daß »der herrschaftliche Anspruch« des Geistes, »der ihn gerade der Natur versklavt«, zur Kritik steht und durch die Reflexion auf den »Bruch von Subjekt und Objekt«, die »Selbsterkenntnis des Geistes als mit sich entzweiter Natur« zurückgenommen werden soll. Der gesamte Duktus der in der *Dialektik der Aufklärung* vorgetragenen Vernunftkritik läuft auf diese Pointe zu. Die Kritische Theorie ist seit ihren Anfängen eine materialistische Theorie, die auf der »unaufhebbaren Differenz von Begriff und Realität« besteht.6 Weiß Küntzel, der anderen vorwirft, Passagen unkritisch zu überlesen, dies alles nicht, oder tut er nur so? Weiß er wirklich nicht, daß Totalität bei Horkheimer und Adorno stets eine kritische Kategorie ist? Muß an Adornos – oft mißverstandenen – Satz: »Das Ganze ist das Unwahre« denn noch erinnert werden? Daß die totale Gesellschaft der Individuation zwanghafte Schranken setzt, das Glück der Individuen und schließlich diese selber negiert, gehört zu den Hauptsätzen Kritischer Theorie. »Durch die Vermittlung der totalen, alle Beziehungen und Regungen erfassenden Gesellschaft hindurch werden die Menschen zu eben dem wieder gemacht, wogegen sich das

Entwicklungsgesetz der Gesellschaft, das Prinzip des Selbst gekehrt hatte: zu bloßen Gattungswesen, einander gleich durch Isolierung in der zwanghaft gelenkten Kollektivität« (*Dialektik der Aufklärung*).

Der Antisemitismus ist der reflexionslose Reflex solcher Regression. In seiner Blindheit ist er totalitär und unterscheidet nicht mehr zwischen Zweck und Mittel. »Immer ruft der Antisemitismus erst noch zu ganzer Arbeit auf. Zwischen Antisemitismus und Totalität bestand von Anbeginn der innigste Zusammenhang. Blindheit erfaßt alles, weil sie nichts begreift« (ebd.) Die These der Auswechselbarkeit der Opfer, über die Küntzel sich so aufregt, bedeutet nicht Gleichgültigkeit gegenüber den jüdischen Opfern. Sie folgt vielmehr zwingend aus der Einsicht, daß der Antisemitismus sich selbst Zweck ist. Ganz Zweck ist er auch ganz Mittel. Die Rede von der »Endlösung« war immer schlechte Propaganda. Die antisemitischen Mörder hätten sich kaum bei dem Gedanken beruhigt, den letzten Juden umgebracht zu haben, sondern sofort nach neuen Opfern Ausschau gehalten, zur Not auch in den eigenen Reihen. Der Antisemitismus gelangt nie zum Ende, weil er keine Lösungen findet. Er ist das Problem.

Albern wird es schließlich, wenn Küntzel ausgerechnet Horkheimer und Adorno die »Grundannahme einer ökonomisch bestimmten Dichotomie zwischen Herrschenden und Beherrschten« unterschieben will. Selbstverständlich waren Horkheimer und Adorno, wie übrigens auch schon Marx, mit allen Wassern Hegelscher Herrschafts-Knechtschafts-Dialektik gewaschen. In der *Dialektik der Aufklärung* ist die aller Herrschaft immanente Dialektik Thema. »Der Knecht bleibt unterjocht an Leib und Seele, der Herr regrediert. Keine Herrschaft hat es vermocht, diesen Preis abzudingen ...«, heißt es an einer charakteristischen Textstelle. Horkheimer und Adorno haben den dialektischen Herrschaftsbegriff bedeutend erweitert und auch auf die Beherrschung der äußeren und inneren Natur zum Zweck der Selbsterhaltung bezogen, die im Fortschritt von Technik und Zivilisation immer wieder als Naturverfallenheit auf die vergesellschafteten Individuen zurückschlägt. Die dialektische Verschränkung von Aufklärung und Herrschaft, von Naturbeherrschung und Naturverfallenheit, die wie ein mythisches Fatum auf der Aufklärung lastet, durch Selbstbesinnung des Denkens, durch Reflexion zu lockern, ist der wichtigste Impetus der *Dialektik der Aufklärung*. Küntzel scheint sich überhaupt nicht klarzumachen, wie eng die Thesen zum Antisemitismus auf dieses zentrale Motiv bezogen sind. Denn der Rassismus ist ebensowenig originell wie eigendynamisch; er ist bloß der letzte ideologische Abhub der Naturwüchsigkeit, die im Zentrum der herrschenden Vernunft sowohl wie der kapitalistischen Wirtschaft waltet. – »Die böse Liebe des Volkes zu dem, was man ihm antut, eilt der Klugheit der Instanzen noch voraus«, schreiben Horkheimer und Adorno im Abschnitt über Kulturindustrie. Man kann den Text fast an beliebiger Stelle aufschlagen und solche subtilen, dialektischen Formulierungen zum Begriff der Herrschaft finden, auch im Antisemitismuskapitel. »Die antisemitische Verhaltensweise wird in den Situationen ausgelöst, in denen verblendete, der Subjektivität beraubte Menschen als Subjekte losgelassen werden.«

Die Autoren der *Dialektik der Aufklärung* führen den Nachweis, daß die Manipulierten selbst Teil des Systems sind, das sie manipuliert; in der Kulturindustrie und auch im Faschismus. Küntzel reduziert die im Text vorgetragenen dialektischen Zusammenhänge auf platte Dualismen und projiziert diese dann in den Text. Während Horkheimer und Adorno Manipulation im dialektischen Zusammenhang von Subjektivität und Subjektlosigkeit erörtern, macht Küntzel daraus die »These der Subjektlosigkeit«, um darauf seine moralisierende Kritik an der »Empathie« der Autoren »mit den willigen Vollstreckern« aufzubauen. Hier ist offenbar sein obsessiver Exkulpationsverdacht mit ihm durchgegangen. Es geht in der *Dialektik der Aufklärung* durchaus nicht darum, die Deutschen einseitig als Opfer psychischer Deformation und politischer Manipulation darzustellen, schon gar nicht im Sinne moralischer Entschuldigung; dazu hatten die Autoren als Verfolgte auch keinen Grund. Die manipulative Ausbeutung bestimmter psychischer Dispositionen und Prozesse ist aber ein notwendiges Moment faschistischer Herrschaft, das angemessen auf den Begriff gebracht werden muß. Vielleicht muß man Küntzel einmal sanft daran erinnern, daß sich die Nationalsozialisten zur Abstützung ihrer Diktatur des größten Propagandaapparates der Geschichte bedienten. Angesichts dessen ist die zustimmend zitierte Behauptung, die deutsche Bevölkerung sei nicht beeinflußt worden, lächerlich. Sie aber ausgerechnet einer Theorie gegenüber zu vertreten, die das manipulative Element in der Charakterstruktur eines relevanten Teils der Individuen, nicht nur in Deutschland, empirisch nachgewiesen hat, zeugt von souveräner Ignoranz.7 Horkheimers – von Küntzel falsch zitierte – Feststellung: »Die Hauptmerkmale des destruktiven Hasses sind überall gleich. Sozialpolitische Probleme bestimmen, ob sie manifest werden oder nicht«8 gibt den Forschungsstand Kritischer Theorie korrekt wieder. Nicht spontane Begeisterung für Rassenwahn und Antisemitismus, sondern die gestaute Wut des kleinen und mittleren Bürgertums über ihre Expropriation durch verlorenen Krieg, Inflation und Wirtschaftskrise und schließlich die Verzweiflung der Arbeitslosen, das falsche Aufbegehren der Menschen gegen ihre soziale Ohnmacht, hat den Nationalsozialisten die Massenbasis verschafft.

»Es gibt keinen genuinen Antisemitismus, gewiß keine geborenen Antisemiten.« Weshalb schneidet Küntzel diesen Satz der zweiten Antisemitismusthese der *Dialektik der Aufklärung* aus seinem Zitat fein säuberlich heraus? Mag er dazu nicht Stellung nehmen? Immerhin ist damit das »Hic Rhodus, hic salta!« jeder Antisemitismus-Debatte angesprochen. Wer nämlich einen genuinen Antisemitismus unterstellt, übernimmt die völkische These der Nationalsozialisten mit umgekehrtem Vorzeichen. Dem Deutschen liegt dann der Antisemitismus im Blut, wie dem Engländer das Understatement, dem Franzosen die Galanterie und dem Italiener die Leidenschaft – und der linke Stammtisch applaudiert. Mit dem

völkischen Nationalismus ist es wie mit einer stinkenden Socke; wer sie auf links zieht, ändert nichts am üblen Duft und sorgt nur für dessen gleichmäßigere Verbreitung. Das Gegengift gegen die völkisch-nationalistischen Identifikationsmuster und Idiosynkrasien ist deren Auflösung durch Kritik der falschen gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie immer wieder reproduzieren, nicht die ebenso bornierte antinationale Verhärtung.

Die Weigerung der Kritischen Theorie, »antisemitische Irrationalität auf eine selber irrationale Formel zu bringen«, wird auch in dem Vorwort zu Paul Massings *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus* angesprochen, das Horkheimer und Adorno 1959 verfaßt haben. Da durch Küntzels selektive Zitierweise der argumentative Zusammenhang verschliffen wird, sei hier die entscheidende Passage ungekürzt aufgeführt: »Keineswegs ist der totalitäre Antisemitismus ein spezifisch deutsches Phänomen. Versuche, ihn aus einer so fragwürdigen Entität wie dem Nationalcharakter, dem armseligen Abhub dessen, was einmal Volksgeist hieß, abzuleiten, verharmlosen das zu begreifende Unbegreifliche. Das wissenschaftliche Bewußtsein darf sich nicht dabei bescheiden, das Rätsel der antisemitischen Irrationalität auf eine selber irrationale Formel zu bringen. Sondern das Rätsel verlangt nach seiner gesellschaftlichen Auflösung, und die ist in der Sphäre nationaler Besonderheiten unmöglich. In der Tat verdankt der totalitäre Antisemitismus seine deutschen Triumphe einer sozialen und ökonomischen Konstellation, keineswegs den Eigenschaften oder der Haltung eines Volkes, das von sich aus, spontan, vielleicht weniger Rassenhaß aufbrachte als jene zivilisierten Länder, die ihre Juden schon vor Jahrhunderten vertrieben oder ausgerottet hatten.«

Bei letzteren war vorwiegend an die südeuropäischen Länder Spanien, Portugal, Italien gedacht. Es wird darauf verwiesen, daß die antisemitischen Verbrechen der Deutschen kaum spontan, sondern organisiert erfolgten, gleichsam von oben angedreht wurden. Wenn es etwas spezifisch Deutsches an der Judenvernichtung gab, so war es gerade die bürokratische Organisation und Perfektion, welche die Verbrechen mit dem Schein normaler Arbeitsabläufe umgab. Dies wird etwa durch die Untersuchungen von Hannah Arendt bestätigt. Nationale Besonderheiten, auch der Kultur- und Geistesgeschichte, die Küntzel anmahnt, werden von Horkheimer und Adorno gar nicht bestritten. Nur haben sie deren Erklärungskraft für die antisemitischen Verbrechen nicht hoch veranschlagt. Aus dem Zitat wird ihre Distanz zum Idealismus deutlich. Das Gespenst des Volksgeistes erwecken, um

ihm die maßgebliche Verantwortung für Auschwitz aufzubürden, erschien ihnen als Verharmlosung. Die Arbeiten der Kritischen Theorie blenden die kulturgeschichtliche Dimension nicht aus, aber sie gehen weiter, bis an die tragenden Strukturen der spätkapitalistischen Gesellschaft und die psychische Verfassung der Individuen.

Küntzel hat sich so auf die Zuschreibung individueller und kollektiver Schuld fixiert, daß er den Aufweis psychischer Präformationen und gesellschaftlicher Ursachen für die nationalsozialistischen Verbrechen nur als Entlastung der Mörder, als Relativierung ihrer Schuld begreifen kann. In der Hypostase des Besonderen, des Singulären zeigt sich die Borniertheit des moralischen Rigorismus, dem er sich verschrieben hat. Auch der Kritischen Theorie ist der moralische Impuls, der aus dem Entsetzen vor den antisemitischen Verbrechen entsteht, nicht fremd. Sie hat ihm aber eine andere Wendung gegeben, die einer Aktualisierung großer Moralphilosophie. »Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe«, schrieb Adorno in der *Negativen Dialektik*. Die Kritischen Theoretiker mochten nicht darauf vertrauen, daß der Rückfall in Barbarei mit der Vernichtung der europäischen Juden schon sein Bewenden habe. Deshalb legten sie den Akzent nicht auf die Singularität der Tat, sondern auf die Universalität der Konsequenz.

Küntzel irrt, wenn er glaubt, daß die theoretische Durchleuchtung sozialer Konstellationen und Wirkungen sowie psychischer Deformationen die Verantwortung derer einschränke, die bei den Greueltaten Hand angelegt oder weggesehen haben. Gesellschaftstheorie ist kein Strafprozeß in einem liberalen Rechtssystem, das dem Verbrecher eine Kindheit in schlechten Verhältnissen oder traumatische Erlebnisse als Verminderung seiner Schuld anrechnet. Die Kritischen Theoretiker, die stets für die Bestrafung der Mörder in staatlichem Auftrag eingetreten sind, wußten freilich, daß die moralische Bewertung einer Handlung in der Freiheit des Willens eine Voraussetzung hat, die ebenso ihre theologischen Mucken hat wie der Wert einer Ware.9 Der Mensch ist nach der berühmten Definition des Aristoteles Zoon politikon, ein gesellschaftliches Naturwesen; seine moralische Autonomie stößt also auf objektive Schranken: die Verfassung seiner eigenen Natur und die der Gesellschaft, in der er lebt. Goldhagens Formel, die Deutschen hätten gemordet, weil sie ausrottungswillig waren, bleibt in ihrem naiven Voluntarismus ohnmächtig, eine Tautologie ohne Erklärungskraft. Auch Küntzel scheint ja kein Genügen daran zu finden; deshalb sein Rekurs auf die Kritische Theorie. Er wäre fruchtbarer verlaufen, wenn Küntzel bereit gewesen wäre, sich auf deren philosophische Voraussetzungen einzulassen, statt ihr vorschnell Defizite nachweisen zu wollen. Die Defizite sind die seiner eigenen ungenügenden Rezeption und begrifflichen Durchdringung der sehr komplexen Theorie. Ihr Wahrheitsanspruch bleibt emphatisch und bescheiden zugleich. Im Bewußtsein ihrer Historizität und Unabgeschlossenheit versucht sie, »den objektiven Mächten, die die individuelle Existenz bis ins Verborgenste bestimmen« (Adorno: *Minima Moralia*), auf die Spur zu kommen und die Naturwüchsigkeit des gesellschaftlichen Prozesses zu durchbrechen. Nur dann nämlich hätten Freiheit, Solidarität und Humanität gegen das Prinzip von Auschwitz eine Chance. Küntzels billige Provokation kann die Kritische Theorie nicht treffen. Sie bleibt, wie

Horkheimer 1937 in der »Zeitschrift für Sozialforschung« formulierte, »ein unablösbares Moment der historischen Anstrengung, eine Welt zu schaffen, die den Bedürfnissen und Kräften der Menschen genügt«.

Anmerkungen

1 So lautet der Untertitel des *Behemoth,* der die Untersuchung auf die Jahre 1933-1944 begrenzt.

2 F. Neumann: *Behemoth*. Frankfurt/M. 1988, S. 583

3 M. Küntzel, KONKRET 1/2000, S. 58. Vgl. L. Löwenthal: *Judaica. Vorträge. Briefe.* Frankfurt/M. 1990, S. 160

4 Im Zusammenhang mit der Mimesistheorie schreiben Horkheimer u. Adorno: »Der Faschismus ist totalitär auch darin, daß er die Rebellion der unterdrückten Natur gegen die Herrschaft unmittelbar der Herrschaft nutzbar zu machen strebt.« *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt/M. 1969, S. 194

5 M. Horkheimer u. Th. W. Adorno, Vorwort zu P. W. Massing, *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*. Frankfurt/M. 1959, S. VII

6 M. Horkheimer: »Zum Problem der Wahrheit«; zit. n. »Zeitschrift für Sozialforschung«, Jg. 4, 1935, S. 345. In der sechsten Antisemitismusthese wird mit Bezug auf die Wahrnehmung ähnlich argumentiert und vom Abgrund zwischen Subjekt und Objekt gesprochen, der die sinnliche Gewißheit einschränkt. *Dialektik der Aufklärung*, a.a.O., S. 198

7 Vgl. Th. W. Adorno: *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt/M. 1973, S. 334 ff.

8 M. Horkheimer: »Antisemitismus«: »Der soziologische Hintergrund des psychoanalytischen Forschungsansatzes«; zit. n. ders.: *Gesammelte Schriften*, Bd. 5, Frankfurt/M. 1987, S. 368

9 Das Problem kann hier nur kurz angedeutet werden. Ausführlich behandelt wird es in Adornos Metakritik zu Kants Moralphilosophie in der *Negativen Dialektik*. »Die Antinomie zwischen der Determination des Individuums und der ihr kontradiktorischen gesellschaftlichen Verantwortung ist kein falscher Gebrauch der Begriffe sondern real, die moralische Gestalt der Unversöhntheit von Allgemeinem und Besonderem. Daß noch Hitler und seine Monstren, nach aller psychologischen Einsicht, Sklaven ihrer frühen Kindheit, Produkte von Verstümmelung sind und daß gleichwohl die wenigen, deren man habhaft wurde, nicht freigesprochen werden dürfen, wenn nicht die Untat ins Unabsehbare sich wiederholen soll, die im Unbewußten der Massen damit sich rechtfertigt, daß kein Strahl vom Himmel niederfuhr – das ist nicht durch Hilfskonstruktionen wie einer der Vernunft widerstreitenden utilitären Notwendigkeit zu glätten. Humanität widerfährt dem Individuum erst, sobald die gesamte Sphäre der Individuation, ihr moralischer Aspekt inbegriffen, als Epiphänomen durchschaut ist.« Th. W. Adorno: *Negative Dialektik*, Frankfurt/M. 1980, S. 261 f.

Gerhard Bolte schrieb in KONKRET 3/93 über Leo Löwenthal

Konkret 03/00, S. 66

Jürgen Roth

Der Affekthut

Die Kunst aus der Fettecke befreien und den Schwindlern, die den Pinsel nicht halten können, auf die Wurstfinger hauen – das war Hans Platscheks historischer Auftrag. Anfang Februar ist der Maler in Hamburg gestorben

Hans Platscheks (Radio-)Essaysammlung *Die Dummheit in der Malerei*, endlich wieder erhältlich, ist ein rares, ein ragendes Exemplar ästhetischer Theorie und Kunstsoziologie, ein stilistisch meisterhaftes, pointiertes Kompendium historiographischer und polemischer Arbeiten. Nein, daran gibt es, vorab, nichts zu rütteln: Der schmale Band ersetzt halbe Bibliotheken, Punkt.

Platschek trat früh als Kritiker des Informel auf und initiierte Ende der fünfziger Jahre die Neue Figuration, partizipierte an der Spur-Gruppe und rückte beharrlich die Frage nach dem Gehalt des Bildes in den Vordergrund. Wie das Bild technisch und unter welchen gesellschaftlichen Umständen es entstanden sei, über diese (verdrängte) Selbstverständlichkeit lohnt zu reden; und darüber, was Produzenten, Konsumenten und Agenten umtreibt, wenn sie alles tun – außer dem Gegenstand gerecht zu werden.

»Die alleinige Konzentration auf die Bedingungen und Gegebenheiten des Malens«, so Lothar Romain in seinem Vorwort, kennzeichne den Maler Platschek. Auch seine Analysen zu hermeneutischen, institutionellen und psychologischen Motivationen der Exegese tragen jenem Moment beständig Rechnung. Setzte man das Beharren darauf, von der Malerei zu handeln, statt mit ihr zu hantieren (zwecks Wert- und Prestigesteigerung, metaphysischer oder Freizeiterbauung), dem diskreditierten »normativen Maßstab« gleich, die elegante Beweisführung Platscheks geriete aus dem Blick: das Bündel an schlagenden Argumenten »gegen alle möglichen Arten der Vernebelung, in die Kunst gehüllt werden soll, um sie einerseits zu mystifizieren und andererseits als Ware kostbar zu machen« (Romain).

Jeder programmatischen Proklamation abhold und gelehrt im treffendsten antizyklischen, nicht-modischen Sinn, sezierte Platschek die Herrschaft der symbolischen, semiotischen und politischen, d. h. staatlichen und/oder kapitalistischen, Systeme über das Bild. Ziel seiner Angriffe waren Gesinnungen und Projektionen hoher und konventioneller Provenienz, aufgeplusterte Bekenntnisse, Common-sense-Ressentiments, Ewigkeitsbewahrer, revoltierende Künstlerdarsteller, faselnde Selbstinterpreten, Bedeutungsschwindler und Mythenbauer, die samt und sonders das konkrete Werk zum Verschwinden bringen.

Gegen die heterogene Beziehung zwischen Bild und Urteil und die je zwanghaften Deutungen Begriffe so zu konturieren, daß sie von der feuilletonistischen Schlacke und der gemeinen Überformung befreit werden, erweist sich als probates Mittel, den Bluff zu unterlaufen und die Kenntnis der Sache wieder in ihr Recht zu setzen. »Malerei ist eine optische Angelegenheit und keine diskursive«, dekretierte Platschek und demontierte das prätentiöse Geplapper der Kunstmarktästhetik, die, ehedem »Randerscheinung«, »in zunehmendem Maß auf die Sache selber über(greift)« und die »unübersetzbare Materialität« durch »den Dilettantismus als kommerziellen Trumpf, ... den Phrasenmüll hilfloser Kritiker« substituiert.

Ein leichtfertiger wie wortgewaltiger Akt, den »jene Lyriker, die in Ausstellungskatalogen von Gott und der Welt, nur nicht vom Ausgestellten reden«, permanent begehen. Das vollautomatische, vollautarke Raunen und Staunen, mal leer avantgardistisch, mal stramm konservativ konnotiert, kennt Vorläufer – die faschistische Propaganda, die symbolächzende Bilder »wie ein Feldzeichen« forderte und dem »Entarteten« die kunstfeindliche »Ästhetik des unmittelbaren Nützlichkeitsdenkens« entgegensetzte, Benns »kompositorisches Weltgefühl« und »geistigen Absolutismus«, das Unbedingtheitspostulat der standfesten Spießer und Materialästheten (gar Lunatscharski beklagte das Dogma des »Illustrationismus«), die eine Grammatik einklagen, welche umstandslos den »Inhalt« freilegt, sozusagen den Nährwert des Gebildes angibt; die kunstabschaffungsgeeichten Gesinnungsstammtische rechts und links, in der Provinz und auf den Straßen des Mai 68 ff., die es alle gut oder schlecht meinten, aber eben meinten.

Ja, »auch die Kunstkritik hat ihre guten Hirten« und einen »Kreis der Glaubenssätze, die, wie es heißt, der Beweise nicht bedürfen«. Die »Presseprosa« kommt nie ohne »Vorschußbeifall« aus, das Heer der Erklärer ebensowenig. »Sie verwechseln die Öffentlichkeit noch immer mit dem vor vierzig Jahren tätigen Blockwart«, fixiert auf das Dargestellte, das ein seltsames Eigenleben gewinnt und »vor den Augen des Kritikers tätig (wird), der, gleichsam im Vorübergehen, Motive antippt in der Art von Magazinbeiträgen und sie beim Formulieren überdies vermengt«.

Ergebnis ist ein Servicebrei aus »meaningless words« (Orwell) und rotierendem Umschreibungssound, gemäß der Devise: »Warum, anstatt sich von Bild zu Bild zu schleppen, nicht den Wortschatz im eigenen Ohr ausbeuten?« Bilder und Plastiken geben den »Anlaß für freie Formulierung« her, ein qualvolles Exerzitium, das die Phrasendrescherei den luftigsten Höhen zuführt, denn »sei es, daß ihnen die schlichte Phrase nicht gewählt genug erscheint, sei es, daß die Phrasen unabhängig vom Willen der Autoren eine sonderbare Promiskuität entwickeln: das Sprachmaterial verknäult sich unter ihren Händen.«

Hier, bei den Schwielen der Sinnbranche, kommt der Journalismus zu sich. Der Kunstrichter, selbstzufrieden und ausgelastet mit seinem betonierten Autismus, ignoriert beständig »das Wie des Gemalten« und die »Elemente des Bildes« und pfropft einem geahnten Gehalt ureigene »Emotionen« auf, um endogene »Stimmungen« zu erzeugen: »Das Schlüsselwort heißt Evokation. Der Kritiker berichtet über die Erfahrungen seines Identitätswunsches ...; über das Bild braucht er folglich nichts berichten.«

Platscheks Beispiele sind prominent. Kritik, schloß er, »hat den Schritt

vom Ikonographischen«, etwa der Methode Max Raphaels, »zum Biographischen vollzogen«, sei sie zu New York, Paris oder München beheimatet. »Seriosität« prolongiert die Immunität des Klischees, und selbst dort, wo es gilt, dem bornierten Publikum die Moderne näherzubringen, läuft's auf Anbiederung hinaus. Die Kritik nimmt »stets Partei für ein bald mißtrauisches, bald kunstfeindliches Publikum, genauer: sie übt sich in einer plüschernen Mentalität, weil sie meint, die wäre dem Publikum angemessen.«

Das Publikum, das gleichfalls nichts versteht, entfernt sich erst gar nicht von der Referenz, den Stoffen und Verfahren, sondern steht, ohne Definitionsarbeit verrichten zu müssen, bereits auf der Angebotsseite, auf der Wertvorstellung und »das merkantile Moment« zusammenschießen. Was den einen die »Werbeprosa«, ist den anderen das Vorurteil, das Pendant zum Handel, wenn auch negativ assoziiert. Der potentielle Abnehmer verlangt, gleich dem politischen Aktivisten, Botschaften. Er kann das Artefakt nicht sehen und möchte »lediglich den Glauben, den man vors Bild getragen hat«, bekräftigen. Die Vernichtung resp. Verfemung desselben durch den »gehorsamen Kunstfreund«, dem Graphiken, Bücher, Poster, Postkarten als Bausteine einer »Mythologie fürs Wochenende« dienen, oder durch den rabiaten Kerl folgt der laberigen Manipulation des Bewußtseins, das dem, laut Robert Musil, »drängenden Affektbedürfnis« nachgibt. Platscheks »Kritik des Dilettanten« attestiert – weil sie bildende Kunst zu Recht nicht selten Öffentlichkeitsstrategie und Kundenfang nennt – etwa der naiven Malerei und dem Dadaismus verheerende Effekte. Picabia erhob – und Brecht bemerkte früh, daß die Schocks beim zweiten Betrachten verpuffen – die lächerliche Aleatorik und die blanke Unfähigkeit zu Stilprinzipien, Dada systematisierte den Bluff: »Das Produkt zählt nicht, was zählt, ist die Präsentation. Damit aber haben die Dadaisten, ohne es zu wissen, Unheil angerichtet. Zumal im Bereich der bildenden Künste besteht Dadas Erbe aus Kalamitäten.«

Deren Reihe will nicht enden: Kandinskys Esoterik-Kitsch etwa (vorab gelieferte Bedeutungsschwervokabeln konnotieren Farbe und Form mit »Gottlosigkeit« oder »mystischer Notwendigkeit«) bereitete wiederum den Weg zum Betrieb, da es gilt, »ökonomische Werte als ästhetische auszuweisen und, zwingender, ästhetische als ökonomische«: »Nicht nur die Künstler haben daraus gelernt, gelernt haben daraus namentlich die Arrangeure von Kunstausstellungen.«

Der Prozeß scheint irreversibel. Sobald man »die Ausstellung als Kunstwerk anzubieten und das Kunstwerk als deren Beleg« zu lancieren vermochte, »stand der Dilettant gesichert da«. Exponate tragen das Hier-bin-ich, dadaistisch noch in provokatorischer Absicht inszeniert, wie Markenzeichen. Hinzu kommt – den Inhaltsbanausen von Proudhon bis zum reaktionären Leserbriefschreiber ähnlich – die Fixierung auf Themen, »Aussagen«, die dem Artikel jenen Mehrwert sichern sollen, der aus seiner (miserablen) technischen Fertigung nicht herzuleiten ist. Der ästhetische Überschuß verkommt zur Meldung, welche die Adressaten verteufeln oder erleichtert bejahen. »Einige Sujets«, bemerkte Platschek zu den »Jungen Wilden«, »befassen sich mit Politik und Umwelt; sie sind also besser, als es die fehlende Kunstfertigkeit zulassen dürfte.«

Im Zentrum dieses Bündnisses hampelt, quasi Kulminationsfigur, der heilige Schwindler Beuys. (Ausgerechnet Wolfgang Joop wählte ihn kürzlich (vgl. »Spiegel-Reporter« 12/99) unter die dreizehn »Männer des Jahrhunderts«; Begründung: »Joseph Beuys zeigte, daß Kunst umständlich sein muß.«) Er »hat den Dilettanten geradezu ins Symbol gehoben. Sein Ruhm erklärt sich damit, daß er einer Unzahl von Affektbedürftigen die Affektbedürftigkeit artikuliert hat«, und »er tat es mit einer Nichtsprache«, die das Sülzen der Impresarios und der Rauner synthetisiert. Beuys sei »kein Künstler, sondern ein Erscheinungsbild«, Vollender des Friedrich Theodor Vischerschen Deutobold Symbolizetti Allegoriowitsch Mystifizinsky, Typus F. Beckenbauer: »Er kann reden, was er will, er kann ins Kunsthaus schleppen lassen, was er will, ja er kann sich sogar als Sänger versuchen: Hauptsache, er wird dabei gefilmt und fotografiert.«

Der Hanswurst wollte bekanntlich per Fettecke und soziale Plastik den Kapitalismus niederringen. Niemand muß einen gern outriert und »bürgerlich« gescholtenen Werkbegriff verfechten, um das Symptom Beuys richtig zu lesen. Abscheulicher früher, resp., Dada beerbend, letzter Ausfluß der Medienmopsereien, der er war, gebar er sich als Demiurg, als erfolgreicher Marktmagier: »Weder ist diese Preisbildung ein Zufall, noch kommt die religiöse Aura jener Gegenstände (filzverkleideter Konzertflügel, fußbodenfarbenbemalte Frankfurter Würstchen, isolierbandverpackter Brotlaib etc.) von ungefähr. Es ist kein Gemeinplatz, wenn man sagt, daß ohne die religiöse Aura die Preise ungleich geringer ausfallen würden ... Je weiter man westwärts geht, um so deutlicher tritt eine Bewußtseinsspaltung der Kunstwelt zutage, derzufolge Kunst zwar eine interesselose Übung sein und aus der Interesselosigkeit ihren Wert beziehen soll, der gleiche Wert aber erst dann zur Geltung kommt, wenn er sich in handfesten Zahlen ausdrückt.«

»Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut, / In allen Lüften hallt es wie Geschrei«, bedichtete der Expressionist Jakob van Hoddis das »Weltende«. Ein gutes halbes Jahrhundert später saß – die Revolte abgeblasen, die Rebellion der

informellen Malerei, die Platschek, noch war sie nicht in Masse fabriziert, verkunsthandwerkelt, als Reaktion auf den Faschismus liest – der Affekthut wieder, festgepappt mit Margarine und Ohrenschmalz. Beuys zelebrierte das schmeichelnde und lärmend begleitete Aha-Erlebnis, riß die konstitutive Grenze zwischen Kunst und Gesellschaft, Werk und Wirklichkeit ein und vermüllte die Öffentlichkeit mit anthroposophischem Gequatsche über »Magie«, »Stoffeswelt«, »Kreativität« usf.

Daß ein vulgäridealistischer, irreredender Rübenkopf und Scharlatan abräumte, mag kaum verwundern. Der Kunstbetrieb, der freie, ist Tummelplatz der Priester, Verklausulierer und Schamanen. Beuys' »Fangworte« sprachen das stumme Gesetz der Ästhetisierungsideologie aus, bevor Werbung und Kommunikationswissenschaft reüssierten. »Die Warenwelt als Stilleben und soziale Verhältnisse als Bastelmaterial« – dem »Metaphysiker im Supermarkt« gelang tatsächlich die Konzentration der Perfidie, eine Posse in Permanenz und der Generalverdummung verpflichtete Schwindelapotheose: Durch die Medien des Marktes selbst wurde der Gauner und die Frage, ob er einer sei, unkenntlich – opaker Betrug, »Sinngebungskatastrophen« ad infinitum. Chapeau.

Man braucht von Kunst nicht viel zu verstehen. *Nach* Platschek versteht man was von ihr; zumindest, wie sie zu verstehen wäre, wäre sie eine, »eine Malerei ohne Dummheit«.

Hans Platschek: *Die Dummheit in der Malerei*. EVA, Hamburg 1999 (2. Aufl.), 170 S., 28 Mark

---

Jürgen Roth schrieb in KONKRET 2/2000 über die Aktualität Adornos

Konkret 03/00, S. 68

René Martens

Melodie & Rhythmus

D'Angelo: Voodoo. EMI

Als Curtis Mayfield Ende letzten Jahres starb, war das ein unwillkommener Anlaß, die Geschichte großer Soul-Heroen zu rekapitulieren. Marvin Gaye? Auch tot. Sly Stone? Sitzt in der Psychiatrie. Und der Mann, der neuerdings wieder Prince heißt? Der hat in Kauf genommen, daß seine Großtaten etwas in Vergessenheit geraten sind, weil er in Namenswechsel und andere marketingstrategische Schachzüge mehr Kreativität investiert hat als in Musik.

Das zweite Album des 25jährigen D'Angelo aus Richmond/Virginia animiert nun erneut dazu, sich ein paar grundsätzliche Gedanken über Soul zu machen, denn es enthält viele Reminiszenzen an die erwähnten Legenden. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Angeregt durch diverse seltsam nostalgisch anmutende Nachrufe auf Curtis Mayfield sowie einen idiotischen Satz der ansonsten überhaupt nicht idiotischen White-Soul-Ikone George Michael (»Lauryn Hill ist das größte musikalische Talent seit Stevie Wonder«), hat Klaus Walter in »Spex« 2/2000 darauf hingewiesen, daß es in der sich ständig diversifizierenden Pop-Welt schon lange keine universalistischen Galionsfiguren mehr gibt. D'Angelo ist also nicht der neue Curtis Mayfield.

Vier Jahre lang hat er daran gearbeitet, einen Sound zu perfektionieren, der Lichtjahre entfernt ist von moderner schwarzer Musik, also nicht, wie man im HipHop sagt, »phat« klingt, sondern rauh und warmherzig. Während dieser Zeit hat er die Live-Videos seiner Vorgänger bis ins Detail studiert, noch die obskursten Mitschnitte von Prince-Konzerten auf sich wirken lassen und sich an den Aufnahmetagen im einst von Jimi Hendrix eingerichteten Electric-Lady-Studio mit immer wieder anderen Soul-Klassikern warm gespielt.

Manchmal klingt diese Platte, als hätten die Naturgewalten in ihren generösen Momenten ein paar Klänge produziert, mit der sie die Menschheit versöhnlich stimmen wollen. Besonders das Schlagzeug tropft hier auf eine Art, daß man nicht glauben mag, dafür seien Menschenhände verantwortlich. Garantiert nicht im Spiel war digitales Equipment, das verschmäht der junge Meister. Das wirft das Problem auf, daß sich von »Voodoo« vor allem Traditionalisten angelockt fühlen könnten. Doch das sind die Säue, die diese Perle nicht verdient haben.

Konkret 03/00, S. 68

René Martens

Melodie & Rhythmus

Lambchop: Nixon. City Slang/Virgin (CD)/ City Slang/EFA (LP)

Curtis Mayfield hatte schon das vierte Lambchop-Album, »What Another Man Spills« von 1998, inspiriert – abzulesen an einer Coverversion von »Give Me Your Love«. Auf der neuen Platte ist Mayfield noch stärker präsent, zumal er bei dem Song »(Fearless) The Book I Haven't Read« als Co-Autor firmiert und Lambchop-Sänger Kurt Wagner häufig dessen Falsettstimme nachahmt. So wirkt »Nixon« manchmal wie ein Nachruf.

Lambchop, ein mittlerweile 13köpfiges Kollektiv aus Nashville/Tennessee, spielten zu Beginn ihrer Laufbahn rauhen Indie-Country. Als »What Another Man Spills« erschien, wurde für sie dann der Begriff »Country-Soul« erfunden. Auf »Nixon« haben sich Lambchop noch stärker lieblichem und komplexem 70er-Jahre-Soul zugewendet und die Songs opulenter arrangiert. Der ohnehin schon umfangreichen Band stehen noch ein Streicherensemble names Nashville String Machine sowie – vereinzelt – ein Gospelchor zur Seite. Das Ergebnis ist mit »Country-Soul« nur noch unzureichend beschrieben, vielmehr offenbaren sich hier dünne, dennoch überraschende Verbindungslinien zu großen amerikanischen Sound-Architekten des 20. Jahrhunderts (Van Dyke Parks) oder – noch überraschender – zu einer britischen Glampop-Gruppe wie Pulp. Lange hat keine Band aus der amerikanische Alternativ-Szene so glamourös geklungen.

Auf »Nixon« dominiert langsames Tempo, wenngleich eines der beiden besten Stücke, »Grumpus«, geradezu beschwingt klingt. Das zweite Highlight ist das erwähnte »(Fearless) The Book I Haven't Read« – vor allem wegen des überkandidelten Streicher-Intros, das wie die Untermalung zu einer melodramatischen Film-Schlüsselszene wirkt. Ohnehin ruft diese Musik eher Bilder als Stimmungen hervor. Man sieht mal große, schon etwas verwelkte Nelkensträuße, mal leicht bitteres Naschwerk, mal goldene Schuhe (der Auftaktsong heißt »The Old Golden Shoe«). Der beste Begriff, um die Musik zu beschreiben, stammt aus dem Stück »You Masculine You« und läßt sich schwer übersetzen: syrupy.

Konkret 03/00, S. 68

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

The ProjeKcts (4 CDs) □ ProjeKct 1: Live At The Jazz Cafe. ProjeKct 2: Live Groove. ProjeKct 3: Masque. ProjeKct 4: West Coast Live. Discipline Global Mobile

The ProjeKcts interessieren sich für Sounds. Nichts Außergewöhnliches. Auch für Improvisationen reinsten Wassers im Rockcombo-Format. Keine Vocals, es wird nur gespielt. Die Tracks entstehen live aus dem Stand – und es klingt nicht im entferntesten nach Jazz. Nach Rock aber auch nicht. Wonach sonst? Keine Ahnung. Alles wechselt und gaukelt. Außergewöhnlich wichtig ist der Groove. Vielleicht sogar am wichtigsten.

The ProjeKcts vereinen insgesamt sechs Musiker in den verschiedensten Kombinationen. Einzige personelle Konstanten sind die beiden Gitarristen Trey Gunn und Robert Fripp. Und da haben wir den Salat: The ProjeKcts sind allesamt »Fraktalisierungen« (R. Fripp) des letzten King-Crimson-Line ups. Fripp, offenbar von seinen früheren Ambient-Spinnereien geheilt, spielt konzentriert und keineswegs dominant, ordnet sich hin und wieder sogar unter. Auch der Input von Trey Gunn dürfte endlich besser zu figurieren sein. Hielt man ihn früher für eine Art Ghostplayer in Fripps Diensten, falls dem mal die Töne wegblieben (von dem guten Ozzy Osbourne erzählt man sich ja ähnliches), übernimmt er in den ProjecKts die eindeutig perkussiven Gitarrenparts. Als Dreingabe lesen wir in seinem Road diary (ProjeKct 2) über Wohl und Wehe des täglichen Improvisierens. Zum Beispiel daß Robert Fripp die Bühne schnurstracks verläßt, wenn geknipst wird. Vor dem Weiterspielen wird der Fotograf ultimativ zur Herausgabe des Filmes aufgefordert. Backstage halten sich dann Belew, Fripp und Gunn die Bäuche vor Lachen, weil das Konzert sowieso zu Ende gewesen wäre. Geschickte Zugabenpolitik. Lustig ist das Improvisatorenleben. Schön zu hören als Hidden Track dieser CD.

An zwei ProjeKcts (3 und 4) ist Pat Mastelotto beteiligt. Mit »Eletronic Traps & Buttons«. Insgesamt am interessantesten (und modernsten) dürfte der 52minütige Improvisationszyklus »Masque« des ProjeKcts 3 sein. Mastelotto hantiert mit aufregenden Dance-Loops und allerlei waghalsigen Drum ’n’ Bass-Zuflüsterungen. Und über diesem Groove-Sockel bekommen wir dann souverän vorgeführt, was heutzutage mit Saiteninstrumenten möglich ist. Improvisiertes für die Disco – das operiert so wohltuend abseits von »coolem Wissen«. Aber auf Notenblättern sieht es bestimmt aus wie wuchernde Bakterienkulturen unter dem Schülermikroskop.

Konkret 03/00, S. 69

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Grußgott, liebe Freunde, liebe Frauen. Schön, daß Sie soo zahlreich heute zu unserer Texttupperpamy gekommen sind. Wir haben Doosenbier da, Wein, in zwei Farben, und auch Musik. Doch lassen Sie uns zunächst ein bißchen textln. Ich habe da schomma was vorbereitet, es ist ein

Kritischer Kuß der Buchstabenfigur- und Inhaltsverzeichnisrevolution der Lustriemen »Stern« als vorerst jüngster Manifestation allumfassend fortschreitender Selbstvergewisserung des Subjekts des blauen Planeten vulgo Menschheit

Als man im März 1997 bei Aufräumarbeiten des iranisch-irakischen Scharmützelschauplatzes der achtziger Jahre in der Nähe der Zeltstadt Chukr al Sachrin (unter einem Haufen von Kindersoldatengebeinen) auf Tontafeln aus der Bar Es Besr Dynastie (5100 bis 4400 vor unserer Zeitrechnung) gestoßen war, galt es wenig später als ausgemacht, daß es sich bei den in das Material gekerbten Sternbildern (unter anderem Großes und Kleines Bärchen, Rosette, Humpen, Ärmelbrett) um das erste von Menschenhand verfertigte *Himmelsinhaltsverzeichnis* handle. Fast zeitgleich mit dem Tontafelfund im Zweistromland entdeckten Wissenschaftler der Universität San Smeralda bei einer turnusmäßigen Tour d'horizon durch die thebaldischen Verliese eine höchstes Erstaunen auslösende wie die Korrektur bisher Angenommnens einfordernde Leinwandrolle, der ein Diarium adhäriert war. Voilà. Nicht dem Florentiner Universalisten Livio Masacro (1451 bis 1503), sondern dem in Montepulciano wirkenden Pietro Treumale (1401 bis 1450) gebührt demnach die Krone der Disziplin. Ostern 1448 hatte Letztrer beim Würfeln mit dem städtischen Scharfrichter die Leiche eines wegen venerischen Agnostizismus Gehenkten gewonnen und von seinen Knechten nach Hause schaffen lassen. Dort öffnete er den Kadaver, malte das ihm sich Bietende naturgetreu ab und erstellte mit dem Bild »De internis corporis humani« das erste *Inhaltsverzeichnis des Menschen.* Ein Jahrhundert schied dahin es usual / und ein zweiz faxpapiergleich verblich / und ein drittes gab sich die Kugel / Und ein vierz wie Leibgas verstrich / - Da - - - die Eltern der Älteren unter uns erlebten es noch live mit, setzte das Doppelte Lottchen zum *Inhaltsverzeichnis des Kapitalismus* an, schrieb es nieder und brachte es, per Wachsmatrize hektographiert, gegen die militante Ignoranz namhafter Besserwisser unter das liebe Federvieh. Those were the days, da sich die Kontinente zu duuzn begannen und der Fortschritt aus den Puuschn in die Siebenmeilenstiefel fuhr. Von nun an gieng es Schlag auf Schlag: Semmelweis entdeckte das Fieber der Großstadt. Mit »Einleitung Hauptteil Schluß« entzauberte der Erzieher Friedrich Flaxmann 1883 das Mysterium vom *Inhaltsverzeichnis des Aufsatzes.* Albert (»Drei, zwei«-) Einstein legte wenig später das *Inhaltsverzeichnis des Dreisatzes* nach. Wieder wenig später reüssierte der blutjunge Bielefelder Manegenaugust Oetker mit der chemischen Formel von Gods Food, während Schönberg mit vier jungen Tönen, die er in einem Ottakringer Beisel in völlig heruntergekommenem Zustand aufgefunden und danach bei sich daheim stadtfein gemacht hatte, bei Europas Hörerschaft Entzücken erzielte. Mit den Ordnungsstabilisatoren Atombombe, Imbiß und Hardcore schien die Moderne zur Perfektion hin ausgereizt zu sein. War also die Menschheit nach all den vorgefundenen Nöten und dem den Nöten geschuldeten Töten, dem blöden, endlich aus dem Schneider? Schneiderleidernein. Es war die Lustrierte »Stern«, derentwegen sich über der Nasenwurzel des Weltgeisz eine letzte Sorgenfalte krümmte. Einsteils: *revolutionärer Inhalt* in Gestalt von (offner Tuberkulose gleich) rücksichtsloser Monita an den Kanzler, die Gräuel personenbezogner Landminen, des Catwalks, des Kohlsehen Sumpfs und des Prinzen August geißelnde Essais. Andrerseits: die die Leserschaft (wie seinerzeit Lenin Rußland) aus dem Schlaf rüttelnden Artikel in *reaktionärer Form - von* ABC-Viren zum Lesbarkeitstod durch Zeilenzellenverfall verurteilte Buchstaben in einer optischen Totalen, gegen die der Underground der Hempelschen Couch als Exzess an Aufgeräumtical Correctness geschildert zu werden erheischt. Eva contra Luzifer / Karthago wider Rom / Gocartrennen versus / Hans Albers' Hippodrom. - Wie alle Menschheitsgeschichte Knockabouthistory ist, so vollzog sich auch der jahrzehntewährende Widerspruch zwischen *revolutionärem Inhalt* der Lustriemen »Stern« und ihrer *reaktionären Form* auf blutvergießendste Weise. 147 Kantinentote liegen auf dem Gruner + Jahr-Betriebsfriedhof in der Speicherstadt, darunter 111 auf der Seite des Textes und 36 unter der Fahne der Graphik Gefallene, von den Witwen und Waisen ganz zu schweigen. Und das Schlachten hielte an, hätte da nicht vor wenigen Wochen die Gruppe »Carlos« die Herrschaft im Layout an sich gerissen und sich mit der revolutionären Textschulter kurzgeschlossen.

Ich höre Sie fragen nach dem Warum der adjektivischen Beschränkung des Glückwunschkusses? Well, weil der Putsch der Gruppe »Carlos« rein von seiner Pflaumenreife her, soo viel eher möglich gewesen wäre, daß nicht nur weniger Opfer im »Stern« zu beklagen wären, sondern auch Zehntausende »Stern«-Leser die Heraufkunft des neuen Antlitzes des Blattes hätten schauen können, statt vorher elend wegzusterben. Wir Atmenden freilich genießen das Glück ungehemmt im kurzen

Hemd und, im Bund mit dem Weltgeist, dessen letztes Sorgenmal verschwunden ist, zeitgleich mit dem Erscheinen eines lange, viel zu lange für unmöglich gehaltenen Phänomens des *übersichtlicher gewordenen Inhaltsverzeichnisses* in Zusammenhang mit der Lustriemen » Stern«.

So, doch nun hatten wir genug Text. Lassen Sie uns ein bißchen Musik machen. Wer möchte von den Buggles »Video Killed the Radio Star« hören? Wer »Die sieben Todsünden der Kleinbürger« von Brecht-Weill? Und wir haben auch noch Doosenbier da, und Wein, in zwei Farben, greifen Sie zu ...

Konkret 03/00, S. 70

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Lothar Bisky hat die Schwarzgeld-Affäre der CDU als Nachhilfestunde in staatsbürgerlichem Unterricht abgesessen. Der Fall, hat er dabei gelernt, ist

ein Beweis für die Stärke des parlamentarischen Systems. Daß jetzt alles so konsequent rauskommt und aufgedeckt wird, wäre in der DDR nicht möglich gewesen.

Wenn erst konsequent rauskommt, warum Piloten der Bundeswehr Belgrad bombardiert haben, wird auch diese Aufdeckung dem Vorsitzenden des demokratischen Sozialismus ein Beweis für die Stärke des parlamentarischen Systems sein. Und wieder wird er erkennen: In der DDR wäre das nicht möglich gewesen.

Da Bisky sein Fähnchen nicht mehr vor der Tribüne des Politbüros schwenkt, bleibt es dem Vater aller neueren Balkankriege überlassen, das Lied der DDR zu singen. Johann Georg Reißmüller, frisch aus der »Frankfurter Allgemeinen« vertrieben, hat seine neue Heimat beim Verlag Zweitausendeins gefunden, welcher den Abgesang von »Liedern der frühen DDR« durch den Herausgeber a.D. mit den Worten würdigt:

Reißmüller schmettert den Roten Wedding, die kommunistische Antithese zum Horst-Wessel-Lied.

Das ist Totalitarismustheorie für das makrobiotische Hausschaf, das im selben Verlag gehalten wird. Erst kam Horst Wessels These, daß »SA marschiert«, dann kam Hanns Eislers und Erich Weinerts Antithese, daß »drohend stehen die Faschisten drüben am Horizont«. Was noch fehlt, ist die Synthese, die aber gerne auch eine Prothese sein darf für den Denker von Zweitausendeins mit dem dialektischen Sprung in der Schüssel.

Ein Redakteur der »Süddeutschen Zeitung« macht sich Gedanken, die aber schon sowas von millenniumsmäßig sind:

Jesus hätte, wäre er noch auf Erden, heute sein 2000. Lebensjahr vollendet.

Irgendwas muß dazwischengekommen sein. Was?

Wenn Peter Gauweiler einmal nicht als schweißglänzender Festredner vor den Eingeborenen von Bierzelten auftritt, ist er bei Springer zu Gast, in humanistischer Mission:

Die Öffnung des Brandenburger Tores, der Beitrittsvertrag mit der nicht mehr fremdbeherrschten DDR, das Zusammenkommen so vieler Familien (hatten) etwas von der Heimkehr des Odysseus nach Ithaka an sich und der Wiedervereinigung mit Penelope.

Ein Vergleich, der insofern danebengeht, als Odysseus schon vor der Wiedervereinigung ein fremdes Land überfallen hat und Deutschland erst danach, aber darin stimmt, daß die DDR nach langen, penelopeisch enthaltsamen Jahren sich bei der Wiedervereinigung tatsächlich sowas von gefickt fühlen durfte.

Das Feuilleton des »Tagesspiegel« nimmt späte Rache an Jean Paul Sartre, den es im Verdacht hat, er habe nicht jederzeit Gewähr geboten, für die freiheitlich-demokratische Ordnung im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland einzutreten. Von sowas kommt dann sowas:

Auch wenn es den Macho JPS baß erstaunt hätte – seine Lebensgefährtin Simone de Beauvoir ist heute weitaus populärer als er.

Der Fall freilich ist im Reich der Künste so außergewöhnlich nicht, wie der »Tagesspiegel« glauben machen will. Auch den Arnold Schönberg hätte es erstaunt, daß Vicky Leandros heute weitaus populärer ist als er, obwohl sie nicht einmal seine

Lebensgefährtin war.

Eine Schlagzeile, anders als alle andern:

Fischer: Haider will Kanzler werden

Man darf die Nachricht glauben, denn das Waswerdenwollen ist die einzige Sache, von der sie beide was verstehen, der Außenminister und seine »Tageszeitung«. Bei ihm hat es geklappt, aber auch sie hat es, weiß Göttin, redlich versucht und versucht es täglich aufs neue – mit Überschriften wie dieser:

Bundespräsident Rau bittet NS-Zwangsarbeiter um Vergebung

Gerne hätte man erfahren, wofür: für die versuchte Vernichtung durch Arbeit und die Vorenthaltung des Lohns bis 1945? Für die Verweigerung einer Auszahlung der Schulden bis heute? Für die Verhöhnung der Überlebenden mit einem Almosen? Man erfährt nichts davon, dafür aber dies: daß unter den unangenehmen Typen des Landes der des evangelischen Skatbruders einer der unangenehmsten ist.

Wenn das Regierungsblatt seinen Lesern aber einmal eine echt alternative Erregung zu schulden glaubt, darf der in geziemender Abweichung bewährte Redakteur Semler ran, der allzeit so saukritische Sachen aufsagen kann wie diese:

Die Interessen der deutschen Unternehmer sind eben nicht identisch mit den Interessen der Bürger. Das einzusehen ist allerdings zu viel verlangt von unserem Bundeskanzler, auch jetzt.

Da hat er den Herrschenden wieder einmal eine reingesemelt, mein lieber Christian, und den Lesern Erleichterung verschafft, die auch alles wollen und zwar sofort, bloß nicht einsehen, warum unser Bundeskanzler nicht einsehen kann, daß die Interessen der deutschen Unternehmer mit den Interessen der Bürger nicht identisch sein sollen. Denn also lautet das Motto der reputierlichen Kritik: lieber zehnmal aufgeregt als einmal kapiert.

Wo der Kanzler und die praktischen Fachressorts auf brave Reformen beschränkt sind, darf der Bundesminister für die deutsche Kultur auch einmal über die Stränge schlagen, und also stößt der Michael Naumann zu der revolutionären Erkenntnis vor:

Die Theologie ist zu einer sozialen Dienstleisterin des in einer entfremdeten Gesellschaft lebenden Menschen geworden.

Einfälle kann der haben! Da werden andere Denker vor Neid erblassen, auch jener, der vor 150 Jahre mit der Behauptung reüssieren wollte, die Religion sei

der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.

Ist sie eben nicht, sagt der Erbe zum Erblasser, sondern im Gegenteil ist sie die soziale Dienstleisterin des von entfremdeten gesellschaftlichen Zuständen bedrängt lebenden Menschen.

Der »Spiegel« hat dreihundert Redakteure und hundert Seiten, die zu füllen sind – früher oder später mußte der Verleger sich fragen, was er mit dem überschüssigen Personal anfangen könnte, dessen Geschichten Woche um Woche unter den Umbruchtisch fallen. Die Erleuchtung, die ihm kam, nachdem die Kündigung der langjährig Angestellten als unbezahlbar errechnet war, heißt »SpiegelReporter«, und was bei der Planung dieses Projekts hinten herausgekommen ist, beschrieb Chefredakteur Aust in einem Editorial:

Herausgekommen ist ein Magazin, dass Abenteurer und Erfolgsmenschen porträtiert; dass überall da herumstöbert, wo Menschen etwas Neues ausprobieren,

zum Beispiel dass Abenteuer der Rechtschreibreform,

dass über die Avantgarde in Film, Theater, Musik und Literatur informiert.

Vielleicht aber wäre die noch bessere Idee gewesen, die in der Redaktion versammelten Träger des Egon-Erwin-Kisch-Preises, denn um die handelt es sich, in die Schlußredaktion zu versetzen, damit sie ihrem Chefredakteur den Unterschied von das und dass beibringen.

Die Titelgeschichte des »Spiegel« über den moralischen Niedergang hat zwei Welten und zwei Menschen zusammengeführt:

Als katholischer Theologe fühlt sich Ulrich Schwarz eher den Gesetzen des Glaubens verpflichtet. Die promovierte Philosophin und Habermas-Schülerin Carolin Emcke setzt dagegen auf öffentlichen Diskurs. Dennoch waren sich beide einig: »Ohne Moral geht es nicht.«

In dieser trauten Gemeinsamkeit haben sie sich an die Bewältigung der Parteiaffären gemacht:

Es geht um Geld und Moral – und alle Akteure sind so weiß wie die Unschuld vom Lande.

Wenn zwei Jargons ineinanderfallen, der katholische von der Unschuld des weißen Lammes, das hinwegträgt die Sünden der Welt, und der diskurstheoretische aus Frankfurt, wo der Habermas die ländliche Unschuld sticht, entsteht jener holde Schwachsinn, der früher oder später zum Kisch-Preis und zwischen die Umschlagseiten von »SpiegelReporter« führt.